

**Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01**

Nr.: 4772

LEITZ

Leitz-Ordner R 80

Rechtsveraegungs-
Verein

(Vorstandspapiere,
Akten, Schriften,
Schriftwechsel)

39

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: 4772



R III / 39

RV

Afghanistan

Siberia (Karakorum)

(10.3.41 - 30.6.42)

Alle Dokumente in diesem Halbheftet
stammen aus der Publikation

"Akten der Reichsvereinigung
der Juden in Deutschland
1939 - 1941"

herausgegeben von O.D. Kulka, Jerusalem

Dr. E./W

10. März 1941

An den
Vorstand der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin
Wohnungsberatungsstelle
z.Hd. von Herrn Assessor Bräsch
Oranienburgerstrasse 29
Berlin N 4

Betrifft: Zugang von Jenny Sara und Hellmut Israel MISCHKOWSKI
aus Halberstadt

In der Anlage überreichen wir einen Aktenvermerk über
den Zugang von zwei Personen aus Halberstadt mit der Bitte, der
Wohnungsberatungsstelle aufgrund der staatspolizeilichen Weisung
entsprechende Mitteilung zu machen und Jenny Sara Mischkowski
zur weiteren Regelung schnellstmöglich einzubestellen, da sie ihre
polizeiliche Anmeldung bis dahin zurückstellen muss.

Nach Entscheidung über die Unterbringung bitten wir
um einen kurzen Bericht in zweifacher Ausfertigung zur Weiter-
gabe in Urschrift an die Staatspolizeileitstelle Berlin.

Mit vorzüglicher Hochachtung
REICHSVERBUNDUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Anlage

7 8

924

A k t e n n o t i z

Es erscheint auf Weisung der Staatspolizeileitstelle Berlin Fräulein Jenny Sara Mischkowski, geb. 21.6.1922 in Halberstadt, deutsche Staatsangehörigkeit, Mischling jüdischer Konfession, zurzeit fürsorglich untergebracht bei ihrer Schwester, Wally Sara Mischkowsky, geb. 30.1.1916 in Halberstadt, wohnhaft Motzstrasse 6 bei Arnstein. Jenny Sara Mischkowsky befindet sich dort seit dem 5. März 1941. Sie berichtet folgendes:

Sie hat bei der Wohnungsberatungsstelle der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin um die Genehmigung zum Zuzug in das möblierte Zimmer ihrer Schwester gebeten. Diese Genehmigung wurde ihr im Zusammenhang mit der Zuzugsregelung versagt. Fräulein Mischkowsky hat dann versucht, die Genehmigung durch die Staatspolizeileitstelle zu erlangen, die sie an den Unterzeichneten verwiesen hat.

Aus der Darstellung der Familienverhältnisse ergibt sich folgendes: Vater (Jude) ist am 29.3.1940 verstorben, die Mutter (Arierin jüdischer Konfession) ist am 27.7.1937 verstorben. Fräulein Mischkowsky hat nach der Schulentlassung aus der Jüdischen Schule in Halberstadt den elterlichen Haushalt verwirkt. Es sind fünf Geschwister vorhanden: ein Bruder Herbert, der über Palästina nach U.S.A. ausgewandert ist, ein weiterer Bruder Werner, der zugleich Vermund der minderjährigen Geschwister ist und in Nürnberg arbeitet, die in Berlin wohnhafte Schwester Wally, die sich seit einem halben Jahr bei Pertrix im Arbeitseinsatz befindet, sowie ein jüngerer Bruder Helmuth (11 Jahre alt), der zurzeit in Halberstadt die jüdische Schule besucht und von den Geschwistern unterhalten wird. An Wohlfahrtsunterstützungen wurde für den Haushalt bisher seitens der Jüdischen Kultusvereinigung Halberstadt zur Verfügung gestellt eine Mietbeihilfe von RM 10.- und ein Waisengeld von RM 15.- monatlich. Fräulein Mischkowsky, deren Entschluss nach Berlin zu übersiedeln, auch dadurch beeinflusst worden ist, dass sie wegen Zusammenkommens mit Arieren in Halberstadt drei Wochen im Polizeigefängnis in Haft war, verfolgt bei dieser Übersiedlung im wesentlichen die Absicht, hier in den Arbeitseinsatz zu gehen und dadurch ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Nach ihrer Angabe ist in Halberstadt ein Arbeitseinsatz nicht möglich. Sie hat weiter die Absicht, den elfjährigen Jungen mit nach Berlin zu nehmen und hier in einem möblierten Zimmer oder Leerzimmer zusammen mit ihrer älteren Schwester und dem jüngeren Bruder zu wohnen. Auf diese Weise würde der Lebensunterhalt dieser drei Personen ohne Wohlfahrtsunterstützung möglich werden, indem die beiden Schwestern aus ihrem Verdienst im Arbeitseinsatz in Berlin sowie der im Nürnberg lebende Bruder aus dem Arbeitsverdienst für einen etwa übrig bleibenden Fehlbetrag allein aufkommen.

Anruf bei der Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle, Herrn Prüfer
10.3.1941, 11.40 Uhr

Der Sachverhalt wird vorgetragen. Die Staatspolizeileitstelle erklärt sich bereit, in diesem Fall einer Ausnahme von der Zuzugsreserve zuzustimmen. Die Wohnungsberatungsstelle der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin könne in diesem Fall eine Einweisung von Jenny

Sara und Hellmut Israel Mischkowsky wohnen in das möblierte Dr. E.
der Schwester Hally, Motzstrasse 6 bei Arnstein, vornehmlich
die drei Personen zusammen in einem anderen Zimmer in einem
schen Haus unterbringen. Über das Veranlassste soll der Sta-
zeistelle berichtet werden.

Berlin, den 10.3.1941
Dr.E./My

Effler

Anruf der Geheimen Staatspolizei Staatspolizeileitstelle

Berlin

(Herr Prüfer)

am 13.3.1941, 15³⁰ Uhr

Herr Prüfer ersucht darum, dass in geeigneter Weise ein Umlauf unter sämtlichen Mitarbeitern der Reichsvereinigung und der J.K.V. Berlin erfolge, in dem bekanntgegeben werde, dass Zuschriften von bisherigen Mitarbeitern der jüdischen Organisationen über ihre Entlassung an die Geheime Staatspolizei zu unterlassen seien. Es könne darauf hingewiesen werden, dass diese Mitteilung auf behördliche Weisung erfolge.

Es seien in der letzten Zeit mehrere Zuschriften dieser Art eingegangen, u.a. eine Zuschrift von Jda Sara Meyer, in der auf die Tatsache, dass Brüder im Weltkriege gefallen seien, hingewiesen werde. Derartige Zuschriften seien nicht angängig. Wenn Entlassungen verfügt worden seien, dann müsse es hierbei sein Bewenden haben. Die Mitarbeiter hätten sich damit abzufinden. Sollten weitere derartige Zuschriften erfolgen, müsste staatspolizeiliche Massnahmen gegen die Verfasser vorbehalten bleiben.

14.3.1941

Dr. E/Sch.

(Dr. Eppstein)

Herrn Dr. Lilienthal

Herrn H e a s c h a l l

Anruf der Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
am 26. März 1941, 12.15 Uhr

Es wird um eine Auskunft darüber ersucht, ob der Arzt Dr. F l a t o w, Wilmersdorf, Prinzregentenstraase 5, zugelassen sei. Gegebenenfalls sind die Personaldaten mitzuteilen sei. Der Betreffende sei zu befragen, ob er zwei Personen, namens Meyer, J u s c h i m s t a l e r str. 5 und Fisch, behandelte habe.

Nach fernmündlicher Ricksprache mit Dr. Metz wird der zugelassene Krankenbehandler Dr. Berthold Israel F l a t o w, Praxis: Pariserstr. 11, Wohnung Broysenstr. 18 (97-9094) angerufen. Auf Befragen erklärt Dr. Flatow, dass er niemals in der Prinzregentenstr. 5, jedoch vor mehr als 20 Jahren Prinzregentenstr. 95, gewohnt habe. Die Frage, die im Auftrag der Staatspolizeileitstelle zu stellen war, ob die Patienten Meyer bzw. Fisch von ihm behandelt worden seien, wird von Dr. Flatow verneint. Er gibt jedoch an, dass möglicherweise sein Vetter Dr. Fritz Israel F l a t o w, Prinzregentenstr. 6, der Zahnbeandler sei, gemeint sein könnte. Diese Personaldaten seines Vetters sind ihm unbekannt, jedoch sei diesem vor kurzem die Praxis entzogen worden.

Es wird festgestellt, dass im Fernsprechbuch eine Fernsprechnummer von Dr. Fritz Israel Flatow nicht enthalten ist. Darauf wird der festgestellte Sachverhalt der Staatspolizeileitstelle mitgeteilt, weiteres ist nicht zu veranlassen.

Dr. E./My

gez. Dr. EPPstein

Herrn Dr. Metz

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle
Herrn Pastewka, am 9.4.1941, 11.30 Uhr

1. Anmeldung der Ausstellungs-Veranstaltung

Die Anmeldung der Veranstaltungen anlässlich der Ausstellung Awodah soll mit allen in Betracht kommenden Genehmigungsberechtigten, insbesondere des Propaganda-Ministeriums, am 10. da Mts. eingereicht werden.

2. Fortschreibung der Tabelle, betr. Abnahme der Juden in Berlin durch Auswanierung und natürliche Verminderung

Der Zeichner soll am 10. da Mts. vormittags 8 Uhr zur Fortschreibung der Tabelle erscheinen.

3. Grundstück Pankow, Berlinerstrasse (Altersheim)

Es wird davon Kenntnis gegeben, dass das Altersheim Pankow besichtigt werden sei und dass, wie gestern im Reichssicherheitshauptamt eröffnet wurde, die Baupläne eingefordert worden sind. Es sei jedoch erklärt worden, dass noch nicht entschieden sei, ob das Heim in Anspruch genommen werde, zumal für den in Betracht kommenden Zweck zwei weitere Grundstücke (Siegmundshof 11 und Meinekestrasse 10) benannt worden sind. Herr Pastewka nimmt hiervon Kenntnis und ersucht darum, dass sofort Meldeung erfolge, sobald über die etwaige Inanspruchnahme weiteres bekannt werde.

Dr.E./My

gez. Dr. Eppstein

48

I. Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin
Herr Prüfer am 15.4.1941, 12 Uhr

1. Zuzug Ehepaar Freundi, Chemnitz

Herr Prüfer teilt mit, dass Alfred Israel Freundi, geb. 20.10.79 in Rybnik O/S, wohnhaft, Chemnitz, Agricolastr. 9, mit seiner (Arischen) Ehefrau nach Berlin gereist sei, um hier zuzuziehen mit der Angabe, dass ein Aufenthalt in Chemnitz nicht genehmigt sei. Ein derartiger Zuzug könne nicht in Betracht kommen, Es sei sofort mit der JKV Chemnitz in Verbindung zu treten, damit das Ehepaar bis längstens 16.ds.Mts. abends nach Chemnitz zurückkehren könne. Das Ehepaar werde zur Vorsprache bei der RV veranlasst.

2. Anmeldung der Ausstellung

Herr Prüfer erachtet darum, sofort eine Abschrift der Anmeldung, die am 10.ds.Mts. bei der Postannahme (Zimmer 231) abgegeben werden ist und bisher noch nicht in seinen Besitz gelangte, durch Boten im Zimmer 178 a abgegeben werde. Künftig sollen Briefe, die für Zimmer 178 a bestimmt sind, nur dort abgegeben werden, um eine etwaige Verzögerung durch den Geschäftsgang zu vermeiden.

II. Telefongespräch mit der JKV Chemnitz
Herrn Benjamin 12.30 Uhr

Herrn Benjamin erklärt, dass dem Ehepaar Freund in einem Vorort von Chemnitz, Siegmar-Schönau, ein Zimmer in einer jüdischen Villa zugewiesen worden sei. Das Ehepaar könne diese Wohnung beziehen. Es sei auf eigene Verantwortung nach Berlin gefahren, um dort einen Zuzug zu versuchen. Die JKV Chemnitz habe hiervon abgeraten.

Es wird Herrn Benjamin davon Kenntnis gegeben, dass das Ehepaar Freund gem. der Auflage der Staatspolizeileitstelle Berlin bis längstens 16.ds.Mts. abends nach Chemnitz zurückkehren werde. Es sei zu veranlassen, dass das Ehepaar die zugewiesene Wohnung beziehe und für den Fall, dass diese Wohnung nicht mehr zur Verfügung stehen sollte, eine andere Wohnung in Siegmar-Schönau oder in Chemnitz zugewiesen erhalten.

III. Vorsprache des Ehepaars Freund, 15.15 Uhr

Auf Verhältnis bestätigt Herr Freund die Angaben des Herrn Benjamin. Er weist jedoch darauf hin, dass bezüglich der Villa Verkaufsverhandlungen schwelen, sodass das Ehepaar befürchtet, nach Kaufpreis dieses Hauses in Siegmar-Schönau keine andere Wohnung zu finden und in Chemnitz die Zuzugserlaubnis nicht zu erhalten. Aus diesem Grunde habe es versucht in Berlin zuzuziehen. Herr und Frau Freund bestätigen, dass sie gemäß der erteilten Auflage bis längstens 16.ds.Mts. abends Berlin verlassen und nach Siegmar-

Anruf bei der Staatpolizeileitstelle
Herrn Prüfer
am 17.4.1941, 15 Uhr

1. Ehepaar Freund

Es wird über die Unterbringung des Ehepaars Freund in Siegmar-Schönau berichtet.

2. Ausstellung

Es wird berichtet, dass als Termin für die Behörden-Vorbesichtigung der Ausstellung der 21. April, 9 Uhr bestimmt werden ist. Herr Prüfer nimmt hiervon Kenntnis.

3. Zeitungsbegzug für Dr. Hirsch

Es wird vorgetragen, dass das Reichssicherheitshauptamt die Genehmigung für ein Zeitungsabonnement für Dr. Hirsch erteilt und wegen der Erledigung der hierfür erforderlichen Formalitäten an die Staatpolizeileitstelle verwiesen habe. Herr Prüfer erklärt, dass eine schriftliche Mitteilung an die Staatpolizeileitstelle zu richten sei, in der erwähnt werde, dass die Genehmigung durch das Reichssicherheitshauptamt (O.I. Wehr) erteilt worden sei. Dieser Brief werde dann durch die Staatpolizeileitstelle dem Polizeigefängnis übermittelt werden.

gez. Dr. Eppstein

Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin:
Herrn Pastewka
22. April 1941, 14.30 Uhr

Es wird um Auskunft darüber ersucht, ob der amerikanische Anwalt Federic Wirth Jude sei und über in Berlin ein Büro unterhalte. Es wird zunächst darüber berichtet, dass die amerikanischen Eigentümer des von der RV gepachteten Grundstücks in Neuendorf, soweit wir erfahren haben, nach Auswanderung des derzeitigen Beauftragten Testamentsvollstreckers Jacob die Absicht hatten, den amerikanischen Anwalt Wirth zu dessen Nachfolger zu bestellen.

Nach Erkundigung bei Konsulent Dr. Marcuse wird berichtet, dass Herr Wirth nicht Jude sei. Er unterhalte in Berlin, Lützowufer 17, ein Büro und sei als Devisenberater zur Vertretung amerikanischer Interessen vor deutschen Behörden zugelassen. Soweit bekannt, befindet er sich bereits seit etwa 20 Jahren in Deutschland.

Dr.E./M

gez. Dr.Eppstein

Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin
Herrn Pastewka
22. April 1941, 16 Uhr

Betrifft: Ila

Herr Pastewka fragt an, ob im Zusammenhang mit der Änderung in der Berufsumschichtung die Jüdische Landarbeit G.m.b.H. noch aufrechterhalten werden müsse. Es wird berichtet, dass die Ila aktiv mit der Berufsausbildung nichts zu tun habe, dass sie vielmehr Siedlungsprojekte bearbeite, insbesondere Träger der in Parana vorgesehenen Siedlung sei, die jedoch bisher nicht zustande gekommen ist. Herr Pastewka bemerkt, dass dann doch wohl eine Eingliederung oder Auflösung in Betracht gezogen werden könne. Es soll ein Bericht über Aufgaben- und Tätigkeitsgebiet der Ila mit Angaben über deren Vermögen eingereicht werden.

gez. Dr. Eppstein

Anruf der Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Herr Pastewka am 25.4.1941, 12.30 Uhr

Betrifft: Sammlungsveranstaltung in Berlin

Herr Pastewka empfiehlt, vor Durchführung von besonderen Sammlungsveranstaltungen in Berlin eindeutig zu klären, dass diese Veranstaltungen nach den Bestimmungen des Sammlungsgesetzes entweder genehmigt werden oder nicht genehmigungspflichtig sind. Erst wenn diese Frage geklärt sei, sei die Voraussetzung zu einer Erörterung über Anmeldung und Durchführung solcher Veranstaltungen gegeben. Die Klärung dieser Frage könne auch bei der Abteilung IV des Herrn Polizeipräsidenten in Berlin erfolgen.

gez. Dr. Eppstein

01

Anruf bei der Staatspolizeiabteilung Berlin
Herrn Pastewka am 10.5.1941. 12.25 Uhr

1. Akten des Büros Pfarrer Grüber

Im Zusammenhang mit der Freimachung der Räume, in denen bisher das Büro Pfarrer Grüber untergebracht war, sollen die Akten, die die RV (Wanderungsabteilung, Fürsorge) betreffen, wie seitens der Aufsichtsbehörde eröffnet, zu gegebener Zeit nach deren Aussonderung abgeholt werden. Herr Pastewka sagt zu, sich mit der Abteilung C (Herrn Minther) in Verbindung zu setzen und bezüglich des Termins Mitteilung zu machen.

2. Grundstück Artilleriestrasse 14

Es wird Bezug genommen auf die Anzeige der JGW Berlin und darüber berichtet, dass das Grundstück im Zusammenhang mit dem vorgesetzten Kampf der RV in einem gemeinsameigenen Grundstück als Bürohaus Verwendung finden soll. Infolgedessen sei der Universitätskurator, der sich für den Erwerb des Grundstücks interessiert, gebeten worden, sich unmittelbar mit der Aufsichtsbehörde in Verbindung zu setzen.

3. Genehmigungspflicht für Grundstücksverkäufe

Herr Pastewka lässt sich über das seitens der Aufsichtsbehörde verfügte Verfahren berichten und gibt anheim, bei nächster Gelegenheit ein Stück des Rundschreibens, mit dem dieses Verfahren bekannt gemacht worden sei, einzurichten. Auf Befragen wird gesagt, dass sich dieses Verfahren nur auf den Verkauf von Grundstücken, dagegen nicht auf Miete oder Pacht beziehe.

In diesem Zusammenhang bemerkt Herr Pastewka, dass bei Inanspruchnahme aufgrund des Reichsleistungsgesetzes eine rechtzeitige Einschaltung der Staatspolizeistellen zweckmäßig sei und gibt anheim, diesen Sachverhalt unter Bezugnahme auf das Beispiel des Grundstücks Lützowstrasse der Aufsichtsbehörde zwecks genereller Regelung vorzutragen.

1
gen. Dr. Kappstein

216

Amtsblattitz Nr. A 10

Anruf der Geheimen Staatspolizei,
Staatspolizeileitstelle Berlin
am 6.5.1941, 12 Uhr

Es wird mitgeteilt, dass dem Antrag der Reichsvereinigung auf Haftentlassung von Arthur Israel B e h r e n d, Henriette Sars B e h r e n d und bei den anderen in diesem Antrag erwähnten Fällen (F u s s, U p p e r t, L i c h t p u m p a n n etc) bis auf weiteres nicht entsprachen werden könne.

ges.Dr.Eppstein

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle
Herrn Prüfer am 11.6.1941, 12.30 Uhr

1. Kommerzienrat Samuel und Emilie Jaffé'sche Familien-Stiftung, Berlin

Es wird darüber berichtet, dass die Eingliederungsverfügung durch Boten der Staatspolizeileitstelle anforderungswärm zugeschickt werde. Eine Bekanntgabe der Aufhebung der Eingliederungsanordnung an die RV sei seitens des Reichssicherheitshauptamts bisher noch nicht erfolgt. Im Zuge der Eingliederung, die am 10.10.1940 zum Abschluss gelangt sei, seien Barmittel in Höhe von RM 1.807,42 und Wertpapiere im Nennwert von RM 54.700.- auf die RV übergegangen. Sobald die Genehmigung zur Rückzahlung erteilt sei, werde eine Rücküberweisung erfolgen. Herr Prüfer bemerkt, dass die Zurücknahme der Eingliederungsverfügung damit zusammenhänge, dass sich die Stiftung nachträglich als paritätisch erwiesen habe. Eine entsprechende Eröffnung werde der RV gegenüber unmittelbar erfolgen. Bei dieser Gelegenheit soll auch die Rückzahlung der übernommenen Vermögenswerte erörtert werden. Dr. Ostberg habe seitens der Staatspolizeileitstelle die Auflage erteilt, in der Angelegenheit einen Bescheid der RV abzuwarten.

2. Grundstück Altersheim Pankow, Berlinerstrasse

Es wird berichtet, dass eine Besichtigung des Altersheims Pankow, Berlinerstrasse durch das Reichssicherheitshauptamt angekündigt worden sei. Wenn sich aus der Besichtigung ergebe, dass eine etwaige Inanspruchnahme des Grundstücks in Betracht zu ziehen sei, werde Dr. Gehr hierüber berichten.

gez. Dr. Eppstein

5/

A k t e n n o t i z . N r . A 14

- 212

Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin
Herr Pastewka am 18.6.1941, 12.30 Uhr

Betrifft: Jüdisches Kindergarten-Seminar

Herr Pastewka erkundigt sich nach dem derzeitigen Status des Jüdischen Kindergarten-Seminars. Nach Rücksprache mit Fräulein Karminski wird berichtet, dass der Lehrgang für Kinderpflegerinnen mit Wirkung vom 1. Juni an eingestellt worden sei und dass von den beiden Lehrgängen für Kindergartenrinnen nur die Oberklasse weitergeführt werde, die planmäßig im März 1942 beendet wird. Eine weitere Fortführung des Kindergarten-Seminars sei nicht geplant.

gez. Dr. Eppstein

Aktennotiz Nr. A 15

Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin
 (51 0023 Apparat 354)
 am 22.7.1941, 8.20 Uhr

Der Beamte erkundigt sich danach, ob im Hause Kantstrasse 158 wohnende Mieter über die Zentrale der Reichsvereinigung telefonieren können. Es wird darauf geantwortet, dass dies grundsätzlich nicht der Fall sei mit einer Ausnahme, nämlich des im Hause Kantstrasse 158 wohnenden Mitarbeiters Gronowski, der einen Nebenanschluss der Reichsvereinigung in seiner Wohnung habe. Der Beamte erkundigt sich dann nach der Möglichkeit, ob von diesem Telefonapparat aus Amtsgespräche geführt werden können. Diese Frage wird bejaht.

gez. Meyer

Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin
 Herr Prüfer
 am 22.7.1941, 9.15 Uhr

Herr Prüfer eröffnet folgendes:

Mit sofortiger Wirkung sind Privatgespräche von dem Telefonapparat Gronowski aus untersagt. Der Apparat darf nur zu dienstlichen Zwecken benutzt werden bzw. nur dann, wenn auf diesem Apparat Anrufe etwa von Behörden zu Zeiten, in denen die Büros der Reichsvereinigung geschlossen sind, ankommen. Dies ist Gronowski und seiner Familie zur strikten Einhaltung bei Vermeidung weiterer Massnahmen, zu denen auch die Sperre von weiteren Telefonapparaten der Reichsvereinigung gehören könnte, bekannt zu geben.

Bei dieser Gelegenheit erkundigt sich Herr Prüfer nach der Tätigkeit von Gronowski bei der Reichsvereinigung und nach dem Grund, warum er im Hause Kantstrasse 158 wohne. Die Tätigkeit von Gronowski in der Expediti n als Botenmeister wird kurz beschrieben und mitgeteilt, dass Gronowski für die Büros der Reichsvereinigung den ständigen Luftschutzdienst wahrnehme, weshalb ein Interesse daran bestünde, dass er im Hause wohne.

gez. Dr. Eppstein

Dr. E/Eh
 22.Juli 1941

1. Herrn Dr. Lillienthal mit der Bitte um weitere Veranlassung
 2. Fräulein Halitzki

Dr. Eppstein
Bragenhein

211

Berlin, den 22. Juli 1941
I/Dr.Li/Kl.

An die
Telefon - Zentrale
im Hause

Im Einvernehmen mit Herrn Gronowski ersuche ich bis auf
weiteres

- 1.) keine Meldgespräche in die Wohnung von Gronowski zu geben,
- 2.) keine Nachleitung in die Wohnung von Gronowski durchzu-
stellen.

(Dr. Lilienthal)

24

209

Herrn Dr. Eppstein
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Anruf bei der Geheimen Staatspolizei - Hauptabteilung Polizeileitstelle Berlin
(Herrn Prüfer) am 22. Juli 1941, 15 Uhr 50

Eingeck

22. JULI 1941

Es wird berichtet, dass das Grundstück Artilleriestrasse 14 gemäß Weisung des Reichssicherheitshauptamts von den Universitätskurator verkauft werden soll und dass die Reichsbankvereinigung als Grundstucks-eigentümerin die Verhandlungen aufgenommen habe.

Es wird ferner berichtet, dass das Grundstück Parkstrasse 22 (Taub- strommenheim) nach fernmündlicher Ankündigung des Reichssicherheits-hauptamts heute um 14 Uhr von einem Herrn in Zivil besichtigt worden ist.

22. Juli 1941
Dr.C/Pg.

(Dr. Conrad Israel Cohn)

t/1

Aktennotiz Nr. A 16

Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin
Herr Prüfer am 2.8.1941, 11 Uhr

Herr Prüfer erkundigt sich nach dem Ehepaar Grunow, insbesondere nach dem Grund der Entlassung des Herrn Grunow als Betriebsleiter im Eishof. Es wird vorgetragen, dass die Entlassung vor allem aus Einsparungs- und Leistungsgründen erfolgt sei, dass im übrigen nichtsliches über das Ehepaar Grunow nicht bekannt geworden sei.

Herr Prüfer bemerkt, dass das Ehepaar Grunow vorgeladen worden sei, weil es sich bei der Aktion am 31.Juli nach 21 Uhr nicht in der Wohnung befunden habe, wo es polizeilich gesuchet war. Er werde Herrn Grunow aufgeben, sich am 4.8.1941 bei der Fontanepromenade zum Arbeitseinsatz zu melden.

gen. Dr. Eppstein

Herrn Altmann

Aktennotiz:
H./Dai.

Berlin, den 4. August 1941

Anruf von Reichssippenamt
Es soll mit dem Reichssippenamt ein pro forma Miete-Vertrag wegen der neuen geschlossen werden, welche dieses im Hause Oranienburgerstr. 28 innehalt; Herr Freudenberg werde sich deswegen mit mir in Verbindung setzen.

Nach telefonischer Vereinbarung erscheint sodann Herr Freudenberg in Begleitung von Herrn Arndt. In der Besprechung nehmen die Herren Baumeister Beer und Dr. Mandelsohn teil. Es stellt sich heraus, dass ein Miete-Vertrag fuer das Gesamtgrundstueck Oranienburgerstr. 28/29 gemeint ist, durch welchen das Reichssippenamt sich diese Grundstuecke fuer den Fall ihrer Asumption ubergeben werden will. Herr Dr. Oppenheim, hieruber fernermaesslich unterrichtet, soll die Sache bei dem Reichssicherheitsamt untersuchen.

Herr Freudenberg bittet, den Entwurf eines Vertrages noch im Laufe dieser Woche vorzunehmen; er soll kurzfristig Herrn Arndt uebergeben werden.

Herr Freudenberg erhält von Herrn Baumeister Beer je einen Plan des III., IV. Stockes und des Dachgeschosses von Oranienburgerstr. 28/29.

(Moritz Isenfel-Henschel)

Aktennotiz:
H./Dai.

Berlin, den 5. August 1941

Betr. Oranienburgerstr. 28/29.
Anruf bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin.
(mittags).
Der Sachverhalt wird Herrn Pruefer vorgetragen; Herr Pruefer erklärt, dass ich Bescheid erhalten wuerde.

Nachmittags ruft Herr Pruefer an und bestaetigt, dass der Vertrag mit dem Vorbehalt der Benutzung -solange das Haus benoetigt wird- abgeschlossen werden kann.

Mr. Rosenstr. 2-4

Der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin wird von dem Schreiben der Reichspostdirektion wegen Rosenstr. 2-4 und Heidereturgasse Kenntnis gegeben.

Herr Pruefer ruft nach einiger Zeit an und teilt mit, dass am Montag, den 11. d. Mts. eine Besichtigung der Rosenstrasse durch mehrere Herren stattfinden wuerde; desgleichen der Synagoge Heidereturgasse und anschliessend der Kasse des Hilfsvereins. Es solle ein Rabbiner bei der Besichtigung der Synagoge anwesend sein, ich namte Herrn Dr. Ringermann als den Rabbiner, den ich zu ziehen wuerde.

Mir ist aufgetragen, mich am Donnerstag wegen der Zeit der Besichtigung an die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle zu wenden.

(Moritz Israel Henschel)

111.2.17

Aktensnotiz:
L.../Dab.

Berlin, den 6. August 1941

Betr. Rosenstr. 2-4 und Heidereturgasse 4-5.
Anruf der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin
(Herr Pruefer) nachmittags 14.30 Uhr.

Herr Pruefer teilt mit, dass er mit der im Schreiben vom 4. d. Mts. angegebenen Stelle fernmaendlich gesprochen und erfahren habe, dass eine Inanspruchnahme des Grundstuecks noch fuer laengere Zeit nicht zu erwarten sei. Es bestaende sogar die Moeglichkeit, dass es fuer Postzwecke ueberhaupt nicht gebraucht wuerde.

Herr Pruefer teilte weiter mit, dass es bei der fuer Montag vorgesehenen Besichtigung verbleibe. Es waere erwünscht, wenn dann bereits ein Plan fuer die Unterbringung der JHV und der HV bestuende.

(Moritz Israel Henschel)

Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin
Herr Prüfer am 13.8.1941, 16.30 Uhr

Herr Prüfer erkundigt sich nach JKV im Reich, in denen für Juden besondere Geschäfte zum Einkauf bestimmt sind. Es wird kurz über die Regelung in München und Hamburg berichtet. Um eine genaue Darstellung dieser Regelung zu erhalten, ersucht Herr Prüfer darum, den Vorsitzenden der JKV Hamburg zu veranlassen, sich am 14.ds.Mts., in Berlin einzufinden und zwischen 12 und 15 Uhr zu einer Darlegung zur Verfügung zu stehen. Bezuglich München wird auf die Anwesenheit eines Vertreters der JKV München, Hechinger, in Berlin hingewiesen, der ebenfalls veranlasst werden soll, sich am 14.ds.Mts. zur gleichen Zeit zu einer Darlegung zur Verfügung zu halten.

Es soll am 14.ds.Mts. vormittags fernerndlich der Staatspolizeileitstelle Bescheid darüber gegeben werden, dass die beiden Herren zu der angegebenen Zeit verfügbar sind.

Fernständliche Mitteilung von Herrn Henschel

Herr Prüfer hat mit dem Ersuchen um Bekanntgabe an die NY mitgeteilt, dass seine Dienststelle heute in die Burgstrasse einziehe und dass er daher in den nächsten Tagen nur in vordringlichen Angelegenheiten angerufen zu werden wünsche. Die neue Fernsprechnummer wurde von ihm noch mitgeteilt werden.

ges. Dr. Eppstein

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle Berlin
Herr Prüfer am 15.8.1941, 14 Uhr
(41-6911, App.49)

Auf Befragen, ob Dr. Plaut, Hamburg und Hechinger, München noch in Berlin bleiben sollen, erklärt Herr Prüfer, dass gegen eine Rückkehr der Herren nach Hamburg bzw. München Bedenken nicht bestehen. Sofern eine weitere Erörterung erforderlich sei, werde er von sich aus auf die Angelegenheit zurückkommen.

Herren Dr. Cohn
Dr. Lilienthal

ges. Dr. Eppstein

10. August 1941

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Gruner-Boke-Direktionstrasse
Berlin C 2

Betrifft: Lebensmittelkauf für Juden
in Hamburger und München

Weisungsgemäß gestatten wir uns, in der Anlage
zum Berichte über die Regelung des Lebensmittelkaufs
für Juden in Hamburg und München zu überreichen.

REICHSVOLKSBUND DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Anlagen

Mitteilung des Ministers von Lebens- und Genussmitteln
von Juden in Hamburg

Auf Veranlassung der Herrn Reichsbürgertellers in Ham-
burg erfolgt die Errichtung der Geheimen Stadtpolizei. Gleichzeitig
wurde in Hamburg eine Sonderregelung erfolgt. In Anlehnung
an die Niedersächsische Verbraucherengrossenschaft (frühere Produktion)
wurde die Hamburger Lebensmittel G.m.b.H. gegründet. Vorstand der Gesell-
schaft sind Herr Kreisleiter Becker und Herr Borner, die führen-
den Männer der niedersächsischen Verbraucherengrossenschaft.

Die Gesellschaft hat in ihrem Betrieb 7 Verkaufs-
läden in den von Juden hauptsächlich bewohnten Gebieten eröffnet und
sagt:

- 2 Kolonialwaren Läden, in denen die Produkte der
kolonialen Wirtschaft und ausserdem Brot und Milchever-
kauf werden,
- 2 Schlachter Läden
- 1 Fleischedienst
- 2 Brot Läden.

Städtische Läden stehen unter Leitung eines Geschäftsführers. Der Ge-
schäftsführer besorgt den Einkauf; soweit es sich um Marktware handelt,
wird die Ware auf den Märkten erworben, im Übrigen erwirbt die Niedersächsische
Verbraucherengrossenschaft. Mangelware wird nicht geführt. Ge-
leentlich werden jedoch waren, die in grosser Höhe auf dem Markt
sind, abgegeben. (z.B. Obst). Soweit für Kriegsbeschädigte Ausnahmen zu-
gestanden sind, wird die entsprechende Ware vorrätig gehalten. Die Lä-
den sind zu den üblichen Verkaufszeiten geöffnet. Das Verkaufspersonal
ist arisch. Die Lebensmittelkarten für Juden sind in Hamburg beson-
ders gekennzeichnet. Die Geheime Stadtpolizei in Hamburg hat den
Jüdischen Religionsverband Hamburg e.V. veranliaßt, an die zum Einkauf
in diesen Läden verpflichteten Juden Rundschreiben zu versenden.

Diejenigen Juden, die in Außenbezirken der Hansestadt
Hamburg wohnen, brauchen nicht in diesen Läden zu kaufen. Sie erhalten

ausgebendstelle mit "J" gekennzeichnete Lebensmittelkarten, können über
in einer Tischlade aufzufliegen. Unter diese Ausgabe allein nur verhält-
nissmäßig Juden. Zahl der Juden in Hamburg:

Juni 1. 1941

Dr. Karl Krause, Stadt
Vorsteher der Jüdischen Gemeindeverwaltung Hamburg
S. Jud. Konszilium Nr. 3 09045

Anlagen.

Abschrift: "Aus der Zeitung" der Einzelhandel" der Nordmark
Mitteilungsblatt der Einzelhandelsabteilung
der Industrie- und Handelskammer Hamburg

1940

Folge 6

30.Juni 1940

Verkaufsstellen für Juden in Hamburg.

Das Hauptnährungsamt der Hansestadt Hamburg hat uns folgende Anweisung vom 20.Juni 1940 zugestellt, deren genaueste Beachtung wir unseren Betrieben zur Pflicht machen:

"Für eine Reihe von Ortsgruppen der Hansestadt Hamburg, welche besondere stark mit Juden durchsetzt sind, werden mit Wirkung vom 1.Juli 1940 Sonderverkaufsstellen für Juden eingerichtet. Die Juden und die zu ihrem Haushalt gehörenden arischen Personen können dort Lebensmittel aller Art, einschliesslich der Getränke, sowie Tabakwaren erwerben. Die Juden müssen lediglich in diesen Sonderverkaufsstellen kaufen, die arischen Mitglieder der Haushaltungen können nach ihrer Wahl in den Sonderverkaufsstellen oder in beliebigen anderen Verkaufsstellen kaufen.

Diese Regelung wird einstweilen für die Juden und jüdischen Wohnstifte in den Ortsgruppen 211, 212, 213 durchgeführt. Die Juden in diesen Ortsgruppen erhalten besondere Lebensmittelkarten, welche auf dem Stammabschnitt, den Bestellscheinen und Abschnitten mit einem "J" bedruckt sind. Außerdemträgt die Rückseite des Stammabschnittes den Vermerk, dass auf die Karte Lebensmittel nur in einer Sonderverkaufsstelle für Juden bezogen werden können. Diesen Vermerk tragen auch die auszustellenden Einzelbezugsscheine.

Die Regelung bedingt, dass sämtliche Kleinverteiler der Hansestadt Hamburg mit Ausnahme der Sonderverkaufsstellen für Juden keine Lebensmittel und Tabakwaren an Juden und jüdische Wohnstifte aus den Ortsgruppen 211, 212 und 213 verkaufen. Ein solcher Verkauf wird daher ausdrücklich verboten. Die Kleinverteiler werden darauf aufmerksam gemacht, dass ihnen Bestellscheine, Abschnitte und Einzelbezugsscheine, welche den Buchstaben "J" oder den obenerwähnten Vermerk tragen, nicht in Bezugsscheine umgewandelt werden. Die Ortsdienststellen werden vielmehr solche Abschnitte, die in ihre Hände gelangen, einziehen, ohne dafür irgendwelchen Ersatz zu getragen.

Auch nicht bewirtschaftete Waren, z.B. Obst und Gemüse, Getränke, Tabakwaren usw. dürfen Juden der Ortsgruppen 211/213 lediglich in den neu eingerichteten Verkaufsstellen für Juden einkaufen. Eine kartenmässige Kontrolle lässt sich hier nicht durchführen, jedoch erhalten die in Frage kommenden Juden durch ihren Religionsverband entsprechende Weisung, deren Innehaltung seitens der Geheimen Staatspolizei genauestens überwacht werden wird.

Kontrollkartenpflichtige Artikel (Schokolade, Süßwaren, Fische, Wild und Geflügel, Pferdefleisch) dürfen Juden nicht kaufen. Diese Artikel werden auch in den neuen Judenverkaufsstellen nicht geführt. Um Umgehungen dieser Regelung zu verhindern, muss strengstens darauf geachtet werden, dass beim Verkauf, insbesondere von Fischen, die Kontrollkarte regelmässig abgefertigt und abgestempelt wird. Insbesondere erhalten die Betriebe des ambulanten Gewerbes hierdurch noch einmal die Anweisung, Fische und Fischwaren nur gegen Abstempelung der Kontrollkarten abzugeben.

gez. Rautenberg.

25

Jüdischer Religionsverband Hamburg e. V., Hamburg 13, Beneckestr. 2

Bekanntmachung

Im Auftrage der Geheimen Staatspolizei Staatspolizeidienststelle Hamburg wird folgendes bekanntgemacht:

Betitl.: Zuweisung von besonderen Lebensmittelgeschäften für Juden.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1940 werden den Juden besondere Lebensmittelgeschäfte zugewiesen. Diese Massnahme wird zunächst auf die Ortsgruppen 211, 212 und 213 beschränkt. Die in diesem Gebiet wohnhaften Juden erhalten besonders gekennzeichnete Lebensmittelkarten. Sie sind verpflichtet, ihre gesamten Lebens- und Genussmittel einschließlich Getränke in den durch Merkblatt bekanntgegebenen Geschäften der Hamburger Lebensmittel G.m.b.H. zu erwerben. Das Betreten anderer Geschäfte ist untersagt. Desgleichen ist es verboten, die genannten Waren durch dritte Personen in anderen Geschäften kaufen zu lassen.

Die Nichtbefolgung dieser Anordnung wird mit staatspolizeilichen Maßnahmen geahndet werden.

Der Besuch der Gaststätte im Jüdischen Gemeinschaftshaus steht nach wie vor allen Juden frei. Bei der Entnahme markenpflichtiger Speisen und Gebäcke werden auch die besonders gekennzeichneten Lebensmittelkarten entgegengenommen.

Der Vorstand des Jüdischen Religionsverbandes Hamburg e. V.

195

Diese Bekanntmachung gilt mit Wirkung vom 23. 9. 40 ab auch für die Ortsgruppen 116, 117, 118, 119, 209 und 214.

Die Wahl der zugewiesenen Geschäfte bleibt den einzelnen Verbrauchern überlassen.

Soweit den jüdischen Verbrauchern in den Ortsgruppen 116-119 bei der letzten Lebensmittelkartenverteilung noch Fleischmarken ohne J zugeteilt wurden, dürfen sie Fleischwaren bei ihren bisherigen Lieferanten kaufen.

Hamburg, 19. September 1940

Der Vorstand des Jüdischen Religionsverbandes Hamburg e. V.
gez. Dr. Max Israel Plaut

Gültig vom 30. 6. bis 27. 7. 1941

25

Reichsfleischkarte



HEA. Hamburg (III) 434



Ortsdienststelle Nr.

Ordnungs-Nr.

"J" *

1006 *

Name:

Wohnort:

Straße:

Alberta Hirschmann
Hamburg
Fehrbellins

Die Abdrücke der linken Kartenseite berechtigen auch zum Bezug von Fleischwaren.

Ohne Nummeneintragung und Angabe der Ortsdienststellen- und Ordnungs-Nr. ungültig!
Nicht übertragbar! Sonstige Aufbewahrung!

§ 1

"J" 30. 6. - 27. 7. 41 *

25

§ 2

"J" 30. 6. - 27. 7. 41 *

25

§ 3

"J" 30. 6. - 27. 7. 41 *

25

27

Bericht

Rechtliche Lebensmittelkauf der Juden
in München

In Herbst 1939 wurde mit der Jüdischen Kultusvereinigung München der Plan erörtert, den Verkauf von Lebensmitteln an Juden durch Einschaltung der Kultusvereinigung als Vertriebsstelle zu regeln. Von der Durchführung dieses Plans ist jedoch Abstand genommen worden.

Es ist folgende Regelung getroffen worden: Der Einkauf von Lebensmitteln erfolgt in besonderen durch die Wirtschaftsgruppe Einzelhandel im Benehmen mit der Geheimen Staatspolizei benannten Einzelhandelsgeschäften, die auf einzelne Stadtbezirke verteilt sind. Es sind 11 solcher Geschäfte benannt, die zum Teil auch außer den Kolonialwaren Gemüse und Obst führen. Soweit diese Geschäfte Obst und Gemüse nicht führen, sind zusätzlich Spezialgeschäfte zum Einkauf hierfür in den gleichen Stadtbezirken bestimmt worden. Ebenso ist für jeden Stadtbezirk eine Metzgerei zum Einkauf für Juden bestimmt.

Seit Beginn des Jahres 1941 ist die Einkaufszeit in diesen Geschäften auf die Wochentage Montag bis Freitag einschließlich von 15 bis 17 Uhr festgesetzt worden. Für die Metzgerien ist eine Sonderregelung getroffen: In diesen Geschäften ist die Einkaufszeit auf Dienstag von 15 bis 17 Uhr und Freitag von 8 bis 10 Uhr festgesetzt.

In München gibt es noch rund 3500 Juden, davon rund 500 in kleinen Gemeinschaftsverpflegung bei zentralen Einkauf. Ferner gibt es 371 privilegierte München mit etwa mindestens 700 Personen. Die Lebensmittelkaufregelung in München bezieht sich daher auf rund 2000 Juden.

ausgezeichnet Berlin, am 14. August 1941

Julius Israel Hochinger
Vorstandsmitglied der Jüdischen Kultusvereinigung
Julius Hochinger
Jude Kennart München Kenn-Nr. A 00773

82

Aaruf bei der Staatspolizeileitstelle Berlin
Herrn Prüfer am 20.8.1941, 16.30 Uhr

1. Grundstück Meinekestrasse 10

Von der Räumungsauflage bis 31.ds.Mts. wird Kenntnis gegeben, zugleich mit einem Bericht darüber, dass im September die Renovierung und am 1.Oktober der Einzug der in Anspruch nehmenden Behörde stattfinden soll. Die in Anspruch nehmende Behörde sei noch nicht genannt worden. Die arischen Mieter (Professor Adrien, Potz, Brakh) können bis auf weiteres wohnen bleiben.

Es wird vorgetragen, dass sich im Hause noch einige behördlich versiegelte Schränke befinden, über die eine Entscheidung zu treffen sei. Herr Prüfer teilt mit, dass er, falls kein Gegenbescheid ergibt am 22.ds.Mts. 9 Uhr sich in der Meinekestrasse 10 einfinden werde, um die Schränke amtlich zu öffnen und zu entscheiden, was mit dem darin befindlichen Material zu geschehen habe. Es soll festgestellt werden, ob sich noch Schlüssel für die Schränke in unserem Besitz befinden. Über das Ergebnis der Feststellung ist Herrn Prüfer fernmündlich am 21.ds.Mts. durch Herrn Rosenberg zu berichten, der auch bei dem Termin zur Öffnung der Schränke anwesend sein soll.

2. Grundstück Kantstrasse 158

Es wird über die Besichtigung der durch die EV gemieteten Räume durch den Beauftragten der Reichspostdirektion, Postrat K e s s l e r, berichtet und dargelegt, dass die Reichspost vorbehaltlich der Genehmigung durch den Generalbauinspektor sich für eine Inanspruchnahme der Räume der EV nach deren Umzug interessiere. Herr Prüfer erklärt hierzu, dass er die Reichspost auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht habe, um eine vorzeitige Inanspruchnahme des Grundstücks Rosenstrasse zu vermeiden.

ges. Dr. Eppstein

Notiz am Herrn Dr. Eppstein

188

Am 22. August 1941 vormittags 9 Uhr war Herr Prüfer von der Staatspolizeileitstelle Berlin hier, um die versiegelten Schränke usw. zu besichtigen.

Das eiserne Postfach wurde geöffnet; die darin noch befindlichen Briefe hat Herr Prüfer entnommen und nach Durchsicht Herrn Lotz übergeben mit der Anweisung, sie zu verbrennen.

Der eiserne Schrank ist freigegeben worden.

Die Aktenkästen sowie ein Aktenschrank, in denen sich Unterlagen der früheren ZWfD befinden, sind von Herrn Prüfer wieder versiegelt worden. In dieser Angelegenheit wird noch weitere Weisung erteilt.

Die beiden Schränke mit den Sportpreisen des früheren Bar Kochba sind geöffnet worden. Herr Prüfer hat angeordnet, dass die Preise einer Metallschmelze schnellstens zu übergeben seien und der Erlös der Reichsvereinigung zuzuführen ist. Er wünscht dann einen genauen Bericht mit Angabe des Quantum usw.

In einem der Schränke befinden sich 9 Bände der Encyclopaedia Judaica. Diese Bände sollen vorerst der Reichsvereinigung übergeben werden und sollen dort aufbewahrt bleiben, bis weitere Weisung erfolgt.

22.8.1941

Kurt Israel Rosenberg

kanalney

B e r i c h t

Betrifft: Grundstück, Berlin W 15, Meinekestrasse 10

Weisungsgemäß ist das Grundstück Meinekestrasse 10, soweit es bisher durch die Reichsvereinigung und durch den Jüdischen Kulturbund benutzt worden ist, am 29.ds.Mts. geräumt worden.

Die in den Räumen des ehemaligen Palestine-Amtes noch befindlichen Gegenstände (drei Aktenträger und ein Aktenschrank) die staatspolizeilich versiegelt sind, wurden gemäß der am 28.ds.Mts. fernmündlich erteilten Weisung in die Kellerräume des Grundstücks Oranienburgerstrasse 31 befördert.

Die aus den entriegelten Schränken entnommenen Sportpreise (1 Vase, 1 Leuchter, 6 Schalen, 9 Becher, 34 Pokale, 12 bronzierte Figuren, 67 Plaketten) sind gemäß der am 22.ds.Mts. erteilten Weisung an die Metallfirma Carl Biederer, Charlottenburg, Gatzkestrasse 18 (34-4505) verkauft worden. Der Erlös von RM 20,- ist an die Reichsvereinigung abgeführt worden.

Die naun Hände der Encyclopædia Judaica sind weisungsgemäß der Reichsvereinigung zur Aufbewahrung übergeben worden.

Berlin, den 29. August 1941

Kurt Israel Rosenberg

(Kurt Israel Rosenberg)

Der
Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeidiststelle Berlin
Burgstrasse 29
Berlin C 2
überreicht.

Berlin, den 29. August 1941

REICHSVEREINIGUNG DER JÜDEN IN DEUTSCHLAND

CARL BIENERT

Eisen - Metalle - Maschinen

Fernsprecher: 34 45 05

Charlottenburg, den
Gatschkestr. 18

258.41

lieferte
empfing

Zwei Figuren aus Eisen
in Antikstil für eine
Kunstgalerie

1 Posten Antik
Plakate Figuren
Plakette etc.

20,-

Anruf der Staatspolizeileitstelle
(Herr Prüfer) am 11.9.1941, 14.45 Uhr

Herr Prüfer ersucht um Mitteilung über die derzeitige räumliche und personelle Verwaltung des Kulturbunds, nachdem er Herrn Henschel nicht erreicht habe.

Nach Rücksprache mit Herrn Kreindler wird folgendes mitgeteilt:

1. Vorstand besteht aus Henschel und Dr. Lilienthal, Berlin
Dr. Löwenherz und Dr. Grün, Wien, letzterer anstelle des durch Auswanderung ausgeschiedenen Dr. Rittenberg, Wien.

Dem Propagandaministerium sind die vier Abteilungsleiter für ihre Abteilungen verantwortlich.

2. Abteilungen:

a) Künstlerischer Betrieb: Wisten, Kommandantenstr. 58/59
(Vorführungsraum)
Kommandantenstr. 57.II (Büro): 17-7735

b) Jüdisches Nachrichtenblatt: Kreindler, Aschaffenburgerstr. 1
(42-5921)

c) Buchverlag: Pless, Wilsnackerstr. 3
Buchverkaufsstellen Aschaffenburgerstr. 18, Artilleriestr. 31,
Wilsnackerstr. 3.

d) Finanzabteilung: Eurlich, Wilsnackerstr. 3

Es soll mitgeteilt werden, zu welchen Zeiten der Laden Aschaffenburgerstr. 18 geöffnet ist.

gez. Dr. Appstein

11. Sept.

41

Re./Dal.

Herrn Fritz Israel Wisten
Deutscher Kulturbund in Deutschland e.V.
Kommandantenstr. 57
Berlin 1-63

Sehr geehrter Herr Wisten,

Heute Mittag rief die Schleime Staatspolizei, Staats-Zeitung des Kulturbundes zu erkundigen. Da ich mich gerade in der Kantine befand, erhielt meine Sekretärin den Auftrag, ich solle nach meiner Rückkehr alsbald anrufen. Als ich dies tat, teilte Herr Pruefer mir mit, dass er sich die gewünschten Angaben inzwischen von Herrn Dr. Eppstein beschafft habe. Er wiederholte mir, dass die künstlerische Abteilung unter Ihnen in der Kommandantenstrasse, der Buchverlag unter Herrn Pless in der Wilsnackerstrasse und der Zeitungsverlag unter Herrn Kreindler in der Grunenburgerstrasse untergebracht seien. Ich ergänzte diese Angabe noch dahin, dass die Finanzabteilung unter Herrn Ehrlich sich auch in der Wilsnackerstrasse befindet.

Einige Zeit später rief Herr Pruefer nochmals an und fragte mich, wer in Vorstandssitzungen des Kulturbundes den Vorsitz führe. Ich erwiderte, dass solche Vorstandssitzungen sehr selten und dann unter meinem Vorsitz stattfinden. Ich wies weiter darauf hin, dass über die Leistungsverhältnisse Sie, sehr geehrter Herr Wisten, am besten Auskunft geben könnten, weil Sie von Herrn Kochanowski unmittelbar Leistung erhalten hätten, während Dr. Lilienthal und ich nicht empfangen worden wären; die Anweisungen seien dahin gegangen, dass jeder Abteilungsleiter seine Abteilung selbstständig unter eigener Verantwortung leite, und dass im Ministerium über die künstlerischen Dinge Ihnen, im übrigen aber Herrn Kreindler der Vortrag aufgegeben sei. Herr Pruefer bemerkte hierzu, dass er Sie demnächst zu sich bestellen wolle.

In vorsorglicher Hochachtung
Ihr ergebener

H. H. Eppstein

Rücksprache in der Staatspolizeileitstelle Berlin
 (Herrn Prüfer) am 20. September 1941, 11.30 Uhr
 gemeinsam mit Dr. ROSENTHAL (Kriegsopferfürsorge)

1. Schutzabzeichen für Kriegsbeschädigte

Herr Prüfer teilt mit, dass sich in der letzten Zeit die Fälle mehren, in denen Kriegsbeschädigte Anträge auf Genehmigung zum Tragen des Schutzabzeichens (gelbe Armbinde mit schwarzen Punkten) eingegangen seien von Personen, die neben dem Tragen des Judenkennzeichens ein besonderes Interesse daran haben, dieses Schutzabzeichen zu tragen. Diesen Anträgen werde nicht entsprochen. Dr. Rosenthal KRM legt die Rechtslage dar, indem er darauf hinweist, dass versorgungrechtlich das Schutzabzeichen für Hirnverletzte, Blinde und Taube in Betracht komme. Herr Prüfer weist darauf hin, dass von der Abteilung Kriegsopferfürsorge selbst ein Antrag für einen Beinamputierten gestellt worden sei, der also den gesetzlichen Vorschriften nicht entspreche. Zu diesem Antrag werde er sich noch besonders äussern. Es bestehen keine Bedenken dagegen, dem Beinamputierten zuzuteilen, dass die Stellung solcher Anträge zu unterlassen sind.

2. Tragen des Judenkennzeichens

Herr Prüfer bemerkt, dass sich bereits Fälle bemerkbar machen, in denen Juden das Kennzeichen durch Aktenmappen, Bücher oder in sonstiger Weise verdecken. Dies sei unsäglich.

Es wird darüber berichtet, dass eine Veröffentlichung der Richtlinie im "Nachrichtenblatt" nicht erfolgen könne, dass daher zu prüfen sei, in welcher Weise der Inhalt der Richtlinien bekannt gegeben werden könnte. Herr Prüfer bemerkt, dass gegen entsprechende Anschläge in den Synagogen bzw. in den Dienststellen der JKV Bedenken wohl nicht bestehen dürften. Außerdem werden ja die Richtlinien durch mundliche Weitergabe bekannt werden. Jedenfalls sei mit exemplarischen Massnahmen zu rechnen, wenn Verstöße gegen die Verordnung vor kommen sollten.

Fünf Stücke der Richtlinien werden übergeben.

3. Austritte aus der JKV Berlin

Über die erteilte Weisung des RSH, wonach Austrittserklärung, die nach dem 1.9.1941 eingegangen seien, rechtswirksam sind, wird berichtet. Es werde noch eine entsprechende Anweisung an die JKV ergehen, falls sich bei der Durchführung dieser Anweisung Schwierigkeiten ergeben sollten, müsse die Durchführung durch die Staatspolizeistellen erfolgen. Herr Prüfer erteilt darum, ihn über die entsprechende Weisung des RSH zu unterrichten.

4. Toller

Herr Prüfer erklärt, dass die Beschäftigung von Herrn Toller in der Wanderungsabteilung unbesoldet erfolgen soll. Mit dem Vorschlag, vor Antritt der Tätigkeit von Herrn Toller eine Erklärung unterschriften zu lassen, in der die Art seiner Tätigkeit genau umschrieben werde, erklärt Herr Prüfer sich einverstanden. Abschrift dieser Erklärung kann eingereicht werden. Es wird außerdem darauf hingewiesen, dass vor einiger Zeit die Wanderungsabteilung mit einem Fall befasst worden sei, in dem für die Bearbeitung der Auswanderung einer Person, die sich im Konzentrationslager befand, von Herrn Toller EM 250.-

verlangt worden sind, obwohl nach der generell erteilten Weisung Anträge in solchen Fällen keine Aussicht auf Erfolg haben. Der Betrag ist ihm auch tatsächlich ausgeschüttet worden. Herr Prüfer gibt anchein, hierüber schriftlich zu berichten.

Berlin, den 20. September 1941

ges. Dr. Eppstein

Dr. o. J. o.

Anruf bei der Geheimen Staatspolizei Staatspolizeistelle
Berlin (Herrn Trüfer)
am 3. September 1941 10 Uhr 35.

Es wird berichtet, dass eben ein uniformierter Schutzpolizist
der drei Restheime Lützowstr. 77, Lützowstr. 67 und
Borflingerstr. 17 besichtigt habe, ansehnlich im Auftrage der
Staatspolizei. Herr Trüfer bemerkt, dass ihm hierüber nichts
bekannt sei und erachtet Herrn Dr. Oppstein zu benachrichtigen,
damit er dem Reichssicherheitshauptamt in Kenntnis setze.

Nachliegend wird Frau Myrants fernmündlich unterrichtet mit
der Bitte, den Bericht an Herrn Dr. Oppstein weiterzugeben.
Es handelt sich um die ehemaligen Dependances des behördlich in
Anspruch genommenen grossen Interheims Lützowstrasse, drei Woh-
nungen mit rund 50 Litzen.

(en 3. 1. 1941).

(Dr. Conrad Israel John).

Urschriften

Herrn Hanschel

Herrn Dr. Oppstein

Frau Hanschke

62

Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin
(Herr Prüfer) am 26.9.1941, 16.15 Uhr

1. Angelegenheit Busch

Auf Befragen wird über den dem ESH mitgeteilten Sachverhalt berichtet. Herr Prüfer ersucht um sofortige Einsendung einer Abschrift des Berichts.

2. Angelegenheit Toller

Auf Befragen, ob bereits eine Entscheidung bekanntgegeben werden könnte, erklärt Herr Prüfer, dass eine Weisung noch erteilt werde. Fall Toller sich inzwischen melde, könne ihm mitgeteilt werden, dass von der für ihn vorgesehenen Beschäftigung in der Wanderungsabteilung so lange Abstand zu nehmen ist, bis die in Aussicht gestellte Weisung erteilt worden ist.

gez. Dr. Appstein

R 1/pa

Berlin, den 3. Oktober 1941

180

Vermerk.

Besuch bei der Staatspoliz i., Leit. 11e Herrn Prüfer
in Sachen Ver auf Biedermannhausen.
um 14 Uhr 30.

Herr Prüfer hatte mich durch sein Büro aufgefordert, ihn sofort
zu Kinderseehausen aufzusuchen.

Ich wurde gefragt, was denn eigentlich mit dem Ver auf der Ma-
schinen inied Reichenhausen los sei. Ich schilderte ihm den
bisherigen Verlauf der Dinge und er hörte mir, dass eine
größere Zahl von Firmen zur Angebotsabgabe zu einem festen Ter-
min von uns aufgefordert waren, dass hierbei die Firma Rose
Hochstbietende gewesen sei, und dass einen Tag später die Firma
Baden uns erklärt habe, sie bietet ebenfalls über den bisher gebo-
tenen Höchstpreis.

Ich setzte auseinander, dass wir darauf einen neuen Ausschrei-
bungstermin festsetzen, nachdem wir auch der Firma Rose gesehen
hatten, dass von anderer Seite ein höheres Gebot abgegeben wor-
den sei.

Zur gesetzten Frist gingen die Angebote der Firma Baden und Rose
ein. Da die Firma Rose hierbei Hochstbietender war, und wir ge-
halten sind, auf ein für die J. V. möglichst günstiges finan-
zielles Ergebnis zu sehen, haben wir der Firma Rose den Zuschlag
erteilt und den Vertag den 4. und seinerzeit von Herrn Dr. Lange,
Syndikus der Ind. u. Handelskammer zu Berlin, genannten Stellen zu-
geleitet.

Heute sei zur Zeit die Entscheidung.

Herr Prüfer fragte, ob diese Stellen schon entschieden hätten.

Ich verneinte diese Frage.

Zwischendurch hat Herr Prüfer erklärt, die Firma Rose sei in
Produktionshandlung. Ob uns dies bekannt sei. Ich erwiderte, dass
uns bekannt sei, dass sie neben ihrer Produktionsabteilung auch
eine Eisenabteilung führe.

Nach Schluss meiner Ausführungen erklärte Herr Prüfer, das genü-
ge ihm völlig. Ich könne noch keine gehen.
Kein Anerbieten, ihm die schriftliche Unterlage für das, was ich
gesagt hatte - und die ich bei mir führte - vorzulegen, lehnte er
ab mit den Worten: "Das reiche völlig aus."

Auf dem Korridor vor Herrn Prüfer's Zimmer sass, als ich hinzog,
Herr Baden, der, nachdem ich entlassen war, zu Herrn Prüfer her-
eingerufen wurde.

Die Unterredung fand unter 4 Augen statt.
Notizen hat Herr Prüfer nicht gemacht.

Herrn Rosauer!

Herr Dr. Oppstein hat Abschrift erhalten.

frankenthal
Th

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle Berlin
(Herrn Prüfer) am 10. Oktober 1941, 17.30 Uhr

1. Austritte

Es wird über die beim RSH erteilten Weisungen berichtet, insbesondere darüber, dass eine Namensliste derjenigen Personen eingereicht worden sei, die der Aufforderung zur Rückgabe der Austrittsbestätigungen nicht nachgekommen seien. Gemäß Entscheidung des RSH sind auch Austrittserklärungen von deutschblütigen Personen nach dem 1.9.1941 als rechtsunwirksam anzusehen.

2. Jüdischer Kulturbund

Es wird über die Anweisungen betreffend Gehaltsauszahlungen an die Angestellten des aufgelösten Jüdischen Kulturbunds berichtet und in diesem Zusammenhang um Aushändigung der für die Gehaltszahlungen erforderlichen Unterlagen aus dem versiegelten Büro des Kulturbunds gebeten. Herr Prüfer verweist in diesem Zusammenhang auf den Sachbearbeiter, Apparat 45, bei dem die Herausgabe erbeten werden könne. Bezuglich der Arbeitspapiere sei mit dem Arbeitsamt die Vereinbarung getroffen worden, dass die in Betracht kommenden Personen bis zur Aushändigung der Arbeitbücher sogenannte Notkarten ausgehändigt erhalten, damit sie sich sofort zum Arbeitseinsatz melden können.

Bezüglich der Schließung der Arbeitbücher erhebt Herr Prüfer keine Bedenken dagegen, dass dies unter dem Namen Jüdischer Kulturbund erfolgt, obwohl dessen Auflösung bereits am 12.9.1941 vollzogen worden ist. Im Zusammenhang mit dem Bericht über die Mitteilung im RSH, dass Buchverlag und Nachrichtenblatt der RV bei getrennter Kassenführung angegliedert werden sollen, bemerkt Herr Prüfer, dass er mit dem Propagandaministerium gesprochen habe und eine Zusammenfassung der Kulturbundspelzier auf einem besonderen Konto veranlassen werde. Sobald dies erfolgt sei, würden die Konten des Buchverlags und des Jüdischen Nachrichtenblatts, auf die die laufenden Einzahlungen erfolgen, freigegeben werden.

gez. Dr. Eppstein

Anruf der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Herrn Prüfer) am 27. Dezember 1941, 10.30 Uhr

Es wird folgendes mitgeteilt:

durch das Grenzkommissariat Lörrach sind dort folgende Personen beim versuchten Grenzübertritt festgenommen worden:

Reiwall Werner Wolf Israel, geb. 14.11.92 in Berlin
Berlin-Wilmersdorf, Brandenburgischestr. 22

und Ehefrau Helly Halda Sara geb. Davidsohn, geb. 10.12.09 in
Strassburg/Elsass

Fredy Wolf Israel, geb. 5.3.27 in Berlin
Peter Paul Israel, geb. 20.7.30 in Berlin

Die Kinder befinden sich im Gerichtsgefängnis Lörrach und sollen schnellstmöglich dort abgeholt werden. Es wird vorgeschlagen, die Bezirksstelle in Karlsruhe hiervon zu verständigen, damit diese den Vertrauensmann in Freiburg/Br. mit dem Auftrag versehen könne, die Kinder in Lörrach abzuholen. Dieser Vorschlag wird zur Kenntnis genommen mit den Hinweis darauf, dass ein entsprechendes Fernschreiben an das Grenzkommissariat in Lörrach gerichtet werde. Über die Abholung der Kinder und deren einstweilige Unterbringung ist zu berichten. Der Transport der Kinder nach Berlin wird um noch weitere Weisung ergehen.

Ferngespräch mit der Bezirksstelle Karlsruhe (Herrn Eisemann), 11 Uhr

Der Sachverhalt wird Herrn Eisemann mitgeteilt. Über den Vollzug wird Herr Eisemann telegrafisch berichten.

gen. Dr. Eppstein

Anruf bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle (Herrn Prüfer) am 2. Januar 1942, 14 Uhr

Es wird darüber berichtet, dass die beiden Kinder

Fredy Wolf Israel und Peter Paul Israel R e i w a l d .
weisungsgemäß im Gerichtsgefängnis Lörrach abgeholt worden seien und dass die Kinder heute oder morgen in Berlin eintreffen. Frau Dorothea Bara Fränkel, Berlin W.30, Eisenacherstrasse 103, sei gebeten worden, die Kinder bei sich oder in der Wohnung des Ehepaars Reiwall, Wilmersdorf, Brandenburgischestrasse 22, bis auf weiteres unterzubringen. Herr Prüfer erklärt sich hiermit einverstanden und behält sich vor, auf die Angelegenheit zurückzukommen. Schriftlicher Bericht ist nicht erforderlich.

E. W. M.

Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

Bezirksstelle Baden-Pfalz in Liquidation

115

E/T Karlsruhe, den 27. 12.
Herrestr. 14

144

Reichsvereinigung
Berlin

befreit; Ernst und Israel Reisfeld, geboren am 5. März 1927
in Berlin und Peter Paul Israel Reisfeld, geboren
am 20. Juli 1930 in Berlin, ehele. z. St. im Gerichts-
gefängnis Dörrnach.

Wir haben uns auf Grund des Anrufs des Herrn Dr. Epstein mit dem Grenzpolizeikommissariat Lorrach in Verbindung gesetzt, woselbst bis zur Stunde jedoch der Bescheid der Stadtpolizeileitstelle Berlin nicht vorlag. Auch bei der Stadtpolizeileitstelle Karlsruhe war heute nichts in Erfahrung zu bringen. Wir haben das Erforderliche wegen der Abholung der Kinder mit unserem Freiburger Vertrauensmann vereinbart und werden Sie über den Gang der Angelegenheit verständigen.

Fernsprecher: 3915 · Postscheckkonto: Karlsruhe 79829 · Bankverbindung: Badische Bank, Karlsruhe
Sprechstunden: Montag bis Freitag 10-12 Uhr

42

SJ

13896/4 ✓
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

Bezirksstelle Baden-Pfalz in Liquidation

G.W. Karlsruhe, den 29. 12. 1941
Hertenstr. 14

Reichsvereinigung
Abteilung I
Berlin

Betrifft: Die Kinder des Ehepaars Reiwald aus Berlin.

Unser Vertrauensmann, Herr Nathan Rosenberger in Freiburg,
Kirchstraße 1, wird am 30. Dezember die obengenannten Kinder,
die sich im Gerichtsgefängnis Lörrach befinden, abholen und
in seiner eigenen Familie unterbringen, bis sie nach Berlin
verbracht werden können. Wir bitten um baldige Mitteilung,
ob wir die Kinder durch einen Beauftragten nach Berlin kri-
egen lassen sollen.

Fernsprecher: 3913 · Postscheckkonto: Karlsruhe 79929 · Bankverbindung: Badische Bank, Karlsruhe
Sprechstunden: Montag bis Freitag 10—12 Uhr

58

Notiz.

Mir ist heute, am 3. Januar 1942, bei der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Charlottenburg 2, Kantstr. 158, mitgeteilt worden, dass ich für die beiden Kinder

Fred Wolf Israel REIWALD

und Peter Paul Israel REIWALD

die erforderlichen Dispositionen zu ihrer Unterbringung in Berlin treffen kann und dass gegen den Aufenthalt der beiden Kinder in Berlin Bedenken seitens der Staatspolizeileitstelle Berlin nicht bestehen. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass ich über den jeweiligen Aufenthalt der beiden Kinder auf Anfrage jederzeit Auskunft zu geben habe. Ja übrigens bleibt es mir überlassen, ob die Kinder in meiner Wohnung Eisenacherstr. 103, oder in der Wohnung REIWALD-Brandenburgischestr. 22, oder in einer von mir zu bestimmenden dritten Wohnung, oder in einem Heim ungergebracht werden. Sollte die Unterbringung in einem Heim zweckmässig oder erforderlich sein, so werde ich hierüber der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland noch entsprechende Mitteilung machen.

Berlin, den 3. Januar 1942.

Dorothea Sara Fraenkel
geb. Lotteinstein
Tyrowitz

(Dorothea Sara Fraenkel)
Berlin, Eisenacherstr. 103,
Kennort Berlin
Kenn-Nr. A 500 496

HJ

164
9. Januar 1942

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Burgstrasse 28
Berlin C 2

Betrifft: Pelz-, Ski- und Wollsachen

Unter Bezugnahme auf die anlässlich des heutigen Fernsehdienlichen Vortrags erteilte Weisung gestatten wir uns, in der Anlage Abschrift des Rundschreibens der Reichsvereinigung zu überreichen, das zur Versendung am 10. des Monats an die Bezirksstellen der Reichsvereinigung und jüdischen Kultusvereinigungen durch das Reichssicherheitsamt genehmigt worden ist.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

54
Anlage

173

Aktennotiz A 24

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle Berlin
am 14.Januar 1942, 15 Uhr

Es wird darüber berichtet, dass im Vollzug der erteilten Weisung
der bisherige Mitarbeiter der Arbeitseinsatzgruppe, Hermann
Israel Stern aus Jakobsdorf, nach Neuendorf bestellt worden
sei, um Herrn Hubert Israel Grau eingearbeitet zu werden. Von
den Mitarbeitern der RV und der JKV Berlin könne zurzeit niemand
zu diesem Zweck freigestellt werden. Um eine Anforderung beim Ar-
beitsamt zu ersparen, empfiehlt sich die vorgeschlagene Regelung,
zumal Stern mit den vorkommenden Arbeiten vertraut ist.

Herr Prüfer erklärt sich hiermit einverstanden.

gez. Dr. Eppstein

Reichsverkehrsgruppe Spedition und Lagerei
Fachgruppe Möbeltransport Ortsfachgruppe Berlin

145

R 1/42.

Berlin, den 19. Januar 1942.

Vertraulich!

An die Mitglieder !

Betr.: Verfügungsrecht jüdischer, im Inland befindlicher Einlagerer über Lagergut.

Auf Grund von Rückfragen aus dem Mitgliederkreise über das Verfügungsberecht jüdischer, im Inland befindlicher Einlagerer über das Lagergut hat sich die Geheime Staatspolizei-Staatspolizeileitstelle Berlin mit Schreiben vom 14.1.1942 (Aktenzeichen: Stapo IV D1) zur Klärung der Fragen wie folgt geäußert:

- * Zur Bestätigung der telefonischen Mitteilung vom 22.12.41 wird mitgeteilt, dass das bei den einzelnen Firmen lagern jüdische Gut - ausnommen des devisenrechtlich erfasste - nur herausgegeben werden darf, wenn eine entsprechende Bescheinigung der Geheimen Staatspolizei vorliegt. Es ist dabei gleichgültig, ob das Lagergut bereits durch Juden an andere Personen weiter veräußert worden ist oder nicht.

Ich bitte, die Ihnen angeschlossenen Mitglieder in diesem Sinne zu unterrichten und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihre Mitglieder veranlassen würden, das bei ihnen lagernde Juengut listenmäßig hierher zu melden.

Es ist daher im Sinne der vorstehenden Weisung der Geheimen Staatspolizei - Staatspolizeileitstelle Berlin, Berlin C.2, Grunerstr.12, zu verfahren.

Heil Hitler !

Ernst Plessow Walter Beier
Leiter Geschäftsführer.

172

Amtsgericht A 25

Anruf bei der Staatspolizeielle Berlin
(Herrn Pfeiffer) am 27.1.1943, 12.30 Uhr

Bericht: Besuch der Wirtschaftserratungspraxis Dr. Hans Israel Bendix,
Kurfürstendamm 75

Um das vorliegende Verfahren zu erleichtern, habe ich die
ca. 50 Akten aus der Praxis von Dr. Bendix für die Verteilung übernommen.
In einem Fall hinsichtlich eines Nachlasses einer Verwandten des Dr.
Bendix seitens der Staatspolizeielle Berlin ist die Verteilung gestattet
worden. In den übrigen Fällen wurde die Verteilung durch die NSI über-
nommen werden. Dr. Bendix habe damit seine Praxis eingestellt. Herr Pfeiffer
nicht sie, um Zustimmung kenntnis.

152

Betrifft: Zahl der Juden in Berlin
nach dem Stande vom 31.1.1942

Gesamtzahl	58.637
abgänglich Juden ausländischer Staatsangehörigkeit	<u>1.374</u>
	57.263
hiervom nicht Sternträger	12.005
darunter Juden in privilegierter Mischehe	
namentlich erfasst	4.792
geschätzter Zuschlag für nicht erfasste	<u>1.208</u>
zusammen rund	<u>6.000</u>
Sternträger	45.258
darunter Juden in nicht privile- gieter Mischehe	
namentlich erfasst	2.233
geschätzter Zuschlag für nicht erfasste	<u>567</u>
zusammen rund	<u>2.800</u>
Zahl der über 65 Jahre alten Sternträger	<u>11.809</u>
verbleiben Sternträger unter 65 Jahren	33.449
darunter Zahl der Sternträger zwischen 35 und 65 Jahren 9.107, hiervom besonders gebrechlich nach den Erfahrungen der Gesund- heitsverwaltung geschätzt mit etwa 10% auf	<u>1.000</u>
verbleiben	32.449
Arbeitseinsatz	rund 21.000
Organisationsangestellte der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin und Reichsverordnung	rund 2.000
bescoldete	1.744
Reinigungspersonal	26
Lernpersonal	<u>162</u>
	<u>1.939</u>

hiervom wohnwirtschaftlicher Arbeitseinsatz
(geschätzt) und Organisationsangestellte rund 18.000

In der verbleibenden Zahl sind Sternträger in nicht privile-
gieter Mischehe, Ehefrauen und minderjährige Kinder der Juden
in Arbeitseinsatz und der Organisationsangestellten enthalten.

A k t e n n o t i z A 26

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle Berlin
(Herrn P r u f f e r) am 3. Februar 1942, 8.45 Uhr

Gemäss der fernmündlichen Anforderung werden nachfolgende statistische Angaben mitgeteilt:

	Zusammen	mannlich	weiblich
31.12.1941	61.347	25.634	36.313
Abwanderung	5.005	949	2.056
	58.942	24.685	34.257
Sterbefälle	321*)	163	168
	58.611	24.522	34.089
Getöteten	19	10	9
	58.630	24.532	34.098
Binnenwanderung	7**) -	-1	+8
31.1.1942	58.637	24.531	34.106

*) darunter 89 Selbstmorde mit tödlichem Ausgang
von insgesamt 142 Selbstmordversuchen im Januar

**) hiervon 45.258 gekennzeichnete Juden

gez. Dr. ppstein

Jüdische Kultusvereinigung
zu Berlin e. V.

Statistische Angabe per 1. Februar 1942
auf Grund der Unterlagen der Kataster-
verwaltung

Tabelle 1

Bezeichnung	Juden deutscher Staatsangehörigkeit einschl. der Staatenlosen, der ehem. Polen und ehem. Luxemburger in Berlin		
	insgesamt	davon	
	männlich	wölflich	
Sternträger	45.258	18.942	26.316
nichtsternträger	12.005	5.007	6.998
Zusammen:	57.263	23.949	33.314

Tabelle 2

Bezeichnung	In deutsch-jüd. Mischehe lebende Juden in Berlin
	insgesamt
Personen in privilegiert-	
ter	6.000 x)
nichtprivi- legierter	2.800 x)
Mischehe	
Zusammen:	8.800 x)

x) geschätzt

Tabelle 3

Ge schlecht	Juden auslaendischer Staatsangehoerigkeit (außer ehem. Polen und Luxemburgern) in Berlin
Männer	582
Frauen	792
Zusammen:	1.374

Tabelle 4

Staatsangehoerigkeit	Juden mit slowakischer, rumänischer oder kroati- scher Staatsangehörigkeit in Berlin		
	insges.	davon mannl.	weibl.
Slowakei	45	22	23
Rumänien	176	87	89
Kroatien	5	2	3
Zusammen:	226	111	115

- 3 -
150
Tabelle 5

Bezeichnung	Juden im Alter von 65 Jahren und darüber in Berlin		
	insgesamt	davon	
	männlich	weiblich	
Sternträger	11.809	4.473	7.336
Nicht-Sternträger	2.006	803	1.203
Zusammen:	13.815	5.276	8.539

Tabelle 6

Bezeichnung	Juden im Alter von 55 Jahren bzw. unter 65 Jahren in Berlin		
	insgesamt	davon	
	männlich	weiblich	
Sternträger	9.107	4.093	5.014
Nicht-Sternträger	2.085	867	1.218
Zusammen:	11.192	4.960	6.232

Tabelle 7

Sterzträger			
dann in Alter von Insges. 65 J. u. der 55 bis u. 65 J.			
	1	2	3
Männer	12.942	4.473	4.093
Frauen	26.314	7.334	5.014
Zusammen:	39.256	11.807	9.107
			1.000

a) Sonderart Gebrechliche unter den 55 bis unter
65 jährigen (Spalte 3)

Tabelle 8

Richtsterzträger			
dann in Alter von Insges. 65 J. u. der 55 bis u. 65 J.			
	1	2	3
Männer	5.007	803	807
Frauen	6.998	1.263	1.238
Zusammen:	12.005	2.066	2.045

Am 5.2.1942 den Beamten der Staatspolizeileitstelle Berlin übergeben.

A k t e n v e r m o r k

Am 30.1.1942, 14 Uhr erfolgte ein Anruf des Präsidiums des Deutschen Roten Kreuzes (Dr. Niehaus), bei dem folgendes gefragt wurde:

Die Reichsvereinigung habe sich an Frau Marianne Frank, Züllichau, mit einem Roten Kreuz-Brief gewandt und von ihr Auskünfte für ihren Ehemann verlangt. Es habe sich nunmehr herausgestellt, dass es sich bei Frau Marianne Frank um die Gattin eines deutschen Offiziers handelt, der sich in australischer Kriegsgefangenschaft befindet. Es soll festgestellt werden, auf wessen Veranlassung die Reichsvereinigung die Rückfrage bei Frau Marianne Frank herbeigeführt hat. Aus den von der Bezirksstelle Brandenburg/Pommern zur Verfügung gestellten Unterlagen wurde fernmündlich dem Deutschen Roten Kreuz folgendes mitgeteilt:

Bei der Reichsvereinigung ist ein Schreiben des Internationalen Roten Kreuzes aus Genf vom 9.12.1941 unter dem Aktenzeichen CC.A.340/EW Service civil, eingegangen. In diesem an die Reichsvereinigung gerichteten Schreiben bittet das Internationale Komitee vom Roten Kreuz um Auskunft über den gegenwärtigen Aufenthalt und das Befinden von Frau Marianne Frank, Kaiser Wilhelmstrasse 36, Züllichau/Mark. "Anfragesteller Britisches Rotes Kreuz für den Gatten: Frau Frank erwartete ein Baby. Ihr Mann ist seit langem ohne jede Nachricht und deshalb sehr um sie besorgt. Er bittet inständig um baldige Antwort."

Dieses Schreiben wurde von der Zentrale der Reichsvereinigung am 12.1.1942 an die Bezirksstelle Brandenburg/Pommern abgegeben, die ihrerseits an den Vertrauensmann in Züllichau, Hermann Israel Loewenthal, am 15.1.1942 geschrieben hat.

Der Sachbearbeiter beim Deutschen Roten Kreuz entnahm aus dieser Sachdarstellung, dass beim Internationalen Roten Kreuz in Genf wohl eine Namensverwechslung oder die Vermutung eine Rolle gespielt haben könnte, dass es sich bei Frau Frank um die Gattin eines Juden handeln könnte, da es auch Juden dieses Namens gebe. In dieser Annahme habe wohl das Internationale Rote Kreuz das Schreiben nicht an das Deutsche Rote Kreuz, sondern an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland gerichtet. Der Sachbearbeiter behält sich vor, auf die Angelegenheit gegebenenfalls unter Anforderung eines schriftlichen Berichts zurückzukommen.

Berlin, den 5. Februar 1942

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Dr. Paul Israel Eppstein

154

Herrn Dr. Eppstein
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Herrn Pinkus

Nach meiner Schätzung dürften zur Zeit in Berlin noch etwa 25 000 Juden (einschließlich der jüdischen Organisationsangestellten) in Arbeit stehen, wovon etwa 55 - 60 vom Hundert Männer sein werden. Die Zahl der jüdischen Organisationsangestellten in Berlin dürfte etwa 1750 betragen.

Bei der grossen Zahl der Alleinstehenden ist nach meinem Dafürhalten bei der jüdischen Bevölkerung in Berlin die Relation der Haushaltungen zur Personenzahl nicht höher als etwa 1: 1.5 oder 1.6 anzunehmen. Dies entspricht auch den Erfahrungen der jüdischen Sozialfahrtspflege und der Jüdischen Winterhilfe.

6. Februar 1942/
Dr.C/Pg.

(Dr. Conrad Israel Cohn)

7. Februar 1942

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Burgstrasse 28
Berlin C 2

In der Anlage gestatten wir uns, eine statistische Übersicht über die Altersgliederung der Juden in Berlin am 31.1.1942 unter Berücksichtigung der Zahl der nach der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1.9.1941 (RGBl.I.S.547) gekennzeichneten Juden zu überreichen.

Aus der Tabelle ergibt sich, dass von den 58.637 Juden zum Tragen des Kennzeichens verpflichtet sind 45.258, von denen 37,58 v.H. 60 Jahre und darüber alt sind. Die Zahl der in Arbeit befindlichen Juden in Berlin ist zurzeit auf rund 23.000 zu schätzen, davon etwa 1.750 Organisations-Angestellte und 21.250 im Arbeitseinsatz.

REICHSPRÄSIDENTUR DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Anlage

Die Altersgliederung der Juden in Berlin

卷之三

In den nächsten Altersgruppen Stunden (Personen):

männlich		weiblich		Gesamt		Gesamt		weiblich		männlich	
Lavon		Devon		überhaupt		überhaupt		überhaupt		Gesamt	
überhaupt gekennzeichnet		überhaupt nicht gekennzeichnet		inkontrahiert		inkontrahiert		inkontrahiert		inkontrahiert	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Bis unter 6 Jahre	6	592	564	xx) 539	1.158	2.41	2.98	1.66	2.45	17	44
6 - 10	*	2.145	1.489	4.268	2.956	8.75	7.86	6.22	5.57	7.28	6.53
10 - 15	*	6.945	4.761	10.664	6.652	1.413	28.52	29.51	25.18	25.22	25.22
15 - 20	*	6.801	5.358	11.959	7.420	12.195	27.72	26.20	27.54	26.62	26.56
20 und darüber	*	8.048	6.770	11.959	10.256	20.007	32.61	35.07	36.90	34.13	37.56
Zusammen:		24.532	18.942	54.106	26.316	58.637	15.258	100.00	100.00	100.00	100.00

x) auf Grund der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 19.9.1941 (Mdl. I S. 547)

XXX) Kinder gekennzeichnet Juden

Abschrift

Der Oberfinanzpräsident Berlin, "Vermögensverwertung", Außenstelle
Berlin C. 2, den 12. Februar 1942
Münzstr. 12 2/327
Fernsprecher: 41 5033-36

Akt.-Z. o. 5205 - Allgemeines
F II Verv.

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
z.Hd. Herren Prokop und Pruefer
Berlin

Betrifft: Abschiebung von Juden.

Antragsteller, die den Zusammenhang mit den Evakuierungsmassnahmen in Berlin anliegen vorbringen, sind bisher regelmässig an mich verwiesen worden. Ich bin auf Grund vertraglicher Abmachungen mit der Stadt Berlin fuer die anfallenden Aufgaben nur zum Teil zuständig. Einen Teil der Aufgaben hat die Stadt Berlin, Städtische Pfandleihanstalt IV, Berlin N, Elsaesserstr. 74 (Telef. 52 0021, Apparat 2901) uebernommen, die sich wiederum der ortslich zuständigen Bezirksämter Abteilung Finanzverwaltung bedient. Um den Auskunftfordernden unmittelbar im Einzelfall zuständige Stellen angeben zu können, teile ich im Folgenden mit, wie die Zuständigkeit geregelt worden ist. Ich weise besonders darauf hin, dass diese Ausführungen nur fuer die in den Monaten Oktober 1941 bis einschliesslich Januar 1942 durchgefuehrten Evakuierungen gelten.

1.). Miete und Schoenheitsreparaturen.

Ansprüche auf Miete und Ausfuehrung von Schoenheitsreparaturen sind bei dem Oberfinanzpräsidenten Berlin, Vermögensverwertung-Aussenstelle Münzstr. 12 gesondert fuer jeden abgeschiedenen Mieter einzureichen. Die Reparaturen sind durch den Eigentümer zunächst nicht ausfuehren zu lassen.

2.). Die etwa erforderliche Entwesung der Wohnungen und der Zimmer abgeschiedener Untermieter lässt die Stadt Berlin durch das fuer die Wohnung ortslich zuständige Bezirksamt Abteilung Finanzverwaltung durchfuehren.

3.). Die Raeumung der Wohnungen und Zimmer veranlasst ebenfalls das zuständige Bezirksamt Abteilung Finanzverwaltung.

4.). Sofern in Einzelfällen (z.B. bei Rohrbrüchen) das Betreten der versiegelten Wohnung notwendig ist, ist das ortslich zuständige

H. St. Epstein

Besirksamt Abteilung Finanzverwaltung unverzueglich zu benachrichtigen.

5). Die Neuvermietung einer Wohnung ist nur mit Zustimmung des Generalbauinspektors moeglich. Der groesste Teil der Wohnungen wird von der Stadt Berlin — Hauptplanungsamt — beschlagnehat. Mit der Vermietung der Wohnungen ist weder der Oberfinanzpraeisident Berlin noch die Stadt Berlin befasst.

6). Fuer die Freigabe von Gegenstaenden, die sich in den Wohnungen befinden und an denen Dritte Rechte geltend machen, ist zu unterscheiden

a) ob der gesamte oder im wesentlichen der ganze Wohnungsinhalt freigegeben werden soll,

in diesem Fall entscheidet der Oberfinanzpraeisident Berlin;

b) oder ob einzelne Gegenstaende freigegeben werden sollen, hier entscheidet die Stadt Berlin, Staedtische Pfandleihanstalt IV, Berlin N. Elsaeesserstr. 74.

In den Faellen, in denen der juedische Mieter die Wohnung verlassen hat, aber im Inland geblieben ist, (z.B. bei Umsiedlung innerhalb Berlins), sind alle Ansprüche nach wie vor gegen den Juden geltend zu machen. Dieser hat sich, soweit er zur Befriedigung des Anspruchs ueber sein bewegliches Vermögen verfügen muss, zwecks Genehmigung der Verfuegung an die juedische Kultusvereinigung zu wenden.

Ist der Jude vor der Abschiebung im Inland verstorben, so ist auch bei Versiegelung der Wohnung durch die Geheime Staatspolizei Staatspolizeileitstelle Berlin der Oberfinanzpraeisident Berlin nicht zustaendig. In diesen Faellen ist Anzeige beim zustaendigen Polizeirevier zu erstatten. Das Nachlassgericht (Amtsgericht) sorgt notfalls fuer die Sicherung des Nachlasses durch Bestellung eines Nachlasspflegers.

Ich bitte um Kenntnisnahme, Abschrift dieses Schreibens erhaelt die Stadt Berlin, Staedtische Pfandleihanstalt und die Juedische Kultusvereinigung Berlin.

In Auftrag
ges. Dr. Friedel

Abschrift
Juedische Kultusvereinigung Berlin

Ich bitte um Kenntnisnahme.

In Auftrag
ges. Unterschrift

Auf Grund des Berichts von Fraulein Dr. Sommer hat die Unterzeichnete Frau Fränkel am 8. Februar zu sich bestellt. Frau Fränkel erschien mit mehr als halbstündiger Verspätung. Ihr äusserer Eindruck entspricht den Schilderungen von Fraulein Dr. Sommer.

In der Unterhaltung ergab sich, dass der Vater der Kinder Werner Wolf Israel Reiwald, z.Zt. Amtsgaufführer Lürrach i.B., Bahnhofstr. 1, die Unterbringung seiner Kinder bei Frau Fränkel gewünscht hat. Die Kinder sowohl wie Frau Fränkel selbst stehen mit dem Vater in laufender Verbindung. Sie schreiben ihm 2 x wöchentlich und erhalten pünktlich jede Woche Nachricht von ihm. Der Vater bestimmt auch wie vor alle wesentlichen Anordnungen im Leben seiner Kinder, hat aber selbst vorgeschlagen, dass ein Pfleger eingesetzt wird.

Frau Fränkel unterstreicht diese Bitte des Vaters. Sie berichtet freiwillig, dass dieser grosse Junge ihr in vielen entwachsen sei und dass es für ihn notwendig wäre, sich wieder der Disziplin einer Schule oder einer Berufsausbildung zu fügen. Der Junge selbst sei intellektuell gut befähigt und habe den Wunsch, die Oberschule zu besuchen. Das Einverständnis des Vaters liegt vor. Frau Fränkel würde sich über die Frage, ob der Junge nochmals einschult oder dem Arbeitseinsatz zur Verfügung gestellt werden soll, gern beraten. Sie wird aus diesem Grunde den Leiter der Oberschule aufsuchen, eine Entscheidung über erst treffen, wenn ihr eine Persönlichkeit als Pfleger des Jungen benannt wird, und sie auch seinen Rat hören kann.

Das jüngere Kind soll so bald wie möglich eingeschult werden. Frau Fränkel wird alle nötigen Vorbereitungen dazu treffen (sie hat mir inzwischen berichtet, dass sie mit dem Jungen bei Herrn Dr. Theodor war, der bei der früheren Schule Rückfrage halten und danach entscheiden will, ob der Junge in die Volks- oder Oberschule aufgenommen wird.).

Während Frau Fränkel der Bestellung eines Pflegers positiv gegenüber steht, lehnt sie eine Verlegung der Kinder ab. Ich habe eine solche Verlegung als möglich hingestellt, mit der Begründung, dass Frau Fränkel entlastet werden müsse und dass für sie die Verantwortung für die Erziehung des grossen Jungen kaum tragbar sei. Ich habe noch hinzugefügt, dass wir immer Wert darauf legen, dass Kinder in einem Milieu erzogen werden, das ihrer Konfession entspricht. Frau Fränkel erwiederte darauf, dass die Kinder regelmässig zu Herrn Pfarrer Rieger von der Luisigemeinde zum Unterricht gehen, dass sie den Gottesdienst besuchen und dass damit auch dem Wunsche des Vaters Genüge getan werde. Die Taufe der Kinder sei erst im April v.Js. erfolgt.

Die Anmeldung der Kinder in der Wohnung von Frau Fränkel hat die ausdrückliche Genehmigung der Gestapo und der Kreisstelle der Partei. Auf beiden Stellen war Frau Fränkel persönlich, da der Hausverwalter seine Genehmigung für die Anmeldung der Kinder nicht ohne Weiteres geben wollte. Frau Fränkel hat jetzt auch Kohlen bekommen, um das Zimmer der Kinder zu heizen und berichtete, dass dieses Zimmer jetzt viel wohnlicher sei, als bei dem Besuch von Fraulein Dr. Sommer.

M.E. musste ein Pfleger für die Kinder schnellstens bestellt werden. Vorschläge hierfür wollte Fraulein Dr. Sommer uns unterreichen. Eine Verlegung der Kinder dürfte auf Schwierigkeiten stossen, vielleicht wird durch den

- 27 -

gewaltsigen Schulbesuch und die Einschaltung eines Pflegers auch ohne eine solche Maßnahme eine gute Wirkung erreicht ~~war~~. Sollte sich eine anderweitige Unterbringung der Kinder aber als unumgänglich erweisen, musste zunächst die Genehmigung des Vaters eingeholt werden.

16. I. 1942

Ka/Mag.

(Kliminski)

Herrn Dr. Epstein

Fraulein Dr. Sommer

Abeschrift.

Ernst Israel Jeremias

Berlin 30.2.1941
Martin-Lutherstr. 89
bei Dr. Ritter.

an die
 Jüdische Kultusvereinigung
 Bezirksstelle Südwest
Berlin 20
 Münchenerstr. 37.

Ehrgehrter Herr Herz,

vor einiger Zeit bereits war bei uns für die Levettowstr. gesammelt worden. Ich war der Ansicht, dass es sich um einen Schwindler handeln musste. Gestern wurde erneut gesammelt, für den Transport vom 4. März." Da ich zu Hause war, bat ich den Sammler um seinen Ausweis, woraufhin er mir seinen blauen Ehrachts Ausschließungsschein zeigte. Ich hielte ihm vor, dass er ein Schwindler sein müsste, da er für ordentliche Sammlungen auch einen ordentlichen Ausweis der Gemeinde haben müsste. Er meinte, dass er einen solchen nicht habe, aber im Auftrage der "Alijah" Schule - erst sagte er in Wannsee, dann in der Chorinerstr. - sammle, wohin er auch die einkommenen Beträge ablieferne. Eine Sammelliste hatte er nicht, sondern die Zeichnungen waren in ein Schuhheft eingetragen.

Als Personalien notierte ich aus der Kennkarte (Mariendorf Nr. A 580562) Schneiderlehrling Willi Berger. Seine Wohnung ist angeblich in Mariendorf, Versdorffstr. 48.

Ich möchte nicht, dass etwa eine Anzeige erstattet wird, da es sich wohl nur um einen Dummejungenstreiche handeln kann, da ich das Alter des Sammlers auf 16 Jahre schatze. Ich hoffe, dass die Sache mit einer energischen Verwarnung des Jungen zu erledigen sein wird, da es sich nach meinem Empfinden nur um eine Schwindelai handeln kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Ernst Israel Jeremias.

Berlin, den 25. Febr. 1942
He./Dal.

Aktennotiz:

Betr. Besichtigungen durch Herrn Oberinspektor Woehrn und
Hauptsturmführer Gutwasser vom Reichssicherheitshauptamt
und Kriminalobersekretär Pruefer von der Geheimen Staats-
polizei, Staatspolizeileitstelle Berlin.

1). Etwa um 10 Uhr vormittags bestellte im Auftrage von Herrn Pruefer Herr Crohn fernmündlich, dass ich sofort in das Kinderheim kommen solle. Im Hofe traf ich dort die Herren HSTF Gutwasser und Pruefer an, in deren Begleitung sich Herr Crohn befand. Herr Pruefer bemängelte lebhaft den unordentlichen Zustand des Heimes, wobei er wiederholt auf den guten Zustand zu der Zeit hincies, als Frau Timendoerfer Knochenleiterin war. Besondere Bemängelungen galten dem Herumliegen von zerbrochenen Turngeräten auf dem Hofe, der unsachgemaessen Einlagerung der dadurch einer Frostgefahr ausgesetzten Lebensmittel in der zur Synagoge eingerichteten Turnhalle, sowie vor allem der Aufstellung von Gemüsefaessern in einem nassen Lichthof.

Herr Pruefer ersuchte, die Leitung des Heimes sofort der Frau Timendoerfer zu übergeben und erklärte, dass Herr Crohn und die Knochenleiterin, Frau Flatauer, mit dem nächsten Transport zur Abwanderung zu bringen seien.

Herr O.I.Woehrn, der alsdann hinzukam, liess den Erzieher Suessmann rufen, der sich bei Besichtigung eines Zimmers ihm gegenüber ungebührlich benommen habe und notierte sich seine Personalien. Herr Pruefer fragte den Erzieher Suessmann noch, ob er Eltern hier habe, und liess sich die Anschrift des Vaters nennen.

2). Die genannten Herren begaben sich alsdann nach dem Altersheim Schoenhauserallee 22 und dem Kinderheim Fehrbellinerstr. 92, und ich wurde aufgefordert, mich ihnen anzuschliessen. Im Altersheim wurde das Nebengebäude kurz besichtigt, sodann eingehend das Erdgeschoss des Hauptgebäudes mit den Wirtschaftsräumen und das I. Stockwerk. Von einer weiteren Besichtigung wurde mit Rücksicht auf den ordnungsgemässigen Zustand der besichtigten Räume Abstand genommen.

In Kinderheim Fehrbellinerstrasse wurde gleichfalls nur das Erdgeschoss mit den Wirtschaftsräumen und das I. Stockwerk einer Besichtigung unterzogen und auch hier die Besichtigung mit Rücksicht auf den guten Befund abgebrochen. Vor Beginn der Besichtigung wurden im Hofe 2 Arierinnen von Herrn Pruefer notiert und zur Burgstrasse bestellt, welche durch das Knochenhäuschen mit den darin beschäftigten Personen gesprochen hatten. Sie sagten zuerst zunächst mehr fruchtlose gehen zu wollen und ich wurde entlassen.

3). Um 13 Uhr 45 Min. erschienen die Herren in meinem Arbeitszimmer, in welchem außer mir Herr Baumeister Beer und Herr Dr. Blumenthal anwesend waren. Von Herrn Baum. Beer wurden Pläne der Altersheime Gr. Hamburgerstrasse und Schoenhauserallee und des Heims Weissensee, Parkstrasse angefordert; die Pläne sollen morgen vormittag unmittelbar zu Herrn HSTF Gutwasser gesandt werden.

Herr Pruefer forderte mich sodann auf, einige Räume zu zeigen, zunächst die Arbeitsräume des Archivs. Ich führte sie über die Hintertreppe zum Reichssippenamt, wo soeben um 2 Uhr Dienstschluss stattgefunden hatte. Herr Arndt war jedoch noch anwesend, und es wurde mit ihm über die bereits vom Reichssippenamt in Anspruch genommenen und für später verlangten Raumlichkeiten gesprochen. Herr Arndt bestätigte die mit uns getroffene Abmachung, dass er weitere Räume erst verlangen wolle, wenn die JKV sie nicht mehr benötige. Herr Pruefer bemerkte, dass die Kultusvereinigung, wenn sie später weniger Verwaltungsräume benötigen würde, sich vielleicht auf die Rosenstrasse beschränken könnte. Demgegenüber wies Herr HSTF Gutwasser auf die Beanspruchung des Hauses Rosenstr. 2-4 durch die Post und den bevorstehenden Verkauf hin. Er bestätigte jedoch auf einen Hinweis von mir, dass die JKV trotz des Verkaufs zunächst in der Rosenstrasse weiter arbeiten würde.

Die Herren begaben sich nachher noch mit Herrn Arndt vom III. in das IV. Stockwerk. Ich beurlaubte mich und sagte, dass ich in meinem Arbeitszimmer warten würde. Als sie zurückkamen, erkäerten sie, dass eine weitere Besichtigung nicht erforderlich sei und entfernten sich.

(Moritz Israel Henschel)

Durchschlag erhalten:

- 1), Herr Dr. Cohn
- 2), Herr Dr. Epstein

Herrn Dr. Eppstein
mit der Bitte um Kenntnisnahme

27. Februar 1942

an die Stadtpolizei
Stadtpolizeileitstelle Berlin
IV C 1
Burgtorstrasse 22
Berlin C 2

Betrifft: Will Israel Berger, geboren 8. 7. 1923 in Berlin
zuletzt vor kurzem vom Jugendheim Ilmstecker Straße

Ihr erwartete folgende Bildung.

Berger ist als "Haushaltserziehungsbeding" in unserem Jugendheim Ilmstecker Straße untergebracht. Beschluss des Steuergerichts Tempelhof VII 127 vom 4. 8. 1939 und 12. 1. 1940.)

Unser Anger, der schon früher Haushaltserziehungsbeding entrieben hatte, ist die handschriftl. eingangs angezeigte vom 22. 2. 1941 bei unserer Polizeidirektion ermittelt worden. Es ist bald angestellten Ermittlungen hingenommen, dass Berger wieder Haushaltserziehungsbeding entrieben hat. Er ist jetzt nicht nur Geld, sondern auch Lebensmittelmarken gesammelt. In dem beiliegenden "Kontoheft für Verpflegung" geht hervor, wo und bei wem er Geld und Lebensmittelmarken gesammelt hat. Berger hat hierzu die eidehafte Erklärung vom 24. des Monats abgegeben.

Anger stand bei der Firma Wilhelm Schäfer, Berlin C 2, Schillingerstraße 22 (Fernruf 812230) in Arbeit. Er ist gestern früh, wie blick, aus dem Jugendheim zur Arbeit gegangen, auf der Arbeitsstelle jedoch nicht eingetroffen. Es hat sich herausgestellt, dass am 24. des Monats auf der Arbeitsstelle ein grauer Internatssel und am 25. des Monats eine braune Brieftasche eines anderen dort beschäftigten Arbeiters abhanden gekommen sind. Die Brieftasche enthält eine Sonnenkarte auf den Namen Peter Heymann, Zukölln, Eisenstraße 9, Ferner eine Kleidungskarte auf den gleichen Namen, eine Auscherkarte für Frauen, zwei Bescheinigungen für Jenny und Tana Heymann über ihre Verschaffung als Mischling ersten Grades, ein Oldbuch mit Internatsentlassungsschein und Vereinigungsurkunden über das Eisernen Kreuz zweiter Klasse und das Ehrenkreuz für Frontkämpfer sowie 40.-- RM in zwei Zwanzigmarkscheinen. Er verdachtet die beiden entwendet zu haben, richtet sich gegen Berger. Er ist nicht in das Heim zurückgekehrt.

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.
Der Vorstand

(Dr. Conrad Israel Cohn)

Amtshauptmann der Geheimen Staatspolizei - Hauptstelle Berlin
Herr Prüfer am 3. Februar 1942, unterschrieben

Es wird folgendes verneidet.

Es am 2. Februar 1942 von zwei Beamten der Staatspolizei abgeholt und nicht wieder in dasheim zurückgekehrte Passagierstelle des Altersreisewagens
Große Hamburger Trasse 27 die Frau I. Lissinski, geb. Spanziner hat dem
gesuchten Herrn Conrad Israel Cohnheim, wie dieser Frau Cohnheimer berichtet
hat, vor 3-10 Jahren ein Stückchen mit der Erfindung zur Aufzehrung beigegeben
dass er besser in der Lage wäre, es aufzunehmen als sie, da es aus ihrem
Zimmer leicht weggewonnen könnte. Frau Cohnheimer ist das Stückchen geöffnet und
festgestellt, dass es einer fremden Person auf den Namen Johanna era reover,
st. Abys ap. sowie weitere Tapiere der Frau Dröpper enthielt.

Herr Prüfer ordnet an, dass das Stückchen ihm alsbald zu überrinnen sei.

Frau Cohnheimer erhält von mir fernmündlich am
entsprechenden Ufttag.

2. März 1942
Dr. P. Zg.

(Dr. Conrad Israel Cohn)

1. März 1942.

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle
Berlin, C., Burgstr. 28.

Betreff: Abwanderungstransporte:
Auslassungsurkunden für Krankenbehandler.

In der Anlage überreichen wir ausdrücklich die Auslassungsurkunden für

1. Dr. Edith Iserl-Tarnberg, geboren am 2.2.1898
in Berlin,
zum Krankenbehandler bestellt für den am 19.1.1942
abgegangenen 9. Abwanderungstransport.
2. Dr. Martin Israel-Caspery, geboren am 8.11.1885
in Stettin,
zum Krankenbehandler bestellt für den am 25.1.1942
abgegangenen 10. Abwanderungstransport.

RÜCKWIRKUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Akt. Krankenbeandler

(Dr. Paul Israel Appstein) (Dr. Adolf Israel Metz)

2 Anlagen

Durchschrift:

1. Herrn Henschel
2. Herrn Dr. Eppstein
3. Herrn Walter u.d. Bitte um Weitergabe an Frl.
Süßermann und Herrn Rockmann am 3.
4. an das Jugendwohnheim, z.Hd. des Kindertransport

- 3. MÄRZ 1942

2. März 1942

Erfolgt

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
IV-D 1
Burgstrasse 28
Berlin C 2

Betrifft: Iilli Israel Berger, geboren 6.7.1925 in Berlin
zuletzt wohnhaft gewesen: Jugendwohnheim Wilsnackerstr. 5

• In Ergänzung unserer Meldung vom 27. Februar 1942 bestätigen
wir unsere heutige fernmündliche Anzeige wie folgt:

Im Hause Kommenstrasse 55 in Charlottenburg ist gestern bei
Kosenthal und in der Pension Schwalbe von einem jungen Menschen,
dessen Beschreibung auf Berger passt, "für den nächsten Abwan-
derungstransport, der am 7./8. März 1942 geht", gesammelt wor-
den.

JÜdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.
Der Vorstand

(Dr. Conrad Israel Cohn)

Verfügung

- 1.) An das
Zentralbüro der Altersheimen
Berlin 14.

Wir bitten auftragsgemäss durch die Herren Heimbewohnerleitstellen
zu lassen, welche von den Insassen der Kapitale und Provinziale
infolge ihrer leidigen Erkrankung sich für eine Aufnahme in der
teil- und Pflegeanstalt eignen.

In Frage kommen Patienten, die an Altersschwachsinn, oder aber an
angeborenen Schwachsinn leiden, sowie an anderen abgelaufenen oder
aber auch akuten Geistesstörungen.

Sie wollen uns bis zum 1. 4. 42 pünktlich die Namen, das Alter und die
Transportmöglichkeit der in Betracht kommenden Personen angeben.
Die Aufstellung muss mit einer Ausserung des Einbehändlers versehen
sein, dass andere Insassen als die benannten nicht an Geistesstörungen
leiden.

Gesundheitsverwaltung

(Dr. Dr. Walter Israel Lustig)

- 2.) An die Wohlfahrts- und Jugendpflegestelle
zur Kenntnis. Wir ersuchen Sie, auch
hinsichtlich der von Ihnen betreuten Pflegestellen,
sowie der Ihnen bekannt geworbenen, sien in privater
Familienpflege befindlichen Kranken, die selben
Ermittlungen einzustellen und die entsprechenden
Angaben bis zum 1. 4. 42 hierher zu machen.

Gesundheitsverwaltung

(Dr. Dr. Walter Israel Lustig)

- 3.) Herrn Proskauer
mit der Bitte, die entsprechenden Angaben -
hinsichtlich der wegen Geisteskrankheit
oder Geisteschwäche von der Abwanderung
zurückgestellten zu machen.

26.3.42.

Gesundheitsverwaltung

(Dr. Dr. Walter Israel Lustig)

- a) Herrn Dr. Paul Israel Eppstein
b) Herrn Dr. Bernhard Israel Adler
zur Kenntnis
26.3.42.

(Dr. Dr. Walter Israel Lustig)

18

Berlin 7-50, den 3. April 1940
Passeauer Strasse 5

Am 2. April dieses Jahres gegen 16 Uhr stand ich mich im Hinterhof der ehemaligen Frau Dr. med. Blochhofer, Passeauer Strasse 5 in diesem Hause erfuhr auch meine Ehefrau. Um diese Zeit erschien dort mein Nachbar Herr von und teilte mir mit, dass ein Herr von der Staatsanwaltschaft mich zu sprechen wünsche. Ich beobachtete mich in den Vorräumen und traf dort einen grossen schlanken Herrn, im Alter von etwa 30 bis 35 Jahren an, der mir eine eisblaue Farbe einer polizeilichen Kennzeichnung entwies. Er fragte mich, ob ich noch keine Angaben erhalten hätte, worauf ich ihm erklärte, dass dies Anfang November vergangenen Jahres der Fall gewesen sei. Auf meine weitere Frage, ob und wann ich eine Vermögensabgabe gemacht und welche ausgefüllt hätte, erwiderte ich ihm, dass zu jener Zeit die Reichsvereinigung der Juden in Berlin und der Jüdische Kultusvereinigung Berlin eine einschlägige Verhandlung habe, nachdem ich Geschäftsführer zweier Gesellschaften sei, welche zur Zeitigung dieser Aufsichtsbehörde unter Kontrolle der Reichsvereinigung der Juden im Deutschen Reich seien. Ich hatte zufällig nichts weiter gehört. Darüber hörte er sein Interesse auf. Er fragte mich später noch, wo die Geschäftsstelle dieser Gesellschaften sich finde, fragte mich ferner nach meinem Alter und dem Alter meiner Frau. Nachdem ich diese Fragen beantwortet hatte, erklärte er, dies genüge ihm vorläufig und entfernte sich.

Mein Sohn hat mir dann erklärt, dass der Herr vorher in einer Wohnung gewesen sei, dort an ihn ebenfalls die Frage nach seiner Beschäftigung gestellt habe sowie gefragt habe, wie alt ich und meine sämtlichen Familienangehörigen seien und wie gross die Wohnung sei. Er habe sich Notizen gemacht sowie offenbar meinen Namen nicht genau gekannt, denn er habe sich ihn sehrfach wiederholen lassen. Nachdem mein Sohn die Fragen beantwortet habe, und erklärt habe, dass ich mich bei Frau Dr. med. Blochhofer befinden, sole der Herr ihn aufgefordert, ihn dorthin zu führen.

(Dr. Heinrich Israel Ilkales
Jude
Anschrift Berlin-ilmendorf
Nummer: 422 266

Gehörtes

Betr. Leopold Israel Stargardter
geb. 2.9.89 in Tempelburg / Westpr.

Kennkarte A 688 221

Oberschreiber, schulabschließende Fa

Ich habe von Dr. Eggstein die Meldung erhalten, dass ich von allen Tatsachen, die mir im Zusammenhang mit Personen-Schmuggel zw. Kleinanfang gelungen, unverzüglich der Staatspolizei zustellte Meldeung zu erstellen habe:

Die bin über diesen Sachverhalt jedoch nur
gezwungen zu schweigen verpflichtet worden.

Berlin, 22. 4. 42

10²⁰ L

Leopold Israel Stargardter

Gemessen formelle Weisung
der Staatspolizei zustellte (für Prinzip)
am 21. 4. 42 (15³⁰ L) röffnet

Σ 22

Dr. Heinrich Israel Elkies

Berlin W.50, den 22. April 1942
Passauerstr. 2

An die

Reichsvereinigung der Juden in Deutschland
zu Würden von Herrn Dr. Eppstein

Berlin

Betr: Nachfrage eines Beamten der Geheimen Staatspolizei in meiner
Privatwohnung.

Heute, am 22. April, wurde ich von einem Beamten der Geheimen Staatspolizei angerufen, welcher mich fragte, zu welchem Zweck der Bericht vom 5. April 1942 von mir erstattet worden sei. Die damalige Angelegenheit sei in Ordnung gesessen. Der Beamte habe gefragt werden, in meine Wohnung zu gehen. Der Bericht werde ihm jetzt vorgelegt. Er wisse nicht, was er damit soll.

Ich erwiderte, dass ich den Vorfall vom 5. April in meiner Eigenschaft als Angestellter der Reichsvereinigung Ihnen berichtet hätte. Sie hätten mir am nächsten Tage mittler lassen, dass die Angelegenheit Herrn Prüfer vorgetragen worden sei und dass dieser einen Bericht über den Vorfall wünsche, so ihn von der Angelegenheit nichts bekannt sei. Daraufhin hätte ich den Bericht erstattet. Der Beamte meinte, es hätte dann wenigstens in einer Anschreibe darauf hingewiesen werden müssen, dass der Bericht auf Veranlassung von Herrn Prüfer erfolge. Ich habe erwidert, dass ich lediglich den Auftrag hatte, den Bericht bei der Reichsvereinigung einzureichen, und deshalb keine Veranlassung zu einer Anschreibe hatte.

A k t e n n o t i z A 26

168

Rücksprachen in der Staatspolizeileitstelle Berlin
(Herrn P r ü f e r) am 27. April 1942, 11 Uhr
und am 28. April 1942, 11.30 Uhr

1. Eingliederungsanordnung des Jüdischen Kulturbunds

wird gegen Empfangsbestätigung ausgehändigt. Wegen der Entsiegelung der Räume erteilt Herr Prüfer die Weisung, zu gegebener Zeit einen entsprechenden Antrag Herrn Stark einzureichen. Bezuglich der Räume Stallschreiberstrasse soll eine Übergabe an den Mietinteressenten Uebel erst erfolgen, nachdem er nachgewiesen hat, dass er durch den Herrn Generalbauinspektor zur Inanspruchnahme der Räume berechtigt ist.

2. Unterstützungszahlungen Litzmannstadt

Unter Bezugnahme auf die Weisung von STBf Regrat Suhr wird der Sachverhalt vorgetragen. Herr Prüfer erklärt sich mit dem Vorschlag, wonach künftig Einzahlungen ausschliesslich bei der JKV Berlin vorgenommen werden sollen, die ihrerseits monatlich Überweisungen nach Litzmannstadt unter Übersendung einer Liste der vorgesehenen Empfänger vornehmen könnte, einverstanden und ersucht um Vortrag und Einholung der Genehmigung bei dem RSHA.

ht

3. Sammlungen in Berlin

Es wird darüber berichtet, dass seitens des RSHA dahingehend entschieden worden sei, dass bei der Zusammenlegung der Sammlungen zur Ermöglichung einer Personalsparnis ein finanzieller Ausfall vermieden werden muss. Da dies bei einer Zusammenlegung der Sammlung der RV und des Aufbringungswerks der JKV Berlin zu befürchten ist, sind Bedenken gegen die Weiterführung des Aufbringungswerks neben der Sammlung der RV nicht erhoben worden unter der Bedingung, dass die Zahl der Verwaltungsangestellten soweit als irgend möglich verringert wird. Als Richtlinie ist hierbei angegeben worden, dass die Anzahl der Verwaltungsangestellten ein Drittel der Zahl der Sammler nicht übersteigen soll. Bezüglich der Kleinsammlung "Blaue Beitragsskarte" wird berichtet, dass sie unter Verstärkung der Sammlung "Jüdische Winterhilfe" bzw. "Jüdische Pflicht" aufgehoben werden soll. Herr Prüfer nimmt hiervon Kenntnis und beanstandet, dass die Veränderung im Bestande des Aufbringungswerks nicht sofort der Leitstelle durch die JKV Berlin mitgeteilt worden sei. Künftig sei darauf zu achten, dass Erörterungen über die Auflösung von Einrichtungen der JKV Berlin der Leitstelle sofort mitszuteilen sind bzw. hierzu die Weisung der Leitstelle einzuholen ist.

4. Sonderkonto W: Berlin

Bezüglich der vom RSHA angeforderten Überweisung von RM 295.000,- aus dem Sonderkonto W Berlin erklärt sich Herr Prüfer damit einverstanden, dass die tatsächlich der RV geschuldeten RM 95.000,- überwiesen werden. Bezüglich der RM 200.000,- wird vorgeschlagen, den Betrag im Sonderkonto W der JKV Berlin zu belassen, ihn jedoch, wie überhaupt den Gesamtbetrag des Sonderkontos W Berlin, in einer Evidenz-Buchhaltung der Zentrale zu führen. Dies soll den RSHA zur Entscheidung übermittelt werden.

5. Erlaubnisscheine für Verkehrsmittel zu Einzelfahrten

Die Schwierigkeiten werden (durch Kozoser) vorgetragen. Herr Prüfer stellt anheim, folgenden Vorschlag dem RSHA zur Entscheidung vorzutragen: Für Einzelfahrten sollen durch die Verkehrsträger Fahrscheinblocks in einer zu bestimmenden Farbe hergestellt werden. Soweit Einzelfahrten genehmigt werden können, sollen die Berechtigten alsdann mit Fahrscheinen aus diesen Blocks versehen werden, die zur Benutzung eines zu bestimmenden Verkehrsmittels berechtigen.

6. Haft Conrad Israel Cohn

Über die Sprecherlaubnis mit Dr. Cohn am 28.ds.Mts. 11 Uhr wird berichtet sowie darüber, dass seitens des RSHA (STBF Regrat Suhr) Bedenken gegen eine Abwanderung nicht erhoben worden sind und dass bezüglich der Durchführung der Staatspolizeileitstelle dies berichtet werden könne. Herr Prüfer stellt fernmündlich fest, dass die Akten noch nicht wieder zu dem Sachbearbeiter zurückgelangt seien. Er empfiehlt, seitens des RSHA eine entsprechende Weisung zu veranlassen. Im übrigen wird befürkt, dass nach Lage des Falles die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, dass bei der Verbindung von Stoffen aus der Rosenstrasse in die Wörthstrasse 20 der hiervor verantwortliche frühere Geschäftsführer des ehemaligen Israel-Gemeindebunds bezüglich der Dr. Cohn gegenüber erhobenen Beanstandungen eine Aufklärung geben könne. Herr Prüfer gibt anheim, dies bei Gelegenheit dem zuständigen Sachbearbeiter, Herrn Markert, vorzutragen.

gez. Dr. Eppstein

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

BERLIN-CHARLOTTENBURG 2 / KANTSTRASSE 158 / SAMMELNUMMER 91 91 41

Bitte bei der Antwort angeben
Unter Zeichen Amt Dr. F/Sch.
Nr. Zeichen

Den 6. Mai 1942

Berlin
Plauensche Straße,
Berlin-Wilmersdorf,
Berlinerstrasse 4, II r.

Seitens unserer Aufsichtsbehörde sind wir angewiesen worden, Sie in Ihrer Eigenschaft als Hauptmietner Ihrer Wohnung zu veranlassen, sich am Donnerstag den 7. Mai, morgens 8 Uhr bei der

Geheimen Staatspolizei Staatspolizeileitstelle, Bungstrasse 28,
Zimmer 306,
einzufinden. Sofern Sie nicht im Besitz eines Freibuchescheins zur Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel sind, bitten wir Sie, sich so rechtzeitig auf den Weg zu begeben, damit Sie pünktlich um 8 Uhr sich bei der Behörde einfinden können. Der Termin ist auch für den Fall ungewöhnlichen Umständen wahrzunehmen, falls Sie im Arbeitsseinsatz sein sollten.

Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

Original dieses Schreibens
erhalten

Berlin den 6. V. 1942
18⁵⁰

Ehefrau. Rhineckel

BANKVERBINDUNGEN: V. HEINZ, TECKLENBURG & CO., BERLIN W.B. WILHELMPLATZ 7
REICHSKREDIT-GESELLSCHAFT AKTIENGESellschaft, BERLIN W.B. FRANZOSISCHE STR. 49a-50
POSTSCHECKKONTO: REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN NR. 16 80 90
C 022 2 42

66

Ho/Jo

Aktennotiz

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin.

- 1.) Herr Prüfer erklärt nach Vortrag, dass wegen Auflösung oder Fortsetzung des Vertrages mit der Firma Robert Gohlike der JKV freie Hand gelassen wird.
- 2.) Herr Prüfer ersucht um Übersendung eines Stückes des zur Eröffnung der Sammlung "Jüdische Pflicht" erlassenen Sammelsufrufes zu seinen Akten.

14.5.1942



(Moritz Israel Henschel)

Herrn Dr. Eppstein

zur gefl. Kenntnisnahme.

14.5.42

AT

IV. ALTERHEIMSTRANSORT

Rücksprache mit Herrn Prüfer am 31.5.1942 bei der Gewissenhaften Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin:

1. Der Arztkoffer von ersten bei den Alterstransporten ist nicht erforderlich; es soll nur bei dem 1. Alterstransport ein Arzt mitgehen, der am Bestimmungsort bleibt, außerdem bei dem 1. Alterstransport 4 Schwestern oder Pfleger.

Bei den nächsten Alterstransporten soll stets eine Pflegeperson mitgehen, etwa bei dem 5. oder 6. Alterstransport dann wieder ein Arzt, der ebenfalls ständig am Bestimmungsort bleibt.

Pflegepersonal soll nicht gekündigt werden.

Mit einem der nächsten Transporte soll eventuell auch eine Kochin mitgeschickt werden; Herr Prüfer nannte in diese Zusammenhang eine im Kinderheim zu verbrachte seinerzeit bei der Beschäftigung beschäftigte gewesene Kochin.

Von dem für den Abbau vorgesehenen Personal sollen 15 Angestellte als ständige Gruppe für die Alterheimstransporte, weitere 10 als Reserveträger hierbehalten werden.

Der Luftschutzwart Loeznicki, gegen dessen das 16. Olizelrevier bei der Personalverwaltung der J.W. angerufen hatte, wird wegen seiner Stellung als Luftschutzwart nicht zur Verwendung gestellt, Herr Prüfer wollte sich deswegen mit dem Olizelrevier in Verbindung setzen.

Es sollen am 1.6.1942 ~ 1000 leere Formulare für Vermögenserklärungen von uns mitgebracht werden.

Mit dem XIV. Transport wandern aus dem Dauerheim und einzelnen Pflegestellen 61 Personen ab. Die Transportteilnehmer aus privat-Pflegestellen lässt Herr Dr. Lustig ins Dauerheim bringen, von dort kommen sie direkt zur Bahn.

Ferner kommen 36 Personen aus Boelitz mit. Während die Beilitzer direkt von der Staatspolizei Potsdam zur Bahn gebracht werden, kommen die übrigen Transportteilnehmer mit den abholenden Beamten zur Synagoge, Herr Stark rechnet mit etwa 900 Transportteilnehmern.

Die Einschleusung für den 1. Alterstransport findet in der Großen Hamburgerstraße am 1.6.1942 - 14 Uhr statt.

Die Revision soll möglichst auf den Zimmern vorgenommen werden. Bei der Verlegung der Altersheiminsassen in die für die Transporte bestimmten Zimmer soll möglichst die Transportnummernfolge eingehalten werden.

Der Arzt und das Pflegepersonal wird die Nummern zwischen 0-160 und 0-180 bekommen.

Am Dienstag, den 2.6.1942 früh müssen die Transportteilnehmer von den Helfern der J.W. Ber im zur Haltestelle Konbijouplatz gebracht werden und zwar so, dass sie pünktlich um 5 Uhr dort sind. Um diese Zeit kommt der Straßenbahnwagen an; er soll möglichst schnell weiterfahren, damit er gegen 5.15 Uhr in der Schönebergerstraße beim Anhalter Bahnhof eintrifft. Das Gepäck muss bereits vorher verladen sein.

Von der Schönebergerstraße werden die Transportteilnehmer durch den Seiteneingang auf den Anhalter Bahnhof geführt. An diesem Seiteneingang sollen auch die Lastwagen halten.

Einige Cracher müssen mit den Transportteilnehmern in der Straßenbahn mitfahren.

Das Gepäck soll möglichst zeitig auf dem Bahnhof verladen werden. Voraussichtlich steht ein Personenwagen mit 59 Plätzen zur Verfügung.

Der Wagen mit den Transportteilnehmern bleibt in Dresden stehen, dort ist von etwa 10 Uhr bis 13 Uhr Aufenthalt.

Auf dem Anhalter Bahnhof steht der Zug etwa um 5.15 Uhr. Das Bahnhofspersonal ist informiert.

Von hier aus sind für die Reise Stullen mitzugeben, sonst keine Verpflegung; Geld dürfen die Transportteilnehmer selbst nicht mitnehmen.

Herr Prüfer ersuchte darum, ihn am 1.6.1942 zu erinnern, dass er mit Herrn Obersturmführer etwas wegen des mitsunehmenden Geldes anrufen wollte, voraussichtlich werden Reichsbankschecks mitgegeben. Die Gelder der Transportteilnehmer will Herr Prüfer möglichst auf das Konto " " nehmen. -

Die Alterstransporte in dieser Woche gehen wie folgt:

am Dienstag, dem 2.6.1942 - 50 Personen,

Donnerstag, dem 4.6.1942 - 100 Personen.

Die Einschleusung findet immer nachmittags gegen 15 Uhr bis etwa 17 Uhr statt.

Für die ersten 2 Alterstransporte sollen alle 150 Transportteilnehmer aus dem Altersheim Große Hamburgerstraße genommen werden.

Der Sondertransport der 90 soll am Donnerstag, dem 4.6.1942 eingeschleust werden und geht am 5.6.1942 ebenfalls ins Protektorat ab.

Weil der Rücksprache über die Verpflegung soll Herr Prüfer am 1.6.1942 erinnert werden.

Und er folgenden Woche sollen dann die Transporte eben alle am Dienstag, Donnerstag und Freitag abgehen.

Am Freitag dieser Woche sollen die für die Alterstransporte bestimmten aus der Stadt ins Heim geholt werden.

In erster Linie sollen die Ohnungen freigesetzt werden, wann und die Insassen der Heime als Reserve für die Transporte dienen. Die im Heim übriggebliebenen Sachen sollen in den Keller kommen.

2. Die Sachen aus der Wohnung Kochmann können nach Mitteilung an Herrn Haase herausgenommen und von der JAV.Berlin in Verwahrung genommen werden.
3. Die Kontingentsbewilligung für die nicht mit dem KAV. Transport abgewanderten Angestellten wird erfolgen, Herr Prüfer wird sich deswegen mit dem Reichssicherheitsamt in Verbindung setzen.
4. Auf Eruchen wurde über die Eröffnung vom 29.5.1942 berichtet. Herr Prüfer erklärte, die Eröffnung sei durch Herrn SS-Gruppenführer Müller erfolgt. Durch den Anschlag wurden 14 Personen verletzt.

Die bei der Sonderaktion aus der Levetzowstrasse entlassenen bekommen am Mittwoch, dem 2.6.1942 ihre Sachen bei Herrn Polizeirat P r e - k o p zurück.

Die von der Sonder-Aktion für die Alterstransporte bestimmten müssen sich melden.

Von den am Mittwoch, dem 27.5.1942 festgenommenen sind 154 erschossen worden, weitere 96 Personen, die bereits im KZ., Sachsenhausen interniert waren, wurden außer diesen 154 Personen erschossen.

Herr Dr. Conrad Israel C o h n ist im KZ-Sachsenhausen.

Wenn in der uns übergebenen Liste sich Unstimmigkeiten herausstellen, kann das Kataster bei Herrn Fräulein anfragen, der ebenfalls eine Liste erhalten hat.

31.5.1942

To/Ro.

Philipps Israël Kożowor

Je 1 Durchsicht erhalten:

persönlich - vertraulich!

Herr N e n s c h e l,
Herr Dr. E p p a t e i n,
Herr Dr. L i l i e n t h a l,
Herr M e i n d i c r,
Herr Dr. M e n d e l s o h n,
Herr Dr. S u c h s,
Fräulein Dr. o s s e.

Karl Israel Lissner
Kennort Berlin
Kennkarte Nr.A 178 251.

Berlin NO.55, den 22.Mai 1942
Hufelandstr.16.

An den
Herrn
Reichsminister des Innern
Berlin W
Wilhelmstr.

Hierdurch erlaube ich mir die ergebene Bitte auszusprechen,
mir zu gestatten, den Judenstern nicht zu tragen und be-
gründe mein Gesuch wie folgt:

Ich bin Jude und Deutscher Reichsangehöriger, meine Ehefrau
Maria, geb. Wasik, verw. Trojan, ist deutschblütig. Aus
unserer Ehe ist ein Kind nicht hervorgegangen, jedoch habe
ich das Kind meiner Ehefrau aus erster Ehe von seiner er-
sten Kindheit an so erzogen, als wenn es ein eheliches Kind
unserer eigenen Ehe wäre. Da der erste Mann meiner Frau auch
christlich war, ist es dieses Kind natürlich auch und selbst-
verständlich auch christlicher Religion. Dasselbe namens
Martha Trojan, ist heute 29 Jahre alt.

Der erste Mann meiner Ehefrau, Walter Trojan, war ebenfalls
Schneider und ein Kriegskamerad von mir, er fiel im Weltkrieg
in Belgien. Wir waren eng befreundet und gute Kameraden. Es
war sein Wunsch, dass ich mich, falls er im Krieg fallen
sollte, seiner Familie annehme, da er seine Frau und seine
Tochter mittellof zurücklassen musste. Dies führte dazu,
dass ich seine Witwe, meine jetzige Frau, heiratete und,
wie schon oben erwähnt, deren Kind wie unser eigenes erzog.
Obwohl ich als Schneider bei der Militärbehörde mit meinem
Einkommen genauestens rechnen musste, habe ich mich stets
bemüht, für das Kind wie ein Vater zu sorgen. Es hat ein
Lyzeum besucht, hatte jahrelang Musikunterricht und besuchte
später die höhere Mandelaschule 2 Jahre.

Aus diesem Grunde bitte ich nochmals höflich, mir die Stel-
lung eines in Mischehe lebenden Juden einzuräumen, aus
deissen Ehe ein Kind hervorgegangen ist, das als nichtjü-
disch gilt. Zur Unterstützung meines Gesuches erlaube ich
mir anzuführen, dass ich von 1911 bis 1913 Soldat war und
bis 1933 bei der Militärbehörde als Schneider weiter
diente und 30% militärisch beschädigt bin.

Anlagen:
Lebenslauf
begl. Zeugnisausschriften
Urkunden-Fotokopien.

gez. Karl Israel Lissner

Kennort Berlin
Kenn-Nr.A 178 251.

Einschreiben.

12112/42

11.Juni 1942.

124

Herrn Dr. EPPSTEIN
im Hause

Betr.: Juden in Krummhübel.

Die Bezirksstelle Schlesien, Breslau, berichtet unter dem 8.6.1942 wie folgt:

"Auf Ihr Schreiben vom 5.Juni erwidern wir Ihnen, dass Herr Dr. Eppstein eine Frist bewilligt bekam, bis zum 8.Juni in Krummhübel zu verbleiben. Zu diesem Termin muss er sich in Grüssau auf Anordnung der Behörde einfinden. Sobald wir die Nachricht haben, dass er dort angekommen ist, geben wir sie unverzüglich an Sie weiter."

Abt. Zweig- und Bezirksstellen

W.L.
(Dr. Kurt Israel Levy)

IV

am

IVa

durch

EE

Abgesandt am:

12. JUNI 1942

Meldungsvereinigung zu Berlin e.V.

127

XXXXXX

4
15.Juni

42

Re./Bal.

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Abteilung IV B 1
Berlin C. 2
Burgstr. 28.

Betrifft: Personalausbau.

Weisungsgemäss wird berichtet:

I. Der Mitarbeiterbestand einschliesslich der Lernkräfte betrug

am 1.3.41	2 900 Personen	bei 75 186 Juden
am 1.3.42	1 692 "	bei 58 362 Juden
am 15.6.42	1 521 "	bei 55 000 Juden

Außerdem werden 16 Arbeitnehmer vom früheren Juedischen Kulturbund und 43 Arbeitnehmer von der früheren Wandergabteilung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland beschäftigt und zwar fast esentlich in der Wohnungsbewertungsstelle.

II. Auf Grund erhaltener Abbauweisung wurde im April d.Js. eine Abbauliste von 90 Mitarbeitern eingereicht.

Auf Grund einer weiteren Weisung, laut welcher in den saldiert abregnenden Fürsorge- und Sammlungseinrichtungen die Zahl der besoldeten Mitarbeiter auf 590 und die der Lernkräfte auf 117 gesenkt werden sollte, wurde am 8.5.1942 eine weitere Abbauliste von 140 besoldeten Mitarbeitern und 44 Lernkräften eingereicht.

In den in Betracht kommenden saldierenden Einrichtungen befinden sich zur Zeit noch 665 besoldete Mitarbeiter (75 zu viel) und 426 Lernkräfte (9 zu viel). Diese Kräfte sollen, soweit sie nicht an in andere Abteilungen freigewordene Stellen versetzt werden, durch Abwanderung ausscheiden.

Wie der Vergleich des unter I genannten Bestandes vom 1.3. und 15.6.1942 ergibt, beläuft sich die Personalverminderung

./.

H. H. Epstein

128

- 2 -

seit dem 1.3.1942 auf 171 Mitarbeiter einschließlich Lern-
kräfte.

Juedische Kultusvereinigung zu Berlin

R.V.

Vorstand



(Moritz Israel Henschel)

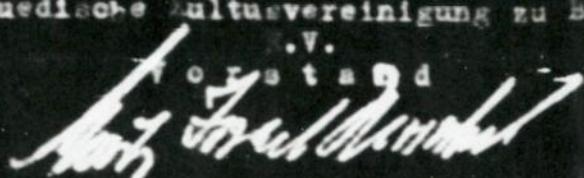
128

- 2 -

seit dem 1.3.1942 auf 171 Mitarbeiter einschließlich Lehr-
kräften.

Juedische Kultusvereinigung zu Berlin
.V.

Vorstand



(Moritz Israel Menschel)

4
57

Berlin, den 23.Juni 1942

126

No./Dok.

Auseinandersetzung bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Herr Pruefer).

Die Auseinandersetzung begann sich erst, als Herr Pruefer die Abgabe eines Kofferwagens durch die Polizei erforderte. Dieser Kofferwagen war von einer Parteiorganisation besetzt und von dieser Organisation war er ausser Dienst gestellt worden. Herr Pruefer forderte nun die Abgabe des Kofferwagens, da dieser nach dem 29.4.1942, als Zeuge vor das Sondergericht geladen ist. Vermutlich wurde er auf diese Art und Weise mit dem Inhalt der gegebenen Anweisung, bei welcher darauf hingewiesen wurde, dass die Abgabe von Fällen durch diesen nichts mit der vergangenen Sammlung zu tun habe. Herr Pruefer betonte, dass die Abgabe nichts mit der parteiamtlichen Sammlung zu tun gehabt habe und wies im übrigen darauf hin, dass die Zeugenaussage sich nicht auf die Sammlungszeit beziehen könne; über den Sachverhalt selbst wisse die Behörde Bescheid.

2). Vermittlung von Angestellten zum Arbeitseinsatz.

Auf die Frage, was mit Angestellten geschehen sollte, welche in der Levetzowstrasse von der Abwanderung freigestellt wurden, erklärte Herr Pruefer, dass es auf den Grund ankomme, aus welchen die Auseinandersetzung erfolgt sei.

Grundsätzlich sei niemand zum Arbeitseinsatz zu vermitteln. Dies gelte auch für die Mitarbeiter in der Schulabteilung, welche außer dem Lehrern jetzt entbehrlich werden (Schulhauswärter, Reinigungskräfte). Diese seien dort zu beschäftigen, wo Personal benötigt werde, z.B. in Weissensee oder bei den jetzt bevorstehenden Ablieferungen.

Die 4 Leute, welche für die Speditionsfirma Boetticher zu stellen sind, seien bei uns zu entlassen. Ferner würden für solche Personen, welche vom Arbeitsamt für Zwecke der Abwanderung oder zur Beschäftigung als Friseure freigegeben werden, Bratsleute aus der Mitarbeiterenschaft anzubieten sein; jedenfalls behalte er sich immer die Entscheidung darüber vor, ob ein Mitarbeiter der JAV in den Arbeitseinsatz abgegeben wird.

In diesem Zusammenhang bemerkte Herr Pruefer, dass eine Nachprüfung sämtlicher seit dem 1.Oktober 1941 erfolgten Vermittlungen von Juden in den Arbeitseinsatz stattfinden würde.

3). Tischlerwerkstatt.

Herr Pruefer entschied, dass die Tischlerwerkstatt beim Umgang nach der Levetzowstrasse nicht mitmachen sei. Für Schneider und Schuster stände ein Zimmer hergerichtet worden; er würde es aber vernichten, wenn auch dieser Handwerker ebenso wie Tischler, in den Reparaturwerkstätten beschäftigt werden würde.

Die Anträge auf Fahrgenehmigung für die Umsatzzeit von 24.6. bis 4.7.1942 für Else Eva Durso, Eva Sara Guttmann und Gerhard Israel Lieber beantragt Herr Pruefer zurück, um Karten anstellen zu lassen.

4). Schließung der Söhnen.

Herr Pruefer gab die Weisung, dass der Schulbetrieb am 29.-d.Mts. einzustellen sei.

5). Ablieferungen.

Herr Pruefer setzte als Zeit für die Ablieferungen den 1. bis 5. Juli d.Js. fest und gab den Bescheid, dass die Bevölkerungsmecke Kaiserstrasse und Opernringstrasse für die Ablieferungen noch benutzt werden dürfen. Er versuchte, sich fernmündlich mit Herrn Hesse-Dettwiler im Verbindung zu setzen, der jedoch nicht zu erreichen war.

gen. Moritz Israel personal

Haushalt erhalten.

- 1). Mr. Kosowar
- 2). Dr. Epstein
- 3). Dr. Klemmer
- 4). Dr. Mandelmann
- 5) Abschrift von Nr. 2 Dr. Lowenthal
- 6). Abschrift von Nr. 3 Dr. Adler

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei,
Staatspolizeileitstelle Berlin
mit Herrn P r u f e r am 25.6.1942, 9.30 Uhr
von Eppstein, Henschel, Kozower, Lustig

1. Organisation

Eppstein berichtet über die vom RSHA angeordnete Reorganisation der RV:

Mit sofortiger Wirkung sind nun der bisher noch selbstständig bestehenden JKVn (Beuthen, Dortmund, Dresden, Essen, Köln, Leipzig, Mainz, München, Nürnberg) der Verwaltung der zuständigen Bezirksstellen zu unterstellen, und zwar ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt, zu dem die formelle Eingliederung dieser JKVn gemäß § 5 der Zehnten VO z RSG angeordnet wird. Danach erstreckt sich künftig die Verwaltung der RV auf 13 Bezirksstellen und auf 4 JKVn, nämlich Berlin, Breslau, Frankfurt/Main, Hamburg.

Die noch vorhandenen Organisationen werden in die RV eingegliedert oder aufgelöst werden. Ihre Auflösung ist mit tunlichster Beschränkung durchzuführen. Dies gilt auch für Altretu, Faltretu und FWI. Die Bürosäume von Altretu und FWI im Hause Potsdamerstrasse 72 sollen alsbald in die Verwaltungsräume der RV, Kantstrasse 158, unter Freimachung des überflüssigen Inventars verlegt werden.

Die Verwaltung der Zentrale der RV soll zunächst in zwei Stockwerken des Hauses Kantstrasse 158 zusammengefasst werden. Danach ist eine Zusammenlegung der Verwaltung in Berlin möglichst in einem Gebäudekomplex durchzuführen. Auch nach der räumlichen Zusammenlegung soll die RV als Zentralorganisation getrennt von der JEV verwaltet werden, unbeschadet der Personalunion im Vorstand.

Das Personal ist im Verhältnis zur Verringerung der Anzahl der Juden und der zu leistenden Arbeiten unter Anlegung eines strengen Maßstabes entsprechend zu vermindern. Zur praktischen Durchführung des Personalabbaus sind die Abteilungsleiter verantwortlich zuzuziehen. Um die Arbeit mit dem vermindernten Personal leisten zu können, müssen die Mitarbeiter noch mehr als bisher, z.B. auch am Sonntag, zu Arbeitsleistungen herangezogen werden. Auf die aufsichtsbehördliche Genehmigung hierzu kann Bezug genommen werden, falls Rückfragen von Mietern des Hauses Kantstrasse 158 erfolgen sollten.

2. Vorstand

Im Vorstand der RV soll Eppstein ausser seiner bisherigen Funktion "Finanzen und Verwaltung" mit übernehmen, Kozower wie bisher "Wohnungs- und Versorgungswesen", Kreindler "Buchvertrieb und Nachrichtenblatt" behalten, während dem Vorstand Baeck und Henschel ohne besondere Sachgebiete, Henschel als Vorsitzender der JKV Berlin

angehören. Sachbearbeiterin der Abteilung Fürsorge bleibt Johanna Sara Karmanski.

Im Vorstand der JKV Berlin soll Henschel "Finanzen und Verwaltung" übernehmen, Kozower "Wohnungs-, Versorgungs- und Bestattungswesen" mit "Arbeits Einsatz" behalten, Eppstein dem Vorstand ohne besonderes Sachgebiet angehören. Das Sachgebiet "Fürsorge" soll geteilt werden: Zu Beauftragten des Vorstands für die "Fürsorge" (ohne Gesundheitsverwaltung) sollen Kreindler, für die "Gesundheitsverwaltung" (einschließlich Hospitälern) Lustig bestellt werden. Von einer Verzehrung der Zahl der Vorstandsmitglieder soll Abstand genommen werden.

3. Interventionen bei Abwanderungen

Eppstein berichtet darüber, dass seitens des RSHA beanstandet worden ist, dass Juden, die zur Abwanderung bestimmt sind, den Versuch unternommen haben, durch Intervention bei anderen Dienststellen eine Zurückstellung zu erwirken. Es soll in geeigneter Weise bekannt gegeben werden, dass derartige Interventionen zu untersagen haben, da sonst die ganze Familie des zur Abwanderung bestimmten Juden, der eine solche Intervention veranlasst, mit zur Abwanderung gebracht werden wird.

Es wird ferner darüber berichtet, dass im Zusammenhang mit der Untersuchung von Lilienthal die Weisung erteilt worden ist, dass ärztliche Untersuchungen von Mitarbeitern der Zentrale der RV im Hinblick auf eine Abwanderung bei der Gesundheitsverwaltung der JKV Berlin nur veranlasst werden dürfen, nachdem hierzu das RSHA die Genehmigung erteilt hat.

4. Material für Theresienstadt

Herr Prüfer stellt die Aushändigung einer Liste von Gegenständen in Aussicht, die für Theresienstadt beschafft werden sollen. Eine besondere Sammlung von entbehrlichem Hausrat für Theresienstadt wird vorgesehen. Soweit in Werkstätten oder Einrichtungen der RV Gegenstände vorhanden sind, die für Theresienstadt in Betracht kommen, sollen sie hierfür gesondert erfasst werden. Hierzu sind auch elektrische Geräte der Einrichtungen in Berlin zu rechnen, die der Ablieferungspflicht unterliegen, wie z.B. Heizsonnen, Kocher, Kochplatten usw. in den Verwaltungsgebäuden. Sie sollen listenmäßig erfasst werden, damit sie bei nächster Gelegenheit, möglichst per Schiff, nach Theresienstadt verfrachtet werden können.

Berlin, den 25. Juni 1942.

Dr. Paul Israel Eppstein

Berlin, den 27.Juni 1942
Hr./Dol.

Aktennotiz:

Bei einer Rnecksprache auf der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeidirektion Berlin am 25.Juni d.Js. (Herrn Fruefer) bei welcher anwesend waren fuer die HV Dr. Lippstein, fuer die JKV Berlin Henschel, Kosower, fuer die Gesundheitsverwaltung der JKV Berlin Dr. Lustig brachte Dr. Lustig und daraufhin auch Henschel folgendes zur Sprache:

Es wirke sich fuer die Arbeit unguenstig aus, dass die zum Abbau bestimmten Angestellten in ungewisser Lage weiter taetig seien. Herr Fruefer ordnete daraufhin die Einreichung von 3 Listen der zum Abbau bestimmten Angestellten an, nemlich:

1). derjenigen, deren Ehegatten seit laenger als dem 1.10.1941 im Arbeitseinsatz stehen, sodass mit ihrer Zurueckstellung von der Abwanderung zu rechnen sei,

2). derjenigen, welche nach den bekannten Grundgesetzen fuer eine Abwanderung nach Theresienstadt in Frage ka men,

3). derjenigen Angestellten, deren normaler Abwanderung keine Bedenken entgegenstehen.

Der Personalverwaltung wurde der Auftrag zur baldigen Aufstellung dieser Listen erteilt. Das bei der Wohnungsberatung vorhandene Material soll verwertet werden. Ausser den zum Abbau bestimmten Angestellten sollen auch die jetzt gekuendigten Lehrer nach den angegebenen 3 Richtungen aufgegliedert werden und ausserdem eine Anzahl Angestellte, deren Abbau in Aussicht zu nehmen ist.

Ergaenzend soll auch festgestellt werden, bei welchen der in Rede stehenden Angestellten im gleichen Haushalt wohnende Kinder und sonstige Angehoerige sich im Arbeitseinsatz befinden.

M. I. Henschel
(Moritz Israel Henschel)

H. S. Oppenheimer

AUSKÄRTEIN

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, mit den Herren Prüfer u. a., Stark und Schöffer am 20.6.1942;

Anwesend außer den Unterzeichneten: Frau Oberländer E. F. I.

1. Die Zahl der Alterstransporte und ihrer Teilnehmer muss gesteigert werden, und zwar 100 pro Tag an 5 Tagen in der Woche, von Montag bis Freitag.

Um genügend Raum für die Aufnahme der zu beweidenden Vorgezogenen zu schaffen, sollen aus dem Altersheim ebenso, wenn der Platz dafür erforderlich ist, von der Käbelkammer Sachen nach der Sonnenstrasse gebracht werden. Es ist darauf zu achten, dass sie von dort aus gleich verkauft werden.

Es muss eine zweite Kolonne mit 21 Personen gebildet werden, die mit der bereits bestehenden Kolonne unabhängig arbeitet. Diese neue Kolonne soll mit Helfern der alten Kolonne gemischt werden, ebenso wie der aus der alten Kolonne wegfalende Teil durch Lehrer und andere Helfer ersetzt werden soll.

Die Einschleusung soll am Sonnabend für Montag, Montag für Dienstag usw. stattfinden. Es sollen für jeden Transport 100 Personen im Range holt werden.

Grossere Transporte sind nicht zu erwarten, eventuell ein Teiltransport.

Auf Anruf erklärte die Reichsbahn, dass zu dem Zug um 6.07 Uhr nur 5 Wagen für 80 Personen geteilt werden kann, während von der Aufsichtsbehörde der Abtransport von 50 - 5 x 100 Transportteilnehmern verlangt wurde.

Die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, will am 30.6.1942 mit der Reichsbahn noch die Belegungsmöglichkeiten für Wagen besprechen und am 1.7.1942 weitere Weisung erteilen, eventuell soll versucht werden, den Mittagzug, der etwa um 11 Uhr in Marienstadt ist, 5 Wagen für 100 Transportteilnehmer anzuhängen.

Frau Oberländer und Frau Bräuer sollen durch Frau Brähme und Fräulein Holländer entlastet werden.

Von der nächsten Woche ab sollen die Schicks für die Alterstransporte stets am Freitag für die vergangene Woche übermittelt werden.

3. Die Abweidung der Behandler Dr. Hirschfeld und Dr. Julius Jägermann ist vom R. S. B. v. eingesetzt, daher ist eine Zurückstellung von Dr. Hirschfeld trotz des Umstandes, dass er in seiner Gegend der einzige zugelassene Behandler ist, nicht möglich.

4. Herr Prüfer weist darauf hin, dass im Krankenhaus von Inspektor Charkow die aufsichtsdienstlichen zurückgehalten und die eigentlichen Arbeitskräfte abgesobben werden sind.

II.

VERBORUNG ERKENN:

1. Es wurde gebeten, die Zulassung der Häftlinge zu regeln...

Herr Müller erachtete, dass den nun eben vorgenommenen, ersonal fehlenden Maßnahmen für den Arbeitsdienst zur Verfügung zu stellen:

1. 4 Leute für den Spediteur B o t t e n s f.

2. 10 Leute als Kreuz für zur Absicherung geholte Personen aus dem Arbeitsdienst,

3. 16 bis 17 Personen als Kreuz für die zur Wahrung des Strafvollzuges aus dem Arbeitsdienst herauzuziehenden Häftlinge.

30. 6. 1942

W/o/Ro.

Philippe Jérôme Léonard

Je 1 Durchschlag erhalten:

Herr Menschen,
Herr Dr. B. B. S. t. c. m.,
Herr K r e i n d l s f.,
Fräulein Dr. w o s s u.,
Herr Dr. Mandelschm.,
Herr Gerhard Jérôme Cohen,
Herr K l e e m a n n.

163

30. Juni 1942

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Burgstrasse 28/30
Berlin C 2

Betrifft: Organisation

Unter Bezugnahme auf den Vortrag am 25.6.42 gestatten wir uns, anforderungsgemäß in der Anlage den vom Reichssicherheitshauptamt genehmigten Organisationsplan für die Zentrale der Reichsvereinigung und die Jüdische Kultusvereinigung Berlin zu überreichen.

Hierzu wird, wie vorgetragen, berichtet: Im Vollen der angeordneten Reorganisation sind nun der bisher noch selbständig bestehenden Jüdischen Kultusvereinigungen (Berlin, Dortmund, Dresden, Essen, Köln, Leipzig, Mainz, München, Nürnberg) mit sofortiger Wirkung der Verwaltung der zuständigen Bezirksstellen zu unterstellen, und zwar ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt, zu dem die formelle Eingliederung gemäß der Zehnten Verordnung zum Reichsbürgergesetz angeordnet werden wird. Danach erstreckt sich künftig die Verwaltung der Reichsvereinigung (statt auf 30) auf 17 Außenstellen, nämlich 15 Bezirkstellen und 4 Jüdische Kultusvereinigungen (Berlin, Breslau, Frankfurt/Main, Hamburg).

Die Verwaltung der Zentrale der Reichsvereinigung soll statt in drei in zwei Stockwerken im Hause Kantstrasse 158 zusammengefasst werden. Alsdann wird eine Zusammenlegung der Verwaltung möglichst in einem Gebäudekomplex durchzuführen sein. Auch nach der räumlichen Zusammenlegung soll die Reichsvereinigung als Zentralorganisation getrennt von der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin verwaltet werden, unbeschadet der Personalunion im Vorstand. Das Personal ist im Verhältnis zur Verringerung der Anzahl der Juden und der zu leistenden Arbeiten unter Anlegung eines strengen Maßstabs zu vermindern. Zur praktischen Durchführung des Personalabbaus sollen die Abteilungsleiter verantwortlich zugesogen werden.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

ges. Paul Israel Eppstein

Anlage

E6

Abschrift

30. Juni 1942

An die
 Geheime Staatspolizei
 Staatspolizeileitstelle Berlin
 Burgstrasse 28/30
 Berlin C 2

Betrifft: Benennung eines Krankenbehälters für Mackeim
 (Staatspolizeileitstelle Zichenau-Schröttersburg)

Unter Bezugnahme auf die heutige fernmündliche
 Meldung berichten wir im Vollzug des am 29. da. Mts. durch das
 Reichssicherheitshauptamt erteilten Auftrags, dass als Krän-
 kenbehandler für Mackeim auf Vorschlag der Gesundheitsverwal-
 tung der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin in Betracht kommt:

Dr. Hirschfeld, Max Moses Israel
 geb. 18.9.1875 in Berlin D.R.
 Kennort Berlin Kenn-Nr.A 528962
 zuletzt wohnhaft Bülowstrasse 17

Ehefrau Hirschfeld, Margarete Sara geb. Friedberg
 geb. 18.4.1878 in Stettin D.R.
 Kennort Berlin Kenn-Nr.A 528966
 zuletzt wohnhaft Bülowstrasse 17

beide zurzeit Grosse Hamburgerstrasse 27.

REICHSEVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

gez. Paul Israel Eppstein

Gesundheitsverwaltung der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin
 s. Ed. von Herrn Dr. Lustig

sur Kenntnisnahme

Dem Reichsministerium des Innern
 Reichssicherheitshauptamt
 Kurfürstenstrasse 115/116
 Berlin I 62

im Vollzug des am 29. da. Mts. erteilten
 Auftrags überreicht.

Berlin, den 30. Juni 1942

REICHSEVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

hb

Zusammensetzung der jüdischen Bevölkerung in Berlin

		Bezirk	Einwohnerzahl
1)	IX	Wilmersdorf	11.700
2)	VII	Charlottenburg	10.400
3)	I	Mitte	10.000
4)	XI	Lehnsdorf	9.075
5)	IV	Prenzlauer Berg	7.920
6)	II	Ziergarten	4.460
7)	V	Hansaviertel	3.300
8)	VI	Kreuzberg	2.240
9)	XIV	Neukölln	1.060
10)	III	Wedding	916
11)	XII	Steglitz	900
12)	XIX	Rankow	504
13)	I	Zehlendorf	362
14)	XIII	Tempelhof	352
15)	XVII	Lichtenberg	340
16)	XVI	Köpenick	288
17)	XVIII	Weissensee	286
18)	IV	Treptow	265
19)	IX	Heinrichsdorf	180
20)	VIII	Spandau	162
Insgesamt:			64.720

	Bezirk	Einwohnerzahl
I	Mitte	10.000
II	Tiergarten	4.460
III	Wedding	915
IV	Prenzlauer Berg	7.910
V	Hohes Tressen	3.300
VI	Kreuzberg	2.240
VII	Charlottenburg	10.400
VIII	Spandau	162
IX	Filmendorf	11.700
X	Zehlendorf	362
XI	Schöneberg	9.075
XII	Steglitz	900
XIII	Tempelhof	352
XIV	Neukölln	1.080
XV	Treptow	265
XVI	Köpenick	266
XVII	Lichtenberg	340
XVIII	Weissensee	266
XIX	Pankow	506
XX	Reinickendorf	100
		64.720

Gesamteinwohnerzahl in Berlin
Juni 1941 73.542



RV

Reichenbach

Selbststandigkeit

(30.-6.42 - 31.12.42)

Alle Dokumente in diesem Halbheftet
stammen aus der Publikation

"Akten der Reichsvereinigung
der Juden in Deutschland
1939 - 1941"

herausgegeben von O.D. Kulka, Jerusalem

Berlin, den 2. Juli 1942

He./Dol.

122

Aktennotiz:

Kundsprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeidienststelle Berlin (Herr Pruefer).

I.

Über die Zusammenkunft mit den Herren vom Propagandaministerium und von der Reichshauptstadt auf dem Grundstück Kaiserstr. 29/30 wird berichtet, dass uns als Raumungstermin für das gesamte Grundstück - unter Verzicht auf die Teilraumung des II. und III. Stockwerks - der 13. Juli d.J. gesetzt worden ist. Ausgenommen sind die an die Firma Otto Scheidt vermieteten Grundstücksteile.

II.

Es wird berichtet, dass der Bezirksbürgermeister Charlottenburg Vertreter der JAV zum 9.7.1942 zur Verhandlung über Verkaufsbedingungen wegen Pestalozzistr. 14/15 eingeladen hat.

III.

Über die erneute Besichtigung von Chorinerstr. 26 wird berichtet. Im Anschluss hieran wird vorgetragen, dass Lindenstr. 48/50, wohin das Jugendwohnheim aus Luetzowstr. 16 verlegt werden sollte, vorsorglich über die Kleiderkammer freigehalten werden sollte. Gegen den Plan, das Wohnheim Luetzowstrasse zusammen mit dem Jugendwohnheim Alsenackerstr. 3 nach Rosenthalerstrasse zu verlegen, - unter Herausnahme der nicht unbedingt heimbedürftigen jungen Leute - erhebt Herr Pruefer keine Bedenken.

IV.

Das Rundschreiben der RV über Heimeinkaufsverträge wird vorgezeigt.

V.

Bei Vorlegung des Rundschreibens der RV über Verauktionierung von Heiminventar fragt Herr Pruefer, ob die Wirtschaftsgruppe Gebrauchtwarenhandel auch hier einzuschalten sei.

Unter Übersendung von 2 Stücken des Rundschreibens wird der Nach Erkundigung beim Reichssicherheitshauptamt gegebene Bescheid der RV mitgeteilt, dass die Notwendigkeit der Einschaltung der Wirtschaftsgruppe Gebrauchtwarenhandel sich nur auf die Verkäufe der Kleiderkammer beziehe.

Herr Pruefer ersucht, Schläuche, welche bei Heimraumungen entbehrlich werden, an den Reichsverband der Kleingärtner zu verkaufen; die Anschrift ist bei Herrn Paetlicke zu erfragen.

VI.

Herr Pruefer gibt bekannt, dass während seines Urlaubs ihn im allgemeinen Herr Stark vertreibt, jedoch in Angelegenheiten der Verladung

Mr
John

nach Theresienstadt, der Veräußerung von Heiminventar und in Angelegenheiten der Spinnstoffsammlung Herr Händen.

VII.

Zum Personalklabbau wurde berichtet, dass zur Zeit neue Stellenplaene, die sich auf den unbedingt notwendigen Personalbedarf erstrecken sollen, eingefasst werden. Die abzubauenden Mitarbeiter sollen wie bisher auf einer Liste eingezeichnet, in Zukunft aber nicht mehr in ihrer bisherigen Stellung belassen, sondern sofort zur besonderen Verwendung an Stellen ei gesetzt werden, an denen ein besonderer Personalmangel bemerkbar wird. Herr Pruefer erhebt hiergegen keine Bedenken und macht bei dieser Gelegenheit wiederholt darauf aufmerksam, dass es sich nicht empfele, Mitarbeiter, welche in Misereien leben, zur Entlassung zu bringen. In der Arbeit wenig brauchbare Kriegsbeschädigte können zur Abwanderung nach Theresienstadt vorgeschlagen werden.

Gen. Moritz Israel gen. c. el

K. H. Eggstein

Telefonischer Bericht der Telefon-Zentrale, Hauptamtliche Dienststelle Berlin, Herrn Stark am 17.7.1942.

1. Herr Dr. Steinmetz um ungefähr 11 Uhr Judentum in Berlin in einem Schriftstück vom 3.6.1942

Herr Dr. von Moisach (Leiter) wurde aufgefordert, den Stand per 1.6.1942 anzugeben.
Er erklärte zunächst, auf Grund seiner Vorbereidungen sei ein Besuch vom 10.6.1942 in Berlin am frühen Vormittag ent-

brautreger

41 02

nicht brautreger

1 24

54 186

Soll die Zahl darum sein, dass diese Zahlen mit dem Titel einer Teilung der Reichsvereinigung - r. Simon - abgestimmt werden müssen und rief nochmals Herrn Dr. Simon an.

Herr Dr. Simon erklärte mir auf Anfrage, dass er sich noch keine
Zahl für diesen Tag gemacht habe. Ich ersuchte Herrn Dr. Simon, sich mit Herrn Beckmann
in Verbindung zu setzen und die Zahlen abzustimmen.

Herr Dr. Simon gab mir nach weniger Zeit das Resultat der Abstim-
mung dahin bekannt, dass nach dem Stande vom 3.6.1942
Juden vorhanden seien.

54 066

2. Diese Zahl wurde nochmals mit Herrn Beckmann abgestimmt, der die
Zahl der Brautreger im Reich mit 41 167 und der
nicht-Brautreger mit 1 899
Insgesamt also mit 54 066

3. Diese Zahl wurde telefonisch Herrn Stark durchgegeben, der sie für die Kommandatur benötigte.

4. Bei dieser Gelegenheit wurde gebeten, folgende gestern besproche-
nen Sachen zur Entscheidung zu bringen:

- a) Entlassung der festgenommenen Schwester von Leo Israel Kreindler-
Hajja Luria Freindler, geb. 1.1903,
- b) die Verpflegung der literstransport-Teilnehmer ihres Sohnes mit
Kaffee,
- c) die Zulassung jüdischer Räume durch die Gewerbe-Polizei
und ihre Freinachung durch das Arbeitsamt.

Herr Stark sagte zu, diese Sachen heute zur Abhandlung zu bringen.

1.7.42
Vor/Be.

Philippe Israel Bezwor

Je 1 Durchschlag erhalten:
Herr Meinecke,
Herr Dr. Sonstein,
Herr Dr. Blumenthal,
Herr Dr. Simon, R.V.,
Herr Dr. Weidelssohn,
Fräulein Dr. Messe,
Herr Mannheim.

002

Auf Anruf d r Herren Henschel und Kozower hat die Katasterverwaltung in Übereinstimmung mit der Statistischen Abteilung der Reichsvereinigung den Stand der Juden in Berlin als Stand vom 30.6.42, wie folgt, angegeben:

Sternträger:
Nichtsternträger:

41	167
12	899
<hr/>	
54 066	

Kataster-Verwaltung

Zum Israelkantinen

Herrn Henschel
Herrn Kozower
Herrn Dr. Blumenthal
Herrn Dr. Mendelssohn
Fräulein Dr. Mosse
Herrn Dr. Simon (Stat. Abtlg.)
Herrn Dr. Eppstein

131

162

f. - Kommissar Dr. Dr.
am 15.8. in die Le-
verbotszone übergeben
gemäß Auftrag

Berlin, den 9.Juli 1942.

Reichsvereinigung der Juden

z.H. des Herrn SIMONIS Berlin-Charlottenburg
Kantstr.158.

15
8

Sehr geehrter Herr Simonis.

Im Anschluss an mein Telefongespräch vom 8.d.Mts. bitte ich Folgendes
zur Kenntnis zu nehmen.

Mein Ihnen zur Weitergabe vorliegendes Gesuch nebst Urkunden und beglaubigten Zeugnissen wurde nach Rücksprache und Anweisung der Geheimen Staatspolizei, Leitstelle Berlin, Burgstraße, angefertigt. Es wurde dann dort vorgelegt und mir aufgegeben, es an den Herrn Reichsminister des Innern einzusenden.

Hochachtungsvoll

[
gez.: Karl Israel Lissner
Berlin, N.O.55, Hufelandstr.16.

202

SAATON

Rücksprache bei der Geweinen- und Stabspolizei, mit dem Polizeikommissar H. L. T. Lubbs und Herrn Prifer am 1.7.1942.
Anwesend: Herr Hennschei und der Unterzeichnete.

1. Es wurde darüber berichtet, dass bei der Durchschleusung am 1.7.1942 im Altersheim den Hospitaliten erhebliche Teile des Innern ihres Gepäcks von Herrn Polizeirat Rockop in Besitz genommen worden sind.
2. Ueber den Kölner Transport, der am 21.7.1942 nach Berlin kam, wurde berichtet.
3. Es wurde unter Vorlegung der in Frage kommenden Formulare über die Art der Mitteilung auf Vernehmung zu Verfügung berichtet. Herr Kommissar Lubbs bemerkte, er habe esswegen vor einigen Tagen eingefügt, weil eine Versicherungsgesellschaft, von welcher die Versicherung zurückerkauft wurde, angefragt habe, ob es richtig sei, dass die Mitteilung über die Verhängungszeit an den Antragsteller wieder zurückgehen und nicht bei der auszuzahlenden Stelle verbleibe. Hierzu wurde auf die Meinung erthalte in Bezug des R. A. A. verwiesen. Herr Kommissar Lubbs legte keinen Wert drauf, das Material über die Verhängungsbeschränkung zu erhalten, da er dieses Material bereits in Besitz hat.
4. Es wurde eine Reihe von Grundstücksachen besprochen.
5. Ueber das Schreiben an die Polizeipräsidenten ab. v. bet. XXXXX Bestattung russischer Freigefangener wurde berichtet. Es wurde erklärt, dass die Übersendung einer Abschrift des Schriftwechsels sicher bringt.
6. Es wurden die Fragen der Verwaltung um das Stellens angesetzt. Es wurde einladungserfüllt, weiter nicht zu entlassen. Im Altersheim Gr. Hamburgerstrasse sollen drei Colonnen eingerichtet werden. Die Kosten hierfür soll auf Zeit: Behördenerarbeit gebracht werden. Die Spinnstoffsammlung, überaupt die Sammlung der abgegebenen Sachen soll schnellstens in Ordnung gebracht werden. Es soll eine Liste der nicht etatsmäßig bestätigten Angestellten mit einer besonderen Spalte eingerichtet werden, in der vermerkt ist wo diese Angestellten beschäftigt werden.
7. Ueber die Unregelmäßigkeiten im Kasten wurde berichtet. Die daraus zu folgern en Massnahmen wurden erörtert.
8. Herr Prifer wies darauf hin, dass bei der Altersheimverwaltung bezüglich der Hospitaliten auch nicht korrekt verfahren sei, auch hier wurden Massnahmen erörtert.
9. Frau Oberländer soll von den Arbeiten im Altersheim Artilleriestrasse freigestellt werden, damit sie ganz für die Arbeiten bei den Alterstransporten eingesetzt werden kann, sie kann in der Artilleriestrasse wohnen bleiben.
10. Gegen das Ausscheiden von drei Angestellten, die in privilegierter Ehe leben, u.a. Max Heymann, bestehen keine Bedenken, sie können entlassen werden.
11. Wegen Dr. Siegfried Israel Block, soll beim Regierungspräsidenten, Medizinische Abteilung Litz annstadt rückgefragt werden, und zwar wegen der Wohnung, die immer noch leer steht, und für die Miete von einem nicht bekannten

bekannter Beurteilungen geahndet wird. Es soll bei der Park festgestellt werden, vor der Kauftrage ist bei der Firma Martin nachzufragen, ob der derzeitige Besitz von Dr. Bloch bekannt ist, ebenso soll bei der Post entsprechend eingefragt werden. Hierbei zu stehen könnte Bedenken dagegen, dass auf die Anmeldung der entsprechenden Poststelle Rücksprachen gewährt wird. Es kann jedoch darauf hingewiesen werden, dass es sich lediglich um die Registrierung der Auftragsschrift handelt. (Abschrift der vorigen Nummer mit Vorgabe an Herrn Simonis, P.V. mit der Bitte um weitere Verhinderung usw. etc. - Blatt 1, 48. Bericht von Simonis, eventuell einsetzen).

11. Gegen die Universitätskunstler Leihaberaufstellung an Herrn Kowalski zu verschicken, bis eben keine Bedenken aufgetreten seien (Abschrift der vorigen Nummer - Blatt 27, 7.42).
12. An den G.R.I.4 rufen nach der in dem Bericht der Ausleihungsstelle vom 14.7.1942 erwähnten Kopieraufträge keine Bindungen zu weiteren Schreinerearbeiten erfolgen. Der G.R.I.4 unter Erfüllung seiner Pflichten soll die Ausleihungsstelle sofern inziehbar seiner Entfernung an die entsprechenden Stellen zu versetzen. (Abschrift dieser Vorschrift vom 14.7.1942 und die Fristen und Absatzes.
13. Die zusätzlichen Beerdigungskosten, die später mit Hilfe der Firma Simonis verhöhlt werden, brauchen nicht verdeckt zu werden, der Wahl ampfleger A.G.R.I.P. Kapellenstr. ist von der Ausleihungsstelle das erforderliche eröffnet worden.
14. Den antischen Beerdigungsschäften soll in geeigneter Form beweitigt werden, dass diese nur auf jüdischen Friedhöfen abgelegt werden dürfen. Die PV. soll einen Urkass einer solchen Abmahnung an die arischen Beerdigungsinstitute für das Reich beim A.G.R.I.P. übertragen. (Abschrift der vorigen Nummer an die Firma Dr. Blumenthal, Dr. Braun, Beruch Bräuer).
15. In jedem Fall Edmund Jäckel-Gittlens, Trautengasse, kann die sonst im Abgewandten Gottmann zurückgelassene Jacke wieder von ihm abgeholt und verendet werden, soweit sie noch brauchbar ist, im übrigen kann sie zur Spinnstofffabrik genommen werden. (Abschrift der vorigen Nummer mit Vorgabe vom 9.7.1942 und die Abt. Versorgungswesen-Gerhard Deibel Cohn).
16. Die Bezeichnung der unterholzten Helferin Lieders in der Wuppertalstrasse ist erfolgt, weil sie in der Nähe der Zettnerstraße verkommen waren und dieses Gemüse dann für ca. 10.-- verkauft hat.
17. Das Rückgabekofferlaster und Packwagen el. Hirsch bei der Selbstmordstube von Leuten, die auf den 16. Transport erfasst waren, soll zu dem Sondergepäck Thielisch Ufer genommen und entsprechend dem übrigen Sondergepäck verwendet werden. (Abschrift der vorigen Nummer an die Firma Wöhle und G.J.Cohn).
18. Es wurde darüber berichtet, dass die Firma Schmidt & So., Kreifswalderstrasse 140/141 die ihr von der Hölkermeier nur vorübergehend überlassenen Räume noch nicht wieder zur Verfügung gestellt hat, Herr Prüfer wäll sich mit der Firma wieder ab nochmals in Verbindung setzen.
19. Es ist dieerteilung weiterer Fahrerlaubnisse an die Mitarbeiter der J.K.V. möglich; soweit die Fahrerlaubnisse eine gewisse Zeit lang nicht benötigt werden, sollen sie von den Abteilungsleitern unter Verschluss genommen werden.

- 3 -
werden.

10. Es wurde die Frage erörtert, ob für die schwer transportierbaren Transportteilnehmer nicht ein grosserer Dämpfer zur Verkürzung gebraucht werden kann, der die Kiste aufwärts ins Protektorat fährt.

11. Abschrift der vorigen Nummer an die

Herren Hensthel,
Dr. Uppstein,
Freindler.

1.7.42
Mo/Ro.

Philippe Jaroslav Kozower

Kopie fuer
Hr. Dr. Eppstein

Berlin, den 21. Juli 1947
v. Dm.

Aktennotiz:

Kuecksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Kommissar Tuebbs und Herr Pruefer), von der Kultusvereinigung; Henschel, Kozower.

1). Henschel berichtete ueber Grundstuecksangelegenheiten. Bei Erwähnung ueber Festalozzistr. 14/15 schwebenden Kaufverhandlungen mit dem Bezirksamt Charlottenburg wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, die dort befindliche -gescherei -wenn der Bedarf der Altersheime zurueckgeht- fuer das juedische Publikum in Benutzung zu nehmen. Herr Kommissar Tuebbs bemerkte dazu, dass eine Notwendigkeit nur dann bestehen wuerde, wenn die Familienangehoerigen sämtlich im Arbeitseinsatz stehen.

2). Henschel berichtete ueber die neuerdings vorgenommenen Kürzungen an den Kontingenten, insbesondere im Verwaltungskontingent und ueber die dadurch wieder besonders dringlich gewordenen Personalabbaufragen. Es wurde die Eisung gegeben, die in den einzelnen Dienststellen nicht mehr benötigten Mitarbeiter in eine Liste aufzunehmen und sie fuer Sonderarbeiten, welche im Auftrage der Leitstelle vorzunehmen sind, zu verwenden. Auf der Liste gibt eine Spalte freizulassen. Die Liste ist der Leitstelle vorzulegen, die sie nach Kenntnisnahme wieder zurueckgibt. Das Gehalt fuer die auf der Liste stehenden Angestellten ist als Sonderzuweisung zu beantragen.

3). Es wurde ueber die Angelegenheit der nicht in die Listen der ueber 65jaehrigen aufgenommenen Mitarbeiter und Angehoerigen von Mitarbeitern berichtet. Das vom Vorstand eingeschlagene Verfahren wurde gebilligt.

4). Zum Ausscheiden der in privilegierter mische lebenden Mitarbeiter Max Israel Heymann, Charlotte Sara Paech und Wally Sara Kueckert wurde die Zustimmung erteilt.

5). Es wurde mitgeteilt, dass Fahrerlaubnisse fuer Kultusvereinigungsmitglieder, die zur Abwanderung kommen, nicht erteilt werden koennen, dass jedoch eine Anzahl von Dienstfahrbescheinigungen fuer Mitarbeiter zur Verfuegung stehen. Die Bescheinigungen sollen besonders an Mitarbeiter gegeben werden, die fuer Sonderarbeiten bei der Behoerde verwandt werden. Falls diese nicht fuer Sonderarbeiten eingesetzt sind, muessen die Bescheinigungen zurueckgegeben und vom Abteilungsleiter verwahrt werden. Es wurde die Anweisung erteilt, Frau Oberlaender von ihrer Taeigkeit als Feimleiterin in der Artilleriestrasse 31 bis auf weiteres freizustellen und sie ausschlieslich fuer die Alterstransporte in der Gr. Humburgerstr. 26 einzusetzen. Frau C. behaelt ihre Wohnung in der Artilleriestrasse; fuer die Leitung des Altersheims ist eine Vertretung einzusetzen.

6). Herr Pruefer teilt mit, dass die gestern in Heft genommene Frau Frieda Sara Liepmann, geb. 29.3.1871, wohnhaft Klosterstockstr. 24 in der Gemeinschaftsspeisung 2 Ztr. Gemuese habe verkommen lassen und den verbliebenen "Ramsch" fuer RM 10.- verkauft habe.

7). Henschel bat wiederheit um Entfernung der im Jahre 1938 beschlag-nahnten Buecherei in den Räumen der Gemeinschaftskueche Muenchener- strasse. Erledigung wurde zugesagt.

gez. Moritz Israel Henschel

Berlin, den 25.Juli 1942
Re. Del.

Aktennotiz:

Auseinandersetzung bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Herrn Pruefer).

Anwesend von der JEV Berlin: Henschel, Kosower.

1). Herr Pruefer bestätigte auf Befragen, dass die Baulichkeiten Schoenhauser Allee 22/25 - Altersheim und Kindertagesheim - geräumt werden müssen. Die Ausmumgstermin wurde der 15.August d.Js. angegeben.

Durch fernmündliche Auseinandersetzung wurde später klargestellt, dass der 15.8.1942 der Ausmumgstermin für die Insassen ist, während die Freimachung von Mobilien und die Übergabe bis zum 31.8.1942 zu erfolgen habe.

2). Herr Pruefer teilte mit, dass über Joachimsthalerstr.13 bisher keine Bestimmung getroffen sei. Es wurde darauf hingewiesen, dass wir im ersten dringend Raum benötigen.

3). Der Mitarbeiter Dr. Hans J. Freund, welcher eine 14tägige Gefängnisstrafe wegen Nichtangabe des Vornamens Israel für das Fernsprechverzeichnis abzubüßen hat, ist zu entlassen.

4). Die Aufstellungen über die für die Alterstransporte und Sonderarbeiten bestimmten Mitarbeiter der JEV wurden vorgelegt und zurückgegeben. Herr Pruefer bestimmte, dass die Listen laufend durch diejenigen Mitarbeiter, welche in den Dienststellen nicht mehr gebraucht werden, zu ergänzen sind: der Abbau gehe fort und wenn es zur Abwanderung komme, würden uns weitere Leisungen gegeben werden.

5). Das mit Bertha Sara Arndt am 23.d.mts. aufgenommene Protokoll, ferner das Protokoll über den Leumund der Arndt wurden übergeben und von Herrn Pruefer gelesen. Das Protokoll über die Vernehmung der Mitarbeiter Mannheim, Kellmann, Koppenheim, Franke und Blumenthal wurde gleichfalls überreicht; Herr Pruefer erklärte, es später lesen zu wollen.

Herr Pruefer will sich ferner bei Herrn Markert, der nicht im Hause war, erkundigen, ob eine früher erstattete Anzeige über ~~die~~ Unregelmäßigkeiten im Kataster auch von Fr. Arndt ausgegangen sei.

Mit den vom Vorstand ergriffenen Massnahmen erklärte Herr Pruefer sich wiederholt einverstanden.

gez. Moritz Israel Henschel

Abschrift erhalten:

- 1). Dr. Eppstein
- 2). Hr. Kosower
- 3). Hr. Kreindler
- 4). Dr. Mendelsohn
- 5). Dr. Blumenthal
- 6). Dr. Loewenthal

Berlin, den 29.Juli 1942
R.R./Sel.

Acktennotiz:

Auseinandersetzung bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Herr Kommissar Stuebbe und Herr Ruefer).
Von der Tultusvereinigung: Henschel, Kozomer, Mannheim.

Der JKV wird der Auftrag erteilt, durch Abschrift aus dem Kataster eine Personalkartei sämtlicher Juden Berlins herzustellen.

Auf den Karten, welche der JKV geliefert werden, ist bei den betreffenden Vordrucken einzutragen: Name, Vorname, Geburtstag- und Ort, Beruf (ursprünglicher, wenn bekannt auch der jetzige, sonst Platz freilassen), Familienstand (bei Mischlingen oder privilegierten Mischlingen Tempelzusatz k. oder P.), Staatsangehörigkeit (gegebenenfalls auch die frühere), das Glaubensbekennnis und die jetzige Ohnmacht.

Durch Liktatzeichen ist auf der Karte festzulegen, wer den Inhalt diktiert und wer ihn geschrieben hat. Die Karten der Utertrüger sind durch einen aufgestempelten roten Stern, der in der Zitte unter II einzutragen ist, zu kennzeichnen.

Die Karten sind alphabetisch zu ordnen. Die Karten der Utertrüger sind vorweg zu liefern.

Verdorbene Karten sind nicht zu vernichten, sondern zurückzugeben.

Für die vom 31.7.1942 ab zur Abwanderung gelangenden Juden sind Karten auszufüllen. Diese Karten sind sofort gesondert zu halten.

Die Kartei soll nach 5 Wochen geliefert werden. Die JV soll der JKV mit Personal beispringen. Herr Ruefer ruft deshalb bei Dr. Eppstein an.

Es wird in Aussicht gestellt, dass in Zukunft die bei den neueren zur Meldung gelangenden Veränderungen über die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin dem Kataster der JKV zur Kenntnis gebracht werden sollen; desgleichen die Erklärungen von Juden zu Mischlingen zwg und dergl. Andererseits soll das Kataster alle ihm bekannt werdenden Veränderungen der Kartei der Gestapo melden.

Der Auftrag wurde den Herren Dr. Mendelssohn, Blumenthal, Eppenstein in Gegenwart von Herrn Mannheim bekanntgegeben.

gen. Moritz Israel Henschel

Kopie für:

Herrn Dr. Eppstein
=====

80/

Kopie!

Berlin, den 31.Juli 1942
Re./Dal.

Aktennotiz:

Ruecksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizei-Insstanz Berlin (Herrn Pruefer).
Von der JKV Berlin anwesend: Henschel, Kozower.

1). Es wird ueber die Vorbereitungen fuer den Umzug der JKV nach Oranienburgerstrasse bzw. Artilleriestrasse berichtet. Herr Pruefer weist darauf hin, dass wegen der Aufhebung mehrerer Altersheime und wegen Abwanderung zahlreicher Fuersorge-Unterstuetzungsempfaenger das Personal des Zentralbueros der Altersheime und die Mitarbeiterchaft in der Rosenstrasse stark verringert werden muessse. Das Zentralbuero und andere Einrichtungen koennten nach der Rosenstrasse verlegt werden. Eine Personalverminderung sei wegen der zum Verkauf gelangten Grundstuecke auch fuer die Bau- und Grundstuecksabteilung vorzusehen; diese koennte vielleicht aus der Oranienburgerstrasse etwa nach der Artilleriestr. 31 verlegt werden.

Das Kataster soll in der Oranienburgerstr. 29 verbleiben.

Herr Pruefer ordnete an, dass der Entwurf eines Belegungsplanes fuer die Verwaltungsgebaeude der JKV nach Fertigstellung ihm alsbald vorgelegt werden solle; er wird dann die drei Vorstandsmitglieder der JKV zu einer Ruecksprache bestellen.

2). Der Bericht ueber die Benutzung eines oeffentlichen Fernsprechers durch die Aussenfuersorgewirken Loewy und Zernik wurde uebergeben.

3). Herr Pruefer bewilligte die Erteilung von Fahrgenehmigungen an Mitarbeiterinnen in der Hauspflege in 4 besonders dringlichen Faellen.

Es wurden Angelegenheiten der Spinnstoffsammlung und der Abwanderung eingehend erortert.

gez. Moritz Israel Henschel

Abschrift erhalten:

- 1). Dr. Appstein
- 2). Mr. Kozower
- 3). Mr. Kreindler
- 4). Dr. Mendelsohn

606

Auszug aus einer Notiz betr. Nachsprache an den Herrn Hansen
und Krieger bei der Gendarmerie-Polizei-Station Berlin-Oranienburg
Berlin-Oranienburg 20.Juli 1942

6. die z. Isopflicht für Geislerate soll in der Form der Anlage erachtlichen
Form durch Anhang an den Dokumentationsaufgaben veröffentlicht werden.

Die z. Isopflicht ist erweitert auf Geislerde, sowit sie sich im Privat-
besitz von Juden befinden, d.h. nicht zum Betriebe gehören.

Herrn

Dr. Eppstein z.B.

Überbracht

Bln., d. 1.8.1942

Jüdische Kultusgemeinde zu Berlin e.V.
~~Vergangenheit gewesen~~

227

4. August 1942

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
~~Burgstrasse 28-30~~
Berlin C 2

Betrifft: Zwei Büroschränke und zwei Schreibmaschinantische

Im Vollzug der Anforderung vom 3.ds.Wts. werden auf dem Inventar der Zentrale der Reichsvereinigung zwei Büroschränke (2,05 x 1,32 x 53) mit je 20 Fächern sowie zwei Schreibmaschinantische (70 x 90 x 47) mit je einem Rollzug übergeben. Die Gegenstände sind weisungsgemäß mit einem Eigentumsvermerk der Reichsvereinigung versehen worden.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

bvv

Berlin NO 55, den 4. März 1942

Grefswalder Str. 1403 Fernsprecher 525890

Mann
Frau
Fraul.

Reichsvorsteher
Kantstr. 158

5122

mit Haltbarer Matratze

bitten wir, die unterstrichenen dem Wagenbegleiter gegen Bescheinigung
freundlichst zu verabfolgen und nachstehendes Verzeichnis genau auszufüllen.

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e. V.
Möbelkammer

Verzeichnis:

2 Sofenstücke 150,- 2 - 4070,-
2 Sitzwandschalen 100,-
pro Sitzbank 11,- zum 30,-
zurück

Name des Spenders

Mit diesem Dokument bestätigen wir den Empfang obiger Spende.

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e. V.
Möbelkammer

Kurt Israel Rosembaum
Unterschrift des Wagenbegleiters
Tempelgasse Berlin A 358 800

31. 3. 42 St. & R.

211

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Burgstrasse 28
Berlin C 2

5. August 1942

Betrifft: Heftmaschinen

Im Vollzug der heutigen Anforderung werden aus dem Inventar der
Reichsvereinigung

5 Büroheftmaschinen 24/6 mit 5 Paketen Klammern
beigeschlossen übergeben.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

ABWÄNDERUNG:

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei / Staatspolizeileitstelle Berlin, am 29.7.1942 um 14 Uhr mit den Herren Kommissar G. Ubbelohde, Prüfer und Döbberke:

1. Neben den jetzt laufenden Alterstransporten die dem Altersheim Mr. Hamburgerstrasse sind folgende Alterstransporte zu je 1000 Personen vorgesehen:

Am 17.8.1942,
14.9.1942,
5.10.1942.

Diese Transporte sollen in sämtlichen Altersheimen eingeschleust werden, es sollen sämtliche, zurzeit in den Altersheimen befindlichen 895 Insassen miterfasst und zur Abwanderung gebracht werden. Hierzu sollen die etwa noch fehlenden, bis zur Erreichung der Zahl von 1000 unter Berücksichtigung der Ausfälle - etwa 200 bis 300 Transportteilnehmer noch in die Altersheime gelegt werden, die nach Auskunft des Zentralbüros der Altersheime eine Gesamt-Belegungsstärke von 1317 haben.

Jm einzelnen stellt sich die Belegung und Belegungsstärke wie folgt:

Köpenick	(80)	78
Schönhauser Allee	(175)	163
Gerlachustrasse	(204)	182
Artilleriestrasse	(180)	140
Gr. Hamburgerstrasse	(300)	-
Friedenstrasse	(50)	39
Brunnenstrasse	(60)	63
Germannstrasse	(108)	87
Leissensee-Parkstr.	(154)	146
	(1317)	895.

Die Altersheime sind zu diesem Zweck voll zu belegen.

Mit Rücksicht auf diese Aufgabe soll auch die Rückumzug der Schönhauser Allee erst nach dem 17.8.1942 beginnen. Die Durchschleusung soll in den Altersheimen erfolgen. Von dort aus geschieht auch die Verladung zum Bahnhof auf Kraftwagen der Führerbereitschaft.

Mit Rücksicht auf die grossen Transporte sollen die laufenden Alterstransporte am 14., 17. und 18.8.1942 in Notfall kommen.

Jm Altersheim Köpenick soll alles erfasst werden, was in der dortigen Gegend wohnt; so z.B. Alle Einwohner von Grünau, Karlshorst, Lichtenberg, Friedrichshagen, Friedrichsfelde. Die Verladung an die Bahn soll dann vom Lehrter Güterbahnhof erfolgen.

Das Ziel des grossen Alterstransports ist ebenfalls Theresienstadt.

Aus den Altersheimen sollen mit Rücksicht auf den grossen Transport für die laufenden Transporte jetzt keine Abholungen nach dem Altersheim Gr. Hamburgerstrasse mehr erfolgen.

2. Ausser den laufenden und den grossen Alterstransporten sind für den Monat August 1942 noch folgende grosse Osttransporte zu 1000 Transportteilnehmern vorgesehen.

Am 15.8. und am 31.8. 1942.

Weher die Teilnehmer für diese Osttransporte genommen werden sollen, wird noch geklärt werden.

Merr Döbberke wies darauf hin, dass nach dem bisher verliegenden Material und den bisherigen Grundzitzen mit kaum mehr als 300 Transportteilnehmern zu rechnen ist. Mit Rücksicht hierauf sollen behördlich ab Fragen der Heranziehung im Arbeitseinsatz Befindlicher und im Mischaus Lebender geklärt werden.

Der

Der Unterzeichnete wies darauf hin, dass die Teilnehmerzahl von 1000 auch erreicht werden könnte, wenn außer den Häftlingen auch die in Konzentrationslagern Internierten mit ihren Angehörigen mit diesem Transport zur Abwanderung gebracht werden könnten. Auf diese Möglichkeit wollte Herr Kommissar Stübbe bei der behördlichen Besprechung noch besonders hinweisen.

3. In Ergänzung zu der Besprechung vom 29.7.1942 wegen des Katasters wurde erklärt, es soll auch vom Arbeitsamt, Nebenstelle für Juden, das Material über die im Arbeitsseinsatz befindlichen beschafft werden. Auf Grund dieses Materials soll dann in die Kartei auch die Arbeitsstätte eingetragen werden, die dann auch der J.V. bekanntgegeben wird.
4. Auf Vortrag wurde ersucht, dem Mitarbeiter Walter Harsel am Ende am Sonnabend, Rudolstädterstr. 117, die Räumungserlaubnis zu erteilen und ihm eine andere Wohnung nachzuweisen.

5. Der Inhalt dieser Notiz wurde als Intranig vertraulich am 29.7.1942 den
Herren Henschel,
Dr. Appstein,
Kreindler,
Fraulein Dr. Cossé,
Brau Mendelssohn
Herrn Kleemann,

mitgeteilt.

Y 8.42

Vo/Ro.

Philipp Israel Korower

Berlin, den 8. August 1942

Re./Dal.

Aktennotiz: Muecke, r. bei Geh. Staatsr., Staatsr.-Leitst. Berlin (Ur. Prüfer)
Von J.W. Henschel, Kozower, Gerh. Cohn.
1). Es wird ueber die erfolgte Besichtigung des Dampfers "Woldau"
berichtet, welcher mit Nachmaschinen, Matratzen usw. nach Theresien-
stadt ausgefertigt wird.

2). Auf Anfrage erklärt Herr Prüfer, dass es wegen der in ein-
zelnen Einrichtungen gewährten rituellen (fleischlosen) Verpflegung
kein Sonnenbad beobachtet werden kann.

3). Bericht ueber das gegen Dr. Julius Israel Blumenthal eingeleitete
Verfahren wegen Nichtbeifügung des Kennkartenvermerks unter einer
fuer die J.V. gemachten Angabe wird ueberriickt.

4). Herr Prüfer gibt die Erlaubnis, dass einzelne Besucher der Bau-
und Grundstücksteilung ohne Vorlegung einer besonderen Erlaubniß-
schrift vorgelassen werden dürfen.

5). Es wird ueber die gegen einen Mitarbeiter der J.V. unter dem
offenbar falschen Namen "Lia Rosen" bei F.P.II erstattete Anzeige
und die dazu getroffenen Feststellungen berichtet. Herr Prüfer
gibt die Weisung, einen entsprechenden Bericht an F.P.II zu erstatten.

ges. Moritz Israel Henschel

Schrift erhalten:

- 1). Dr. Appenstein
- 2). Dr. Kozower
- 3). Mr. Areindier
- 4). Mr. Mendelson
- 5). Mr. Bernard Cohn

BUCHUNG - 18. Report

12

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, St. Polizeileitstelle Berlin, mit Herrn Dr. Giese, der den Unterzeichneten zum 4.1.1942 bestellt hatte.

1. Versorgungswesen: Mit dem Gatttransport 18.1.1942 sind 3 ganze Kästen mitzubringen. Von wo der Transport abgeht, ist noch nicht bestimmt und wird noch mitgeteilt werden.
Für den Gatttransport ist wieder, wie bei den früheren Gatttransporten, volle Verpflegung für 3 Wochen mitzunehmen, was zwar mindestens alle Lebensmittel einschließlich Fette, Gewürze usw. hält.
2. Bedürfnisraum: Beim Zugzusammensetzung soll erster Israel im Raum ab 6.1.1942 zur Staatspolizeileitstelle kommen.
3. Abholung: Die von der RV. der Staatspolizeileitstelle zur Versorgung gestellten Getränke sollen als Päckchen bezeichnet und einzeln verzeichnet werden, sie sollen immer mit festgeklebten Aufklebern eigenhandig der RV. versehen werden.
(Die ist telefonisch von mir Herrn Dr. Giese am 1.1.1942 mitgeteilt worden).
4. Es werden eiternd leinwände 4 bis 5 verschließbare Schreibtische für das Zimmer 333 der Staatspolizeileitstelle benötigt, eventuell sind auch Tische vom Dr. RV zu beschaffen.
5. Weiterhin wird ein grösserer Kleiderschrank leinwandweise benötigt, in dem 5 bis 6 Leute ihre Kleider aufbewahren können. Es ist möglichst ein Kleiderschrank mit Haken zum Aufhängen von Bügeln zur Verfügung zu stellen.
6. Auf einen Rote Kreuz-Brief von Julius Davidsohn ist zuwidern, dass Frau Davidsohn gerade ist und sich in Berlin befindet.
7. David Israel Kleinmann soll aus dem Polizeileitungsraum zur Bewanderung für einen Literstransport eingeteilt werden.

8.4

d/ Bo.

Philippe Israel Kozower

Herrn Heinecke,
Herrn Dr. Oppstein,
Herrn Freindl, I.,
Fräulein Dr. Moses,
Herrn Dr. Mendelsohn,
Herrn Gerhard Israel Cohen.

tvv

ERFASSUNGSPROTOKOLL

I. Am 4.8.1942 hatten sich in der Rosenstrasse zur Besichtigung der dort aufgestellten abgegebenen Ferngläser ein Obersturmführer und ein Herr in Zivil vom RSHA sowie von der Staatspolizeileitstelle die Herren Kommissar Stübbs und Prüfer eingefunden.
Anwesend von der JMV Berlin ausser dem Unterzeichneten die Herren Gerhard Jarrel Cohn und Urbach.
Es fand eine Besichtigung der Ferngläser durch die Herren von den Behörden statt. Es wurden schliesslich nach Durchprüfung der besten Ferngläser 13 Ferngläser ausgesucht und ausgehändigt.
Je 1 Durchschlag der Aufstellung der Ferngläser (mit Angabe der Nummern) wurde den Beteiligten ausgehändigt, ein Durchschlag verblieb der Erfassungsstelle und wurde Herrn Gerhard Jarrel Cohn übergeben.
Die Herren Kommissar Stübbs und Prüfer besichtigten den Hof des Verwaltungsgebäudes und die lte Synagoge, in der die ersten von der Levetzowstrasse hierher transportierten abgegebenen Spinstoffwaren bereits sortiert eingelagert waren.

16.8.42

Ko/Ro.

Herr Menschel,
Herr Dr. Eppstein,
Herr Gerhard Jarrel Cohn,
Herr Kreindler.

Philippe Jarrel Kozower

8/4

Berlin, den 18. August 1942
Re./Del.

181

Aktennotiz:

Nach vorheriger Ankündigung erschien Herr Pruefer um 14 Uhr 15 Min. im Verwaltungsgebäude Rosenstrasse. Im Zimmer von Dr. Lamm hatten sich gemäss erfolgter Weisung eingefunden die Vorstandsmitglieder Henschel, Kosower sowie der Leiter der Personalabteilung Dr. Loewenthal und die Abteilungsleiter der Fuersorge, nämlich: die Damen Henschke, Israel, Rochownik, Silbermann und die Herren Friedlaender, Kleemann, Dr. Lamm, Rockmann, Walter. (Der Beauftragte des Vorstandes für die Abteilung Fuersorge, Herr Kreindler, war wegen des immer am Dienstag nachmittag erforderlichen Besuches der Druckerei des Jüdischen Nachrichtenblattes entschuldigt).

1). Herr Pruefer wiederholte seine bereits am Vormittag Herrn Kosower und Fr. Dr. Kosse gemachte Mitteilung, dass die JKV bis zu 150 besoldete und unbesoldete Mitarbeiter und Wohlfahrtspflichtarbeiter abzubauen habe, wobei darauf zu achten sei, dass die Personen für den Abtransport nach dem Osten geeignet sind. Es sollen also auch nicht solche Mitarbeiter ausgewählt werden, deren Ehegatten im Arbeitseinsatz stehen. Der Abbau müsse vorwiegend aus den Mitarbeitern der Abteilung Fuersorge erfolgen, weil die Aufgaben gerade dieser Abteilung durch die Abwanderung sich erheblich verringert hätten.

Es soll ferner eine Liste solcher Juden aufgestellt werden, welche Wohlfahrtsunterstützung beziehen und nicht in Arbeit stehen, im übrigen aber den Bedingungen für den Abtransport nach dem Osten entsprechen. Falls es sich hierbei um eine grosse Anzahl von Personen handle, würde es vielleicht möglich sein, den sofortigen Personalabbau nur in einem etwas verringerten Maße vorzunehmen.

Es wurden sodann die Personal- und Arbeitsverhältnisse bei den einzelnen Fuersorgeabteilungen durchgesprochen, insbesondere auch bei den Heimen.

2). Herr Pruefer besichtigte alsdann das II. und I. Stockwerk des Verwaltungsgebäudes. Im I. Stockwerk wurden die Pläne zur Verlegung der Jugendwohnheime Rosenthalerstrasse und Lindenstrasse sowie des Notheims Heidereturgasse in dieses Stockwerk besprochen. Herr Pruefer erhob gegen die mitgeteilten Pläne keine Einwendung.

Ferner wurde der Synagogenraum und die dort gelagerten Spinnstoffwaren unter Zuziehung des anwesenden Herrn Gerhard Israel Cohn einer Besichtigung unterzogen, desgleichen das Noheim in der Heidereturgasse.

Moritz Israel Henschel

Durchschlag erhalten:

Herren Kosower, Kreindler, Dr. Eppstein, Dr. Mendelssohn, Personalabtlg.

6/6

Berlin, den 20. August 1942
Re./Dsl.

Aktennotiz:
Auseinandersetzung mit der Reichspostverwaltung über die Abrechnung mit dem R.V. und J.K.V. im Rahmen der Abrechnung mit der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Herrn Pruefer).

Anwesend vom R.V.: Dr. Eppstein, von der J.K.V.: Henschel, Kozower.

1). Herr Pruefer teilt mit, dass die Reichspostverwaltung vorschlägt, von den 40 Fernsprechanschlüssen der R.V. und J.K.V. 25 einzusparen. Zum Ausgleich soll eine Querverbindung Kantstrasse-Kranienburgerstrasse hergestellt werden.

2). Herr Pruefer will die Mitteilung der Post in Abschrift der J.K.V. uebersenden, die ihm dann angemessene Vorschläge machen wird.

3). Die Abbauliste der J.K.V. (144 Nummern) wird uebergeben. Seitens der R.V. wird die Ueberreichung einer Liste von 10 Nummern angekündigt.

4). Herr Pruefer erklärt sich damit einverstanden, dass Herr Henschke wegen seiner Mitarbeit in der Levettowstrasse und im Kataster von der Lehrerliste gestrichen wird, und gibt entsprechende Anweisung.

5). Es wird darauf hingewiesen, dass unter den Abgebauten sich die Mitarbeiterin Frau Dr. Charlotte Sara Arnheim befindet, welche vor mehreren Monaten von der J.K.V. der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin zur Beschäftigung zugewiesen wurde. Das Sammarchiv, bei welchem sie beschäftigt ist, hat sie zur Verfuegung gestellt. Herr Pruefer macht Bedenken nicht geltend.

6). Herr Pruefer ist einverstanden, dass fuer den auf der Abbauliste stehenden Simon Israel Neumark, geboren 1877, ein anderer Angestellter benannt wird.

7). Dr. Eppstein berichtet ueber die Anforderung von Seiten des Herrn Dr. Keilner (Hauptamt VII) wegen dreier Werklehrer und Herrn Richard Israel Schaefer. Gegen die Ueberlassung des Tischlers Lewin erhebt Herr Pruefer Widerspruch; im uebrigen werden Bedenken nicht geltend gemacht.

8). Es wird ueber die im Gange befindlichen und weiter verlangten Grundstueckserneuerungen berichtet. Herr Pruefer erklärt, dass Koepnick, Mahlsdorferstr. 94 bis Ende November benötigt wird.

9). Es wurde eine Abschrift des Schreibens der Amtsanwaltschaft vom 17.8.1942 ueberreicht, mit welchem die Klage gegen Dr. Julius Israel Blumenthal wegen Nichtangabe der Kennkarte usw. fallengelassen ist.

zkt. Herr Fruefer erklärte, dass unter diesen Umständen es bei dem bisherigen Verfahren bleiben solle. Dr. Eppstein wird die Angelegenheit noch beim Reichssicherheitshauptamt zur Sprache bringen.

ges. Moritz Israel menschel

bschrift erhalten:

- 1). Mr. Kolower
- 2). Dr. Eppstein
- 3). Mr. Kleinbauer
- 4). Dr. Mendelssohn
- 5). Dr. Loewenthal

Bekanntmachungen der Reichsvereinigung

Meldepflicht bei Aufenthaltsveränderungen

Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland weist darauf hin, daß nach den geltenden Meldevorschriften Jede, auch be- scheinige Veränderung des Aufenthalts innerhalb und außerhalb der Wohngemeinde bei deutschen Staatsangehörigen binnen drei Tagen, bei Ausländern und Staatenlosen binnen 24 Stunden bei der zuständigen Polizei- behörde gemeldet werden muß.

Zwiderhandlungen von Juden, insbesondere die Unterlassung der polizeilichen Meldung, haben staatspolizeiliche Maßnahmen zur Folge.

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e. V.

Meldepflicht bei Aufenthaltsveränderungen

Die Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e. V. gibt auf Weisung ihrer Aufsichtsbehörde bekannt, daß mit sofortiger Wirkung zur Vermeidung von Weiterlagerungen sämtliche Juden in Berlin im Sinne des § 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. 11. 1935 (RGBl. I, S. 1333), die sich im Zusammenhang mit Aufenthaltsveränderungen nach Maßgabe der Meldevorschriften bei dem zuständigen Polizeirevier anz-, ab- oder umzumelden haben, diese Meldung auf den vorgeschriebenen Formblättern jeweils in vierfacher Ausfertigung abzugeben haben.

Ber - Schleiden Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Burgstrasse 28
Berlin C 2

im Vollzug der am 14. bzw. 15. ds. Mts.
erteilten Anweisung überreicht.

Berlin, den 21. August 1942

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Dem Reichsministerium des Innern, Reichssicherheitsauptamt
Berlin-M 62, Kurfürstendamm 115/116

unter Bezugnahme auf den Vertrag am 17. ds. Mts. überreicht.

Berlin, den 21. August 1942

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Berlin, den 22. August 1942
Re./Dai.

Aktennotiz:

Ruecksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Herrn Pruefer).

Anwesend: Henschel, Kozower, Inspektorschepaar Abrahamsohn.

1). Herr Pruefer ordnet an, dass die Leitung des Heims Gr. Hamburgerstrasse 26 -unter Fortdauer der Funktion von Frau Rebekka Oberlaender- Herrn Julius Israel Abrahamsohn nach Erledigung seiner Arbeiten in der Sonnenhauserallee 22 uebertragen wird.

Gegen die Versetzung von Frau Braun nach Gormannstr. 3 (Heim und Kueche) erhebt Herr Pruefer keine Bedenken.

2). Die Pensionierung des Max Israel Bottstein, die mit Ruecksicht auf dessen Erkrankung und Arbeitsunfahigkeit in Erwaegung gezogen war, wird als nicht in Frage kommend bezeichnet. Bottstein soll zur Abwanderung gelangen und zwar, obwohl er erst 53 Jahre alt ist, nach Theresienstadt, um dort nach Besserung seines Befindens als Pfleger Verwendung zu finden.

3). Herr Pruefer erklaert sich damit einverstanden, dass die Kosten der mit dem Abschluss von Heimeinkaufsverträgen befassten Dienststelle aus dem Sonderkonto bezahlt werden.

get. Moritz Israel Henschel

Abschrift erhalten:

- 1). Dr. Hirschmann Eppstein
- 2). Hr. Kozower
- 3). Hr. Kreindler

22/

Berlin, den 23. August 1942.

IX Ma/Ba.

- - Notiz: - -

Vorläufiges Ergebnis der an die Geheime Staatspolizeileitstelle Berlin abgelieferten Karteikarten:

Am 13.8.42 wurden von der Katasterverwaltung die erste Teillieferung gemacht.

Es wurden abgeliefert:

Karten von Sternträgern A - F.

9.211

Am 21.8.42 wurden Karten von Sternträgern und zwar G - Z abgeliefert.

23,889

Ferner Karten für Reichsvereinigungsmitglieder, die nicht Mitglieder der Jüdischen Kultusvereinigung sind und von denen bei uns die Sternquittungen fehlen

906

Bei diesen Personen wissen wir nicht, ob sie Judensterne tragen.

zusammen

34.006

Zirka 2.000 Karten werden noch auf Mischehen resp. privilegierten Mischehen kontrolliert und nachträglich an die Geheime Staatspolizeileitstelle abgeliefert werden.

Die Karten der Nichtsternträger, die auch bereits fertiggestellt sind, werden nach Rückprache mit Herrn Prüfer erst dann abgeliefert, wenn die Reparaturwerkstatt den dritten Trog abgeliefert haben wird, was voraussichtlich Mittwoch oder Donnerstag geschehen wird.

Das endgültige Ergebnis der Zahlen über Mischehen und privilegierte Mischehen, soweit diese der Katasterverwaltung bekannt sind, wird durch eine weitere Notiz der Katasterverwaltung festgelegt werden.

Katasterverwaltung.

- 1) Herrn H e n s c h e l,
 2) Herrn Dr. Blumenthal,
 3) Herrn Dr. Eppstein,
 4) Herrn K o z o w e r ,
 5) Herrn Dr. Mendelssohn,
 6) Fr. Dr. M o s s b

ABÄNDERUNG

Von der Geheimen Staatspolizei, Stadtpolizeileitstelle Berlin, Herrn P r ü f e r wurden fernmündlich am 24.8.1942 der unterzeichnete sowie die Herren Gerhard Israel C o h n und Werner Israel S i m o n bestellt; Gerhard Israel Cohn war beim Eintreffen des Unterzeichneten gerade von der Stadtpolizeileitstelle nach der Kleiderkammer unterwegs und konnte infolgedessen nicht erreicht werden.

Dem Unterzeichneten und Werner Israel Simon wurde Folgendes von den Herren Kommissar S t u b b s und P r ü f e r eröffnet:

1. Für alle Transporte kommt die Beschriftung der Koffer mit Farbe in Frage. Das Gepäck soll künftig nur mit Anhängern, die mit dünnem Draht festgemacht sind und mit Klebezetteln versehen werden.
2. Jeder Transportteilnehmer hat von sofort ab, soweit Alterstransporte in Frage kommen, beim Ausschleusen, sowie Osttransporte in Frage kommen, beim Einschleusen eine Karte mit Namen und Transportnummer, am besten im Knopfloch befestigt, mit sich zu führen. Diese Karten sind sofort fertigzustellen, zu gewähnen und erstmalig für den am 25.8.1942 abgehenden 49. Alterstransport durchzu führen.
3. Für Theresienstadt besteht dringender Bedarf an Matratzen, Geschnürr, Löffeln, Schlüsseln, Reinigungsmaterial aller Art und Kübeln. Mähdrescher sollen nicht mehr nach Theresienstadt geschickt werden. Die hier noch befindlichen etwa 25 Mähdrescher sollen zum grosseren Teil nach Riga geschickt werden. Es sollen weiter Mähdrescher aus den Wohnungen abgewandter Transportteilnehmer beschafft und zur Versendung nach dem Osten bereit gehalten werden.
4. Bei dem 18. Transport haben sich Schwierigkeiten für die Ernährung der Kleinstkinder ergeben. Es wurde darauf hingewiesen, dass mit Genehmigung der Stadtpolizeileitstelle für den 18. Transport Nahrmittel beim Hauptnährungsamt mit angefordert wurden, die Bewilligung habe Herr Direktor M o r w a k i jedoch mit der Begründung abgelehnt, es würde auch für arische Kleinkinder Nahrmittel nicht geben, dies ist vor Abgang des 18. Transports der Stadtpolizeileitstelle auch berichtet worden.
Es wurde angeregt, für den nächsten Osttransport zur Ernährung der Kleinkinder frische oder ähnliche Nährmittel über das Kinderheim und auch aus den zu Fliehenden Wohnungen zu beschaffen und einen Thermoskop mit Grießbrei oder ahnl. für die Kleinstkinder dem nächsten Transport mitzugeben.
5. Für den Osten werden grosse Schneidere scheeren gebracht.
6. Dem nächsten Osttransport sollen eventuell im Austausch gegen Hülsenfrüchte möglichst viel Wermelade mitgegeben werden.
7. Für den nächsten Osttransport sollen 2 Waggon-Loks zum Abtransport vom Hohbiter Güterbahnhof sowie 20 Mähdrescher bereitgestellt werden.
8. Der Osttransport am 10.9.1942 soll besonders gut ausgestattet werden.
9. Als Ersatz für den Abwanderungsbrief wurde nach dem vorgelegten Entwurf das neue Anschreiben im Kerkblatt genehmigt.

10. Der jüdische Transportleiter soll künftig in dem ersten für die Transportteilnehmer bestimmten Wagen sitzen, ihm sollen 2 flinke Ordner beigegeben werden. Beim 18. Transport ist dem jüdischen Transportleiter der Schlüssel zum Aufmachen der einzelnen Abteile ausghändigt worden. Dadurch wurde es ermöglicht, bei jedem Haltepunkt, soweit das behördliche Begleitkommando dies genehmigte, schnellstens alle Abteile zu öffnen.
11. Es wird darauf gelegt, dass auf Sonderkonto "A" weiterhin Beträge angeschafft werden.
Über die neue Gestaltung der Heimeinkaufsverträge, auch das Verhältnis vom Sonderkonto "B" zum Sonderkonto "A" soll von Unterkommandos berichtet werden.
12. Auf die Frage, ob im Jüdischen Nachrichtenblatt eine Veröffentlichung über das Verbot erfolgen könnte, das Marktallgemein Gebiet zu betreten, wurde erwidert, die Landpolizeistelle wolle zunächst einmal feststellen, worauf das Verbot beruhe, es soll erst nach dieser Feststellung über die Frage der Veröffentlichung im Nachrichtenblatt entschieden werden.

25.8.1943

Zo/Bo.

philipp Jraeli Bronower

Mann Weiszke, 1
Herrn Dr. Oppelt, 1
Herrn Krapindler,
Fräulein Dr. Rose, 1
Herrn Gerhard Jraeli Cohen,
Herrn Dr. Mendesohn,
Herrn Werner Jraeli Simon,
Herrn Kleinmann,

PK

Berlin, den 28. Aug. 42
Levetzowstr.
Ko/Bo.

90

4. Herr Commissar Stübbe und Herr Prüfer erklärten, es sei mit der Leitung von Theresienstadt gesprochen worden. Dort sei starker Bedarf vor allem an

Mensäpfen, Jäffeln, Matratzen und Strohsäcken.

Die JKV soll diese Sachen in grösseren Mengen beschaffen. Die Kosten sollen von der HV gezahlt werden, da diese Sachen nur von Berlin und von keiner anderen jüdischen Stelle nach Theresienstadt gebracht werden.

5. Herr Prüfer ersuchte, ihm am 29.8.42. 3 Stenotypistinnen der JKV zu benennen, die bei der Fachgruppe für Gebrauchtwarenhandlung, Herrn Stendel, arbeiten könnten. Dies könnte entweder in der Art geschehen, dass das Gehalt dieser Stenotypistinnen von der Fachgruppe an die JKV gezahlt oder - wie vom Unterzeichneten vorgestragen - die Stenotypistinnen von der JKV Berlin entlassen und über das Arbeitsamt der Fachgruppe zugewiesen werden. Die Meldung dieser 3 Stenotypistinnen soll alsbald erfolgen.

(Mir zur Rücksprache mit der Personalverwaltung verlegen).

Janet

Zur Kenntnis:

Herrn Menschel
Herrn Dr. Eppstein
Herrn Kreindler
Fräulein Dr. Moosé
Herrn Gerhard Gohn
Herrn Klossow

t 21

berlin, den 1. September 1942,

Schlussbericht

betreifend Abschreiben der Karteikarten der Katasterverwaltung
für die Geheime Staatspolizei auf grüne Polizeikarten.

Die Arbeiten wurden am 30.7.42 begonnen. Am 15.8.42 wurde die
erste Teillieferung bei der Behörde abgegeben. Sternträger von A-F 9211.
Am 21.8.42 wurden die Karten über Sternträger 23889
von G-Z abgeliefert. 33109

Außerdem wurden am 21.8.42 Karten von Reichsvereinigungsmitgliedern, die nicht Mitglieder der Jüdischen Kultusvereinigung sind und bei denen Sternplättungen nicht vorliegen, abgeliefert.

Bei der Ablieferung der Karten der Sternträger blieben im ganzen zurück, die noch einer Nachprüfung, namentlich in Bezug auf eine mischehe bzw. privilegierte Mischehe, unterzogen wurden. Diese Nachprüfung ist jetzt beendet. Die Karten werden heute abgeliefert.

Außerdem werden heute Karten von Nichtsternträgern abgeliefert:

1) Vollständig ausgerufene	15233	
2) Karten, bei denen teilweise Anhänger fehlen	785	
zusammen		16018

Von der Geheimen Staatspolizei waren uns zum Teil grüne Karten bereits ausgeschrieben übergeben worden. Diese Karten sind in der Hauptsache beim Abschreiben verwendet worden bzw. ergänzt worden. Uebrig geblieben sind hiervon bei denen sich Parallelkarten in der Kartei unseres Katasters nicht befunden haben.

Im ganzen sind also bis jetzt abgeliefert:

1) Karten von Judensternträgern	9211
+ 23889	
+ 1941	
35041	
2) Karten von Nichtsternträgern	16018
3) Karten von Reichsvereinigungsmitgliedern, die nicht Mitglieder der Jüdischen Kultusvereinigung sind und bei denen Stern-	

übertrag 16018

quivierungen nicht vorliegen, also zweifelhaft ist, zu welcher Kategorie sie zählen

zusammen

906

16924

Außerdem wurden in der Zeit vom 30.7. bis 21.8.42 laufend grüne Karten der Transportteilnehmer herausgesucht, mit dem Transportvermerk versehen, oder neu geschrieben, oder jeweils der Behörde abgeliefert.

Die Gesamtzahl die in dieser Zeit überwunderten Personen beträgt

3100.

In der Zeit vom 13.8. - 21.8.42 wurden Transportteilnehmer mit den Buchstaben A - F, soweit es sich um Judensternträger handelte, nicht mehr hier, sondern bei der Behörde selbst bearbeitet, da die Ablieferung der grünen Karten ja bereits am 13.8.42 erfolgt war.

Die Mischhehen, die in den grünen Karten erfasst sind, stellen sich wie folgt:

1) privilegierte Mischhehen:

a) unter den Judensternträgern 24
b) unter den nichtjudensternträgern 1142
zusammen 1166

2) Sonstige Mischhehen:

a) unter den Judensternträgern 1436
b) unter den nichtjudensternträgern 2121
zusammen 3557

3) Mischhehen insgesamt: 4723.

Diese Zahl ist offenbar zu niedrig und zwar deshalb, weil dem Kataster das Vorliegen einer Mischhehe oder einer privilegierten Mischhehe in vielen Fällen unbekannt ist.

Im Februar 1942 ist ein Vergleich mit den Unterlagen der Wohnungsberatung über die dort für die Abwanderung bestimmten und wegen Mischhebe nicht erfassten Personen erfolgt. Der Vergleich ist in diesen Zahlen enthalten. Vielleicht wird es sich empfehlen, die Vergleichung mit den unterlagen der Wohnungsberatung jetzt zu wiederholen, um einigermassen auf den neuesten Stand zu kommen.

Kataster-Verwaltung
Frankfurt am Main

624

1. September 1942.

Fragebogen

Ich habe heute bei der Geheimen Staatspolizei, Zimmer 303, wie im vorstehenden Bericht aufgeführt, die Kartei an Herrn Kommissar Stüps und Herrn Tietze abgereichen.

Herr Stüps ist mit der Durchführung der Arbeiten einverstanden und wird jetzt von sich aus sein besonderes Aufsehen auf die Nichtsternträger-Kartei richten. Er will vor allen Dingen festzustellen versuchen, ob es sich tatsächlich überall um Nichtsternträger handelt und welches die Gründe sind, die die einzelnen Personen von der Sterntragspflicht befreien. In den beiden Fällen

Elisabeth Liebrecht und
Gertha Gross

bei denen die von der Gestapo ausgeschriebenen Kartekarten betreffend diese nicht mit den in der Katasterverwaltung enthaltenen Unterlagen übereinstimmen, wünscht Herr Kommissar Stüps besonderen Bericht.

Herr Kommissar Stüps ist damit einverstanden, dass die Katasterverwaltung für eventuelle Nachlieferungen eine Anzahl unbeschriebener Polizeikarten zurück behalten hat. Er wünscht, dass jede Kartei, die nur in unserer Kartei ausgeschrieben wird, auch gleichzeitig durch Aufteilung einer Polizeikarte der Geheimen Staatspolizei gemeldet wird.

Herr Kommissar Stüps gab mir die im Bericht auf der ersten Seite unter II aufgeführten 785 Karten wieder zurück, bei denen teilweise Angaben fehlen und wünscht von uns aus eine listenähnliche alphabetische Aufstellung der Karten. Diese Liste soll in Zwischenräumen geschrieben werden. Sie geht ans Einwohnermeldeamt und werden die Antworten dann auf die Polizeikarten und auf unsere Kartekarten übertragen werden. Ich erklärte Herrn Kommissar Stüps, dass die Katasterverwaltung zum Zweck der vervollständigung ihrer Kartei 1130 Fragebögen versandt hat und das Ergebnis noch aussteht. Ich teilte ihm gleichzeitig mit, dass infolge Unbestellbarkeit ca. 250 Briefe zurückgekommen seien. Es sollten auch diese 250 auf eine besondere Liste stellen und wird von Seiten der Geheimen Staatspolizei für sofortige Auskunft beim Einwohnermeldeamt gesorgt werden.

Herr Kommissar Stüps will von sich aus auch diese 250 Anfragen an das Einwohnermeldeamt stellen und uns den Bescheid zukommen lassen.

In Sachen Übertragung der Kartei des Arbeitsamts auf die von uns geschafften grünen Kartekarten der Geheimen Staatspolizei erwähnte Herr Kommissar Stüps, dass die eine Stenotypistin (Frl. Herzog) selbstverständlich nicht imstande ist, die ~~mindestens~~ vielen Kartekarten mit dem Arbeitsvermerk zu versehen, die pro Tag von unseren Angestellten in der Fontanepromenade auf Zetteln ausgeschrieben werden. Er forderte mich deshalb auf, dafür zu sorgen, dass ein eingearbeiteter Mitarbeiter der Katasterverwaltung sofort Frl. Herzog, Zimmer 313 der Geheimen Staatspolizei helfen soll. Nach Rücksprache mit Herrn Dr. Löwenthal und Herrn Blumenthal habe ich bestimmt, dass Herr Leopold Israel Wallenstein ab morgen dort arbeiten wird.

g. J. Schäfer

Aktennotiz

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle,
Herrn Prüfer.

Anwesend:

von der RV: Herr Dr. Eppstein
von der JKV: " Henschel
" Kozover
Fräulein Dr. Mosse

1. Herrn Prüfer wurde das Schreiben des Bezirksbürgermeisters Wedding betreffend den Ankauf des Jüdischen Krankenhauses vorgelegt. Herr Prüfer weist auf die Notwendigkeit hin, dass im Vertrage die Weiterbelassung der Benutzung für die JKV und die Räumung nur auf Weisung der Aufsichtsbehörde klar zum Ausdruck kommt. Herr Prüfer ersucht ferner darum, anstatt "Hospital" in Zukunft "Siechenheim" zu sagen, weil der Ausdruck Hospital an vielen Stellen den Eindruck erwecke, dass es sich um Krankenhäuser handle.
2. Es wird Herrn Prüfer mitgeteilt, dass die Mieträume Rosenthalstraße 26 durch Verlegung des Jugendwohnheims frei geworden sind. Er ist damit einverstanden, dass diese Räume ihm als frei gemeldet werden zur Weitemeldung an den Generalbauinspektor. Eine gleiche Meldung soll für die bisher zu Altersheimzwecken verwendeten Räume im Hause Elsässerstrasse 84 erstellt werden.
3. Herrn Prüfer wurde über die von Herrn Polizeirat Ehler gegebene Weisung wegen Fortschaffung von Sachen aus den vom abgewanderten Pfürtnere Selsanitzki zuletzt benutzten Räumen im Hause Joachimstaler Strasse 13 berichtet. Herr Prüfer erklärte, dass die Angelegenheit mit Herrn Polizeirat Ehler unmittelbar geregelt worden sei.
4. Herr Prüfer erklärt sich damit einverstanden, dass Herr Sally Levy von der Bezirksstelle Süden entlassen wird.
5. Herr Dr. Eppstein trug vor, dass gegen die Abwanderung der auf die Abbauliste gesetzten Angestellten des Nachrichtenblattes und Buchvertriebes Jungmann seitens des Arbeitsamtes Bedenken erhoben worden sind. Herr Prüfer ersuchte, Fräulein Jungmann zwecks Beschäftigung an der Karteistelle der Leitstelle zu ihm zu schicken.

1.9.1942

(Moritz Israel Henschel)

Herrn Dr. Eppstein

zur Kenntnisnahme.

1.9.42

W.M.H.

Aktennotiz
- - - - -

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei,
Staatspolizeileitstelle Berlin, Herrn Prüfer
vorm. 10.30 Uhr.

I.

Auf Anruf habe ich in Begleitung des Sachbearbeiters der Fürsorge, Rockmann, Herrn Prüfer aufgesucht. Herr Prüfer erklärte, dass die grosse Anzahl der Wohlfahrtsempfänger auffalle; diese hätten schon abgewandert sein müssen. Herr Rockmann solle umgehend die zur Abwanderung geeigneten Wohlfahrtsempfänger in einer Liste zusammenstellen und zwar in nachstehender Reihenfolge:

- 1.) Laufend Unterstützte über 65 Jahre, und, soweit sie gebrechlich sind, über 55 Jahre,
- 2.) Laufend Unterstützte unter 65 Jahre einschliesslich der Nichtgebrechlichen zwischen 55 und 65 Jahren,
- 3.) im Arbeitseinsatz befindliche zusätzlich Unterstützte.

Herr Rockmann gab die Zahl der über 65jährigen laufend unterstützten Nichtarbeiter auf 1.200 an.

II.

Herr Prüfer erklärte sich damit einverstanden, dass das Arbeitsbuch des in Haft genommenen Kindermann abgeschlossen wird.

(Moritz Israel Henscher)

He/Br.
4.9.42

Durchschriften erhalten:

Herr Dr. Epstein
Herr Kosower
Herr Kreidler
Fraulein Karminski

Herr Dr. Mendelsohn
Fraulein Dr. Mosse
Herr Rockmann

Aktennotiz

Anruf der Geheimen Staatspolizei,
Leitstelle Berlin, 14.15 Uhr

Herr Prüfer teilt mit, dass im Altersheim Brunnenstr. 41
Ruhrfälle vorgekommen sind und erklärt das Haus für polizeilich
gesperrt.

Es ist sofort ein Ordner hinzusenden, welcher die dort mit zur
Abwanderung bestimmten Personen ankommenden Wagen anhalten soll.
Diese Personen sind auf andere Heime zu verteilen.

Die für den 15.9.42 angekündigte Besichtigung darf nicht statt-
finden. Das Haus ist bis zur Freigabe durch die Gesundheitsverwal-
tung überhaupt von Niemandem, weder Arier noch Jude, zu betreten.

Herr Kreindler und Herr Kozower sind wegen der zu treffenden Anord-
nungen sofort verständigt.

(Moritz Israel Henschel)

He/Br.
4.9.42

1.) Durchschriften an:

Herrn Kreindler
Herrn Kozower
Herrn Dr. Eppstein

} mit der Bitte, wegen der für den 15.9.42
angekündigten Besichtigung das Weitere zu
veranlassen.

Herrn Dr. Mendelsohn

2.) Nach 1 Woche

4.9.42

BUAND FUND - STADTÄ VORSTAND

Rücksprache mit den Herren P r U f e r und D o b b e r k e am 9.9.1942
im Altersheim Gr. Hamburgerstrasse :
Anwesend von der JKV.Berlin ausser dem Unterzeichneten Fräulein Dr.Mosse.

Es wurde die Frage erörtert, dass das Material sowohl für die Alters-
transporte wie für die Gettransports jetzt sehr knapp geworden ist.
Bei den Alterstransporten wurde auf die starken Ausfälle hingewiesen, le-
diglich entstehen, dass bei der Abholung bereits Erfassete, die von der
Gemeindeverwaltung als abwanderungsfähig bezeichnet sind, auf ihre
Erkrankung hinweisen und dann von den abholenden Beamten nicht mitgenom-
men werden. Künftig soll deshalb auf jeder Abholungsliste mittels eines
roten Kreuzes gekennzeichnet werden, wer von den Abzuholenden bereits
durch die Gemeindeverwaltung untersucht und für abwanderungsfähig be-
zeichnet worden ist.

Es wurde darauf hingewiesen, dass im Kataster erheblich mehr Juden an-
gegeben sind, als in Berlin vorhanden. Die Geheime Staatspolizei, Staats-
polizeileitstelle Berlin, beabsichtigt, nach dem 5.10.1942 die auf Grund
des Katasters bei der Staatspolizeileitstelle errichtete Kartei mit Hilfe
der Polizeireviere nachzuprüfen. Sie hält diese Nachprüfung für sicherer
als eine Uerhebung, die von der RV. oder von der JKV.Berlin ausgeht, der
besonders von Juden die in Mischehe leben und Mischlinge doch nicht Fol-
ge geleistet wird.

9.9.42

Ko/Ro.

Philipp Israel Kozower

Herrn H e n s c h e l,
Herrn Dr. E p p s t e i n,
Herrn K r e i n d l e r,
Herrn Dr. B l u m e n t h a l,
Herrn Dr. M e n d e l s o h n,
Fräulein Dr. M o s s e.

PERSONLICH !

VERTRAULICH !

45V

He/J6

Aktennotiz

Anruf der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle um 14.30 Uhr.
Herr Prüfer teilt mit, dass am 26.d.Mts. etwa 300 Juden aus Frankfurt am Main in den Vormittagsstunden hier eintreffen werden, vermutlich am Verladebahnhof Mosbit. Die JKV Berlin soll sich sofort mit der JKV Frankfurt a.M. in Verbindung setzen, damit wegen der Verpflegung, Wasserversorgung, u.s.w. des Transports alles geregelt ist.

17.9.1942

(Moritz Israel Henschel)

Herrn Kozower zur gefl. Veranlassung

Herrn Dr. Eppstein zur Kenntnisnahme
Herrn Kreindler

A k t e n n o t i z

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin, Herrn Prüfer.

Von der Kultusvereinigung

Henschel
Kreindler
Koplowitz
Lewinnek
Pinthus.

- 1.) Herr Prüfer teilt mit, dass die Oberin Clara Scher rafft vom Hospital Auguststr. auf ihren Wunsch abwandern wird. An ihre Stelle soll Frau Hanf vom Krankenhaus treten. Die Wirtschaftsleitung im Krankenhaus soll Frau Rebekka Oberländer übertragen werden.
- 2.) Inventarfragen:
- Herrn Prüfer werden zwei Stück des Rundschreibens der Reichsvereinigung vom 10.9.42 über die Inventar-Verwertung übergeben.
 - wegen der Verwertung des Inventars von Wörthstr. 20 setzt Herr Prüfer sich mit Herrn Polizeidirekt. Kant vom Reichskriminalpolizeiamt fernmündlich in Verbindung. Die Herren wollen sich auf dem Grundstück treffen. Alsdann wird Weisung ergehen.
 - wegen der Verwertung des Inventars des Heims Köpenick, Mahlsdorferstr. 94, will Herr Prüfer mit der Reichsjugendführung verhandeln. Er setzt sich fernmündlich mit Herrn Obersturmführer Pachow in Verbindung und vereinbart mit ihm, dass Interessenten für Inventar in Einrichtungen der JKV an die Staatspolizeileitstelle verwiesen werden.
 - Herr Prüfer gibt die Anweisung, dass für die Freimischung der Heime von Inventar Herr Pinthus von den Reparaturwerkstätten eingesetzt werden soll, während der Verkehr mit der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel, Zweckgemeinschaft Lebensmittelwarenhandel bei Herrn Lewinnek verbleibt.
 - Herr Prüfer erklärt sich damit einverstanden, dass die Abholung der medizinischen Einrichtungen von abwandernden Behandlern und Zahnbehandlern durch Herrn Koplowitz, bisher Weissensee, Parkstr. 22, besorgt wird, dem ein anderer Mitarbeiter beigegeben werden soll.
 - Herrn Prüfer ist berichtet, dass bei der JKV noch ein erheblicher Bedarf an Bettstellen, Betten und Geschirr besteht.
- 3.) Es wird berichtet, dass für das Gestühl der Alten Synagoge die Emporen nicht zur Verfügung stehen. Herr Prüfer ist damit einverstanden, dass das Gestühl zunächst auf dem der JKV zur Benutzung

verbleibenden Teile des Hofes aufgestellt wird. Er will einen Tischler schicken, welcher ein Gebot für Uebernahme und Abfahrt des Gestühls abgeben soll. Falls dieses dem Taxpreis entspricht, ist ihm das Gestuhl zu verkaufen. In gleicher Weise soll mit den Gestühl der Synagoge Thierschuer verfahren werden.

- 4.) Herr Prüfer ist an die Rückgabe der Arbeitsbücher Edmund von und Klara Sora Lichtenbaum erinnert. Er gibt Frau Grünstein die Anweisung, nach den Büchern zu suchen.
- 5.) Herr Arndt berichtet, dass mit Einverständnis des Propagandaministeriums die bei der JUW vorhandenen Bestände an deutschen Büchern der Zeichenschrifttaukammer überlassen werden sollen. Herr Prüfer erhebt hi rgegen keine Bedenken.
- 6.) Herr Prüfer ordnet an, dass die als Teil der Bibliothek der JUW beschlagnahmte Bücherei in der Münchenstr., die sich noch dort befindet, nach dem Altenhofstr. abgeliefert werden soll.
- 7.) Das Arbeitsbuch des seit dem 18.9.42 nicht mehr auf seiner Arbeitsstätte erschienenen Martin Israel Gelbst in soll unterschriftlicher Weise an die Stadtpolizeileitstelle abgeschlossen werden.
- 8.) Auf Befragen gibt Herr Prüfer nach Rücksprache mit Herrn Kommissar Stubs die Leisung, dass bei Mischenen der arische Kehlteil nicht in den Gemeinschaftskuchen der JUW essen darf, während dies dem jüdischen Teil freisteht.
- 9.) Während im allgemeinen für Kinder zum Besuch der Tageskinder Fahrerlaubnis nicht erteilt werden, sind dies im Falle des Wolfgang Israel Holzmann, geb. 10.1.1930, Wohnhaft Berlin-Friedrichshagen, Friedrichstr. 25, mit Rücksicht auf die weite Entfernung und da beide Eltern im Arbeitseinsatz sind, für zulässig erklärt. Die Fahrgenehmigung soll für eine beschränkte Frist durch Herrn Mannheim vorgelegt werden.

(Moritz Israel Hennebel)

He/Br.
22.9.42

154

~~mit einer Notiz~~

Besuch des Geheimen Staatspolizei,
Staatspolizei-Büro Berlin, Herrn Prüfer,
im Altersheim Mövenpick, Waldenserstr. 94.

Herr Prüfer besuchte am 25. 9. 42, vorm. gegen 10 Uhr die Räume im Altersheim in Mövenpick, Waldenserstr. 94, nahm die Räume in Augenschein und erteilte den Unterzeichneten, der als Vertreter der JKV anwesend war, folgende Anweisungen:

- 1.) Der Bauplan des Grundstücks soll an den Vorsitzungsrat für Filmberichter zu Händen des Herrn Dr. Pritzke, Lebewohlstr. 1 geschickt werden, Herr Dr. Pritzke wird den Bauplan unbedingt wieder zurücksenden.
- 2.) Herr Prüfer bezeichnete zwei Kessel, die an das Zentrallager in der Lenhardtstr. geschickt werden sollen, wo Herr Prüfer sie demnächst mit anderen dort Lagernden Kesseln besichtigen wird.
- 3.) Die im Altersheim noch Lagernden Lebensmittel-Vorräte sollen an das Zentrallager in der Lenhardtstr. geliefert werden, wo sie zur Verfügung des Herrn Gerhard Cohn gehalten werden sollen.
- 4.) Die im Altersheim noch vorhandenen Kartoffeln und Tomaten sollen verbraucht werden, damit nichts verdirbt.
- 5.) Herr Prüfer ordnete nochmals an, dass von den Inventar-Gegenständen ohne seine Genehmigung nichts herausgenommen werden dürfe.
- 6.) Herr Prüfer bemerkte, dass für den Fall, dass sonst noch etwas zu unternehmen sei, er noch Weisung geben würde.

Dr. I. Kreindler
(Leo Israel Kreindler)

Kr/Br.
25.9.42

Durchschriften an:

851
Herrn Henschel Herrn Gerhard Cohn
Herrn Dr. Eppstein Herrn Friedländer
Herrn Kozower Herrn Harlam
Herrn Dr. Mendelsohn

He/Jo

Herrn Dr. Eppstein

zur gefl. Kenntnisnahme. 82
8.9.42

Notz Friedenthal

Aktennotiz

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle,
Herrn Prüfer.

Anwesend von der JKV:

Henschel
Dr. Lustig
Kozower.

1. Es wird berichtet, dass nach Mitteilung des Reichssicherheits-hauptamtes (über die RV) die Stadt auf den Ankauf des Krankenhausgrundstückes Irenischestrasse 2-4 zu Gunsten der Reichsjugendführung verzichtet habe, welche im eigenen Namen einen Kaufvertrag über das Grundstück nebst Inventar abschließen wolle, und dass Vertreter der JKV heute nachmittag 5 Uhr zu Vorbesprechungen zu Rechtsanwalt Dr. Pfeiffer, Berlin W 62, Bayreuther Straße 40, als dem Rechtsvertreter der Reichsjugendführung, kommen sollen. Herr Prüfer stellt zunächst in einer fernmündlichen Rücksprache mit Herrn Obersturmführer Pachow fest, dass die Räumung und Übergabe erst zu dem von der Aufsichtsbehörde festzustellenden Zeitpunkt zu erfolgen habe. Herr Prüfer gibt ferner die Weisung, dass schon bei den Vorverhandlungen, zu welchen Dr. Eppstein und Henschel gehen werden, wegen des Inventars klar gestellt wird, dass dieses nur in dem zur Zeit der späteren Übergabe vorhandenen Bestände Kaufgegenstand sein könne; von diesem Bestande müsse noch derjenige Teil abgehen, welcher zum Betriebe eines etwa an einer andern Stelle Berlins fortzuführenden verkleinerten Krankenhauses erforderlich sein werde. Die jetzt von den abwandernden Ärzten abzuholenden Instrumentalien, welche im Krankenhaus verwahrt werden sollen, gehören nicht zum Inventar des Krankenhauses.
2. Es wird über den angeordneten Verkauf des Grundstücks Greifswalder Strasse 138-141 berichtet. Auch hier soll ausbedungen werden, dass die Räumung der eigengenutzten Teile (Reparaturwerkstatt, Möbelkammer) erst auf Weisung der Aufsichtsbehörde zu erfolgen hat. Dagegen ist das Kindertagesheim alsbald aufzugeben; die Einrichtung ist nicht mitzugeben.
3. Wegen Brunnenstrasse 41 soll auf die gestellte Anfrage erklärt werden, dass ~~es Ende Oktober geräumt sein könne.~~
~~das Grundstück~~
4. Wegen Parkstrasse 22 soll erklärt werden, dass ~~es gegenwärtig~~
~~noch nicht zur Verfügung steht.~~
~~das Grundstück~~
5. Es wird berichtet, dass die Übergabe des Grundstücks Wörthstr. 20 am Donnerstag, dem 1. Oktober d.Js., vormittags 10 Uhr, an Herrn Obersekretär Repkewitz vom Reichskriminalpolizeiamt erfolgen soll.
6. Im Grundstück Friedenstrasse 3 ist nicht nur das Kindertagesheim, sondern auch das Altersheim bis 1.11.42 zu räumen. Das Inventar soll nach dem üblichen Schätzungsverfahren an die NSV übergeben werden.

654

7. Im Altersheim Köpenick, Mahlsdorfer Strasse soll das Inventar zunächst stehenbleiben.
8. Herr Prüfer ersucht um eine Aufstellung der zur Veräußerung verfügbaren Geldschränke.
9. Es wird Herrn Prüfer eine Aufstellung von 4 zum Verkauf verfügbaren Klaviere (1 Flügel und 3 Pianinos) übergeben.
10. Herr Prüfer erklärt auf Befragen, dass Rückstellungen wegen Beschäftigung bei der Nachbarhilfe nicht zulässig seien. Wenn keine geeigneten Helfer mehr da seien, müsse man die Nachbarhilfe eingehen lassen.
11. Wegen der jugendlichen Helfer erklärt Herr Prüfer, dass sie, auch soweit sie das 18. Lebensjahr überschritten haben, nicht zum Arbeitseinsatz entlassen werden dürfen.
12. Herr Prüfer erklärt, dass eine Rückstellung von Wohlfahrtspflichtarbeitern nicht gebilligt werden könne; auch wer nur eine zusätzliche Unterstützung laufend empfange, müsse aus Etatsgründen zur Abwanderung gebracht werden.

28.9.1942

Moritz Israel Henschel

(Moritz Israel Henschel)

Charlottenburg v.

28. September 1942.

Ministerialamt

BII S 1

Wien
0173-Dr. so/Mr. an die

Jüdische Ruhmeshalle Berlin e.V.

Reichsbahn

Gesellenburgerstr. 1

In der folge übergeben wir eine verbesserte Liste der in Berlin wohnenden bei uns gemeldeten Inhaber eines Vermögensbesitzes, bzw. der R.R. I.Klasse, bzw. von Betriebschöpfländern und anschließend offiziieren.

Es handelt sich um einen nach dem jetzigen Stand auf Grund der Veränderungen durch Tod, Abwanderung und verdeckter Nachfrage sowie durch Hochzeitsgängen berichtigten Fortschreibung der Listen, welche der Generalstaatspolizei Staatspolizeileitstelle Berlin mit Schreiben vom 24. Mai 1942 überreicht wurden.

Erläuternd ist zu bemerken:

1.) Liste a)

Von den 957 Personen bis 65 Jahren mit 796 jüdischen Ehefrauen und Kindern bis zu 14 Jahren fallen 114 mit 89 Angehörigen weg; es kommen 21 Personen mit 23 Angehörigen hinzu, sodass vorhanden sind:

Personen bis 65 Jahre	864
familienangehörige	73
	1594

bew.

geber: 1594

2.9) Liste A:

von den 116 erwähnten über 60 Jahren mit 76
judischen Angehörigen waren 6 mit 2 ange-
hörigen bzw.; es kommt 1 mit 1 Angehörigen
hinzu, sodass vorne an sind

Personen der 60 Jahre	112
familienangehörige	69

insgesamt	1776 Personen.

Leviel von diesen im einzelnen leben bzw. in öffent-
lichen Arbeitsweinrichtungen, ist nicht festgestellt.
Soweit nachstehend bei uns gemeldet sind - dies ist
aber nicht in allen Fälle geschehen - haben wir links
neben den Namen einen blauen Kreis eingezeichnet. Darauf
sind als 66 aus Liste A
 und 12 aus Liste B
zusammen: 78 Personen mit 85 jüdischen Familien-
angehörigen bzw. einschlägigen als im einzelnen lebend
angegeben werden.

Reichsvereinigung der Juden in Deutschland
Kriegsopferabteilung

Dr. Ernst Israel Rosenthal

anlagen

241

3. V. 1942
Sd-Br. o.
Berlin, den 19. September 1942.

50

Herrn
Dr. M. P. S. Rosenthal
Konsulat der Jüdischen Gemeinde Berlin

Lehr., Abendredaktion des "Jüdischen Anzeigers".

In der heute vor Kenntlichnahme durchschreit ich mitgeteilten
Anträgen vom Sd-Br. o. an die JHV-Berlin erlaubt vor der Ab-
sendung an die JHV die Seite einzusehen, wie folgt geändert:

Liste B:

vom den 111 Personen über 60 Jahre mit 40
jüdischen Angehörigen fallen 33 mit 15 Angehörigen
weg; es kommt 1 mit 1 Angehörigen hinzu, sodass ver-
bleibende sind:

Personen über 60 Jahre
familienangehörige

57

48

insgesamt: 1056 Personen.

Dr. Ernst Israel Rosenthal

M. Rosenthal

Herrn Henschen
Herrn Kozower
Herrn Dr. Eppstein
Fräulein Dr. Moase

75

zur gefl. Kenntnahmre.

Durch Fräulein Dr. Moase wurde ich heute vormittag 8 1/2 Uhr zusammen mit Fräulein Dr. Moase zur Staatspolizeistelle zu Herrn Prüfer bestellt. Herr Prüfer eröffnete uns, dass vom 1. Oktober an die Räumung jüdischer Wohnungen in arischen Besitz nicht mehr durch den GSI erfolgen werde, sondern dass diese Aufgabe auf den Gau Berlin der NSDAP übergegangen sei. Dieser werde sich zur Durchführung dieser Aufgabe des Hauptplanungsamt der Stadt Berlin bedienen. Für den Monat Oktober werde noch der GSI in einem Übergangsverfahren die notwendigen Anordnungen treffen. Der Übergang erfolge endgültig am 1. November d.s.s. Über die technische Durchführung dieser Aktion in Zukunft finde morgen bei Hauptplanungsamt eine Besprechung statt, an der auch Herr Prüfer teilnehme. Er werde uns hinterher das für uns Wissenswerte hierüber mitteilen.

Herr Prüfer fragte mich hierauf, in welcher Weise bisher die Bezahlung der Instandsetzungskosten an den GSI finanziert worden sei. Ich erklärte ihm, dass hierfür ein Fonds von Ru. 650.000,- bereitgestellt worden sei, der jetzt noch ungefähr in halber Höhe bestände. Darauf erklärte Herr Prüfer, dass mit den Mitteln beaufthalten werden müsse, da noch grosse Ausgaben auf diesem Gebiete infolge der zahlreichen vorhandenen jüdischen Wohnungen in arischer Hausbesitz bevorstanden. Er habe dies auch dem Hauptplanungsamt gegenüber zum Ausdruck gebracht. Die Durchschnittskosten für die Instandsetzung der einzelnen Wohnungen sei viel zu hoch; außerdem solle in Zukunft geprüft werden, ob eine rechtliche Verpflichtung des Mieters zur Zahlung der Instandsetzungskosten in jedem Einzelfalle bestände.

Herr Prüfer gab die Anweisung auf Anfragen nach der Höhe der vorhandenen Mittel für Wohnungsinstandsetzungen keine Auskunft zu geben. Die Anfragenden sollen an ihn verwiesen werden.

Der Unterzeichnete hat hierauf die Frage gestellt, wie die Behandlung der Anträge auf Ersatz der Instandsetzungskosten bei Heimeinkaufverträgen gehandhabt werden solle. Daraufhin gab Herr Prüfer die Anweisung, dass in diesen wie auch in allen anderen Instandsetzungs-Fragen die Angemessenheit durch uns geprüft und ferner die Frage der rechtlichen Verpflichtung zur Zahlung der Instandsetzungskosten durch den Abgewanderten gestellt werden müsse. Er werde mit dem Oberfinanzpräsidenten vereinbaren, dass dieser uns darüber Auskunft gibt, ob im Einzelfalle Vermögen des Abgewanderten eingezogen werden ist. Für alle Fälle solle aber von jetzt ab bei Aufnahme neuer Heimeinkaufverträge im Heimeinkauf vermögensverzeichnis ein Verschlag darüber aufgenommen werden, ob der Vertragsabschließende Grundstücks oder andere Werte noch besitze, die nicht durch den Heimeinkaufvertrag erfasst werden. Hierdurch sollen auf alle Fälle die Rückfragen beim Oberfinanzpräsidenten überflüssig werden. Die Möbel allein, die in jedem Falle zur Einziehung gelangen, sollen nicht in Betracht gezogen werden, da durch ihre Verwertung Mieterstünde und andere kleine Schulden abgedeckt werden müssen. In unzweifelhaften Fällen sollen wir die Instandsetzungskosten ansetzen, zweifelhafte Fälle sollen gesam-

b.w.

Aktennotiz A 29

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle Berlin
 (Herrn Prüfer)
 am 1. Oktober 1942, 9 Uhr.

Betrifft: Statistik der Juden in Berlin

Es werden folgende statistische Veränderungen mitgeteilt:

Zahl der Juden in Berlin am 31.8.	46.658
Abwanderung	3.197
Reise aus Vormonaten	<u>128</u> 3.325
Sterbefälle (mit Reisen aus Vormonaten)	342
Geburten	<u>8</u>
Sterbeüberschuss	334
Tatsächliche Verminderung	3.659
Berichtigung des Katasters	<u>2.599</u> 6.258
Bestand per 1.10.	40.400
hier von: Sternträger	30.407
Nightsterenträger	9.993

1.10

541

Ko/Jc

78

Aktennotiz

Telephonische Rücksprache mit Herrn Prüfer am 1.10.42 um 11.30 Uhr.
Herrn Prüfer wurde der Bericht über den Personalbestand der RV und
JKV Berlin vom gleichen Tage vorgelesen.

Herr Prüfer erklärte auf Befragen, dass der Satz bezügl. der Mitarbeiter, die bereits Transportnummern haben, stehenbleiben soll. Er er-
suchte, dass an den letzten Satz hinter dem Worte Behördeneinsatz
angefügt wird: "vorwiegend zur Durchführung der Abwanderung, insbe-
sondere der Alterstransporte."

1.10.42

fremd
(Philipp Israel Kozower)

Herrn Dr. Eppstein

zur gefl. Kenntnisnahme.

1.10.42

241

Der Personalbestand der Zentrale der JV hat sich von 179 am 1.7.42 um 65 auf 114 verringert. Von diesen 114 besoldeten Mitarbeitern sind 6 dem Hauptamt VII zur Verfügung gestellt, sodass bei der Zentrale der JV einschließlich des Reinigungspersonals und des Leiters des Buchvertriebs in Prag noch 108 besoldete Mitarbeiter titeln sind.

Bei der JNV Berlin sind in den letzten drei Monaten ausgeschieden: 124 besoldete, 97 unbesoldete Mitarbeiter, 14 Fernpersonal, vier Mitarbeiter im Schördeneinsatz sowie außerdem 2x2 Schiffspflichtarbeiter, zusammen also 941. Weitere 20 Mitarbeiter, die bereits Transportnummern haben, werden demnächst zur Abwanderung freigesetzt. Der Personalbestand bei der JNV Berlin am 1.10.42 beträgt demnach noch 900 besoldete und 283 unbesoldete Mitarbeiter, 12 Reinigungss., 37 Fernpersonal, 199 Mitarbeiter im Schördeneinsatz vorliegend zur Durchführung der Abwanderung, insbesondere der Alterstransports, sowie außerdem 74 Schiffspflichtarbeiter.

1. Oktober 1942.

chl

A b s c h e i f t

3. Oktober 1942

An die
Scheine Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Burgstrasse 28
Berlin C 2

Betrifft: Entstaltungen von Wohnunginstandsetzungskosten durch die Reichsvereinigung in Fällen, in denen der Zahlungsverpflichtete nach Theresienstadt abgewandert ist und einen Heimeinkaufvertrag abgeschlossen hat.

Unter Bezugnahme auf die fernmündliche Mitteilung vom 1. ds. u. st. gestatten wir uns, anforderungsgemäß folgendes zu berichten:

Seitens des Reichssicherheitshauptamts ist uns die Weisung erteilt worden, bei Forderungen von deutschblütigen Hauseigentümern auf Zahlung von Wohnunginstandsetzungskosten für nach Theresienstadt abgewanderte jüdische Mieter, die einen Heimeinkaufvertrag abgeschlossen haben, wie folgt zu verfahren: Solche Forderungen sind der Staatspolizeileitstelle Berlin zur Prüfung der Belege und der Angemessenheit der Forderung mitzuteilen. Nach Wiss. abgabe des staatspolizeilichen Prüfungsergebnisses sind die angeforderten Beträge aus dem Sonderkonto II zu erstatten, wenn anderes Vermögen, das zur Deckung der Forderung ausreicht, nicht zur Einziehung gelangt ist und wenn das im Vollzug des Heimeinkaufvertrags auf die Reichsvereinigung übertragene bewegliche Vermögen den Betrag der Forderung übersteigt. Falls neben dem Heimeinkaufbetrag sonstiges Vermögen zur Einziehung gelangt ist, soll die Forderung durch den Gläubiger bei dem Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg angemeldet werden.

Damzufolge werden künftig Forderungen auf Zahlung von Wohnunginstandsetzungskosten in entsprechenden Fällen der Staatspolizeileitstelle durch die Jüdische Kultusvereinigung Berlin zur Prüfung und zur Entscheidung darüber, ob und welcher Betrag aus dem Sonderkonto II zu zahlen ist, eingereicht werden.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

ges. Paul Israel Eppstein

Herren
H e n s c h e l
K o s e w e r
mit der Bitte um Kenntnis-
nahme

B. Hirsch

Aktennotiz

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle,
Herrn Prüfer.

Anwesend:

Dr. Eppstein
Henschel.

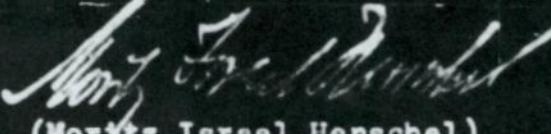
Herr Prüfer gibt bekannt:

Im Jüdischen Krankenhaus wird eine Abteilung für Geisteskranke eingerichtet. Es werden Geisteskranke aus Sayn dorthin verlegt ebenso solche aus Berliner Anstalten und gegebenenfalls auch von andern Städten. Die Angelegenheit eilt, weil Sayn innerhalb 2 Wochen geleert sein muß. Die Durchführung liegt in den Händen von Dr. Lustig.

Das Krankenhaus bleibt, auch wenn Patienten aus andern Teilen des Reiches dort untergebracht werden, eine Einrichtung der JKV Berlin. Die etwa zu verauslagenden Beträge werden von den zahlungspflichtigen Stellen zu Gunsten der JKV eingezogen.

Falls durch die Errichtung der neuen Station ein Mangel an Siechenheimplätzen eintritt, sind sie nach Artilleriestrasse 31 zu verlegen. Das Haus bleibt unter der Leitung von Fr. u. Oberländer, der, falls es erforderlich ist, eine Schwester beigegeben wird. Auch hier liegt die Durchführung in den Händen von Herrn Dr. Lustig.

7.10.1942


(Moritz Israel Henschel)

Herrn Dr. Eppstein

zur gefl. Kenntnisnahme.

7.10.42

b6v



A k t e n n o t i z

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei,
Staatspolizeileitstelle Berlin, Herrn Prüfer.

Anwesend von der JKV Menschel
Kozower.

- 1.) Ueber den Stand der Verkaufsverhandlungen der Grundstücke Elsasserstr. 54 und 85 wird berichtet. Herr Prüfer gibt die Anweisung, darum zu ersuchen, dass im Vertrage die Räumung nur auf Weisung der Aufsichtsbehörde und frühestens zum Kriegsende vorgesehen werden soll.
- 2.) Unter Uebergabe von zwei Notizen des Herrn Federmann über die Anschlüsse Rosenstr. 2/4 und Friedhof Weissensee wird um Belastung einer grösseren Zahl von Leitungen an den Sammellanschlüssen Oranienburgerstr. 29 und Rosenstr. 2/4 gebeten. Herr Prüfer nimmt in Aussicht, in der Oranienburgerstr. 29 5 Anschlüsse und in der Rosenstr. 3 Anschlüsse beim Fernsprechrechnungsamt zu beantragen. Er hofft auch, die Querverbindung mit der Kantstr. durchzusetzen.
- 3.) Herr Prüfer kündigt an, dass demnächst durch mehrere daran interessierte Stellen eine Besichtigung der Geldschänke stattfinden wird.
- 4.) Es werden die Schwierigkeiten besprochen, welche sich aus dem Verkauf der Inventarrien durch den Umstand ergeben, dass die voraussichtlichen Grundstückserwerber zu spät mitgeteilt werden. Herr Prüfer weist auf die vorübergehende Abwesenheit des Herrn Obersturmführer Pachow als eine der Ursachen der Verzögerung der Mitteilung hin.

Sollte eine erwerbende Stelle mit der Zahlung im Rückstande bleiben, so soll ihm darüber mündlich berichtet werden.
- 5.) Zur Frage des Personal-Abbaus weist Herr Prüfer darauf hin, dass die besoldeten Mitarbeiter stärker zum Abbau heranzuziehen sind. Er erklärt es für zulässig, dass an Stelle von Mitarbeitern, die auf Grund einer Sonderliste abgebaut werden sollen, aber z.Zt. noch unentbehrlich erscheinen, andere Mitarbeiter genannt werden. Dadurch dürfe jedoch die zur Abwanderung gelangende Personenzahl nicht verringert werden. Wenn also z.B. ein durch die Sonderliste erfasster Mitarbeiter eine Frau und zwei Kinder hat, so sei es kein genügender Ersatz, wenn an seiner Stelle ein lediger Mitarbeiter zum Abbau vorgeschlagen werde.
- 6.) Herr Prüfer ersucht um sofortige Herübergabe einer Aufstellung der Mitarbeiter der JKV und zwar der besoldeten, teilbesoldeten und unbesoldeten, getrennt nach Arbeitsgebieten; insbesondere sind die im Behördeneinsatz befindlichen Mitarbeiter aufzgliedern.

- 7.) Herr Prüfer erklärt sich damit einverstanden, dass die Arbeitsbücher der Krapkghaus-Angestellten Glass, Schneider und Hilde Holländer abgeschlossen werden.
- 8.) Herr Prüfer gibt die Weisung, dass auf dem bereits übergebenen Grundstück Schönhauser Allee 22-25 durch Angestellte der JKV Arbeiten nicht mehr auszuführen sind.
- Weitere Angelegenheiten wurden von Herrn Kozower vorgetragen.

gez. Henschel

(Moritz Israel Henschel)

- 9.) Herrn Prüfer wurden die Rundschreiben der BV

Nr. 274/42

275/42

277/42

278/42

übergeben. Er ordnete an, dass die in Betracht kommenden Rundschreiben stets ohne Anschriften ihm zu übersenden sind.

He/Br.
13.10.42

aktennotiz A 30

Rückgrache mit der Staatspolizeileitstelle Berlin
(Herrn Pellecke) am 14.Oktobe 1942, 0.30 Uhr

Betrifft: Wohnungsräumungen im behördlichen Auftrag

Im Zusammenhang mit den bei der Räumung von jüdischen Wohnungen in dem Grundstück Bämbergerstrasse 31 Ecke Grunwaldstrasse aufgetretenen Schwierigkeiten wegen der künftigen Mietzahlungen an den Hauswirt ersucht Herr Pellecke darum, ihm von Wohnungsräumungen oder Instandsetzungskostenregelungen, die vom RSHA etwa im Auftrag gegeben werden sollten, unmittelbar Kenntnis zu geben.

ges., Dr. Paul Israel Eppstein

Herrn Ko z o w e r

252

Aktennotiz

- 1.) Herr Prüfer hat heute vormittag die Anweisung gegeben
a) die Heime Artilleriestrasse 31, Brunnenstrasse und Friedenstrasse sofort von den Insassen frei zu machen. Sie sind nach Gerlachstrasse, in Zweifelsfällen nach Gormannstrasse 3, zu bringen; wenn es sich um Sieche handelt, ist Entscheidung von Herrn Dr. Lustig einzuholen;
b) das Inventar der frei zu machenden Heime sofort zu verhütern;
c) Frau Oberländer, sobald sie in der Artilleriestrasse nicht mehr benötigt wird, nach der Gerlachstrasse und Frau Friedländer an Stelle von Frau Kraft nach dem Siechenheim Auguststrasse zu versetzen.
- 2.) Herrn Prüfer ist nachmittag farnmäßig mitgeteilt, dass für Brunnenstrasse und Friedenstrasse Altersheim die Inventarschätzungen des Herrn Elsoffer bereits vorliegen.
Herr Prüfer gab die Anweisung festzustellen, ob die NSV die Inventare übernehmen will und sobald ihr ein Stück der Schätzungen zur Erklärung einzusenden, ob sie die Preise anerkennt.
Herr Dr. Eppstein ist farnmäßig ersucht, alsbald festzustellen, welcher Stelle der NSV die Inventare übersandt werden sollen, da im Falle der Nichtübernahme die Zeit für die Verhüterung und Räumung knapp werden würde.
Für das Heim Artilleriestrasse ist sofort eine Schätzung des Inventars durch Herrn Elsoffer vornehmen zu lassen.

20.10.42

(Moritz Israel Henschel)

Abschrift

Herrn Kreindler
der Personalverwaltung
Herrn Dr. Eppstein
der Inventarstelle
Herrn Reichenheim (Möbelkammer.)

153

He/Jo

72

Aktennotiz

Rückbesprechung bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, Herrn Prüfer.

Von der Kultusvereinigung anwesend:

Henschel,
Kosower.

Herr Prüfer erteilte folgende Weisungen:

- 1.) Frau Rebekka Sara Oberländer soll nach der Abwanderung der Oberin Klara Sara Steuer (früher Kraft) die Leitung des Biechenheims Auguststrasse übernehmen, erforderlichenfalls nach Absolvierung eines Pflegekurses oder unter Beigabe einer geprüften Schwester.
- 2.) Das Krankenhaus soll eine eigene Personalverwaltung erhalten, ohne dass eine Vermehrung des Verwaltungspersonals im Krankenhaus erfolgt.

23.10.1942


(Moritz Israel Henschel)

Abschrift

Herrn Dr. Eppstein

Herrn Kosower

Herrn Dr. Lustig

Herrn Kreindler

Herrn Dr. Mendelsohn

der Personalverwaltung

451

Aktennotiz

- Am 14. d. Mts. um 13.35 Uhr wurde im Altersheim Große Hamburger Straße von dem Unterzeichneten dem Inspektor Abrahamson folgendes eröffnet:
1. Innerhalb einer halben Stunde ist die Liste sämtlicher im Altersheim Beständlichen, enthaltend Vorname, Name, Geburtsdatum, in 2facher Ausfertigung fertigzustellen.
 2. Sämtliche Möbel sind aus Zimmern und sonstigen Räumen zu entfernen, sodass eine Beläufigsfähigkeit mit 1200-1500 Personen bei Verwendung von Strohsäcken oder Matratzen entsteht; auch die Küche ist zu Unterbringungszwecken zu bebauen. Bekostigung erfolgt durch die Gemeinschaftsküche Görlitzstraße.
 3. Es ist sämtlichen Inwohner des Hauses zu eröffnen, dass die kein Eintritt Deutschtüchter aufzumachen und sich vor ihm in mindestens 2 Schritte Entfernung zu halten haben.
 4. Den beiden Richtern Stern und Ehrenreich wurde eingeschärft, dass sie ohne Ausweis niemand ins Haus zu lassen haben.
 5. Später wurde telephonisch um 14 Uhr dem Inspektor Abrahamson noch eröffnet, dass Inwohner das Heim nicht verlassen dürfen.

14.11.1942

[Handwritten signature]
(Philippe Israel Kosower)

Herr Henschel,
Herrn Dr. Eppstein,
Herrn Kreindler,
Herr Kleemann

Berlin, den 16. 11. 1942.

17

Zu meinen Akten Möbelkammer und Stroc.

Kurzansprache in der Staatspolizeileitstelle am 16.11. 1942:

1.) mit Herrn Stark:

Herr Stark verlangte, die freien Lagerverwertungen der aus dem Altersheim Gr. Hamburgerstr. 26 aus dem Jüdischen Krankenhaus geschafften Güter sofort mit Herrn Kommissar Stock zu besprechen.

In laufenden kleineren Fällen soll Herr Stark vom Unterzeichneten telefonisch befragt werden.

2.) Mit Herrn Kommissar Stock, Herrn Polizeirat Prokop, Herrn Stark und Herrn Holtz:

Herr Kommissar Stock erinnerte an, dass die nach der Irmgardstrasse verbrachten Güter aus dem Altersheim Gr. Hamburgerstr. 26 schnellstmöglich die Hilfsgruppe für Gebrauchtwarenhandel abgeschützt und über diese Stelle veranlasst werden. Der Erlös ist dem Sonderkonto H. gutzubringen.

Die in der Möbelkammer von Behörden und Nachlasspflegern sichergestellten Güter sollen in eine Liste aufgenommen werden, und diese Liste soll der Geheimen Staatspolizei, Abt. IV C 3, zu Händen von Herrn Polizeirat Prokop, übermittelt werden.

Bei Rückumsetzungen sollen zwecks Verwertung und zur Einführung zur Möbelkammer nur diejenigen gebracht werden, die einen die Transportkosten mindestens erreichenen Preis bringen. Die wertlosen Sachen sollen entweder in die Möbelkammer oder zur Spinnstoffabgabe kommen, oder zu Brennholz verwertet werden. Es ist jedoch in jedem einzelnen Falle verantwortlich zu prüfen, ob die Sachen wegen Wertlosigkeit dieser Beplümung zuzuführen sind.

Philippe Israel Sonower

Herrn Henschel,
Herrn Dr. Apstein,
Herrn Kreinaler,
Frl. Dr. Posse,
Herrn Pintus,
Herrn Gerhard Cohn,
Herrn Pintus zwecks
Weitergabe an Herrn Lewinnek.

951

Berlin, den 16. November 1942.

Wicksreche mit Herrn Dobberke im Altersheim Gr.
Hamburgerstrasse.

- 1.) Im Altersheim befindet sich, sofern zwecks Unterbringung von
Häftlingen, wie für Kaukasischen Gefangenen vorgesehen,
2 - 3 Zimmer, die für 10 - 12 Personen ausreichen, bestimmt
werden. Diese Zimmer sollen im 2. oder 3. Stockwerk und
am Hof zu belegen sein.
Herr Dobberke erklärte, dass bei solchen Zimmern eine Ver-
gütung nicht erforderlich sei.
- 2.) Herrn Pintus wurden die Anordnungen des Herrn Kommandeur
Stock, wegen der Verwertung von Obstn sowie die
Anordnung von Herrn Dobberke bezgl. des Altersheimes
Gesuchsträger telefonisch vermittelt. Es wurde beauf-
tragt, sofort und gründlicher in die Sache zu leiten.

Philippe Israel Kommandeur

durchschlag.
Herrn Henschel,
Herrn Dr. Neumann,
Herrn Kreindler,
Frl. Dr. Nosse,
Herrn Pintus,
Herrn Gerhard Cohn,
Herrn Pintus zwecks
Weitergabe an Herrn Lewinsek.

A K t e n s t i c k

Vernehmung bei HERR B R U N A N E R
Altersheim Große Hamburgerstr. 26 am 17.11.42, 16 Uhr.

Es sind zwei perfekte Maschinenschreiber zu stellen, die ausschließlich
24 Stunden Tag und Nacht Dienst machen.

Als Ordner sind 20 leistungsfähige bei der JMV Berlin tätige Leute
benötigt zu machen, die einen adäquaten kleinen Lohn haben. Diese
Leute sind nur für den Dienstdienst bestimmt und unterstehen dem
JMV Berlin nur gehaltsmäßig.

Ein Behandler, am besten ein ehemaliger Zahnarzt, möglichst
nicht in Ehe, ist zu benennen. Er muss jeden Tag im Ver-
zeichnis Hamburgerstr. 26 Dienst tun.

Hockmann soll sich am 18.11.42 zum Dienst melden.

Die Mitarbeiter der JMV Berlin, die auf der Altersheimssiedlung
arbeiten, haben am 18.11.42, 15 1/2 Uhr, im Verwaltungsbau
Granienburgerstr. 29, zur Besichtigung bereit zu stehen.

Am 18.11.42 sind zwei Schwestern zu benennen, von denen jede
24 Stunden Tag und Nacht Dienst macht.

Ein Plan von Gross Berlin ist in zwei Exemplaren zu über-
reichen. In diesem Plan sind farbig sämtliche Grundstücke zu ver-
zeichnen, die in der von Eppstein überreichten Grundstücksliste
enthalten sind, ebenso sämtliche Einrichtungen der JV und JMV Berlin
ganz gleich ob es sich um Einrichtungen im eigenen oder in Miet-
grundstücken handelt. Die Einrichtungen und Grundstücke sind zu
bezeichnen. Der Plan ist mit einer Legende zu versehen. Das Alter-
heim Großes Hamburgerstrasse ist besonders, etwa in schwarz,
zu kennzeichnen. Auf der Karte ist bei den Wänden anzugeben, wie-
viel Insassen dort sind.

Es ist ein Verzeichnis sämtlicher zugelassener jüdischen Kranken-
behandler und Zahnbearbeiter, auch derer, die in Ehe leben,
zu überreichen. In dieses Verzeichnis müssen die Wohnungen und die
Praxiseinheiten der Behandler enthalten sein, ferner ist anzugeben, ob
der Behandler zugelassener Zahnbearbeiter ist und welche Fachar-

Ferner ist ein Verzeichnis sämtlicher zugelassenen Ärzten einzurichten.

Bei beiden Verzeichnissen ist anzugeben, ob der Behandler bzw.
Ärztin in Ehe lebt, ob er verheiratet ist und wieviel Kinder
er hat.

9.) Es ist ein Verzeichnis sämtlicher jüdischen Einrichtungen und An-
stalten mit Angabe des Telefon-Anschlusses einzurichten. Der Leiter
der Einrichtung und die Nummer seines Diensttelefons ist besonders
anzugeben.

10.) Es ist eine Aufstellung des Haushalts vom Januar 1942 ab mit den
monatlichen Statposten zu machen. Dabei sind die Ausgaben für die
Abwanderung mit anzugeben.

11.) Es sind auf weissem Karton - etwa in der Größe einer Zigaretten-
schachtel - Ausweise herzustellen, die folgende Form haben:

links oben:

Friher aus für das Untblatt.

Vorname und
Zuname des Erstes:
(unterstrichen)

geboren am:
wohnhaft:

ist berechtigt, das Gebäude große Fabrikstr. 26 zu betreten
und zu verlassen.

Der Text ist mit schwarz r' Tusche auf den weissen Karton zu schreiben.

12.) Hauserblockzeichen sind auf einer militärischen Karte von Berlin durch
Kreise die von Juden bewohnten Grundstücke zu kennzeichnen und zwar
mit Kreisen, aus denen die Initialen der Bezirksteile hervortreten.

13.) Das Merkblatt des Abstandsurkundenbriefes ist zu überreden.

14.) Es ist die Aktennotiz über die Auskunftszeit von 14.11.42 und ebenso
über die Rückfrage von 17.11.42 zu überreden.

15.) Sobald keine zur Flucht eingesetzt werden, sind diese der Polizei
behörde zu melden.

16.) Die Leime und sonstigen Produkte der Wirtschaft müssen unterspült
werden.

Philip Israel Rosen
(Philip Israel Rosen)

65%

Aktennotiz

60

Herr Schneider hat auf Befragen erklärt, dass keine Bedenken dagegen bestehen, einen nicht zugelassenen Arzt zu benennen.

Herrn HSTF Brunner wurde bei der Besprechung heute Nachmittag berichtet, dass Frau Kronheim und Fräulein Oberländer von dem Hauptamt VII auf die Liste B gesetzt sind. Er erklärte, er habe Kenntnis davon genommen. Es bleibe bei der Kiateilung zur Abwanderung.

Gegenwärtig Herr Menschel.

antrag
(Philippe Israel Kozower)

Ko/Br.
18.11.42

Leopold A. Oppenheim

Auftrag von Werner Simon, ca. 7.42 Jhr

Im Auftrage von ~~Werner Simon~~ sollen außer den herkömmlichen
ca. 30000 Mittelschwingen nur von der SVA Berlin hergestellt werden.

18.11.42
Ko/Dr.

Jens Hoppeler

161

Aktennotiz

15

Rücksprache bei HCPF Brunnner
im Altersheim Große Hamburgerstr. 26 am 18.11.-42, 16 Uhr.

I. Personal

- 1.) Es sind zwei perfekte Maschinenschreiber zu stellen, die abwechselnd 24 Stunden Tag und Nacht Dienst machen.
- 2.) Als Ordner sind 20 leistungsfähige bei der JKV Berlin tätige Leute namhaft zu machen, die einen möglichst kleinen Anhang haben. Diese Leute sind nur für den Ordnerdienst bestimmt und unterstehen der JKV Berlin nur gehaltsmäßig.
- 3.) Ein Behandler, am besten ein ehemaliger Polizeiarzt, möglichst nicht in Ehe, ist zu benennen. Er muss jeden Tag im Gebäude Große Hamburgerstr. 26 Dienst tun.
Ab 18.11.42 sind zwei Schwestern zu benennen, von denen jede 24 Stunden Tag und Nacht Dienst macht.
- 4.) Rockmann soll sich am 18.11.42 zum Dienst melden.
- 5.) Es soll eine Ordonnanz vom Unterzeichneten gestellt werden, welche die Verbindung nach der Großen Hamburgerstrasse aufrecht erhält.
- 6.) Die Mitarbeiter der JKV Berlin, die auf der Antbehörlichenliste stehen, haben am 18.11.42, 15 1/2 Uhr, im Verwaltungsgebäude Oranienburgerstr. 29, zur Besichtigung bereit zu stehen.

II. Sachliches.

- 7.) Ein Plan von Gross Berlin ist in zwei Exemplaren zu überreichen. In diesem Plan sind farbig sämtliche Grundstücke zu verzeichnen, die in der von Zopstein überreichten Grundstückskarte enthalten sind, ebenso sämtliche Einrichtungen der JV und JKV Berlin, ganz gleich, ob es sich um Einrichtungen in eigenen oder in Mietgrundstücken handelt. Die Einrichtungen und Grundstücke sind zu bezeichnen. Der Plan ist mit einer Legende zu versehen. Das Altersheim Große Hamburgerstrasse ist besonders, etwa in schwarz, zu kennzeichnen. Auf der Karte ist bei den Namen anzugeben, wieviel Insassen dort sind.
- 8.) Es ist ein Verzeichnis sämtlicher jüdischen zugelassenen Kranken- behandler und Zahnbehandler, auch derer, die in Ehe leben, zu überreichen. In diesem Verzeichnis müssen die Wohnungen und die Praxiskästen der Behandler enthalten sein, ferner ist anzugeben, ob der Behandler zugelassener Fachbehandler ist und für welche Fächer.
Ferner ist ein Verzeichnis sämtlicher zugelassenen Konsulenten einzurichten.
Bei beiden Verzeichnissen ist anzugeben, ob der Behandler bzw. Konsulent in Ehe lebt, ob er verheiratet ist und wieviel Kinder er hat.
- 9.) Es ist ein Verzeichnis sämtlicher jüdischen Einrichtungen und Anstalten mit Angabe des Telefonanschlusses einzurichten. Der Leiter der Einrichtung und die Nummer seines Diensttelefons ist besonders anzugeben.
- 10.) Es ist eine Aufstellung des Haushalts vom Januar 1942 ab mit den monatlichen Statosten zu machen. Dabei sind die Ausgaben für Abwanderung mit anzugeben.

Kultusvereinigung

18. November 1942

An die

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Abteilung IV D 1

Berlin C. 2
Burgstr. 28

Weisungsgemäß werden folgende Anlagen überreicht:

- 1.) Aktennotiz über die Rücksprache vom 17.11.42
- 2.) Aktennotiz über die Rücksprache vom 14.11.42
- 3.) Liste der Maschinenschreiber
- 4.) Liste für den Ordnerdienst
- 5.) Liste des Pflegepersonals
- 6.) Verzeichnis sämtlicher jüdischen Einrichtungen
- 7.) Aufstellung der monatlichen Ausgaben 1942
- 8.) Entwurf eines Ausweises
- 9.) Merkblatt für die Teilnehmer an Abwanderungstransporten
- 10.) Liste der Konsulenten
- 11.) Ein Plan von Gross Berlin in zwei Exemplaren
(Grundstücksverzeichnis und Einrichtungen der JKV)

Eine Liste der zugelassenen jüdischen Kranken- und Zahnbehandler sowie ein Plan von Gross Berlin, auf dem durch Kreise die von Juden bewohnten Grundstücke gekennzeichnet sind, werden nachgereicht.

Als Ordonnanz ist Fritz Günther Israel Meyer, geb. 5.10.19 Berlin, wohnhaft Berlin-Wilmersdorf, Mannheimerstr. 33, Kennort Berlin, Kenn-Nr. 422593 vorgesehen.

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.

(Philipp Israel Kozower)

Herrn Dr. Eppstein

Jan.

11.) Es sind auf weissen Karton - etwa in der Grösse einer Zigaretten-schachtel - Ausweise herzustellen, die folgende Form haben:

Links oben:

Freier Raum für das Wichtfeld.

Vorname und
Zuname des Ordners:
(unterstreichen)

Geboren am:
wohnsitz:

Ist berechtigt, das Gebäude Grosse Hamburgerstr. 26 zu betreten
und zu verlassen.

Der Text ist mit schwarzer Tinte auf den weissen Karton zu
schreiben.

12.) Häuserblockkarte sind auf einer weiteren Karte von Berlin durch
Kreise die von Juden bewohnten Grundstücke zu kennzeichnen und
zwar mit Kreisen, aus denen die Dichte der Bevölkerung hervorgeht.

13.) Das Markblatt des Abwanderungsbriefes ist zu übersenden.

14.) Es darf niemand zur Abwanderung gebracht werden, der lt. behördlicher Anweisung zurückgestellt werden sollte, ebenso besteht die Verpflichtung, besonders darauf aufmerksam zu machen, um für die Abwanderung Leute erfasst werden, die auf der B-Liste stehen. Verletzung dieser Verpflichtung wird an den Verantwortlichen besonders geahndet.

15.) Post, Geld und sonstige Gegenstände sind in die Unterkunft Grosse Hamburgerstr. 26 weder hineinzubringen, noch von dort herauszunehmen. Überschreitung dieses Verbots wird strengstens durch Kameradschaftsmaßnahmen geahndet.

16.) Es ist die Aktennotiz über die Rücksprache vom 14.11.42 und ebenso über die Rücksprache vom 17.11.42 zu übersenden.

17.) Sobald Pläne zur Flucht bekannt werden, sind diese der Aufsichtsbehörde zu melden.

18.) Die Heime und sonstigen Gebäude der JAV Berlin müssen entrimpelt werden.

Philip Israel Kozower
(Philip Israel Kozower)

Ko/Br.
17.11.42

Verfügung:

Herrn Dr. Eppstein

In Ergänzung und Berichtigung der bereits gestern
übergebenen Aktennotiz.

Personlich:
Vertraulich!

18.11.42

firmer

(Philip Israel Kozower)

He/Jo

47 2

Aktennotiz

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle,
um 13 Uhr.

Anwesend

von der Geheimen Staatspolizei: Hauptsturmführer Brunner
Hauptsturmführer Stock
Herr Stark

von der JKV:

Henschel
Eppstein
Kozower

I. Hauptsturmführer Brunner gibt die Weisung, die Große Hamburger Str. 26 und die Synagoge Levetzowstraße so einzurichten, dass jede als Sammelunterkunft für 1200-1500 Personen dienen kann. Die Einrichtung hat mit Matratzen (keine Rößheimermatratzen) oder noch besser Strohsäcken zu geschehen. Wenn nicht genügend Strohsäcke oder Matratzen vorhanden sind, so müssen die ersten Eingelieferten Matratzen mitbringen. In der Empore der Levetzowstraße sind die Bänke fortzunehmen; außerdem ist an der Hinterfront der Mauer ein Trennzun gegen das Nachgrundstück zu errichten. In der Großen Hamburger Straße kommt die Küche fort. Die Ernährung erfolgt von einer Zentralküche aus. Mit den Arbeiten ist sofort zu beginnen. In die Große Hamburger Straße sind sogleich 20 starke Leute abzuordnen, die mit dem Sauber machen und der Umstellungserarbeit beginnen. Die Arbeit ist ununterbrochen fortzuführen. Kein Insasse darf das Haus verlassen. Ein Verzeichnis aller Insassen enthaltend: Name, Vorname, Geburtsdatum, ist in 2-facher Ausfertigung gleichfalls sofort herzustellen und im Büro bereitzuhalten. Die Behörde wird bestimmen, wer von den Insassen das Haus verlassen darf und wer nicht. Kein fremder Jude darf die Große Hamburger Straße betreten.

Als Sammellager für die nach Theresienstadt Abwandernden ist die Gormannstraße einzurichten.

Jeder Jude hat, wenn ein Deutschblütiger kommt, aufzustehen. Er hat sich von ihm in einer Entfernung von 2 Schritt zu halten.

Das "Flitzen" ist mit allen Mitteln zu verhindern; die Funktionäre stehen mit ihrer Person dafür ein.

II. Die von Dr. Eppstein überreichte Liste der Angestellten der RV und der JKV wurde zurückgegeben. Sie ist durch die Aufnahme der Angehörigen und die Angabe des Gehaltes zu ergänzen. Es ist ferner bis Montag früh eine in gleicher Weise hergestellte Liste derjenigen Mitarbeiter vorzulegen, welche für die Arbeit als nicht unbedingt erforderlich bezeichnet werden.

14.11.1942

(Moritz Israel Henschel)

591

48 3

Männliche Maschinenschreiber

1.) Herrmann, Paul I. 19.8.85 Schöneberg Oberbuchhalter 145,--
Salzburgerstr.14

a) G. Hirschberg, Dorothea S., 55 J., Salzburgerstr. 14
(Herrmann steht auf der Liste der Entbehrlichen)

2.) Hecht, Paul I. 25.11.97 N.4, Oranien- Registratur u. 275,--
burgerstr.40/1 Ordner
(ab 1.1.43 190,--)

- a) G. Caspary, Gertrud S., 46 J., NO., Weberstr. 40a
b) E. Hecht, Karoline S., 46 J., N.4, Oranienburgerstr.40/1
c) K. Hecht, Rose-Ruth S., 22 J., "
d) Hecht, Eva S., 20 J., "
e) Hecht, Erika S., 12 J., "
f) Hecht, Tana, 2 J., "

994

4

Vorschlagsliste für den Ordnerdienst

Lfd. Nr. und Name	Geb. Dat.	Anschrift:	Tätigkeit:	Gehalt:
1 Baer Dr. Siegbert J.	18.11.90	W 30, Bambergerstr. 48	Gepäckträger	175.-
	a) E. Baer, Gertrud S., 46 J., W 30, Bambergerstr. 48 b) K. Baer, Ilse S., 12 J., W 30, Bambergerstr. 48 c) Baer, Heinz J., 11 J., W 30, Bambergerstr. 48			
2 Besztynt Benjamin J.	10.10.98	W 15, Xantenerstr. 14	Gepäckträger	190.-
	a) E. Besztynt, Else S., 44 J., W 15, Xantenerstr. 14 b) K. Besztynt, Judith-Esther S., 15 J., W 15, Xantenerstr. 14			
3 Blauzwirn Abraham J.	14.5.87	Wilmdf. Holsteinischestr. 12	Gepäckträger	175.-
	a) G. Blauzwirn, Selma S., 62 J., Wilmdf. Holsteinischestr. 12 b) E. Blauzwirn, Elie S., 49 J., Wilmdf. Holsteinischestr. 12			
4 Brodziak Georg J.	25.8.95	SW, Yorkstr. 58	Gepäckträger	175.-
	a) E. Brodziak, Emilie S., 71 J., Yorkstr. 58			
5 Cohn Max J.	18.7.07	N 54, Zehdenicker Str. 28	Gepäckträger	175.-
	a) V. Cohn, Wilhelm J., 59 J., N 55, Winsstr. 18 b) M. Cohn, Auguste S., 59 J., N 55, Winsstr. 18 c) G. Cohn, Heinz I., 29 J., N 55, Winsstr. 18 d) Cohn, Martin I., 26 J., N 55, Winsstr. 18 e) Cohn, Julius I., 31 J., Treskowstr. 46 f) E. Cohn, Gertrud S., 34 J., N 54, Zehdenickerstr. 28 g) K. Cohn, Horst I., 11 J., N 54, Zehdenickerstr. 28			
6 Cronheim Norbert I.	24.6.117	N 54, Dragonerstr. 49	Gepäckträger	93.30
	a) M. Cronheim, Ernestine S., 50 J., N 54, Mulackstr. 18 b) G. Lewinski, Henry S., 19 J., N 54, Mulackstr. 18 c) E. Cronheim, Lore S., 20 J., N 54, Dragonerstr. 49			
7 Ehrenreich Wolf I.	2.9.80	W 15, Bayer. Pl. 7	Hilfspförtner	160.-
	a) K. Ehrenreich, Ernst I., 17 J., Wielandstr. 31			
8 Joseph, Dr. Kurt I.	17.6.94	NW 87, Solingerstr. 11	Gepäckträger	3.06
	a) E. Joseph, Edith S., 44 J., NW 87, Solingerstr. 11 b) K. Joseph, Hilde S., 17 J., NW 87, Solingerstr. 11			

L 27

Lfd. dNr.	N a m e:	Geb.Dat.:	Anschrift:	Tätigkeit:	5.) Gehalt:
9	Jospe Georg I.	29.5.85	IN 113,Kanzow- str.4	Gepäckträger	190.-
	a) E. Jospe,Rosa S.,58 J.,N 113,Kanzowstr.4 b) K. Jospe,Berbert I., 31 J., N 113,Kanzowstr.4 c) Jospe,Heinz I., 27 J.,N 65, Liebenwalderstr.40				
10	Levy Eugen I.	21.10.79	N 4,Artille- riestr.2	Gepäckträger	190.-
	a) G. Bräsch,Amalie S.,60 J.,Weissenburgerstr.77 b) Laubrinus,Else S.,58 J.,Wilmersdorferstr.13 c) Hofmeister,Frieda S.,56 J.,Steglitz,Lenkenstr.24 d) Levy,Wilhelm I., 54 J., unbekannt e) E. Levy,Rosa S., 76 J.,N 4, Artilleriestr.2				
11	Menasse Adolf I.	20.6.88	N 113,Kugler- str.11	Gepäckträger	190.-
	a) E. Menasse,Alice S., 55 J., Kuglerstr.11 b) K. Menasse,Hans I., 25 J., Kuglerstr.11 c) Menasse,Walter I.,22 J., Schönhaus-Allee 113				
12	Marcuse Erich I.	26.3.05	N 4,Kraus- nickstr.13	Gepäckträger	175.-
	a) M. Menasse,Rebekka, 64 J., N 4,Krausnickstr.13 b) G. Menasse,Georg I.,41 J., N 4,Bernauerstr.17 c) E. Marcuse,Hanna S.,31 J., N 4,Krausnickstr.13 d) K. Marcuse,Peter I., 4 J., N 4,Krausnickstr.13				
13	Medan, Hermann I. Nechemias	13.6.99	NO 55,Jablonski- str.25	Gepäckträger	190.-
	a) E. Medan,Fanny S., 40 J., NO 55,Jablonskistr.25 b) K. Medan,Ruth S., 10 J., NO 55,Jablonskistr.25 c) Medan,Marion S., 6 J., NO 55,Jablonskistr.25 d) Medan,Siddy S., 4 J., NO 55,Jablonskistr.25				
14	Nelken Marcus I.	7.2.88	NO 18,Barnim- str.12	Gepäckträger	162.24
	a) E. Nelken,Gertrud S., 56 J., NO 18,Barnimstr.12				
15	Sober Willy I.	29.11.00	Charl.Wilmers- dorferstr.78	Gepäckträger	130.-
16	Schwersenski Joachim I.	16.10.09	Holensee,West- fäl.Str.62	Gepäckträger	110.-
	a) M. Schwersenski,Johanna S., 72 J.,Westfälischestr.62				
17	Stargardter Leopold I.	2.9.89	Oberschöneweide Tabbertstr.14	Gepäckträger	114.
	verheiratet, 1 Kind				

Lfd. Nr. Name: Geb.Dat.: Anschrift: Gültigkeit: 51 Gehalt:

- 18 Schnapp 3.6.01 N 4, Auguststr. Gepäckträger 175.-
Harry-Max I. 14-15
a) E. Schnepp, Betty S., 39 J., Auguststr. 14/15
- 19 Stern 21.1.85 SW 68, Prinzen- Verw.Hilfskr. 175.-
Alfred I. str. 95
a) C. Stern, Felix I., 61 J., NO 55, Hasenburgerstr. 23
b) E. Stern, Regina S., 53 J., SW 68, Prinzenstr. 95
- 20 Wellach 25.12.04 N 58, Franseckistr. Gepäckträger 93.30
Günther I. str. 4
a) a. Wellach, Therese S., 71 J., Fried., Schneckenburgstr. 10
b) C. Levy, Tilli S., 45 J., W 30, Eilbronnerstr. 12
c) E. Wellach, Barbara S., 21 J., N 51, Franseckistr. 49

b9k

5

Liste des Pflegepersonals.

Behandler:

- 1.) Dr. Martin Israel Sternberg, 31.8.99, wohnhaft Schönhauser Allee 24
(zugelassener Krankenbehandler)
- 2.) Dr. Werner Israel Lemberg, Berlin W.50, Neue Ansässcherstr. 16
b. Hauer. (Ehemaliger Arzt, nicht zugelassener Krankenbehandler)
arbeitet unter verantwortlicher Leitung des Dr. Sternberg.

Schwestern:

- 1.) Hanna Ruth Sara Thal, 1.12.22, wohnhaft Bernimstr. 32
- 2.) Herta Sara Löwenthal, 27.3.97, wohnhaft NO. 18, Georgenkirchstr. 6
(wird durch Elfriede Sara Berger, 22.12.82, wohnhaft Iranischestr. 4,
abgelöst, sobald diese die Fahrgenehmigung erhalten hat.)

Vorwaltungsgebäude

H. 4, Oranienburgerstr. 31

Anruf: 5555555-Dr. 42 51 31

Abnungsberatung
und Abwanderung:

Bosse, Dr. Martin

5555555-

und 42 59 21 App. 52

Bau- und Grund-
stücke-Abtgs.:

Beer, Alexander J.

5555555-App. 29

Postleitung 42 14 36

Reparaturwerkstatt,
Büro:

Lever: Pintus, Anna J.

5555555-App. 37

Verwaltungsbüro

O.2, Rosenstr. 2-4

Telefon: Borsigstr. 41 57 11

allgemeine

Personal

Zentralamt

Bockmeyer, Richard ... 111 11-12. 48 P. 27

Abenstellen:

Bezirksteile

Witten, 1-4,

Auguststr. 14-15 Schiller, Dr. ... Postleitung 41 21 59

Bezirksteile

Witten, 5-8,

Friedrichs-

str. 10-16

Lindnerich, Werner

41 57 11

Bezirksteile

Witten, 9-10,

Borsigstr.

str. 9

Silinski, Wily

41 57 11

Bezirksteile

Witten, 11-12,

Münchener str. 37

Ernix, Christette ...

41 57 11

Bezirksteile

Witten, 13-14,

Charlottenstr.

Steinstr. 2

Goldschmidt, Bernd ...

51 26 30

Verwaltungsbüro

Personal

Zentralamt

Walter, Julius ...

41 57 11

Abenstellen:

Auguststr. 17 IV

Göpelstr. 12a

Seideneutergasse 4-5

Pankow, Ihlenstr. 77

Zentrale

Friedländer, Hans E. ...

55-6

Kichen:

Auguststr. 14-15 Sternberg, Luise ... Postleitung 41 55 43

Blumenstr. 37 Haveiland, Toni ... Borsig-Nr. 41 57 11

Blitzstr. 1 Cronheim, - nestine ... -

Germannstr. 3 Braun, Margarete ... Postleitung 41 11 73

Glatzelstr. 45 Levy, Margarete ... " 57 83 04

Joschimsthaler str. 15 Korant, Paula ... -

Klopstockstr. 24 Liebmann, Elly ... -

Stadtarchiv Berlin

Siechen (Fortsetzungen):

Barberger tr.5 Adler, Berthold . Postleitung 24 46 74
Bachener tr.37 Stein, Hans . 26 43 41
Bankes, Wilhelm / Fingermann, Helga .
Bastelortstr.14 Salomon, Gertr . Postleitung 31 36 65
Prinzregentenstr.6 Kitz, E. Eli . 7 13 34
Muschische str.72 Lindemann, Martha . 92 93 74
Schönhauser Allee 162 Ulrich, Erich .
Schlandstr.37 Uerz, Max .
Rosenstr.2-4 Wett, Leo . 91-92 75

Jugendfürsorge
Zentrale:

Götzmann, Otto . Postleitung 31 37 11 app.46

Nebenstekian:

Kinderschule
Rosenstr.17 Klimski, Helga . 91-92 75
Kindertagesheim
Blumenstr.17 Nees, Stephanie .
Kindertagesheim
Barberger tr.5 Huber, Paul . Postleitung 24 46 77
Kinderhort
Barberger tr.5 Loosser, Else .
Unterkunfts-Haus un- Huber, Paul .
er tr.5
Kinder- und Jugend- Lichtenheim, Hein-
hauser Allee 162 Hinschrofer, Engelbert . Postleitung 45 47 51
Abteilung Kindert-
agesheim, Hein-
hauser Allee 162 Wehm, Horst . 84 82 77
Münchenwohnsheim,
Muschische str.4 Kierbach, Helga . 46 44 41
Kindertagesheim,
Theischafer 1-15 Verein, Liselotte . 84 85 45
Kindertagesheim,
Bachener tr.37 Gutmann, Josef . 26 43 51
Kinderhort,
Bachener Str.37 Wersfeld, Margarete . 26 43 51
Sozialhort,
Oranienburger tr.31 Guttman, Berthold .
Kindertagesheim,
Auguststr.17 Schmitzler, Horst . Postleitung 42 24 87
Krippe, Alte Str.
14-15 Boehm, Helmut . 12 21 87
Jugendwohnsheim,
Rosenstr.2-4 Bartsch, Siegfried I. Postleitung 45 47 51
Zentrallager,
Memhardstr.12 Harlan, Leo I. Postleitung 51 47 12

8.65. Iranische tr. 2 und
Anruf: Sennel-Wr. 46 04 41
46 41 45

Dezernat des Landes-
heitawesens
Befragter des
Vorstandes: Justiz, Wr. Walter Schäfer.

Des Antheitsver-
waltung,

Iranische tr. 4

Kreisbeamte,
Iranische tr. 3

Büro der
Feuerwehr, 1.v.:

Iranische tr. 4. Holländer, Charlotte

Feuerwehr

Iranische tr. 4. Polizei ist, wegen

Insasse tr. 5. sendet, angezeigt

Insatztr. 14-1. Holländer, Leopold

Ostleitung (L.O. 31)

12/2/44 14

Berlin - 6188000

Wothringen tr. 2

Anruf: 030-100-64 49 35

Friedhofsviertel. Radt, Arthur I.

Siedlung:

Wittenbergstr. 22

Wittlicher str. 2

68, Choriner

Anruf: Sammel-r. 44 97 39

Kleiderkammer

Zentrale

Cohn, Gernard I.

el-r.

Lebenstellien:

Augustastr. 17

Schwarz, Alo I.

Entlastung 42 04 45

bitte

Gremethal, Julius I.

68 69 38

Norden, Thielisch-

ufer 10-16

Goldestein, Bruno I.

44 7 49

walder str. 26

Stilment,

Münchener str. 37

Veseler, Hermann I.

29 40 35

Nordwest, West-

Iozziestr. 14-15

Meyer, Erich I.

31 36 36

Erfaßungsstelle,

Thielischufer 10-16

Cohn, Gernard I.

68 69 38

766

11
Nr. 55, Geißwandlerstr. 14-16

Anruf: 33 51 90

Wolkenauer A.V.: Minus, 1. 18. 1.

Ansleitungen 33 51 90

Temperaturwerkstatt

11. 11. 75

Anruf: 21 53 54

Lager

11. 11. 75
Büro- und Durchgangshäuser:

Gerichtshofstr.

16-21

Friedländer, Willi

Abschaltung 24 20 87

Gedenkstr. 13

Kramm, Gertud

11. 11. 75

11. 11. 75
Bäckerei
Poststelle 149.

16-45

Lewin, Willi

Abschaltung 31 55 56

11. 11. 75
Kindern- und
Fraubetriebshäuser,
Weissensee,
Markstr. 22

Marcus, Margarete

Abschaltung 24 22 48

11. 11. 75

MERKBLATT

für die Teilnehmer an Abwanderungstransporten

G-1

Wintersemester 2019 Dokumentation

Die Transportteilnehmer können bei der Jüdischen Kultusvereinigung (ARCHIV) wichtige persönliche Dokumente, wie Geburts-, Heirats- und Sterbeurkunden hinterlegen. Diese Urkunden sind in einem nicht verschlossenen Briefumschlag in einer Postfiliale abzugeben oder direkt beim Archiv persönlich oder per Post abzuliefern. Auf dem Briefumschlag muß Transportnummer, Vor- und Zuname und bischonige Anschrift des Ablieferers sowie ein genaues Verzeichnis der Urkunden aufgeschrieben sein. Über die erfolgte Hinterlegung der Dokumente wird von der Sammlung eine Empfangsbescheinigung ausgestellt. KENNKARTEN (bei Staatenlosen und Ausländern) sind nicht zu hinterlegen, sondern mitzunehmen.

Mitzunehmende Gegenstände

REISEKLEIDUNG Eine Reisekleidung bzw. Gereisebekleidung besteht aus zweckmäßigster Weise aus:

Bei Wittenbach

Brümpfe, Stofftaschentücher, Fußklappen
Unterbosse, Krawattennadeln
Unterhosen, Stiefel
Oberhemd, Lederschürze
Weiche Kragen, Bowenträger
Leibbinde, Sockenansitzer
Taschenputzchen, Wintermantel
Puls- und Kniewirmer, Regenmantel
Anzug, Rollstuhl
Ohrenschnitter, Handfaußhandschuhe
Strickweste oder Pullover
Hut, Mütze, Wickelgamaschen

2. JUDENSTERNE sind nicht nur auf dem Reismantel, sondern auch auf dem Reiseanzug bzw. -kleid in vorschriftsmäiger Form festzustellen. Von den Kleidungsstückchen, die nicht mitgenommen werden, sind die Judensterne abzusprengen und soweit verfügbare auf die im Gepäck mitzunehmenden Anzüge bzw. Kleider aufzunähen.

D. Das mitzunehmende Gepäck darf je Teilnehmer in keinem Falle 10 kg überschreiten. Es darf nur bestehen aus einem Coupékoffer, einem Rucksack (KEIN Gepäck) und dem Handgepäckstück, bei dem sich eine Schlafdecke befinden muss.

Gegenstände aus Glas und Porzellan dürfen nicht mitgenommen werden. Die Auswahl der mitzunehmenden Gegenstände ist mit größter Umsicht zu treffen, da auf dem Anhänger nach der Versiegelung keine Gegenstände entfernt werden dürfen.

a) HANDEGPÄCKSTÜCK Im Handgepäck kann verpackt werden:

HANDEGEPACKSTÜCK im Handgepäck kann:
Wasch- und Kammzeug, Thermosflaschen, Pfeifflaschen, Spielkarten, ein Handtuch, Taschentücher, Reisekissen, ein Geschirrtuch, Hausschuhe, Löffel (KEINE MESSER UND GABELN!!!), Toilettenspapier, ein Paar Strümpfe, Essgeschirr, Topf oder unzerbrechliche Teller.

E S I S T E N S I S T R A F E V E R B O T E N

Zahlungsmittel, Sparkassenbücher und Urkunden, die Vermögensrechte zum Inhalt haben oder sich auf Vermögensrechte beziehen, ferner Wert- und Schmucksachen sowie Lebensmittelkarten auf den Transport mitzunehmen. Verboten ist die Mitnahme von Medikamenten im Handgepäck, jedoch können Medikamente mit Ausnahme von Giften im Reisegepäck mitgenommen werden. - Bitte wenden!!! -

Konsulenten

Name	Anschrift	Vorname	Ehefrau	Kinder
	Büro			
1. Blau	Prinzregentenstr. 6 Tel.: 87 4082	(- Büro)	jüdisch	62
2. Collmann	Martin-Luthers-Str. 25 Tel.: 91 4130	(- Büro)	jüdisch	---
3. Cöper	C 2, Aufgärtnerstr. 24 Tel.: 52 2291	1940, Calvinstr. arisch	Ellen Liezelott geb. 6.1.24	---
		35. 9478	Hellmuth Max geb. 30.12.25	
4. Kornstein	C 2, v. d. Spandauer Brücke 12 Tel.: 41 4878	Borgsdorf, Wasenring 5 Friedberger 2138	arisch	---
5. Weilchenfeld	C 2, Konbijouplatz Tel.: 41 4234	(- Büro)	arisch	---
6. Friedberg	Schulg., Grunewaldstr. 14 Tel.: 88 4271	(- Büro)	arisch	Ingeborg geb. 11.3.24
			Gerd	geb. 11.10.27
7. Gumpert	Charl., Moosacherstr. 36 Tel.: 38 1714	(- Büro)	arisch	Gretel geb. 2.2.35
8. Harburger	Charl., Kantstr. 130 Tel.: 31 7004	W. Moosacherstr. kein Telefon	arisch	---
9. Jacobsohn	Wilm., Gemelerstr. 12 Tel.: 86 2938	(- Büro)	jüdisch	Hans Israel geb. 18.5.38
10. Mann	W 50, Neue Amorbacherstr. 6 (- Büro)		jüdisch	---
11. Katz	C 2, Alexanderstr. 42 Tel.: 51 3575	Charl., Kant- str. 129 31 0266	arisch	---
12. Landsberger	Wilm., Jennerstr. 3	(- Büro)	arisch	---
13. Lobinger	W 15, Brandenburgi- schestr. 38 Tel.: 97 2572	(- Büro)	jüdisch	---
14. May	W 15, Bayerischestr. 2 Tel.: 92 0334	(- Büro)	jüdisch	---
15. Sachs	W 8, Kronenstr. 60 Tel.: 11 1913	35, Bissing- zeile 16 11157	arisch	Sophie Dorothea geb. 25.3.35
16. Werthauer	W 50, Passauerstr. 24 Tel.: 24 0765	(- Büro)	arisch	---
17. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass der für den Bezirk Frankfurt a.O. zugelassene Konsulent Falkenberg.Berlin-Schöneberg, Salzbur- gerstr. 17, wohnt; er lebt in kinderloser Mischehe.				

b6v

Lfd. Nummer	Art	Bemerkung
1	1. 1. 1942 - 1. 7. 1942 1. Grundstücke 2. Straßen, Wege, Plätze 3. Wasserläufe	1. Verkauf 2. Anbau 3. Durchgangsfläche
2	2. 1. 1942 - 1. 7. 1942	4. Einzelne Gebäude
3	3. 1. 1942 - 1. 7. 1942	5. Einzelne Gebäude
4	4. 1. 1942 - 1. 7. 1942	6. Einzelne Gebäude
5	5. 1. 1942 - 1. 7. 1942	7. Einzelne Gebäude
6	6. 1. 1942 - 1. 7. 1942 (frankow)	8. Einzelne Gebäude
7	7. 1. 1942 - 1. 7. 1942	9. Wohnhäuser Wiederaufbau 10. Objekte, davon 17 Stück
8	8. 1. 1942 - 1. 7. 1942	11. Verkauf
9	9. 1. 1942 - 1. 7. 1942	12. Verkauf
10	10. 1. 1942 - 1. 7. 1942	13. Verkauf
11	11. 1. 1942 - 1. 7. 1942 (frankow)	14. Verkauf
12	12. 1. 1942 - 1. 7. 1942 (frankow)	15. Verkauf
13	13. 1. 1942 - 1. 7. 1942	16. Verkauf
14	14. 1. 1942 - 1. 7. 1942	17. Verkauf
15	15. 1. 1942 - 1. 7. 1942	18. Verkauf
16	16. 1. 1942 - 1. 7. 1942	19. Verkauf
17	17. 1. 1942 - 1. 7. 1942	20. Verkauf
18	18. 1. 1942 - 1. 7. 1942	21. Verkauf
19	19. 1. 1942 - 1. 7. 1942	22. Verkauf
20	20. 1. 1942 - 1. 7. 1942	23. Verkauf
21	21. 1. 1942 - 1. 7. 1942	24. Verkauf

Lfd. Nr.	Anschrift	Art	Bemerkungen
22	Iranischestr. 2/4	Krankenhaus Siechenheim Schwesternheim a.Bühsstift Gesundheitsverwaltung	421 Insassen 222 " " 117 "
23	Iranischestr. 3	---	geräumt
24	Jonachimsthaler Str. 13	Küche	80 Tagesportionen im Übrigen geräumt
25	Johannissstr. 16	---	geräumt
26	Kaiserstr. 23/30	---	geräumt
27	kl. Auguststr. 10	ehem. Synagoge	geräumt
28	Königsallee 11a	---	geräumt
29	Kurfürstenstr. 115	Mietwohngrundstück 8 Wohnungen	geräumt
30	Kurfürstenstr. 116	---	geräumt
31	Langestr. 5/6 (Lichterfelde)	---	geräumt
32	Levetzowstr. 7/8 (Jagowstr. 37/38)	Synagoge mit Nebenräumen sowie Wohnhaus, z.Zt. Hauptansammlungs- r für Ab- wanderungstransporte, 4 Wohnungen, davon 1 jid.	
33	Lindenstr. 48/50	---	geräumt
34	Lützowstr. 16	---	geräumt
35	Lützowstr. 48/9	---	geräumt
36	Mahlsdorfer Str. 94 (Köpenick)	---	geräumt
37	Marburger Str. 5	Mietwohngrundstück 36 Wohnungen, davon 25 Jid. Kindertagesheim Küche	144 Insassen 260 Tagesportionen
38	Weinekestr. 10	---	geräumt
39	Mühlenstr. 77 (Rankow)	---	verkauft
40	Münchener Str. 37	Verwaltungsgebäude, Synagoge Bezirkswohlfahrtsstelle Kindertagesheim Küche 7 Wohnungen, davon 6 jid.	67 Insassen 300 Tagesportionen
41	Oranienburger Str. 28/29	Verwaltungsgebäude der J.K.V.zu Berlin e.V.	Teilvermietet an Reichssippenamt
42	Oranienburger Str. 30	---	geräumt
43	Oranienburger Str. 31	Verwaltungsgebäude der J.K.V.zu Berlin e.V.	

Lfd. Nr.	Anschrift	Art	Bemerkungen
44	Grunienburger Str. 40	Mietwohngrundstück 41 8 Wohnungen, davon 3 jid.	im übrigen geräumt
45	Pariser Str. 11	—	verkauft
46	Parkstr. 22 (Leissensee)	früher Taubstummenheim	27 Insassen
47	Pastorezzistr. 14/15	Mietwohngrundstück Bez. Wohlfahrtsstelle Zentralwäscherei Küche Sonntagspeisung Synagoge	185 Tagesportionen 100 Portionen vermietet
48	Rosenstr. 2/4 Heiderauerstrasse 4/5	Verwaltungsgebäude der J.K.V. zu Berlin e.V. Jugendwohnheim Notheim Küche	56 Insassen 21 Insassen 365 Tagesportionen
49	Rykestr. 53	—	geräumt
50	Schönhäuser Allee 22/25	—	geräumt
51	Schönhäuser Allee 162	Kinder- u. Jugendlichen- heim, Kindertagesheim	176 Insassen
52	Thielstraße 10/16	Them. Synagoge: Abstell- raum für ablieferungs- pflichtige Gegenstände u. Möbel, Bezirkswohlfahrtsstelle Kindertagesheim Küche	55 Insassen
53	Wrangelstr. 6/7 (Steglitz)	—	117 Insassen 35 Tagesportionen geräumt.

Ermietete Räume.

Lfd. Nr.	Anschrift	Art	Bemerkungen	66
E 1	Berliner Allee 234 Weissensee Vhs. I	--	geräumt	
E 2	Blumenstr. 97 Quergeb. Erdgesch., 1 - 3. Stock	Kindergartenheim Küche	124 Insassen 80 Tagesportionen	
E 3	Brünnstr. 41	--	geräumt	
E 4	Überwaldstr. 26 Vorderhaus. 1. Stock	Bezirksstellen der Abtl. Fürsorge, der Kleiderkun- mer u. Interhilfe sowie der Antragstelle		
E 5	Elsasser str. 84	--	siehe Nr. 10	
E 6	Friedenstrasse 3	--	geräumt	
E 7	Gintzelstrasse 45 Vorderhaus Erdgesch. (1 Wohnung (1 Zimmer u. 2 Bäder))	Gemeinschaftsküche	170 Tagesportionen	
E 8	Memhardtstr. 12 Vorderhaus 5. Stock	Zentrallager der Gemeinschaftsküchen		
E 9	Moselstr. 4) Vhs. Erd- Friedenau } gesch. (1 Wohnung)	Küche	aufgelöst	
E 10	Königsberger Str. 66	--	geräumt	
E 11	Prinzregentenstr. 6 Vorderhaus. Erdgesch.	Gemeinschaftsküche (1 Wohnung)	160 Tagesportionen	
E 12	Rosenthaler Str. 26	--	geräumt	
E 13	Sächsischestr. 72 Erdgeschoss	Gemeinschaftsküche (1 Wohnung)	220 Tagesportionen	
E 14	Pankow, Mühlenstr. 77/Küche Bereitschaftsheim, vorbereitet für die Aufnahme jhd. Bomben- geschädigter.		35 Tagesportionen	
E 15	Uhlandstrasse 39	Küche	110 Tagesportionen	
E 16	Klopstockstr. 24	Küche	135 Tagesportionen	

✓

*f-
19.11.20
Hansel*

Aktannotis

HSF Brunner gibt um 13.45 Uhr fernmündlich die Weisung, die Mitarbeiter der Abteilung Fürsorge, die in der überreichten Liste verzeichnet sind (Nr. 132 - 331) für 15.30 in die Oranienburger Str. 29 zu bestellen.

Insgesamt erschienen 132 Mitarbeiter. Die Nichterschienenen sind für den 29. d. Mts., Vormittag, zu bestellen.
Nach seinem Eintreffen eröffnete HSF Brunner dem Unterzeichneten, dass die Fürsorge in Zukunft von einer Zentrale aus ihre Aufgaben mit rund 100 Mitarbeitern erledigen müsse; insbesondere sei auch der Speisungsbetrieb zu vereinfachen.

Von den anwesenden 132 Mitarbeitern wurden 63 ausgesondert und 68 für die Fortführung der Arbeit bestimmt. Der Leiter der Abteilung Fürsorge, Leo Israel Kreindler, ist durch plötzlichen Tod (Herzschlag) ausgefallen. Von den ausgewählten 68 stehen 2 auf der Vorschlagsliste für den Ordnerdienst in der Großen Hamburger Straße. Ferner wurden 7 Nichterschienene für den weiteren Dienst belassen, welche dort bereits Ordnerdienst verrichten oder von IV D 1 und IV C 3 beschäftigt werden.

HSF Brunner erklärt sich damit einverstanden, dass Richard Israel Rockmann vom Dienst in der Großen Hamburger Straße für einige Tage zur Umstellung des Fürsorgewesens beurlaubt wird. Er erklärt sich ferner damit einverstanden, dass die gestern Eppstein in Auftrag gegebene Liste erstmalig morgen vorgelegt wird.

HSF Brunner gibt Auftrag, über die Herkunft des in der Großen Hamburger Straße vorgefundenen Mohns zu berichten. Bericht von Julius Israel Abrahamsohn liegt bei.

19.11.1942

(Moritz Israel Henschel)

Abschrift

21

Berlin, den 19. November 1942

An den
Vorstand der Jüdischen Kultusvereinigung zu Berlin e.V.
z.zt. des Herrn Henschel

Berlin N. 4
Oranienburgerstr. 29

auf Veranlassung des Herrn Herbert Israel Levy teilen wir
folgendes mit:

Der Mann, der sich im Jüdischen Altersheim Grosser Hamburgerstrasse
befand und von uns mit den anderen Lebensmitteln in die Gormannstrasse
mitgenommen worden ist, befand sich schon bei der Uebernahme des
Altersheims Schönhauser Allee am 1.8.1940 durch uns unter den dorti-
gen Vorräten und ist dann bei der Auflösung des Heims am 7.8.1942
mit den anderen Beständen in das Altersheim Grosser Hamburgerstrasse
mitgenommen worden.

gez. Julius Israel Abrahamsohn
Jude Kehnort Berlin
Kenn-Nr. A 433766

581

An die

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin

Im Nachgang zum Schreiben vom 18.11.42 wird folgendes überreicht:

- 1.) Liste der zugelassenen jüdischen Krankenbehandler
- 2.) Liste der zugelassenen jüdischen Zahabehandler
- 3.) Liste der zugelassenen jüdischen Dentisten

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.

915 b7d - 100
(Philipps Israel Kowover)

Anlagen

Herrn Dr. Eppstein

282

- 1 -

Liste der in Berlin zugelassenen jüdischen
Krankenbehandler

24

Lfd. Nr.	Name:	Wohnung:	Tel:	Fam. Zahl d. St. i.Alt. lbd.Kd.:	Fach- gebiet: <u>i.Mehlt.Satg.</u>	Sonet. Punkt.
1.	Abramssohn, Dr.	N 55, Weissen-45 2176 Hillel burgerstr.23	---	Mischehe 1 ---	prakt.	---
2.	Adelsberger, Dr.	Charl. Bleib- Lucie Sara treustr.17- 91 5978	ledig	--	Internistin einz.Fachb f.allerg. Krankheit.	
3.	Alexander, Dr.	Berthold J. W 50, Augs- burgerstr.19	24 4392 verh.	--	Röntgen	---
4.	Alexander, Dr.	W Badstr.37a 46 1673 Leo J.	---	led.	prakt.	---
5.	Ansbech, Dr.	W 50, Memhard- str.10	51 4310 Wtw.	--	Internist	Leit.d.Abt. f.Lungenkr. i.Jud.Krhs (fest besold)
6.	Arndt, Dr.	O 25 Oranien- burgerstr.49	42 6056 verh.	2	prakt.	---
7.	ronsohn, Dr.	NW 21, Turm- str.28	---	verh.		Notdienst- verpf.z.Bet- reuung ei- es Zigeune Lagers
8.	Baden, Dr.	Charl., Bidmark- str.104	verh.	--	Röntgen	---
9.	Siegfried J.	31 7941				
9.	Bejach, Dr.	NW 87, Clem- diusstr.15	39 1520 verh.	--	prakt.	Notdienst- bear.d.d.d. H.Pol.Präs. z.Berlin
10.	Bermann, Dr.	W 50, Nürber-25 2569 Hermann J.	gerestr.23	Mischehe	--	prakt.
11.	Bischofswerder	Dr. W 50, Justina S.	24 2086 Passauerstr.2	verh.	--	Internistin
12.	Blank, Dr.	Charl., Uhland- str.20/1	verh.	2	prakt.	ehrenamtl.Mit- arb.b.d.Kran- ken-Verschaf- f.d.Jüd.Krk.Berl Berlin
13.	Bloch, Dr.	Frdn., Gransch-88 6809 Siegfr.J.	str.32	ledig	--	prakt.
14.	Bluhm, Dr.	Charl.4, Dahl- 96 0386 Gerda Sara	magnstr.2	ledig	lxnx ---	prakt.

Nummer	Name:	Sohnung:	Tel:	Fam. Zahl d. Std. i. Altr.	Lhd.Kd. Sonst.	Fach- geb.	25	Sonst. Punkt.
							1. H. u. L.	
15.	Blumenthal, Dr. WWS7, Selinger-39 0434 Georg J.	str.10	Mischene	--	--	Augen	---	
16.	Blumenthal, Dr. Charl. 2, Goethe- Leo J.	str.4	ledig	---	---	Kinder	Mitarb.d. Ges.Verw.d. JKV.i.frei en Vertr. Verh.m.Ho- norar z.B. treung v. Kur.Hort, u.Mdr.Tau- gesche imen	
17.	Blumenthal, Dr. SOL6, Michael- Max J.	kirchstr.28	67 2700 Wtw.	---	l	prakt.	---	
	Gogenheim, Dr. v. Nurnberger- Friedrich J.	platz 4	25 6263 ledig	---	---	prakt.	Notdienstbe- ord.z.Vfg.d. H.Reichs- statth.i. Posen	
19.	Brahn, Dr. Herbert J.	v.Münchener- str.49, Bev.Klin.	26 0936 Mischehe	---	---	prakt.	---	
20.	Brasch, Dr. Nathan J.	W15,Bayeri- sches str.29	(priv). ledig	---	---	Chirurg	---	
		W62,Courbière- str.9	25 7944 (Prax)	---	---			
21.	Braun, Dr. Georg J.	Charl.4,Droysen- str.15	Mischehe	1	---	prakt.	---	
22.	Brock, Dr. Hein- rich J.	Charl.Berliner- str.49	verh.	---	---	prakt.	Notdienstbe- ord.z.Vfg.d. H.Reichs- statth.i. Posen	
23.	Brunner, Dr. Fritz J.	W 62,Kleist- str.29	25 5736 verh.	1 Stief- sohn	prakt.	---		
24.	Bustow, Dr. Margarete.	Jd.Krkhs. Jranisches str.2	46 4446 ledig	---	---	Kinder	seist.i.Jd. Krkhs.i.Sln	
25.	Caro, Dr. Willy J.	W15,Konstan- zestr.59	92 4008 Mischehe	---	---	Internist	---	
26.	Citron, Dr. Hilde J.	W,Prinzregen- tenstr.6	87 8686 Mischehe	---	---	Nerven	---	
27.	Cohen, Dr. Friedr.Wilh.J.neretz.4	Wilm.Xante- str.4	92 1665 verh.	---	---	prakt.	Notdienstbe- ord.d.d.Rei- sautobahnger	

Num.	Vorname	Nachname	Wohnung	Tel.	Fam.	Zahl d. Std.	i. Altr.	Leb. Kdr.	i. Mch.	Techn.- gebiet:	Sonst.
8.	Cohen, Dr.	Mel-	Urkhs.JK/.	46 4446		1	---			Internist assist.	
		muth J.	Jugendisches r.2		verh.					1. Jd. Krkh Bln.	
29.	Cohn, Dr.		715, Sachsen- 91 7544			---	---			Gynakologe	---
		Fritz	Theodor J.	schen r.67			verh.				
30.	Cohn, Dr.		Schbg. Bozener- str.3		verh.	---	---			Otologe	---
		Fritz J.		77 0446							
31.	Dannenberg-	sch-	NW 57, Tille 39 6780			---	---			prakt.	
		tel.	Dr. Rosalie S.		verh.	---	---				
			Wardenberg- str.26a								
32.	Doscher, Dr.	J.	W. 27, Bolin- 39 3049			---	---			prakt.	---
			gerstr.3		Mischehe						
33.	Ehrlich, Dr.	Bernhard J.	W 15, Joachims- 92 2231							prakt.	---
			thalerstr.12		Mischehe	---	---				
34.	Eisner, Dr.	Kurt J.	W 30, Heilbron- nerstr.30	26 3044	verh.	---	---			prakt.	---
35.	Emanuel, Dr.	Gustav J.	W 50, Neue Aue- 25 1566			---	---			Nerven einerjd. di- ag. Labor. ausserh.d. Krkh.	
			bachestr.7a		Mischehe						
36.	Engel, Dr.	Wilhelm J.	Wilm. Panner- 92 7197			---	---			prakt.	---
			str.3		Mischehe						
37.	Eppenstein, Dr.	Herbert J.	C 2, eue König- str.42	51 3981	verh.	---	---			prakt. Notdienst- verpflicht.	
38.	Eppstein, Dr.	Julius J.	50, Passauer- str.14	24 1722	verh.	1	---			J.ternist Notdienst- verpf.l.s. z. Vf. g. d. H. Reichs. Städt. 1. Posen	
39.	Eppstein, Dr.	Siegfried J.	50 35, Prangal- str.18	68 1459	verh.	---	---	---		prakt.	---
40.	Eylenburg, Dr.	Ernest J.	Charl. 2, Wie- buhr str.77	91 0563	verh.	---	---	---		Chirurg	Leiter d. Chir- urg. Abt. d. Jd. Krkh. i. Zweck Vertrag verh.
41.	Fischer, Dr.	Erlich J.	Jd. Krkh. Jr. ische str.2	46 4446	verh.	---	---			Chirurg	Assist. i. Jd. Krkh. Bln.
42.	Frank, Dr.	Alfred J.	W 15, Meineke- str. 2	91 5463	verh.	---	---			Magen- Darm	---

Lfd.	Name	Wohnung	Tel:	Fam. Zahl d. Std. 1. Altr. lb. Kdr. i. Hoh.	Pach- gebiet	Sonst. Punkte
43.	Blinke, Dr. Joh. u. J.	O1a, Neue- Königgrt. 83	53 3054	Misch- ehe		Augen
44.	Brunckel, Dr. * Konrad J.	Pop. Bayeri- scherpl. 5	6 5017	Misch- ehe		prakt.
45.	Frankenstein, Dr. O Lethar J.	55, Greife- walerstr. 1	53 4949	Misch- ehe		Gyn- kologe
46.	Freund, Dr. Edith *	Charl., Dahl- mannstr. 1	96 1486	ledig		prakt. std. net- verpfld. d. H. Reichs. Statt i. Posen
47.	Friedenthal, Dr. G. Georg J.	Landsberger- str. 66		ledig		Augen
	Friedmann, Dr. Bertha S.	NW 7, Jagowstr. 3	39 4348	ledig		prakt.
49.	Froehlich, Dr. Walter J.	Charl., Niedland- str. 8	31 4171	Mischehe		prakt.
50.	Gasser, Dr. Gerd J.	Ja. Krks. Jahnstr. 2	46 4445	verh.		std. i. Jd. Krks. Bl. not die etbeord. d. d. Reichs- urteil hanges.
51.	Goldberg, Dr. Hans J.	Schbg. Martin 71	1379	Mischehe		prakt.
		Lutherstr. 55				
52.	Gorzelanczyk, Dr. Cz. Kao J.	Gr. Frankfur- terstr. 89	59 3743	Mischehe		prakt.
53.	Gottberg, Dr. Eder am J.	Cz, Langstr. 79 (priv.)	59 4401	Mischehe		Derm.
		154, Alte Schö- hauserstr. 5	42 8979			
		(Praxis)				
54.	Gottschalk, Dr. Erich J.	W15, Lietzenbur- gerstr. 32	91 6110	Mischehe		prakt.
55.	Gottschalk, Dr. Fritz J.	Charl. 4, Wilmers- dorferstr. 83	96 1795	Mischehe		lunehel. prakt.
56.	Gottschalk, Dr. Kurt J.	80 16, Köpenicker- str. 10a/9	67 3763	stw.		prakt.
57.	Grodentz, Dr. Ben o. J.	NW 87, Guxhave- nerstr. 5	39 1253	verh.		prakt.

Ad. Nr.	Name:	Wohnung:	Tel:	Dam.	Zahl d. Std.	Buch- gebiet:	Sonst. Funkt.
58.	Gross, Dr. Johann	W. Prinzregentenstr. 86	2182				
	J.	teistr. 6		verh.	--	prakt.	--
59.	Guthertz, Dr.	150 Augsburger- str. 33	91 0174		1. Altr.	prakt.	--
	Henia Sara				lb. dr.		
60.	Gutmann, Dr.	WBL, Bochum-	39 06 9 Mischehe 2			prakt.	--
	Paul J.	merstr. 1					
61.	Gutmann, Dr.	Walter IV 7, Lever-	39 3768 ledig		--	Prax. notarientr.	
	J.	zowestr. 19b				beord.z.	
						WfG.d.h.	
						Rechts.	
						Statth.i.	
						Posen	
62.	Günff, Dr.	Jd. Krkhs.	46 4446 verh.		--	prakt.	Assist.a.
	Ludwig J.	Jranische str. 2				Jd. Krkhs.	
						Bln.	
63.	Gutschtein, F.	Pariser- str. 50	91 7739 verh.		--	prakt.	Meldienst.
	x J.					ber d. Z.	
						Vrg.d.h.	
						Rechts.	
						Statth.i.	
						Posen	
64.	Heimannsohn, Dr.	Ollz, Kronprin-		verh.	--	prakt.	--
	Gabriel J.	zestr. 1	58 3972				
65.	Held, Dr.	Rosenthaler- str. 43	4 0858	Mischehe 2	--	prakt.	--
	Gustav J.			(Pflegekind)			
						Cynako-	Assist.a.
						logie	Jd. Krkhs.
66.	Heller, Dr. Benno	Kir. Braunsch- str. 13	6 5796	Mischehe	--	Gynako-	--
	J.					logie	
67.	Herzfeld, Prof.	WGO, Bamberger- str. 17	26 0994	ledig	--	JG. r. a. st	--
	Dr. Ernst J.						
68.	Hess, Dr.	Friedenau,	63 1431 Mischehe	--	--	Magen	--
	Avigdor J.	Niedstr. 2				Darm	
69.	Heyman, Dr.	0 27, Blumen- str. 100	51 0900 ledig	--	--	Prakt.	--
	Paula S.					u. Kinder	
70.	Hirsch, Dr.	NO 18, Landesber- gerstr. 12	53 3433	Mischehe 1	--	Desma-	--
	Hans J.					teleo	

Lfd. Nr.	Name:	Ortung:	Tels.	Zahl d. Std. i.Alt.	Fach- gebiet:	Sonst.	Punkt- nr.
72.	Hirsch, Dr. Leo J.	W54, Alte Schönstr. 46	41 5520 Misch- ehe	---	prakt.	---	
73.	Hirschberg, Dr. Georg J.	W21, Stralsund-44 derstr. 280	7585 Misch- ehe	---	prakt.	---	
74.	Hirschberg, Dr. Oskar J.	Charl. 4, Leib- nizstr. 45	32 1819 Mischehe	---	prakt.	---	
75.	Hirschfeld, Dr. Ernest J.	Schbg. Jannas- bruckerstr. 0	71 4102 Misch- ehe	---	prakt. notarient- berg u.z. Wfg d. H. Reichs- Statth. i. Posen	---	
	Hirschfeld, Dr. Fritz J.	W50, Passauer- str. 2	24 3583 ledig	---	Augen Leiter d. Au- Abt. a.Jd. Krkh i. freien Ver- tragshverh.b. .Ges. Verw.d. JKV. Bln.	---	
77.	Hirschfeld, Dr. Kurt J.	Nr. 7, Claudius- str. 14	39 1795 ledig	---	Orthopad. i. nebenamt. Tatik. oh elio- rar a.Jd. Krkh	---	
78.	Hohenstein, Dr. Alfred J.	SO 36, Orien- str. 206	1 68 4172 verh.	---	prakt.	---	
79.	Holzbock, Dr. Fritz J.	W15, Pariser- str. 18a	92 7033 Mischehe	---	prakt.	---	
	Hornstein, Dr. Otto J.	W15, Bayri- schestr. 7	92 0472 Mischehe	---	prakt.	---	
81.	Hornitz, Dr. Hermann J.	W15, Prager- str. 24	24 0558 ledig	---	prakt.	---	
82.	Huth, Dr. Paul J.	Wilm. Guntzel-86	5666 Mischehe	---	prakt.	---	
83.	Jacob, Dr. Herbert J.	W54, Alte Schön- häuserstr. 5	42 8979	verh. 1	prakt. engenamt. Mit- arb. b. Jd. sohlf. Stelle Rosenstr. hygien. Aufsicht u. Jd. Wohn- u. Ber- Heime	---	
84.	Jacobsohn, Dr. Julius J.	C2, Prenzlauer- str. 17	ledig 52 1767	1	Blasen, Nieren	---	
85.	Jacobsohn, Dr. Julius J.	Charl. 4, Moos- senstr. 15 (priv) NW 7, Levitzer- str. 11a (Prax)	30 3829	verh. --	Otol.	---	

Lfd.	Name:	Wohnung:	Tel:	Fam. Zahl d.	Zach-	Sonst.
				Std.	gebiet:	Punkte:
				1. Altr.		
				1bd. Wdr.		
				1. Haush. Sonst.		
86.	Jacobachn, Dr. Richard J.	462, Kurfürsten- str. 99	25 5490	verh. 1	prakt.	---
87.	Jacoby, r. Alfred J.	Lehtf., Hinden- burgdamm 15	73 3550	Mischhehe ---	prakt.	---
88.	Jacobi, Dr. Arthur J.	150, Regensbur- gerstr. 11	24 2944	verh. ---	Magen, Darm	---
89.	Jaffé, Dr. Martin J.	154, Lothrin- gerstr. 48	42 4230	ledig ---	Nerven	---
90.	Jaffé, Dr. Werner J.	130, Bamber- gerstr. 27	26 2512	Mischhehe 1	prakt.	---
91.	Kayser, Dr. Curt J.	Wilm. Berliner- str. 21	86 2632	Mischhehe 2	Inter- nist	---
92.	Kipnis, Dr. Baruch J.	Stgl., Albrecht- str. 38	79 3300	Mischhehe 1	Chirurg	---
93.	Kopel, Dr. Paul J.	Gls., Libel- lenstr. 5	80 5246	Mischhehe 1	prakt.	---
94.	Kratzeller, Dr. Walter J.	Charl. 4, Momm- senstr. 60	32 2813	verh. ---	prakt.	---
95.	Kron, Dr. Walter J.	130, Landshu- terstr. 35	26 5514	(Misch hehe) tw. 1	Derm.	---
96.	Keinski, Dr. Siegfried J.	Brandenburgi- sche str. 38 (priv) Charl. Dahlmann- str. 1 (Prax)	97 9623	verh. ---	Augen	---
97.	Landshut, Dr. Hans J.	NOB 5, Botzow- str. 53	53 3331	Mischhehe 1	prakt.	---
98.	Langer, Dr. Erich J.	Charl., Kesse- beckstr. 67	91 3878	Mischhehe ---	Derm.	---
99.	Ledermann, Dr. Reinhold J.	Wilm. Preger- pl. 6	87 1251	verh. ---	Derm.	---
100.	Lesczynski, Dr. T.J.	W. Duisbur- gerstr. 8	91 6186	Mischhehe 1	prakt.	---
101.	Levi, Dr. Siegfried J.	Charl., Schlü- terstr. 54	9 104	Verh. ---	Urologe	---
102.	Levy, Dr. Joe- chim J.	Jd. Krkhs. Judenische str. 2	46 4446	ledig ---	Chirurg	Assist. o. Jd. Krkhs.

Lfd. Nr.	Vorname: Nachname:	Wohnungs- strasse:	Tel.:	Fam. Z bld. Std. i. Altr. lbd. Wdr. i. Haush. Sonst.	Fach- gebiet:	Sonst Punkt
103.	Levy, Dr. Walter J.	Charl. 9, Tan- nenberg Allee 9	5090 verh. 2 10-12	---	erven	---
104.	Lewin, Dr. Julius J.	kln, Tellm. r.l	verh. --- 6 1062	---	Derm.	---
105.	Lichtenstein, Dr. Charl. I. Sie- Hermann J.	mensdamm 2	30 2453 verh. 1	---	Chirurg	---
106.	Lindenberg, Dr. Hans J.	50, Marbur- gers r. 9	24 1026 verh. ---	---	vertrgl. ver- pfl. med. Fz. Jd. Hins. Lgr d. PV.	
	Littauer, Dr. Walter J.	Charl., Suarez- str. 15	93 4707 verh. ---	Interne --lunge		
108.	Loeffler, Jr. Dagobert J.	6 , Oranien- str. 47a	51 2508 Mischeke	---	Derm.	---
109.	Lowenthal, Dr. Heinrich J.	W4, Chaussee- str. 32	41 2203 Mischeke 1	--- prakt.		---
110.	Marsoue, Dr. Kurt J.	Friedenau, Rheingauerstr. 4	68 3710 Mischeke 1	---	Bakterio-Mitarb. I. logie fr. Vertr. Verh. b.d. Gen. Verw. d. JKV. Bln	
111.	Mendel, Dr. Kurt	50, Prager- str. 33	24 2453 Mischeke	--- erven		---
	Messerschmidt, Dr. Charl., Gervi-	97 8514 verh. Eugen J. nusstr. 20b	---	prakt.	---	
113.	Metz, Dr. Adolf J.	Wilm., Xa tener- str. 14	91 5172 verh. 2	--- prakt. einst. mit Mitrb. d. PV Letter d. x Abt. Krkbhd. d. Kassen- Verrechn. St d. jd. Krkbe Bln v.d. Reichs rzte kammer als Sprecher d. jd. Krkbe. bestellt.		
114.	Meyer, Dr. Felix Schbg., Grune- J.	Grune- waldstr. 53	71 8149 Wt.	3	Inter- nist	---

- 9 -

Lfd. Nr.	Name:	Wohnung:	Tel.: Fam. Zahlnr. Std. 1. Altr. 1bd. Kdr.	Fach- gebiet	Sonst. Punkt.
115.	Meyer, Dr. Franz J.	Charl., Carmer-3 str.5	1673 Misch- ehe 3	Junter- nist	---
116.	Meyer, Dr. Kurt J.	, Aschaffen- gerstr. 2	Misch- ehe 3	Junter-ehrenam- niste Mitarb.d. Gen.Verw. d.JKV.Bla	
117.	Meyer, Dr. Paul J.	1187, Altstadt- erstr.4	16 0155 Misch- ehe 1	Gynä- kologe Gen.Verw. d.JKV.Bla i.freien Vertr.Verh.	Hilfslabt. d.Gyn.-geb.
118.	Michaelis, Dr. Hermann J.	Friedrichstr.65(priv) 54, 1te Schön-42 7453 Hausstr.4(Prax.)	Misch- ehe (Adoptiv) ---	prakt.	---
119.	Michaelis, Dr. Wolfga G.	50, Marburger- str. 7 4 5849	verh.	---	Derm.
120.	Mirauer, Dr. Walter J.	115, Uhland- str.43	91 590 Misch- ehe	---	Chirurg
121.	Moser, Dr. Kurt J.	130, Bayri- scherpl. 4	24 7100 ledig	---	prakt.
122.	Moskiewicz, Dr. M. Felix J.	Elsasser- str.78	46 8322 ledig	---	prakt. notdienst- beord.z. Vf. d.M. Reg Prax.i.Latz- mühle Stadt
123.	Münz, Dr. Alfred J.	50, Marburger- str.12 4 8402 ledig	---	prakt.	---
124.	Münzer, Dr. Mens J.	115, Kurfürsten- damm 197 31 1817 verh.	---	Junter- nist	---
125.	Nagel, Dr. Julius J.	Charl., Sybel- str.1196 3897 verh.	---	prakt.	---
126.	Neustadt, Dr. Max J.	158, Schonhau- er Allee 31 45 1220 ledig	---	Chirug	---
127.	Noack, Dr. Arnold J.	550, Marbur- gerstr.5 24 1958 verh. 1	---	prakt.	---
128.	Paderstein, Dr. Rudolf J.	115, Diesel- dorferstr.74 86 8932 ledig	---	Augen	---
129.	Paradies, Dr. Abraham J.	113, Stolpi- schestr.9 45 0127 Mischehe 1	---	prakt.	---

Lfd. Nr.	Name:	Wohnung:	Tel.	Fam.	Zahl.d. Std.	i.Alt.	Fach- gebiet	Sonst. Punkt
						lbd.Kdr:		
						i.Hausn.	Sohne	
120.	Pfeifer, Dr. Bruno J.	Charl., Kantstr. 120/1	31 1340	Misch- ehe	1	---	Derm. ehrenamt- l. arb.d. Ges.Verw.d. JKV. Leiter d. Abt. u.Geschl.Krk Abt.d.Jd.Krk	
1.	Peltzsohn, Dr. Siegfried J.	150, Ranke- str.9	91 3564	verh.	---	---	Orthopädi.	---
2.	Perl, Dr. Heinrich J.	C2, Holzmarkt- str.11	59 1161	Misch- ehe	---	---	prakt.	---
3.	Pfifferling, Dr. S.J.	115, Lietzenbur- gerstr.13-2885	91	Misch- ehe	2	---	prakt.	---
134.	Pick, Prof. Dr. Ludwig J.	Lenkf., Kunzen- dorfstr. 46	4446	ledig	---	---	Pathologe mitarb.d. Ges.Verw. d.JKV.Bln 1.freien Vertr.Verh Leiter d. pathol. Institut d.Jd.Krkhs	
125.	Pinéas, Dr. Hermann J.	NW87, Levetzow- str.11a	39 1401	verh.	---	---	Arven ehre u. tl.(Be- benamt.) Leiter d.Arven- Abt.d.Jd.Krkhs	
136.	Pinner, Dr. Eduard J.	Charl., 4, Schlü-32	1606	ledig	---	---	Blasen, Nieren	---
	Plasterk, Dr. Wilm., Branden- burgisches	92 1408	terstr.24	Misch- ehe	2	---	prakt. (z.Schulbee. 1.Holland)	---
38.	Pollnow, Dr. Max J.	N 4, Johannistr.8	42 4969	verh.	---	---	Chirurg	---
39.	Portner, Dr. Ernst J.	NW 40, Thomasius- str.1-35	1266	Misch- ehe	---	---	Urologe	---
40.	Riese, Dr. Willi J.	Charl., Berlin- nerstr.100	34 1394	verh.	1	---	prakt.	---
141.	Ritter, Dr. Wolfgang J.	W 30, Martin- Lutherstr.89	26 2985	verh.	---	---	prakt.	---

Name:	Wohnung:	Tel:	Pam.	Zahl d. Std.	Fach- gebiet	Sonst. Punkt.
				i.Altr.		
				lbd.Kfr.		
				i.Hausch.	30 st.	
143. Rosen, Dr. C. 25, Alexan- Richard J. derstr. 25	51 2488 Misch- ehe	1	---	Inter- nist	---	
144. Rosenberg, Dr. Charl. 4, Kant- Arthur J. str. 101	31 4430 Misch- ehe (Misch.l.t.tel. Mittig.a.Veran- lassig.d.HJ.seit 1939 i. Engl nd)	---	prakt.	---		
145. Rosenberg, Dr. Oskar J.	30, Heilbron- nerstr. 2 verh.	25 1414	---	Kinder bes. Leiter d. Kind. Abt d.Ja.Krkh.		
146. Rosenfeld, Dr. E. Courbiere- Eva S.	vtr. 17 5 4716 zw.	---	---	psych.	---	
147. Rosenstein, Dr. Döhlem, war e- Wilhelm J. Hünelerstr. 21	89 3678 Misch- ehe	---	---	prakt.	---	
148. Rosenthal, Dr. Wl., Uhlands r. 91 1820 ledig Helene S.	31	---	---	prakt.	---	
149. Rosenthal, Dr. Wl., Neue König-53 2337 Misch- Walter J. str. 1	---	---	1	prakt.	---	
			(vor Kriegsausbruch Besuch n. England; Rückkehr unmöglich).			
150. Ruben, Dr. Gernard J.	St. 6, Neuenbur- gerstr. 14 17 1420 ehe	Misch- 1	---	Chirurg	---	
151. Salomon, Dr. Erich J.	50, Fassauer- str. 14	---	---	Nerven	---	
152. Salomo, Dr. Fritz J.	Charl. 4, Nomm- senstr. 52	31 6465 verh.	---	Derm.	---	
153. Samuel, Dr. Artur J.	Britz, Chaussee- str. 78a 62 9271 ehe	Misch- 1	---	prakt. Mitarb.b.d. Ges.Verein d.JKV.I. freien Verh.		
154. Segall, Dr. Selma S.	N, Gleimstr. 55(priv. Jd.Krkh. Jra Ischestr. 2 (Praxis)	leig 46 4446	---	Wieder assist.i. u.gynak. Jd.Krkh.		
155. Selbiger, Dr. Siegfried Salomon Allee 159	W 58, Schönhauser Allee 159 44 3762 ehe	Misch- 1	---	Otol.	---	
156. Seligsohn, Dr. Albert J.	Sieghaus- ser Allee 90 44-4466 ehe	Misch- 1	---	prakt.	---	

	Vorname Name	Vorname Name	Nr.	Fam.	Zahl d. Std.	Fach- geb.	Sonst. Punkte
124. Hr.							
156.	Silberberg, Dr. Max J.	Chawl., seitze- str. 7	96 0294	ledig	---	Röntgen Leiter d. Röntgeninst. d. Jd. Krkh. i. freien Vertragsverh. d. Ges. Verw. d. JKV.	
157.	Singer, Dr. Alfred J.	SV er, Prinzenstr. 71	67 5462	ledig	---	prakt.	
158.	Singer, Dr. Karl J.	Charl. 4, Vilmer- dorferstr. 60	96 3535	verh. 1	---	Derm.	
159.	Bladewsky, Dr. Ludwig J.	15, Bleibtreu- str. 33	91 1784	Misch- ehe	---	Otol.	
160.	Bonntag, Dr. Louis J.	17, Alt. Stra- lau 70	58 0175	Misch- ehe	1 (arisch u. d. prakt. 1. Kind d. Frau)		
161.	Schayer, Dr. Johanna J.	Am r., Dahl- mannstr. 5	96 1487	Misch- ehe	---	Nerven	
162.	Schiff, Dr. S. J.	Kurf. raten- damm 47	91 3922	Misch- ehe	---	Nerven	
163.	Behlesinger, Dr. Kurt J.	18, Georgen- Kirchstr. 5	53 3025	Misch- ehe	1	prakt.	
164.	Scholl, Dr. Arthur J.	10 18, Strauss- bergerstr. 10	59 3968	Misch- ehe	1	prakt.	
	Schaeerin, Dr. Hans J.	C2, Kaiser Wil- helmstr. 23	51 4640	Misch- ehe	1	Otol.	
166.	Steinitz, Dr. Georg J.	Kadow, Sakro- ser Kirchweg 49b	80 8220	Misch- ehe	1	prakt. (arisch aus 1. Ehe d. Frau)	
167.	Stern, Dr. Richard J.	W 113, Mühör- str. 21	44 5186	Misch- ehe	1	prakt. (Adoptiv)	
168.	Sternberg, Dr. Martin J.	W 58, Schönbau- ser Allee 114	49 6371	verh. 1	---	prakt. Krkbe. freien Vertr. m. Honora b. d. Ges. d. JKV.	
169.	Steuer, Dr. Ludwig J.	C2, Memhardtstr. 51	4310	etw. 1 (Mischehe)	---	Röntgen	

166

Lfd. Nr.	Name:	Straße: Hausnr.	Tel.:	Fam.	Zahl d. Std.	1. Altr. i lba. Mdr.	Fach- gebiet	Sonst. Punkt.
						i.Haush.	Sonst.	
170.	Fuchs, Dr. Ludwig J.	84, Weinbergsweg 7	41 5134	ehe	Misch- 1	- - -	prakt..	- - -
171.	Urich, Dr. Hanna S.	SW 61, Bärwaldstr. 8	66 1260	ehe	Misch- 1	- - -	prakt..	- - -
172.	Vogel, Dr. Hilma J.	Charl., Berlinerstr. 153 (priv.) 362, Hettelbeckstr.-26 (Praxis)	25 2333	ehe	Misch- ---	- - -	Gynako- loge	- - -
173.	Weile, Dr. Hans J.	Schulgasse, Gustav-Müllerpl. 6	71 1304			- - -	prakt. notdienst- bed. z.z. Reichsauto- bahn	- - -
174.	Weinberg, Dr. Erich J.	Charl., Große 92 7407 verh. manstr. 29		verh.	---	- - -	Augen	- - -
175.	Wiedmüller, Dr. Carl J.	Jd. Kirche Carl J.	46 4446	verh.	---	- - -	J. Inter- nisti	maist.e.
176.	Wolff, Dr. Walter J.	Schulgasse, m Park 9/10 (privat) W, Hohenstaufenstr. 13	77 2172 25 2445	ehe	Misch- 1 (davon 1 b.d. Wehr acht)	2	J. Internist	- - -
177.	Wolff, Eisner, Ex. Wl5, Uhland- Prof. Dr. Alfred J.	Uhlandstr. 49	92 3487	verh.	---	- - -	J. Internist	- - -
	Ziegelroth, Dr. Zehld. Prinz Adolf J.	84 5537 Haiderstr. 76			Misch- 1 ehe	- - -	prakt..	- - -

Liste der in Berlin zugelassenen jüdischen Zahnärzten

Name	Vorname	Adresse-Telefon	Geb.Dat.	Fam.Stand	Kinder
<u>Abraham, Dr.</u>	Felix I.	Charl. Dahlmannstr. 28 Tel.: -	3.1.01	verh.	37-
<u>Altmann, Dr.</u>	James I.	Wilmsd. Uhlandstr. 127 Tel.: 61925	17.3.02	ledig	-
<u>Berendt, Dr.</u>	Leopold I.	BW 68, Friedrichstr. 3 Tel.: 172992	20.9.02	verh.	-
<u>Bergmann, Dr.</u>	Heinrich I.	W 35, Potzdamerstr. 122 Tel.: 220133	10.10.89	ledig	-
<u>Berlin, Dr.</u>	Paul I.	N 54, Rosenthalerstr. 72 Tel.: 410610	14.2.9	ledig	-
<u>Bernstein, Dr.</u>	Bruno I.	W 30, Rosenheimerstr. 30 Tel.: 260712	22.8.79	verh.	-
<u>Bluhm, Dr.</u>	Moritz I.	W 62, Bayreutherstr. 2 Tel.: 248147	27.11.76	verh. (Mischehe)	-
<u>Blumenthal, Dr.</u>	Erich I.	Weissensee, Berl. Allee 230 Tel.: 563034	23.12.3	verh.	-
<u>Borchardt, Dr.</u>	Hugo I.	NO 43, Neue Königstr. 88 Tel. 531767	12.6.81	verh. (Mischehe)	-
<u>Brockmann, Dr.</u>	Richard	C 2, Neue Königstr. 34 Tel.: 522093	1.12.79	privil. Mischehe, geschieden	1
<u>Bukofzer, Dr.</u>	Martin I.	W 35, Lützowstr. 85 xx)	12.65.02	verh.	1
<u>x Brück, Dr.</u>	Fedor I.	W 15, Kurfürstendamm 182 jetzt Sybelstr. 66 Tel. 320310		ledig	-

xx) Privatwohnung
W 62, Kleiststr. 25
Tel. 221314

Name	Vorname	Adresse-telefon	Geb.dat.	Fam. Stand	Kinder
<u>Cohn</u>	Martin I.	Charl.4,Nie- bunstr.70 Tel.:--	6.6.84	verh.	1 38
<u>Czernikauer</u> , Dr.	Jacob I.	BW 61,Billicher- str.15 Tel.: 66516	31.3.52	geschieden vorher priv. Mischehe	1
<u>Ehrlich</u> ,Dr.	Kurt I.	O 17,Gr.Frenk- furterstr.122 Tel.: 595350	4.4.96	ledfr	-
x) <u>Epstein</u> ,Dr.	Ferry I.	Halensee Westorstr.544	6.		
<u>Frinkel</u> ,Dr.	Otto I.	Bw 6 ,Kochstr. 22 Tel.: 126778	24.12.82	verh. (Wieschene)	2
<u>Fuchs</u> ,Dr.	Carl I.	W 15,Ludwig Kirchstr.2 Tel.: 325040	15.3.3	verh. priv.Misch- ehe	1
<u>Gabrielski</u> ,Dr.	Martin I.	Charl.2,Lietzen- burgerstr.51, Tel.: 26512 Fax:Knesebeck- str.31 Tel.:911037	4.11.10	ledig	-
x) <u>Glaeser</u> ,Dr.	Rosa S.	W 113,Kanzow- str.11			
<u>Glaeser</u> ,Dr.	Walter I.	NO 55,Beimr. Rollerstr.23 Te.:553059	8.12.01	ledig	-
<u>Gollap</u> ,Dr.	Max I.	Charl.4,Kant- str.46 Tel.:317214	6.10.85	verh. priv.Misch- ehe	1
<u>Grau</u> ,Dr.	Lupu	W 50,Passauer- str.2 Tel.243583	17.5.90	verh. priv.Misch- ehe	2
<u>Hammer- schmidt</u>	Martin I.	W 50,Lugau- gerstr.47 Tel.:240302	2.1.95	verh.	1

Name	Vorname	Adresse-Telefon	Geb.Dat.	Fam.Stand	Kinder
<u>Heilcke</u> ,Dr.	Abner	W 30, Motzstr.23 Tel.: 257779	26.1.81	verh. Mischehe	39 1 (ar. Stief- sohn)
<u>Herrmann</u> , Dr.	Max I.	W 50, Münsterberger- platz 4 Tel.: 256263	2xxxxx 7.12.91	verh.	1
<u>Hirsch</u> ,Dr.	Hermann I.	Malensee Küstrinerstr.3 Tel.: 976577	24.2.97	verh. (Mischehe)	-
<u>Hirachberg</u> , Dr.	Fritz I.	Malensee Nestorstr.54 Tel.: 972456	10.3.89	verh. (priv. Misch- ehe)	-
<u>Jacob</u> ,	Hugo I.	Wilmd. Baden- schestr.21 Tel.: 77823	2.7.10	verh.	-
<u>Jacoby</u> ,Dr.	Willi I.	C 2, brauner Weg 8 Tel.: -	5.2.77	verh.	- notdienst- verpflicht.
<u>Joechim</u> ,Dr.	Arthur I.	W 35, Sülow- str.11 Tel.: 273166	25.1.96	verh.	-
<u>Katz</u> ,Dr.	Leop.I.	SO 36, Rott- buser Ufer 42/3 Tel. 688113	18.7.57	verh.	-
<u>Klein</u> ,Dr.	Benno I.	Frax: Charl., Fleißtreustr.17 Tel.: 916967 Privatwohnung Kantstr.129a	25.1.79	verh. (priv. Mischehe)	-
<u>Kubetzki</u> ,Dr.	Norbert I.	Charl.2, Kant- str.6 Tel.: 916968	26.11.93	verh. (priv. Mischehe)	1
<u>Lehmann</u> ,Dr.	John I.	C 25, Laren- derstr.21 Tel.: 512114	19.4.77	verheir. (Mischehe)	1
<u>Lieben- thal</u> ,Dr.	Kurt I.	W 20, Osloer- str.111 Tel.: 449525	17.3.4	ledig	-
<u>Löwenson</u> ,Dr.	Richard I.	W 50, Spichern- str.8-9 Tel.: 240464	3.4.86	ledig	-

212

Geben	Vorname	Adresse-Telefon	Geburts- datum	Familien- stand	Kinder
<u>Schack</u> , Dr. Max I.		Neukölln, Kottbusserdamm 95 Tel.: -	14.7.98	verheiratet (Mischehe)	10
<u>Meyer</u> , Dr. Karl I.		Praxis: Berlin N. 54 Weinmeisterstr. 10 Tel. 42 7111 Privatwohnung: Eisenacherstr. 21	4.10.82	verheiratet (Mischehe)	
<u>Meyerheim</u> , Dr. Martin I.		Berlin SW. 68 Lindenstr. 113 Tel. 171503	12.10.75	verheiratet (priv. Mischehe)	1
<u>Michaelis</u> , Dr. Kurt I.		Berlin NW. 87 Siegmundshof 15 Tel. 393644	31.10.86	ledig	
<u>Moser</u> , Dr. Ernst		Berlin W. 30 Bayreutherstr. 27 Tel. 243763	17.7.89	verheiratet (priv. Mischehe)	2
<u>Rees</u> , Dr. Jacob I.		Charl., 5 Suarezstr. 47 Tel. 341070	20.4.81	verheiratet	
<u>Nachmann</u> , Dr. Ernst I.		Berlin W. 30 Landshuterstr. 1 Tel. 242868	16.6.92	verheiratet	
<u>Oppenheimer</u> , Dr. Erich I		Berlin W. 15 Uhlandstr. 172 Tel. 916391	2.10.96	Ledig	
<u>Oscher</u> , Dr. Walter I.		Berlin C. 2 Neue Promenade 7 Tel. 410559	16.4.90	verheiratet	2
<u>Pacully</u> , Dr. Paul I.		Charl., Knesebeckstr. 26 Tel. 914828	10.6.79	verheiratet Mischehe	
<u>Perls</u> , Dr. Julia S.		Berlin W. 15 Pariserstr. 5 Tel. 913888	16.4.07	verheiratet	1
x) <u>Friebatsch</u> , Dr. Kurt I.		Friedenau Rheinstr. 2 - 3 Tel. -	74	verheiratet (Mischehe)	
<u>Pulvermacher</u> , Dr. Oscar I.		Berlin W. 35 Potsdamerstr. 124 Tel. 211375	2.3.68	verwitwet (in Mischehe gelebt)	
<u>Sitter</u> , Dr. Emil I.		Charlottenburg Kantstr. 34 Tel. 312484	1.10.79	verheiratet (priv. Mischehe)	1

Namen	Vorname	Adresse-Telefon	Geburts- datum	Familien- stand	Kinder
<u>Rittler</u> , Dr.	Herbert I.	Berlin NW. 68 Markgrafenstr. 20 Tel. 177479	6.10.87	verheiratet	-
<u>Salinger</u> ,	Max I.	Charlottenbg. Knesebeckstr. 31 Tel. 911097	21.3.80	verheiratet	-
<u>Samelson</u> , Dr.	Julien I.	Berlin W. 15 Uhlandstr. 162 Tel. 926721	30.9.84	verheiratet	-
<u>Sander</u> , Dr.	Josef I.	Berlin N. 65 Ostenderstr. 2 Tel. -	17.7.80	Verheiratet (Mischehe)	1
<u>Seligmann</u> , Dr.	Isidor	Charlottenburg 4 Momusenstr. 39 Tel. 960270	3.4.67	verheiratet	1
<u>Silbermann</u> , Dr.	Max I.	Berlin NO. 55 Hufelandstr. 43 Tel. 532531	21.7.70	Verheiratet (Mischehe)	-
<u>Simon</u> , Dr.	Ernst I.	Berlin W. 15 Lietzenburger- str. 22/23 Tel. 927244	2.6.88	geschieden (vorher Misch- ehe)	-
<u>Sladewsky</u> , Dr.	Max I.	Charl., 2 Knesebeckstr. 33 Tel. 910390	22.6.80	verheiratet (Mischehe)	-
<u>Sternberg</u> , Dr.	Louis I.	Charl., 2 Kantstr. 150a Tel. 317306	11.7.84	verheiratet	-
<u>Glaeskind</u> , Dr.	Jacob I.	Charl., 4 Leibnizstr. 61 Tel. 320685	19.1.81	verheiratet	1
<u>Vokelssdorff</u> , Dr.	Benjamin	Charl., 4 Kantstr. 130 Tel. 316196	2.6.81	verheiratet	-
<u>Wachsmann</u> , Dr.	Erwin I.	Charl., 4 Filmersdorfer- str. 72 Tel. 963610	27.11.83	verheiratet (Mischehe)	-
<u>Hagenbein</u> , Dr.	Hugo I.	Berlin W. 62 Courbierestr. 9b Tel. 257944	18.12.89	verheiratet	-
<u>Helf</u> , Dr.	Walter I.	Berlin NW. 87 Selingerstr. 8 Tel. 393220	30.3.80	verheiratet (Mischehe)	-

604

Name	Vorname	Adresse-Telefon	Geburts- datum	Familien- stand	Kinder- stand
ronker,	Siegfried I.	Berlin N. 24 Elssasserstr. 75 Tel. 41 7106	9.4.67	verheiratet (Mischehe)	

x) Durch Fernsprecher nicht erreichbar,
Ermittlungen sind ange stellt.

Liste der in Berlin zugelassenen jüdischen Dentisten

Namen	Vorname	Adresse-Telefon	Geburts-Datum	Familien-stand	Kinder
Aronsohn,	Heinrich I.	Berlin N. Schönhauser Allee 99/100 Tel. 446511	14.9.79	verheiratet	-
Czapski,	Georg I.	Wilmersdorf Wexstr. 29 Tel. 872022	25.11.92	verheiratet	-
Ettisch,	Paul I.	Charl., Wilmersdorferstr. 113/114 Tel. 317605	3.8.87	verheiratet (Mischehe)	-
Grünbaum,	Max I.	Berlin N.30 Bayreutherstr.13 Tel. 240158	6.12.80	verheiratet	-
Hermann,	Alex I.	Charl., Wilmersdorfer- str.151 Tel. 344786	17.6.72	verheiratet	-
Isakowitz,	Max I.	Berlin N.58 Schönhauser Allee 73 Praxis Berlin Sw.68 Brendenburgstr.45 Tel. 177108	19.3.82	verheiratet	-
Kretschoff,	Liwie S.	Berlin NW.87 Paulstr.9 Tel. 355577	3.10.80	ledig	-
Kröner,	Dan	Berlin NO.55 Goldaperstr.1 Tel. 532242	23.3.90	verheiratet (priv.Mischehe)	1
Kühl	Hedwig S.	Berlin N.62 Bayreutherstr.8			
Liebert,	Moritz I.	Berlin N. Seinbergsweg 9 Tel. 42 7761	16.12.80	verheiratet (priv.Mischehe)	1
Löwenstein.	August I.	Berlin N.35 Blumeshof 15 Tel. 22 3837	27.4.83	verheiratet (Mischehe)	-
Plaenek,	Lee I.	Berlin N. 4 Gartenstr.21 Tel. 42 8729	7.11.76	verheiratet	-
Spiegel,	Arnold I.	Charl., 4 Rückertstr.10 Tel. 24 4220	20.8.93	verheiratet (Priv.Mischehe)	1

Rückspurzuschriften mit Herrn HSTP. Brunner im Lager Grosse Hamburgerstrasse am 21. 11. 1942 - 11.45:

1. Es wird der Jüdischen Kultusvereinigung zu Berlin e.V. strengste nach untersagt, arische Handwerker zu beschäftigen, und zwar bei Vermeidung schärfster Massnahmen.
Es soll eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Handwerkern aufgestellt werden, die jederzeit zur Verfügung steht.
Auf Befragen wurde als Verantwortlicher für die Handwerkergruppe Herr Jarzel Pinthus bezeichnet.
2. Es ist für das Lager Grosse Hamburgerstrasse ein zweiter Arzt zu stellen.
3. Es sollen heute noch 5 Krankenbehandler
 - a) Dr. J. Kainski, Brandenburgischestr. 38,
 - b) Dr. Siegfried J. Levy, Charlottenburg, Schlüterstr. 54,
 - c) Dr. Kurt J. Moser, Bayerischer Platz 4,
 - d) Dr. Hans J. Münzer, Kurfürstenstr. 197
 - e) Dr. Max J. Neustadt, Schönhauser Allee 31

8 Zahnbehandler

- a) Dr. Feder J. Bruck, Kurfürstenstr. 182, jetzt Charl., Sybelstr. 66
- b) Dr. Felix J. Abraham, Charlottenburg, Dahlmannstr. 25
- c) Dr. Leo J. Behrendt, SW 68, Friedrichstr. 3
- d) Dr. Paul J. Berlin, Rosenthalerstr. 72,
- e) Dr. Erich J. Blumenthal, Weissensee, Berliner Allee 230,
- f) Dr. Martin J. Bukofzer, Lützowstr. 85,
- g) Dr. Leopold J. Katz, Kottbusser Ufer 42/3,
- h) Dr. Jacob J. Süsskind, Charlottenburg, Leibnizstr. 61

2 Dentisten

- a) Max J. Grünbaum, Bayreutherstr. 13
- b) Max J. Jakowitz, Schönhauser Allee 73

abgeholt und am 21.11.1942 bis 18 Uhr im Lager Grosse Hamburgerstrasse eingeliefert werden.

Die Kranken-, Zahnbehandler und Dentisten sollen nur kleine Instrumente mitnehmen, nicht sperrige Sachen.

4. Die von der Hirworge noch fehlenden Leute sind am Montag, dem 23.11.1942 nachmittags zu stellen; die Zeit der Gestellung in der Oranienburgerstrasse 29 ist formallich Herrn HSTP. Brunner mitzuteilen.

5. Die angeforderte Liste vom 21.11.1942 wurde überreicht.

1.11.1942
G/Br.

Philipp Jarzel Kezower

Personlich - Strenge vertraulich!!
Herrn Henschel,
Herrn Dr. Epstein,
Fräulein Dr. Kosso

A k t e n n o t i z .

Bei der Besichtigung am Mittwoch, dem 18.11.1942 bestimmte Herr Hauptsturmführer Brunner die

Helferin Hermine Sara Kronheimer,
geb. 6.1.1890,
750, Passauerstrasse 2,

Kindergärtnerin Hildegard Sara Oberländer
geb. 9.4.1904,
NW, Tille Wardenbergstr. 10,

sur Abwanderung mittels Ueberführung in das Lager Gr. Hamburgerstrasse.
Auf Grund der von Herrn HSTF. Brunner dem Unterzeichneten am 17.11.1942
erteilten Anweisung berichtete der Unterzeichnete Herrn HSTF. Brunner,
dass Frau Kronheimer wegen der Tätigkeit ihres Mannes beim Hauptamt-Abt.
VII-Eisenacherstrasse und Hildegard Sara Oberländer wegen der Tätigkeit
ihres Bruders beim Hauptamt-Abt. VII-Eisenacherstrasse auf der B-Liste
(Liste dper, die nicht zur Abwanderung kommen sollen,) aufgeführt sei-
en. Herr HSTF. Brunner erklärte, er habe dies zur Kenntnis genommen, es
bleibt bei seiner Entscheidung.

23.11.1942

Herrn Dr. Epstein Philipp Israel Kozower
mit der Bitte um Kenntnahme.

23.11.42

Philipp Israel Kozower

30. November 1942

An die

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Berlin 2.
Burgstr. 28

Dem Unterzeichneten ist der Auftrag erteilt, von den für die Abwanderung Eingelieferten die Vermögenserkklärungen aufzunehmen und die der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland bzw. der Jüdischen Kultusvereinigung zu Berlin e.V. geschuldeten Beiträge sowie die Sonderbeiträge für das Sonderkonto "i" zu erheben. Um diese Aufgabe durchführen zu können, sind zwei Mitarbeiter der JKV Berlin beauftragt, im Lager Grosse Hamburgerstr. 26 Vermögenserkklärungen sowie Beitragfestsetzungen und -Erhebungen und zwar fortlaufend Tag und Nacht vorzunehmen.

Am 30.11.42 wurde der Unterzeichnete von der Lagerführung ersucht, einer im Lager Grosse Hamburgerstrasse tätigen Stenotypistin zu erklären, wie Vermögenserkklärungen und die Erhebungen der Beiträge vorgenommen würden, gleichzeitig sollte der Stenotypistin erklärt werden, wie die Fragebogen aufgenommen würden. Als berichtet wurde, wie schwierig die Durchführung dieser Aufgabe sei und diese Aufgabe von einer Stenotypistin nicht durchgeführt werden könne, wurde die Weisung erteilt, dass der Unterzeichnete und seine Mitarbeiter die Arbeit sofort einzustellen hätten, es solle fortan alles durch die Stenotypistin erledigt werden, diese sei entsprechend zu unterweisen.

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.

(Siegmund Israel Weltlinger)

Notiz:

Herr Weltlinger ist beauftragt, den Bericht persönlich am 1.12.42 früh bei der Staatspolizeileitstelle Berlin, Zimmer 306, zu überreichen.

30.11.42

(Philipp Israel Kozower)

Abschriften an:

Mrs. Menschel
Mrs. Dr. Bernstein
A. B. K. W. 2000

Der Unterzeichnete wurde am 30.11.1942 zur Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, Herrn Kommissar Stock bestellt; dort wurde ihm Folgendes eröffnet:

1. Dem Unterzeichneten werden Listen übergeben, und zwar heute 9 Listen. Den auf den heute übergebenen Listen Bezeichneten ist noch heute durch Mitarbeiter der JKV.Berlin folgender Brief in ihre Wohnungen zu senden:

Sie werden ersucht, sich am 1.12.1942 ohne Rücksicht auf Ihr Arbeitsverhältnis zwecks Aufnahme einer Vermögenserklärung in Ihrer Wohnung bereit zu halten.

Herr Stark erklärte, es bestehen keine Bedenken dagegen, die Listen über die Kartei gehen zu lassen, damit die richtigen Adressen festgestellt werden.

Die Listen sind abzuschreiben, die Originalliste ist sofort zur Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, Fraulein Süberski, Zimmer 333, zurückzusenden.

2. Herr Kommissar Stock untersagte, dass die jüdischen Krankenschwestern weiter die Schwesternhaube tragen ebenso wie die arischen, sie sollen ein Kopftuch oder eine andere Kopfbedeckung nehmen.
3. Vom Unterzeichneten wurde berichtet, dass von den auf der Mitarbeiterliste der JKV.Berlin als unentbehrlich Bezeichneten eine Anzahl Männer für den Dienst in der Grossen Hamburger und Gerichtstrasse abkommandiert seien, dass daneben jedoch immer noch auf dem Wege über Angehörige eine Reihe von Mitarbeitern nach der Grossen Hamburgerstrasse gebölt und zur Abwanderung gebracht werden. Durch dieses Verfahren würde die Durchführung der Aufgaben der JKV.Berlin erschwert werden. Herr Stock erwiederte, er werde sich diese Angelegenheit überlegen und noch im Laufe des heutigen Tages dazu Stellung nehmen.
Herr Stark ersuchte den Unterzeichneten, künftig solche Fälle direkt Herrn Kommissar Stock vorzutragen.

30.11.42

Ko, Ro.

Philipp Israel Kozomer

Personlich! Vertraulich!

Herrn Dr. Eppel

Abhandlung

Aktennotiz

Telefonische Rücksprache mit Herrn Stark, Staatspolizeileitstelle Berlin, am 30.11.42, 16.50 Uhr:

- 1.) Herr Stark erklärte, dass die in der heute nachmittag überbrachten Liste aufgeführten 541 Personen für Mittwoch, den 2.12.42, zu behachrichtigen seien.
- 2.) Auf Grund des Berichts von Weltlinger vom 30.11.42 wurde Herrn Stark gemeldet, dass dem Büro Weltlinger die Arbeit zur Aufnahme der Vermögenserklärungen in der Grossen Hamburgerstrasse untersagt worden sei. Herr Stark erklärte, dass das nicht ginge, Fragebogen und Vermögenserklärungen müssten aufgenommen werden, Weltlinger solle ihm am 1.12.42 früh über die Angelegenheit berichten. Der Unterzeichnete solle im übrigen auch Herrn Polizeirat Prokop Meldung über den Vorgang machen.
- 3.) An hand des Berichts von Weltlinger wurde Herrn Polizeirat Prokop über den Vorgang in der Grossen Hamburgerstrasse berichtet. Herr Polizeirat Prokop erklärte, er werde sofort bei der Lagerführung anhören.
- 4.) Herr Weltlinger wurde beauftragt, einen Bericht für die Staatspolizeileitstelle Berlin in dem besprochenen Sinne vorzubereiten.

Ko/Br.
30.11.42

(Philipp Israel Kozover)

Abschriften an:

Herrn Henschel
Herrn Dr. Eppstein
Fräulein Dr. Mosse



R V

Alemania

"

Schwarze

(1.1.43 - 30.4.43)

Alle Dokumente in diesem Halbheftet
stammen aus der Publikation

"Akten der Reichsvereinigung
der Juden in Deutschland
1939 - 1941"

herausgegeben von O.D. Kulka, Jerusalem

Kabinettsschreiber

Berlin, den 12. Januar 1943

Anlasslich einer Rücksprache in einer dienstlichen Angelegenheit bei der Abteilung IV B 1 der Geheimen Staatspolizei wurde mir von Herrn Kriminalobersekretär Denhoff ein Paket Urkunden übergeben, ferner eine Aufstellung über 104 Personen, die Anträge auf Austritt aus der JEV gestellt hatten. Herr Denhoff erklärte weiter, dass diese Anträge vom Reichssicherungsamt abgelehnt waren und übergab mir zur Einsichtnahme einen Brief des Reichssicherungsamts an die Geheime Staatspolizei. Aus diesem Brief ist folgender Auszug gemacht worden.

"Die 104 übermittelten Anträge auf Genehmigung des Austritts der in beiliegender Liste aufgeführten Personen aus der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin werden abgelehnt. Die "Jüdische Kultusvereinigung Berlin e.V." ist hiervon in Kenntnis zu setzen mit dem Prüfungen die Antragsteller entsprechend zu bescheiden, die in den 74 Anlagen befindlichen Urkunden an die in Frage kommenden Antragsteller auszuhändigen und ihnen hierbei zu eröffnen, dass weitere Angaben zu unterlassen sind."

Dieser Auszug hat Herr Denhoff unterschrieben und zugefügt: "Der Jüdischen Kultusvereinigung zur Kenntnis und genauer Durchführung der obigen Anordnung."

Hermann Maier
Staatssekretär

IX Dr.-G./Soh.

Berlin, den 13. Januar 1943

Herrn Henschel
Herrn Dr. Eppstein.

Betrifft: Abgelehnte Anfrage auf Genehmigung des Austritts aus der Jüdischen Kultusvereinigung zu Berlin e.V.

Durch die Abteilung IV D 1 der Geheimen Staatspolizei erhielt ich heute, in der in der Anlage näher beschriebenen Weise, die Ablehnung von 104 Anträgen auf Genehmigung des Austritts aus der JKV. Bei diesen Anträgen handelt es sich durchweg um Mischlinge.

Wir werden die Antragsteller weisungsgemäß benachrichtigen und ihnen die uns übergebenen Urkunden wieder aushändigen.

Katasterverwaltung

Anlage

2

23. Januar 1943

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Burgstrasse 26
B e r l i n C 2

Betrifft: Mitarbeiter der Zentrale
der Reichsvereinigung

Im Vollzug der heutigen fernmündlichen Anforderung überreichen
wir in der Anlage eine Namensliste der Mitarbeiter der Zentrale
der Reichsvereinigung nach dem Stande vom 23.1.1943.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Anlage

liebe
Personel
Schrank 1
Σ

Ha/Se

Aktentexte

Aufgabe einer heute vermittelten in der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle, von Herrn Kommissar Stock mündlich gegebenen Weisung, die Durchführung der Bildung einer Abholkolonne mit Herrn Dobberke zu regeln, wurde Herr Dobberke heute um 15 Uhr von mir in Begleitung von Gerhard Israel Gohn aufgesucht. Die Liste der vorgenannten 90 Abholer (einschließlich der 5 bei der Reichsbahn beschäftigten) wurde Herrn Dobberke im Durchschlag übergeben. Für die Preiszeichnung der 5 bei der Reichsbahn beschäftigten Mitarbeiter will er selbst sorgen. Im übrigen ordnete er an, dass die im der Liste genannten Abholer sich täglich um 13.30 Uhr in der Großen Hamburger Straße zu melden haben. Diese Regelung gilt von sofort an.

Sollte gelegentlich eine Unterbrechung im Abholdienst eintreten, so werden die Abholer, welche jetzt aus ihren andern Dienststellen ausscheiden, der JKV bzw. der KV für geeignete Arbeiten zur Verfügung stehen.

15.2.1943

(Moritz Israel Hanschel)

Abschrift an:

Herrn Dr. Dr. Knistic
Herrn Dr. Levy *Handwritten signature*
Herrn Dr. Herstoch
Herrn Kleemann
Präfektur Dr. Haase
Herrn Gerhard Gohn
Herrn Seenger

Kl./Dr.

V e r f ü g u n g

- I. Es wird eine besondere Abhol-Kolonne gebildet.
- II. Die in der Anlage verzeichneten Mitarbeiter werden dieser Kolonne zugewiesen und scheiden mit sofortiger Wirkung aus ihrer Dienststelle aus.
- III. Die Abwanderungs-Kolonne gehört zur Abwanderungs-Durchführung und untersteht Herrn Gerhard Israel O. e. h. n.
- IV. Den Beteiligten zur Kenntnis.

Berlin, den 15. Februar 1943

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.
Personalverwaltung

Anlage

Klaemann
(Siegbert Israel Klaemann)

Reichsvereinigung
der jdl. Kultusgemeine

Namensverzeichnis der Abhänger

1.	Adler	Jakob J.	Wohnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	506
2.	Altzurn	Martin J.	Friedhofsverwaltung	1751
3.	Baruch	Bernhard J.	Rechtsabteilung	62
4.	Raum	Fritz J.	Reichsvereinigung	63
5.	Beermann	Heinrich J.	Kleiderkammer	630
6.	Bernat	Kurt J.	Wascherei	778
7.	Bernstein	Erich J.	Wohnungsstelle	478
8.	Fraun	Ferdinand J.	Kleiderkammer	683
9.				
10.	Sohn	Philipp J.	Wohnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	510
11.	Chrzellitzer	Bernhard J.	Wohnungsstelle	482
12.	Sohn	Fritz J.	Kleiderkammer	686
13.	Sohn	Georg J.	Reichsvereinigung	686
14.	Sohn	Paul J.	Grundstücke	78
15.	Sohn	Sally	Kleiderkammer	689
16.	Dienemann	Julius J.	Reichsvereinigung	
17.	Fabian	Alfred J.	Friedhofsverwaltung	775
18.	Feybusch	Joan J.	Wohnungsstelle	484
19.	Frinkel	Siegbert J.	Siechenheim	221
20.	Friedländer	Adolf J.	Wohnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	513
	Fuss	Max J.	Speisenen	171
21.	Goldstein	Kudi J.	Winterhilfe	37
22.	Grodka	Arthur J.	Kleiderkammer	691
23.	Großmann	Siegfried J.	"	692
24.	Grünbaum	Hermann J.	Friedhofsverwaltung	760
25.	Grunwald	Heinrich J.	Beitagsverwaltung	21
26.	Hofter	Karl J.	Wohnungsstelle	
27.	Heidemann	Geschel J.	Kleiderkammer	483
28.	Herz	Max J.	Fürsorge	693
29.	Hirsch	Leo J.	Kleiderkammer	143
30.	Hirschtruch	Siegfried J.	Reichsvereinigung	694
31.	Hirschfeld	Bruno J.	Krankenhaus	
32.	Jacobson	Hans J.	Winterhilfe	280
33.	Jaffe	Moritz J.	Registratur	38
34.	Kaufmann	Dagobert J.	Kataster	47
35.	Kempe	Benno J.	Friedhofsverwaltung	121
36.	Kempe	Jakob J.	Wohnungsstelle	747
37.	KSLn	Adolf J.	Personalestelle	519
38.	Koppe	Eduard J.	Möbelkammer	44
39.	Krayn	Georg J.	Wohnungsstelle	103
40.	Kretschiner	Dr. Walter J.	Wohnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	492
41.	Lazarus	Manfred J.	Wascherei	520
42.	Leipziger	Leonhard J.	Krankenhaus	741
43.	Lemberg	Werner J.	Lager Gr. Hamburgerstr.	283
44.	Lesser	Erich J.	Möbelkammer	577
45.	Leweck	Adolf J.	Rechtsvereinigung	104
46.	Lewin	Arthur J.	Kataster	
47.	Lewin	Bernhard J.	Kleiderkammer	124
48.	Lissner	Karl J.	"	698
49.	Löwenthal	Gerhard J.	Wohnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	715
				522

50.	Marcus	Fr. Alfred J.	Wehnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	524
51.	Marcus	Alfred J.	Friedhofsverwaltung	757
52.	Marcus	Leopold J.	Reparaturwerkstatt	729
53.	Meyer	FritzGünther J.	Wehnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	526
54.	Meyer	Werner J.	Kataster	133
55.	Mirauer	Dr. Franz J.	Wehnungsstelle	405
56.	Misch	Jr. Ludwig J.		493
57.	Nachmann	Harry J.	Grundstücke	52
58.	Naftaniel	Max J.	Friedhofsverwaltung	760
59.	Nettler	Karl J.	Winterhilfe	39
60.	Neumann	Max J.	Wehnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	529
61.	Noah	Lionel J.	Siechenheim	210
62.	Noher	Dr. Holmut J.	Wehnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	53
63.	Babau	Jaques J.	Kataster	130
64.	Fohnschek	Ernest J.	Kleiderkammer	702
65.	Rosenthal	Joseph J.	Friedhofsverwaltung	759
66.	Rosenthal	Julius J.	Kleiderkammer	703
67.	Kothschild	Hermann J.	Reichsvereinigung	
68.	Salberg	Siegmund J.	Buchhaltung	13
69.	Salomon	Gottfried J.	"	14
70.	Samter	Kermann J.	Reichsvereinigung	
71.	Sauz	Julien J.	Poststelle	56
72.	Silberberg	Siegfried J.	Beitragsverwaltung	29
73.	Spanier	Benni J.	Wehnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	534
74.	Schmalzbach	Wilhelm J.	Beitragsverwaltung	30
75.	Schneller	Eli J.	Kleiderkammer	704
76.	Schuster	Ludwig J.	Buchhaltung	13
77.	Schwarz	Rudolf J.	Wehnungsstelle	502
78.	Striczel	Minther J.	Reparaturwerkstatt	734
79.	Tarrasch	Paul J.	Reichsvereinigung	
80.	Taub	Felix J.	Gesamtarchiv	113
81.	Weiss	Erwin J.	Friedhofsverwaltung	703
82.	Wolfers	Bruno J.	Reichsvereinigung	
83.	Wolff	Johannos J.	Wehnungsstelle	
84.	Wollstein	Alfred J.	Beitragsverwaltung	32
85.	Wollstein	Ulrich J.	Wehnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	534
	<u>Reichsbahn</u>			
86.	Abrahamsohn	James J.		812
87.	Premler	Leo J.		813
88.	Yarkas	Bela J.		814
89.	Neumann	David J.		815
90.	Silberstädtter	Ludwig J.		816

Herrn Dr. Levy

Re/Se



Aktennotiz

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle
(Herr Kommissar HStP Stock, Herr Oberscharführer Dobberke).

1. Herr Dobberke teilte mit, dass die Karten der vorgesehenen Angestelltenkartei heute nachmittag an Herrn Cohn zur Ausgabe gelangen würden. Die Kartei sei getrennt für die bisherigen und die neu angenommenen Angestellten sowie für die im Haushalt mitlebenden Angehörigen bis zum Montag aufzustellen, und zwar auch für die Angestellten der Zentrale.
2. Es wurde vorgetragen, dass ein Teil der neu übernommenen Angestellten den zu stellenden Ansprüchen nicht genügen, während anzunehmen sei, dass unter den wegen bestehender Mischehe u.s.w. entlassenen Juden und Geltungsjuden, die jetzt in andere Arbeit vermittelt würden, noch für uns brauchbare Mitarbeiter zu finden wären. Herr Kommissar Stock stellte anheim, eine Aufstellung zu machen, aus der sich ergibt, welche Arten von Mitarbeitern noch gebraucht werden, und wer gegebenenfalls hierfür zum Austausch angeboten wird.
3. Herr Kommissar Stock machte Mitteilungen über die in der Großen Hamburger Straße einzurichtende Kartei der in Berlin verbliebenen Juden, zu deren Herstellung der in privilegierter Mischehe lebende Willy Israel Schweig, Berlin W 30, Landshuter Straße 14, als Dienststellenleiter zugezogen werden soll. Über die näheren Bedingungen seiner Anstellung ergeht noch Mitteilung.
4. Die neuen Ausweise, deren Formulare kürzlich zur Genehmigung vorgelegt wurden, dürfen nunmehr für die Mitarbeiter ausgestellt werden. Soweit noch nicht feststeht, ob ein neuer Mitarbeiter bleibt oder ausgetauscht wird, kann der Ausweis zurückgehalten werden. Dies gilt insbesondere auch für die 20 neuen Ordner, welche Herr Dobberke für die Große Hamburger Straße angenommen hat.
5. An die Erteilung der eingereichten Fahrthecheinigungen wurde erinnert. Herr Kommissar Stock äusserte jedoch Bedenken.
6. Es wurde eine Notiz über den Fall des verhafteten und noch nicht wieder frei gelassenen, in Mischzüchten lebenden Angestellten Kurt Israel Rosenberg übergeben. Herr Kommissar Stock will nach eingegangenem Erkundigung Bescheid erteilen.
7. Es wurde vorgetragen, dass Anträge wegen Bestellung von Postvollstreckern zum Teil seit Wochen vorliegen und noch nicht entschieden sind. Herr Kommissar Stock will die Angelegenheit untersuchen.
8. Es wurde mitgeteilt, dass Bestände der Möbelkasse und der beschlagnahmten Räumung weiterhin an zugelassene Einheiten abgegeben werden. Es wurde gefragt, ob die unter den Beständen

echten Teppiche mitverkauft oder besonders behandelt werden sollen. Hierüber wurde Weisung im Aussicht gestellt.

9. Es wurde vorgetragen, dass vermutlichlich eines oder mehrere der bisher als Sammellager benutzten Grundstücke Germannstraße 3, Gerlachstraße 19-21 und Auguststraße 17 nicht mehr gebraucht werden würden und deshalb zum Zwecke der Verwaltungvereinfachung und Liquidierung aufgegeben und verkauft werden könnten. Herr Kommissar Stock stimmte dem zu und ersuchte um einen bestimmten Vorschlag, wobei auch geprüft werden soll, ob die Zentralmühle Germannstraße verlegt werden könnte; in diesem Falle könnte das Grundstück unter Verlegung der darin befindlichen Personen nach der Gerlachstraße frei gemacht werden.

18.3.1945

(Moritz Isreal Henschel)

V E R M I T T L U N G

Im 1. April 1943, 15 Uhr, erschienen zwei Beamte der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin IV D, 1 und fragten nach Hans Israel G u t h a n e r, früher Darinkendorf.

Es wurde berichtet, dass Hans Israel Guthaner um seine Versetzung nach Bielefeld gebeten hatte. Hierüber erhielt die Aufsichtsbehörde unter dem 27.1.1943 Bericht. Eine Abschrift dieses Berichtes wurde auf Erforderlich ausgehändigt.

Nachdem die Aufsichtsbehörde einen ablehnenden Bescheid am 3.2.1943 erteilt hatte, wurde Guthaner veranlasst, sich nach dem Sammellager Grosser Hamburgerstrasse zu begeben. Eine telefonische Rückfrage im Sammellager Grosser Hamburgerstrasse ergab, dass er dort am 12.2.1943 eintraf und am 19.2.1943 nebst seiner Familie mit dem 29. Transport abwanderte.

Berlin, den 1. April 1943

(Kurt Israel Levy)

Auszug aus der Aktennotiz vom 30.4.43

- b.) Es wurde die Frage der Behandlung der staatenlosen Mischlinge
I. erwähnt, die der jüdischen Glaubensgemeinschaft angehören,
erörtert. Herr Kommissar Stock teilt mit, dass diese Personen
in Zukunft wie deutsche Geltungsjuden zu behandeln sind und
Entscheidungen auch zum Tragen des Sterns verpflichtet sein
sind.

30.4.43

gen. Gerhard Israel Cohn

Herrn Dr. Kurt Israel Levy

Ausszug aus der Aktennotiz vom 30.4.43

- 4.) Es wird die Weisung von Herrn Kommissar Stock, wonach staatenlose Mischlinge, die der jüdischen Religionsgemeinschaft angehören, wie deutsche Geltungsjuden zu behandeln sind, erörtert-

gez. Gerhard Israel Cohn

30.4.43

Herrn Dr. Kurt Israel Levy z.K.

W



RV

Vorstandsprotokolle

(18.8.39 - 29.10.42)

Alle Dokumente in diesem Halbheftet
stammen aus der Publikation

"Akten der Reichsvereinigung
der Juden in Deutschland
1939 - 1941"

herausgegeben von O.D. Kulka, Jerusalem

Am Karfreitag,

18. August 1939 Dr.Li/Ja

Protokoll über die Sitzung des Vorstandes der
Reichsvereinigung am Montag, den 14. August 1939, Nachmittag 5 Uhr

Anwesende : Dr. Baeck als Vorsitzender,
Dr. Eppstein,
Henschel,
Dr. Hirsch,
Dr. Lilienthal,
Dr. Seligschn,

als Sachbearbeiter der Reichsvereinigung :

Berliner,
Dr. Cohn.
Meyerheim,

als Sachbearbeiter der Berliner Gemeinde :

Brasch,
Seeliger.

1.) Der Vorstand der Reichsvereinigung erklärt sich damit einverstanden, dass der Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Berlin aus folgenden Mitgliedern besteht :

Direktor Stahl,
Karl Fuchs,
Henschel,
Kopfstein,
Kozower,
Dr. Lilienthal,
Seeliger.

2.) Dr. Cohn berichtet über die derzeitige Lage des Arbeitseinsatzes von Juden.

3.) Es wird beschlossen : Mittel für Anschaffungen zur Vorbereitung der Auswanderung dürfen in Zukunft nur für solche Auswanderer zur Verfügung gestellt werden, die im Zeitpunkt der Bewilligung bedürftig im Sinne der Wohlfahrtsgrundsätze sind. Der für den einzelnen Auswanderer zur Verfügung zu stellende Betrag soll in der Regel RM 75.-- nicht übersteigen. Ausnahmen sind zulässig.

./.

- a) soweit Anschaffungen von Kleidungsstücken erforderlich sind, um die Ausübung der nach Bestätigung der zuständigen Wanderungsstelle ernsthaft in Aussicht stehenden Berufsausübung zu ermöglichen,
 - b) für Jugendliche, soweit unter Berücksichtigung des bei ihnen vielfach geringeren Bestandes etwas höhere Beträge erforderlich sind, um sie mit einer normalen oder für die Durchführung der Ausbildung erforderlichen Ausrüstung zu versehen.
- 4.) Es wird beschlossen : Auswanderern dürfen für Gepäck- und Frachtkosten nicht mehr als RM 40.-- pro Person zur Verfügung gestellt werden.
- 5.) Es soll versucht werden zu erreichen, dass Inserate mit dem Angebot zur Beschaffung von Visen unter Chiffre im Jüdischen Nachrichtenblatt nicht erscheinen dürfen.

gez. Dr. Lilienthal

Die Fortsetzung der sogenannten "Markierung-Clearing" ist, der Bezahlung der Ausbildungskosten ausgewählter Jugendlicher der jüdischen Gemeinden in Deutschland an die Reichsvölkerjugend wird der im bisherigen Umfang von etwa ₣ 7.000,- monatlich zugesagt.

II. Einwanderungsmöglichkeiten

1.) In Südafrika ist geplant ein Gelände von 25.000 Hektar zur Verfügung einer sozialen und technisch gutausgebildeten amerikanischen Siedlungsgesellschaft, die dort sofort über 50 Kolonien und 50 Einzelpersonen ansiedeln und dann allmählich eine große Bevölkerung annehmen lassen will. Es war zunächst beabsichtigt, daß nur Personen einzuziehen, die bereits aus Deutschland ausgewandert sind und im anderen Land vorhergehende Maßnahmen gefunden haben. Es ist jedoch vorgesehen, durchgeführte am weitesten die Hilfe der ersten Gruppe - bei der späteren Gruppe wird nicht mehr von Voraussetzung gesprochen, daß sie aus Deutschland ausgewandert seien.

2.) In Südafrika

Minderjährige Kinder mit befähigten Eltern werden in verschiedene Betriebe eingestellt.

3.) In Südafrika

Eltern bringen Kinder in die Schule und arbeiten in einer Fabrik.

4.) Die Amerikanische Botschaft nimmt die Anträge auf Aufnahme in die Gesellschaft auf.

5.) Die Eigentumsrechte zur Benutzung von Gütern und Aufführungswerten für jüdische Familien werden auf die Liste der amerikanischen Konsuln in Deutschland übertragen, für die über die vorhandenen Güter nichts weiter zu verlangen steht.

III. Über den unter I und II genannten Möglichkeiten wurden noch Einzelheiten besprochen

- 1.) über das Verfahren der Wohnungsbauvereinigung der Befreiungsfürze für die Passagiere der sozialen Klassen vom Service de Transmigration in Brüssel.
- 2.) über die Schenkung einiger tausend Autne Minzoth, die der JOWI der Reichsvölkerjugend zur Verteilung an die rituell lebenden Juden in Deutschland, vorbehaltlich der Ausführungshilfe aus dem Herstellungsland und der Einführungserlaubnis nach Deutschland, zu überlassen bereit ist.

Berlin, den 25. Februar 1940

(Dr. Israel Wite Hirsh)

I. Anlage.

ericht über die Reise des Dr. Israel Otto Kirsch, nach Brüssel vom 1. bis 17. Februar 1940.

Die hier besprochenen Vorschläge sind als Ergebnis der europäischen Abteilung des American Joint Distribution Committee, der in Paris C. I. F. Office, im Januar vorbereitete Bevölkerungsplanung zu führen. Hier die Befeststellung derselben, und ich bitte Sie für die bei ehesten Gelegenheiten zusammenzutragen und aufzuhören, sowie über weitere Einwanderungsmöglichkeiten zu berichten.

I. Finanzierungsprojekte

1.) Der JOINT hatte für die Zeit September 1939 bis Februar 1940 für Auswanderer aus dem freien Polen einschließlich 175.000,- zur Verfügung gestellt. Für März hat er eine Kurserhöhung auf 200,- als Anfangsmaßnahmen erkläre. Eine weitere Kurserhöhung ist für die folgenden Monate vorgesehen. Es wurde im Januar festgestellt, daß die New Yorker Zentrale der europäischen Abteilung nur genügend Stufen für bestimmte Kurserhöhung vorgesehen hat, um die entsprechenden Mittel der Europäischen Abteilung festzustellen und somit die finanzielle Mittel der Zentrale der Erschöpfung entgangen. Deshalb ist eine sofortige Erhöhung von 100,- auf 200,- beginnen.

2.) Es ist zu empfehlen, daß wir in aller Regel der völlig freien Auswanderung der Juden möglichst keine Anreize eingerichtet haben, die in den entsprechenden Ländern die Passage zur Verfügung zu stellen.

Herr Dr. Dr. Dr. Troper hat mir erlaubt, Ihnen zu sagen, daß er eine Kurserhöhung auch nach New York, die er inzwischen bestimmt hat, und von der er bitte ebenfalls zurückzuholen gewünscht. Ich kann Ihnen keine Ratschläge für die europäische Abteilung des JOINT geben, da es sich um eine kommunistisch kontrollierte Organisation handelt, deren Leiter nicht habe ich weiteren durchgesetzt, und die nicht weiter zu vertrauen ist, wenn sie eine weitere Kurserhöhung will. Ich kann Ihnen jedoch sagen, wenn Sie mögliche, weiterbleiben soll...

3.) Nachfrage nach einem Wechselkurs, ob es nicht möglich sei, die für Hilfsaktionen für die Juden im freien Polen bestimmten Dollarstruktur zu erhalten, für die Auswanderung des freien Polens nutzbar zu machen. Wenn es so möglich ist, so bitte ich Sie, Herr Dr. Dr. Dr. Troper zu thidigen deutschen Behörden dafür zu erhalten, daß ein entsprechender Reichsmarkbetrag für die Anschaffung von Zloty in den genannten Prozentsätzen von solchen Auswanderern, die über entsprechende Reichsmark-Mittel verfügen, teils von der Reichsvereinigung für Urbemittelte verwendet werden darf. Diese Frage wurde grundsätzlich bestimmt und darauf hingewiesen, daß über dieselbe Möglichkeit im Bezug auf die Auswanderung von Juden aus der UdSSR bereits zwischen Herrn Troper und der Jüdischen Kultusvereinigung zu Wien Verhandlungen schwanden. Für den JOINT sei vorweg gesagt, daß man sich über den Kurs - genannt wurden RM 10,- für den Dollar - verständige und daß der volle Gegenwert in Zloty dem Büro des JOINT in Warschau für die Juden im ehemaligen Polen zur freien Verfügung gestellt werden könne. Herr Dr. Dr. Dr. Troper sieht, womöglich noch vor seiner Abreise nach New York, einer Mitteilung darüber entgegen.

4.) Zur Unterstützung der von uns beantragten Aktion zur Gewinnung von Spenden aus den Sperrmarktheben ausgewandter Juden in den neutralen europäischen Ländern bitte ich das in Abschrift beiliegende Schreiben der europäischen Abteilung des JOINT erwirkt.

4. Dr. Epstein berichtet, daß im Berichterstattungszeitraum die Ausstellungserlaubnis verlängert hat, das heißt vom 1. 4. bis 30. 6. 1942. Es kann sich hierbei um eine Verlängerung des Aufenthaltsvermögens handeln.
- Zur Erfüllung dieser Forderungen müssen die Ausstellungserlaubnis zu Anfang nach den Vereinigten Staaten sowie vor der endgültigen Abreise aus diesem und zur Teilnahme an Sondertransporten nach Palästina neuerteilt werden.
- Der Vorstand beschließt, der Ausstellungserlaubnis und dem Fahrtkennzeichen entsprechend Anweisung zu erteilen und Weiß-Stellen zu befürbragen, die Ausstellungserlaubnis der Jüdischen Berliner für die Zeit ihres zur Verfügung stehender Reisezeit möglichst rasch zu verschaffen.
- Wichtiglich der Beerdigung von Juden; die jüdische Behörde versteht, werden folgende Richtlinien beschlossen:
- a) Wenn ein mittelloser Jude außerhalb seines Wohnortes stirbt, ist er durch die Jüdische Kultusvereinigung des Sterbeortes zu beerdigen.
 - b) Die Kosten der Beerdigung sind der Jüdischen Kultusvereinigung des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts des Verstorbenen zu ersparten. Sie sind unter dem Titel "Allgemeine Fürsorge-Aufgaben" zu verbuchen.
 - c) Die erstattungspflichtige Jüdische Kultusvereinigung kann von der erstattungspflichtigen nur die rückw. Sektion, da sie erstattet verlangen.
- Gebühren für den Begräbnisplatz und umgebühren für die Funktionäre dürfen nicht erhoben werden.
- d) Sofern nicht außergewöhnliche Umstände, insbesondere Transportkosten dies bestingen, darf die Erstattungsforderung an die Jüdische Kultusvereinigung des Wohnsitzes den Betrag von 40.-100.- nicht übersteigen.
 - e) Es wird berichtet über die Bemühungen wegen Fürsorge für die aus Stettin abtransportierten Juden und wegen Regelung der Verwaltung ihres zurückgelassenen Vermögens.
- In Vorsterter Beziehung darf die Reichsvereinigung eine Tätigkeit nicht entfalten, in letzterer Beziehung können Anträge an die zuständige Behörde gestellt werden.
- f) Über die vorübergehende Unterbringung der Juden aus der früheren Grenzmark in Schneidemühl und über die Vorschläge wegen ihrer dauernden Unterbringung in verschiedenen Orten des Altreiches wird Bericht erstattet.
 - g) Der Vorstand nimmt Kenntnis von den wegen der Haftentlassung internerierter früherer polnischer Staatsanwälter gestellten Anträgen.
 - h) Die Aktenvermerke über die Ricksprachen mit dem Hauptamt Sicherheitspolizei sollen zur jeweiligen Einsichtnahme für die Mitglieder des Vorstandes in einem Exemplar im Sekretariat Dr. Hirsch gesammelt werden.

gez. Dr. Hirsch

Re

RV

105

MASTIE 158

Protokollverarbeitung über die
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.

Anwesend:

Dr. Baege als Vorsitzender
Dr. Ernst
Benzekry
Dr. Drach
Kosower
Dr. Lilienthal
Dr. Seligmann

Rechtsanwälter für die Reichsvereinigung

Dr. Beilharz
Dr. Cahn
Furt
Karminski
Meyerheim

Sachbearbeiter für die Gemeinde Berlin

Brasch

In den Vorstand der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland wird an
Stelle des abgeschiedenen Dr. Stahl Dr. Konrad Lamm eingeführt.
Carl Fuchs soll gebeten werden, an den Vorstandssitzungen der Reichs-
vereinigung regelmässig teilzunehmen.

Die Änderung der Schuld-Ordnung in der FD-Ausgabe für Berlin wird
gelehnt.

Ferner wird - gegen die Stimme von Kosower - beschlossen, die Schulgeld-Ordnung
in der nunmehrigen Führung auch für die Berliner Schulen einzuführen.

- 3.) Über die Frage der Eintragung der zusätzlichen Orte nach im Personenbuch soll mit der Postverwaltung Rücksicht gesommen werden.
- 4.) Es soll der Antrag gestellt werden, die Ausgangszeit im Sommer um zwei Stun-
den zu verlängern.

gez. Dr. Lilienthal

64

Anlage.

R.V.

105

VEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-MARZAHNBERG, WANTSTR. 156

Berlin, den 26. Jan. 1940

Protokoll der Vorstandssitzung
der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Berlin, den 26.1.1940

Anwesende:

Dr. Bauck als Vorsitzender

Dr. Epstein

Henschel

Dr. Hirsch

Kosower

Dr. Lilienthal

Dr. Seligsohn

Dr. Berliner

Brusch

Dr. Cohn

Furst

Fuchs

Kurminski

Meyerheim

Dr. Rosenthal zu Punkt 3

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes wird Dr. Hirsch gewählt.

Dr. Berliner und Meyerheim sollen, ohne formlich Mitglieder des Vorstandes der Reichsvereinigung zu sein, vom Vorstand so behandelt werden, als ob sie es wären, insbesondere das Recht haben, auch an vertraulichen Sitzungen des Vorstandes teilzunehmen.

Epstein soll in Zukunft in den (nicht vertraulichen) Sitzungen des Vorstandes teilnehmen.

.) Jüdische Kriegsopfer, die wegen ihrer Bedürftigkeit durch das Versorgungsamt Zusatzrenten zugebilligt bekommen haben, oder die wegen ihrer Bedürftigkeit Beihilfen erhalten, sollen auf Antrag vom Kollegial freigestellt werden, wenn ihre wirtschaftlichen Verhältnisse unter besonderer Berücksichtigung ihrer durch die Kriegbeschädigung verursachten Bedürfnisse dies angezeigt erscheinen lassen.

ges. Dr. Lilienthal

Berlin, den 17. April 1940
i.Dr.

Ldb

Protokoll der ersten Anhörung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, am

Anwesend: - Dr. Bieck als Vorsitzender
Dr. Epstein
Henschel
Dr. Hirsch
Kossoyer
> Dr. Lillenthal
Dr. Saligman
Dr. Berliner
Drach
Dr. Zahn
Fuchs
Furst
Girinski
Hohenstein
Loyschein

- 1.) Dem von Dr. Epstein vorliegenden umfassenden Entwurf einer Eingabe an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung wird zugestimmt.
 - 2.) Der Zentralstelle soll vorgeschlagen werden, daß in der Wanderungsabteilung der Reichsvereinigung am Sonnabend - von dem vorkundeten Notdienst abgesehen - auch häufig nicht gearbeitet wird, dafür aber am Sonntag vormittag.
Die Übereichen von Zuweisungen an die Zentralstelle für die Pessachfeiertage soll nicht erfolgen. Es soll jedoch der Zentralstelle mitgeteilt werden, daß ein Teil der Zugewiesenen aus religiösen Gründen vorwiegend statt an den Pessachtagen an den folgenden Tagen kommen wird.
 - 3.) An den beiden letzten Feiertagen soll in allen Abteilungen je die Hälfte der Bedlegschaft Dienst tun.
- Es wird beschlossen, daß in der Heil- und Pflegeanstalt Sayn der Reichsvereinigung der Juden, Berlorf-Sayn, die Unterrichtung in Klassen aufgehoben und in Zukunft nur eine Einheitsklasse geführt werden soll. Der Pflegegeldsatz für die Selbstzahler soll so berechnet werden, daß zu dem Selbstkostenpreis pro Anstaltsinsassen ein Zuschlag von 30% hinzugerechnet wird, mit der Maßgabe, daß im Bedürftigkeitsfalle Ermäßigung gewährt werden kann.

gez. Dr. Lillenthal

Protokoll der Versammlung
der Deutschen Polizei

Anwesend: Dr. Baez, als Vorsitzender

Dr. Eppstein

Hauscheid

Dr. Hirsch

Kanower

Dr. Lilienthal

Dr. Seeligsohn

Brauch

Fuchs

Göbelmann

Haasenbach

Schulz: Dr. Bergner

Dr. Cohn

Eifert

Wirschnitz

Der Beschluss, die Verteilung von 11.000 Doppelpfund im Protokoll betrifft.
Auswandererabgabe bei Auswanderungen, wie sie nicht werden, von der Möglichkeit der Auswanderung zulässig ist, nach Prüfung.

a) Sämtler 13 b und c der Durchführungs- und Auswandererabgabe-Ordnung wird nach Eröffnung der Verfolgung in Durchgangshaus folgendes beschlossen:

Grundsätzlich sollen die Generallieferungen zur Sicherstellung der Auswandererabgabe sowie Aufträge zur Verteilung von Vermögenswerten, die sonst der Sicherung der Auswandererabgabe dienen, nach wie vor der F.W.I. übertragen werden. Wenn jedoch die Abgabe im Einzelfall die Bestellung eines bestimmten Anderen erfordert, so soll diese Bestellung in der Regel erfolgen, falls es eine einschlägige Befugung und stima Zuverlässigkeit *do* hat vom bestimmen.

Zur Durchführung einer nachtraglichen Erteilung der Auswandererabgabe von jenenigen Juden, die ohne Entrichtung einer Auswandererabgabe ausgewandert sind, sollen die abschriftlich beigefügten Vorschriften der F.W.I. eingehalten werden.

Der von Dr. Eppstein vorgebrachten Demands gilt für die Errichtung von Durchgangsheimen in Berlin zu Ausbildungszwecken für Auswanderer aus dem Reich wird mit folgender Maßgabe zugestimmt:

- Die Kosten der Reise von und nach Berlin sollen nur im Bedarfafalle ersetzt werden, wobei jedoch an die Prüfung der Notwendigkeit kein allzu strenger Maßstab angelegt werden soll.
- Die Frage, zu welchem Zeitpunkt die Auswandererabgabe erhoben werden soll, soll noch einmal geprüft werden.
- ebenso soll noch geprüft werden, ob die Heimatgemeinden zur Trägung der Kosten herangezogen werden sollen.

gez. Dr. Lilienthal

Protokoll des Verstandesmitzten der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Sitzung vom 5.1.

- 1.) Anwesend: Dr. Neumann als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Hauschel
Dr. Hirsch
Kossover
Dr. Lilienthal
Dr. Salomon

Brasch
Fuchs
Fürst
Karmann
Levenstein

Entschuldigt: Dr. Berliner

Der Vorsitzende gibt davon Kenntnis, da Dr. Conrad Israel Cohn als Vorstandesmitglied bestätigt ist.

Senatspräsident Dr. Späth wird zum Obmann der Delegationsstelle bestellt.

- 2.) Auf einen Bericht von Frau Fürst findet eine eingehende Erörterung der Lage des jüdischen Schulwesens statt. Dabei wird besonders die Notwendigkeit betont, im Rahmen des Möglichen die schulische Versorgung der Kinder in einer Reihe von kleinen Gemeinden zu bessern, zuerstens durch Aufhebung dieser Schulen und Umshaltung der Kinder in Gemeinden mit größeren Schulen.

Die Schulverwaltung wird gebeten, die Möglichkeit zu prüfen, ob nicht in geeigneten Fällen besonders schlechte Lehrer durch geeignete Laien im Unterricht ersetzt werden können, im übrigen um eine regelmäßige Inspektion gerade der kleinen Schulen bemüht zu sein.

Erörtert wurde auch der Stand der jüdischen Erziehung der Kinder, insbesondere die Möglichkeit, diese jüdische Erziehung durch Einführung täglicher Morgenandachten zu fördern.

gez. Dr. Lilienthal

52

Heimweh *All ad*

EICHVEREINIGUNG FÜR JÜDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 153

Berlin, den 17. Mai 1940
/PA.LI/51.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Freitag, 10.5.40

Anwesend: Dr. Bloch als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Gussenhoff
Horch
Dr. Littenthal

Fritz
Karsinski
Lowenstein
Lyson
Meyrheim

- 1.) Der von Dr. Eppstein vorgelegte, in der Anlage beigefügte Bericht an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung wird genehmigt.
- 2.) Die in Aussicht genommene Abberufung des Herrn Paul Israel Hirschfeld, Stettin, bis jetzt Mitglied der Jüdischen Kultusvereinigung Synagogen-Gemeinde Stettin soll nurmehr erfolgen.

gez. Dr. Littenthal

REICHSVOREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

Berlin, den 24. Mai 1940
I/Dr.Hi/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvoreinigung der Juden in Deutschland, am Montag, den 27.5.40

Anwesend: Dr. Bauck als Vorsitzender

Dr. Cohn
Dr. Epstein
Henszel
Dr. Hirsch
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Stiglitz

Bröse
Fuchs
Kornicki
Lewenstein
Meyerstein

- 1.) Dr. Cohn erstattet einen eingehenden Bericht über den Stand der Berufsausbildung- und Umschichtung sowie des Arbeitseinsatzes und über das Verhältnis der beiden zueinander.
- 2.) Der Vorstand stimmt einer Verkürzung der diesjährigen Frühtaufschift für die Angestellten auf drei Wochen zu und befiehlt die Geschäftsführung mit der Veranlassung des weiteren.
- 3.) Berichtet wird:
 - a) über die Sperre der Erteilung von Transitvisen durch Italien und die Bemühungen um sonstige Ausreisemöglichkeiten, insbesondere über Jugoslawien,
 - b) über die Verhandlungen wegen Passage-Devisen,
 - c) über die Verhandlungen betreffend Sondertransporte nach Palästina,
 - d) über die weitere Behandlung der in Schneidemühl und Stettin vorläufig sichergestellten Werte und Gegenstände der jüdischen Bevölkerung,
 - e) über die Erteilung der Genehmigung für das neue Unterstützungs-Vorfahren durch das Reichswirtschaftsministerium vorbehaltlich der Zustimmung durch die Stillhaltegläubiger.

gez. Dr. Hirsch

Alt

Se

DR. RUTHING, DR. P. H. MINTON, DR. WILHELM OTTENBERG, KANT. KASSEL 169

A
Dr. Lippisch
Dr. John
Dr. Lippisch
Dr. Lippisch
Dr. Hirsel
Königsw.
Dr. Willenthal
Dr. E. Lippisch
Lippisch
Lippisch
Kurinski
Lippisch
Lippisch

Dr. Hirsel berichtet eingehend über seine Reise nach Europa seit vom 5.-10.6. 48 und die Verhandlungen, die er mit dem Verteilungskontor JOINT sowie der am 1. Fortführung im Plastina-Transport interessierten Organisation geführt hat. Der Aufschluß besteht aus nicht ein geschriebenen. Im Zusammenhang damit wird informiert über die Verhandlungen bezügl. der englischen Interessen gesellschaftliche, politischen Vertreter von Jien (Büro des Zentralistituts für Afrika), aus Südafrika so- wohl als auch Plastina-Spezialisten, sowie über die Absicht der Fernreise mit zur Auswanderung nach Afrika und Südamerika zu treten und haben.

a.) Dr. Lippisch hat berichtet im Auftrag des Deutschen Arbeitsmarkts Entwurf des Haushaltspolands für das zweite Halbjahr 1949. Der Haushaltspoland wird in folgenden Punkten geprüft, im übrigen aber nach dem Entwurf angenommen.

- a) Gesamt-Etat Titel I, 1: Die vor Verbrauchszahl soll in einer Anmerkung darauf hingewiesen werden, daß sie sich auf eine Zeit bezieht, in der Auschlags-Passagen nur ausnahmsweise vorkamen, und daß deswegen ein Vergleich mit der Voranschlagszahl für das zweite Halbjahr nicht möglich ist.
- b) Gesamt-Etat Titel III, 1: Der Voranschlag wird auf RM 6.750.000,- erhöht.
- c) Gesamt-Etat Titel V, 1: Die Verbrauchszahl soll in einer Anmerkung erläutert werden.
- d) Zentral-Etat Titel IV, A 2 b: Der Voranschlag wird auf RM 68.000,- erhöht.

Zurzeit ist Titel VI, Blatt b: Der Voran gelag. vor. auf R. 340.000.--
hinausgezögert.

Blatt b: Der Voran gelag. vor. auf R. 130.000.--
richtig.

Die Abteilung Wagnersumme ist erachtet,
in Sündhaftfall, auch Wagners Voraus-
gabe mit der Finanzabrechnung, ihrer
Gesamt ausgaben für Gehälter und sach-
liche Verwaltungsaufgaben auf
R. 340.000.-- zu übersehen.

Der Voran gelag. vor. ist bei Pol und Brachling gefälscht.

Es ist erachtet, dass die Vorausgaben der Gemeinden und Städte stille
zu verhindern seien, zur Ausübung der Ausgaben bringend, so
dass es im Falle Zuschuss der Sozial-Sicherstellungen an Ge-
meinden und Städten nur ist zu timmen, der Gemeindeauftrag
wird in Ordn. Erholungsleistungen und Kostenverstüttungen an den
Städten und Gemeinden, die ihrer nach Ansicht ihrer Vorausgaben nicht
auskommen, soll wiederrauschließlich unterstehen.

Es ist erachtet, obg. ein vom Oberfinanzpräsidenten (Rechtskundliche VI
Stuttgart) gegen den Leiter der Jüdischen Kultusvereinigung Stuttgart
Dr. Gumbel eingeleitetes Verfahren wegen Nicht-Einhaltung der gegen den
Jüdischen Oberrait erlassenen Sicherungsanordnung und die von Dr. Gumbel
vorgelegte Fikt., ob er eine Geldstrafe in Höhe von RMark 20.000.--
im Unterverfahrensvorfahren annehmen soll. Es sollen noch Rückfragen gestellt
werden, falls sie sich Dr. Gumbel zu der Unterwerfung entzieht, soll
die Strafe angewendet werden.

gez. Dr. Hirsch

D

Bericht
über die Auswanderung nach Danzig vom 1. Juli 1941

ANMERKUNG:

Die Aufstellung von JOINT mit den bisherigen Ergebnissen der noch nicht abgeschlossenen Auswanderung nach Danzig. Joint Distribution Committee in den Vereinigten Staaten unter den starken Anstrengungen seitens der britischen und französischen Behörden der Einwanderungskommissionen des Kreises in Nordamerika im Bezug auf die Auswanderung nicht nur von Flüchtlingen sondern von Reisegestragen für Passagiere, Vorspringsgeldern und Mitteln für die Einrichtung der Einwanderer in Stein zum Tage gestellt werden. Es von der Einwanderungsabteilung der Reichsvereinigung gewichteten und geforderten Bemühungen in dieser Beziehung werden von dem Proper zu bewusst gehalten; Ihr aus Gewissensgründen mindestens Einfluß erlangt sehr erheblich. Außerdem als sollen seit dem Frühjahr die Aufforderungen, die auch in den Vereinigten Staaten nicht als aus den verschiedenen europäischen Ländern an den JOINT gestellt werden, weil er in ständiger Verhandlung sind. Diese Fatsachen haben den JOINT zu erkennt, alle seine Aufgaben für die nächsten Zeit herzustellen, in einer Festlegung seines Monatbeitrags auf längere Sicht überabs und zu nehmen. In einzelnen ist folgendes zu berichten:

1. Ordentliches Budget.

Der Betrag für den Monat Juni wurde auf £ 7.000,- festgesetzt; für Juli kann mit derselben Summe gerechnet werden. Für die zurückliegende Zeit konnte die Zahlung erreicht werden, daß die Abreise, die im Budget von je £ 40.000,- in den Monaten April und Mai genannt worden sind, durchgeführt und, wenn möglich, wiederersetzt werden sollen.

2. Für das Generalkonsulat sollen der Reichsvereinigung zunächst zusätzlich zu den bisher schon bewilligten 200.000,- £ - weitere 50.000,- £ für die Auswanderung aus dem Altreich zur Verfügung gestellt und ein Gegenwert hierfür in der £ 250.000,- bzw. £ 300.000,- Zins an den JOINT überwiesen werden.

Dazu kommt ein Betrag von etwa £ 2.500,- über den die Reichsvereinigung erforderlichenfalls zum Zwecke von Einzelauswanderung aus Danzig verfügen soll.

Weitere Beträge sind in Aussicht gestellt worden, stehen aber noch nicht fest. Die Leitung des JOINT hat uns daran gebeten, die behördliche Genehmigung für Entsiedlung eines ihrer amerikanischen Mitarbeiter zu Besprechungen mit der Vertretung des JOINT in Danzig am Ort und Stelle nachzusuchen.

3. Die Fortsetzung der Sondertransporte nach Palästina, und zwar zunächst mit über 4000 Auswanderern aus dem Altreich, der Ostmark, Danzig und dem Protektorat, von denen 500 auf das Altreich und 550 auf Danzig entfallen, hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, die über 1000 Auswanderer, die in Gladovo in Jugoslawien seit vielen Monaten auf die Weiterbeförderung warten, von dort weg und nach Palästina zu bringen. Die Kosten hierfür belaufen sich auf rund £ 100.000,-. In eingeschlagenen und schwierigen Verhandlungen ist eine Verständigung dahin erzielt worden, daß die

judischen Organisationen im Altreich, in Preßburg, in der Ostmark und im Protektorat hiervom zusammen § 30.000.- übernehmen, die Beratung trifft zu letzteren mit § 4.000.-

Indem und durch die inzwischen erfolgte Überweisung einer Anzahl von insgesamt § 30.000.- ursprünglich finanzielle und technische Seite des Avgherino-Transports von 500 Auswanderern aus dem Altreich und 550 Auswanderern die Einzig gesichert.

II. WANDERUNGSPRÄGUNG.

1. Die Notwendigkeit, für die Auswanderung nach Nord- und Südamerika neben dem Weg über Italien und erforderlichenfalls statt seiner denjenigen über den Fernen Osten zu nehmen, und die Einzelheiten hierzu sind gründlich dargelegt. Der JOINT wird unsere Bemühungen um die Einschaffung eines Sonder Schiffes durch die japanische NYK-Linie unterstützen. Es wurde außerdem gebeten, für die Auswanderer, die diesen Weg benutzen, Hilfskomitees in Kobe und Yokohama zu gründen, um Voraussetzungen zu bestimmen. Mr. Freyer sagte zu, hierzu sofort die erforderliche in die Wege zu leiten. Ebenso wird der JOINT für an der Westküste von Nordamerika ankommende Auswanderer sorgen.
2. Auch für die Siedlung in ANTO DOMINGO wurden vor dem Krieg für den Fall, daß Transitzonen durch Italien endgültig nicht zu eröffnen sind, gut geplant und in Aussicht gestellt, daß auch die bei dieser Route entstehenden Kosten möglichstlich zu den günstigen Rahmen des JOINT geschafft werden.
3. Im Zusammenhang mit der Auswahl der Städte für Santo Domingo besteht auch vor der Wunsch des Board der Dominikanischen Republiken-Bütteler-Kontakt, daß sein Mitteilung, Mr. TRONI, die Möglichkeit der Einreise nach Deutschland und zum Aufenthalt daselbst erhalten möge.
4. Eine Absprache mit dem Leiter des Palästina-Amtes in Budapest unter Zustimmung des Vorbergehend sich in Budapest aufhaltenden Leiters des Palästina- in Pressburg ergab die Möglichkeit, für die bereits vorgemerkt Jugendlichen das Palästina-Visum zu erlangen und sie über Pressburg-Budapest zur Auswanderung nach Palästina zu bringen.

III. ORGANISATORISCHES.

Weßen dem Büro in Genf hat der JOINT ein provisorisches Büro in Budapest eingerichtet. Die Anforderungen an Passagen sollen bis auf weiteres alle an dieses Büro gerichtet werden.

Berlin, den 11. Juni 1940

(Dr. Otto Israel Hirsh)

Re: 60
VERGANG DER JUDEN IN DEUTSCH- u. BERLIN-U. RÜCKBEREICHUNG, KANTSTRASSE 158

Berlin, den 16. Juli 1940
I/Dr. Hirsch

Protokoll der Vorstandssitzung
der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Berlin, 1.7.1940

Anwesende:

- { Dr. Basch als Vertreter
- Dr. Cohn
- Dr. E. Stein
- Henschel
- Dr. Hirsch
- Kozover
- Dr. Lilienthal
- Dr. Sell-Sohn
- Sippach
- Fleisch
- Fürst
- Karmirski
- Lowenstein
- Rosenzweig

Der Vorsitzende verlädt vor, die Mitglieder der Oberschlesischen Vorstandssitzung zu demontieren:

Landgerichtsdirektor a.D. Dr. Levy - Lingen,
Landgerichtsrat a.D. Neumann,
Justizrat Placzek, Berlin, Jöchleinstrasse 32,
Justizrat Dr. Bruno Sachs, Berlin W. 35, Lützowstr. 42,
Landgerichtsrat a.D. Rehm,
Landgerichtsrat a.D. Lohmann, früher 1/13. S. a.D. Landgerichtsrat
Dr. Viktor Hentzler, Karlsruhe 1/8, Beethovenstr. 7
und jetzt Prof. Dr. Carl Neumeyer, München, Königinstr. 15 a.

Dr. Lilienthal ist zu Brüggen auf dieser Linie wie zu Streichungen in der selben erachtet.

Der Lowenstein berichtet eingehend über die Möglichkeiten für Herrn Lösten für Auswanderer nach Nord- und Südamerika und nach Südafrika und über die dabei zu überwindenden Schwierigkeiten.

Über die Ausmusterungsliste berichten Dr. Sell-Sohn und Dr. Zippstein, erst der mit besonderer Berücksichtigung von Santa Domingo, letzterer insbesondere im Hinblick auf die Gütertransporte nach Palästina. Dabei wird die Verwendung von JOSE-Devisen in Höhe von § 42.000,- zur Deckung der Kosten der Teilnahme von ~~500 aus~~ mehrern aus dem Altreich, soweit als möglich gegen Erstattung an den von Verwandten und Freunden eines Teiles der Auswanderer hierfür aufgebrachten Devisenmitteln, hingesehen.

Der Vorstand nimmt Kenntnis von den für 3. und 14. Juli 1940 vorgesehenen Besprechungen mit Vertretern der mittleren und größeren Kultusvereinigungen und der Bezirksstellen.

gez. Dr. Hirsch

1. Von dem der Behörde erstatteten Bericht über die Verkleinerung des Palastina-Amtes wird zustimend Kenntnis eingenommen.
2. Einen Vorschlag von Dr. Littenhal zur Regelung der Arbeitszeit mit Rücksicht auf die Beschränkung der Einschafzeit für Juden wird zugesagt. Es soll aber versucht werden, Milderungen der Bestimmung zu erreichen.
3. Dr. Cohn richtet über die Verlegung der Insassen von Heil- und Pflegeanstalten.

gew. Dr. Mirsch

o -

Nicole 35
VEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

Berlin, den 16. Juli 1940
1/Dr.Hi/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, im 8.7.1940

Anwesend:

Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Fischel
Dr. Hirsch
Kosower
Dr. Lilienthal
Dr. Saligsohn
Brusch
Fuchs
Furst
Kaminski
Loewenstein
Mayerheim

Der vorgelegte Entwurf einer Anstellungsordnung wird genehmigt.

Bei der Anstellungsordnung beigefügten Gehälter-Ordnung werden die folgenden Änderungen vorgenommen:

In GEHALTSGRUPPE 2 werden die Orte : "Rabbiner mit mehr als 5 Dienstjahren" verändert in : "Rabbiner mit mehr als 10 Dienstjahren".

Dabei besteht Einigkeit darüber, daß Rabbiner, die außerhalb des Rabbinischen liegende Tätigkeiten ausüben, auch auf Grund dieser Tätigkeit eingruppiert werden können.

In GEHALTSGRUPPE 3 wird eingefügt: "Rabbiner mit 5 Dienstjahren, so weit nicht in Gruppe 2"

erner wird: "Leiter der Bezirksstellen Baden, Bayern, Land Hessen, Rheinland und Westfalen"

verändert in: "Leiter besonders großer Bezirksstellen."

Dazu wird hinzugefügt, daß zur Zeit als besonders große Bezirksstellen angesehen werden sollen: Baden, Bayern, Land Hessen, Rheinland und Westfalen.

In GEHALTSGRUPPE 7: Selbständige Fürsorger sollen auch in Gemeinden zwischen 1000 und 2000 Seelen in Gruppe 7 fallen

Jugendleiterinnen werden von Gruppe 7 in Gruppe 9 versetzt.

In GEHALTSGRUPPE 10: Die Kolonnenführer und deren Stellvertreter im Beirat werden gestrichen.

Ein Antrag, die Familienzuschläge in der Weise zu erhöhen, daß eine Verheiratetenzulage von RMk 35.-- sowie eine Kinderzulage von RMk 25.-- für jedes Kind gewährt wird, wird mit Rücksicht auf die einer solchen Regelung entgegenstehenden politischen Bedenken mit Mehrheit abgelehnt.

- 2-
- 2.) Von dem der Baudire erstatteten Bericht über die Verhinderung des Raumstina-Lamtes wird zustimend Kenntnis genommen.
 - 3.) Einen Vorschlag von Dr. Littenthal zur Regelung der Arbeitszeit mit Rücksicht auf die Beschränkung der Einhaftzeit für Juden wird zugesagt. Es soll über versucht werden, Milderungen der Festsetzung zu erreichen.
 - 4.) Mr. Cohn richtet über die Verlegung der Insassen vom Hilf- und Pflegehaus bitten.

ges. Dr. Hirsch

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE

Berlin, den 26. Juli 1.40
I/Dr.Hi/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 22.7.40

Anwesend:

Dr. Bleck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Henschel
Dr. Hirsch
Kozover
Dr. Lilienthal

Brauch
Fuchs
Fürst
Karmelski
Lyon
Loewenstein
Meyerheim

wegen Erkrankung
entschuldigt Dr. Seligsohn

- 1.) Nach einem Bericht von Dr. Lilienthal werden die Fragen des Sammlungswesens in Berlin und insbesondere die aus dem nebeneinander Herlaufen mehrerer größerer und kleinerer Sammlungen sich ergebenden Schwierigkeiten eingehend besprochen. Die anwesenden Mitglieder des Vorstandes der Berliner Jüdischen Gemeinde erklären sich bereit, in diesem die Angelegenheit noch einmal zu erörtern und Verschläge zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten zu machen.
- 2.) Dr. Lilienthal berichtet über Anregungen, die Oberrabbiner Dr. Carlebach, Hamburg, in bezug auf das religiöse Leben in den Anstalten der Reichsvereinigung, die Kulturbundveranstaltungen und die Förderung des geistigen Lebens in den mittleren und kleineren Gemeinden gemacht hat. Ein Beschluß wird nicht gefaßt.
- 3.) Über die Auswanderungs-Situation findet eine Besprechung statt.
- 4.) Kozover berichtet über die Lebensmittel- und Kohlenversorgung.

gez. Dr. Hirsch

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARITENSTR. 158

Berlin, den 20. Juli 1941
Dr. Hirsch

Protokoller-Vorstand sitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 20.7.1941

Anwesend:

Dr. Basch als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Henschel
Dr. Hirsch
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Seligsohn
Brusch
Fuchs
Fürst
~~Karminko~~
~~Lewinstein~~
Meyerheim

- 1.) Dr. Lilienthal berichtet über die Regelung des Beschäftigungsverfahrens für die Einstellung von Personal bei den Kultusvereinigungen.
- 2.) Nach einem Bericht von Dr. Hirsch stimmt der Vorstand der Einrichtung von Fortbildungskursen auf dem Gebiet der Tropenhygiene und Tropenkrankheiten zu.
- 3.) Zu der neuen Regelung betr. das Umzugsgebot für Auswanderer soll eine Einabgabe gemacht werden.
- 4.) Die Frage der Handhabung der Auswandererabgabe gegenüber den früheren Etattiner Mitgliedern der Reichsvereinigung wird besprochen.
- 5.) Kozower berichtet über die Einkaufszeitregelung sowie über Arbeitseinsatzfragen.

ges. Dr. Hirsch

Berlin, am 9. August 1940
I/Dr. I/RB.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Berlin, 8.8.1940

Anwesend:

Dr. Bock als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Hirschel
Dr. Hirsch
Kozobur
Dr. Lilienthal
Dr. Sollogohn

Brinck

Fuchs

Fürst

Kaminer

Löwenstein

Meyerholt

Bedenkhilf zu Punkt 1

Auerbach zu Punkt 5

- 1.) Dr. Sollogohn und Dr. Hirsch berichten über die Besprechung, wie sie mit einem Deputierten des State Department in Washington bei der Konsularabteilung der Amerikanischen Botschaft in Berlin über die neue Praxis der Konsulatur im Bezug auf die Einschränkung der Erteilung von Visen an Auswanderer nach USA gehabt haben.
- 2.) Meyerholt berichtet über eine Anfrage der Zweigstelle Stuttgart wegen der Möglichkeit der Gewährung von Darlehen aus Mitteln der Reichsvereinigung oder der Gemeinden an Eigentümer von Grundstücken und Hypothekengläubiger, die ohne Vermittel sind, welche aber für die Zukunft aus der Veräußerung der Grundstücke bzw. der Hypotheken profitieren können und über die Betreuung der FFI mit derartigen Geschäften.
Es wird darauf hingewiesen, daß ein nicht allzu großer Nachsatz aus den Mitteln der fröhren Zentralstelle für Darlehnskassen bestehen, da die derzeitige Darlehen im beschränktem Rahmen gegen Sicherheit gewahrt werden müssen. Darüber hinaus kommt die Zurverfügungstellung von Mitteln der Reichsvereinigung oder der Gemeinden nicht in Betracht. Die von Stuttgart angeregte Einschaltung der FFI, die sich auch um Vermittlung dieser Darlehen bei Dritten bemühen kann, begegnet keinen Bedenken.
- 3.) Auf Vortrag von Dr. Eppstein wird der Höchstbetrag des Kostenzuschusses für Gepäckbeförderung, der im allgemeinen RMark 40.-- beträgt, für Auswanderer über den Fernen Osten auf RMark 135.-- erhöht.
- 4.) Dr. Cohn berichtet über ein Schreiben der Stadtverwaltung Berlin an die Reichsvereinigung, in dem im Widerspruch mit dem seiner Zeit mit der Gemeinde Berlin getroffenen Abkommen ein nichttragbarer Ersatz für die von der Stadtgemeinde bezahlten Kosten der öffnen Wohlfahrtspflege für Juden in Höhe von vorläufig rund RMark 300.000.-- über den als Gesamtbetrag für die Zeit bis Ende 1941 von der Gemeinde Berlin bereits bezahlten Betrag

- Auf 1.6.40 kam das die Waffen SS offizielle Fahrtagfahrt in die sogenannte politische Abteilung der Gestapo überführt wurde. Der Vorstand ermächtigte Dr. John, sich in seiner Eigenschaft als Mitglied des Vorstandes einer jüdischen Familie und ausgedehnten Freunden der Juden sowie ihrer Freunde im Vorstand zu weder Grund als auch unzureichend getroffen zu fühlen.
- 5.) Eszwer und Gertch vertrat die Ansicht, dass von den Reichsmeldungen aus dem Jahre 1940, zu welchen Zeitpunkt und Ergebnis, es sich um die oben aufgeführten Schriften handelt, in denen die Juden nach dem Tode bezeichnet wurden, unchristlich sei.
- 6.) Der Stand in Bildung des Herrn Lyle M. Shultz, Leiter des Militär-Amtes in den Voraussetzungen für Rüstungsvereinigung wird angezeigt, nachdem der Polizei-Amt erfuhr hat, daß es schon vorher berüht sei, der Feind gegen uns auf Verhandlungen nicht ohne Sanktionalität zu verzetteln und auch eine Verhandlungslösung die Entscheidung des Vorstandes der Reichsvereinigung nicht erlaubt habe. Erst, wenn die Zionisten gleichzeitig dem Vorstand und Reichswirtschaftsring und dem Präsidium des Militär-Amts gegenüber eine Anerkennung eintraten, so wäre eine neue Beziehung eingerichtet, die zu neuen Beziehungen führen würde.
- 7.) Der Vorstand nimmt Kenntnis vom Bericht des Richters des Militär-Amts über die Aussichtslosigkeit, die sich aus seiner Art ist im Hinblick auf eine juridisch zulässige Verhandlung und einer Ausgestaltung des Nachrichtenblattes "Kutter" zu ziehen werden könnte.
- 8.) Der Vorstand stellt einen Vorschlag des Dr. John zu, der die statistische Erfassung der jüdischen Schulfinsionen beweist, in sich weiter im Berufsleben wiederum noch im Arbeitssektor befinden.
- 9.) Der Vorstand nimmt Kenntnis von dem Abtransport der entsprechend der allgemeinen Bekanntmachung nach Brüssel zurückgekarrten, seineszeit aus militärischen Gründen mit der übrigen Bevölkerung evakuierten Juden und von hierausgeschafften nach Schritten.

D
gez. Dr. Hirsh

I/Dr.Mi/

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 12.8.1940

Anwesend:

Dr. Hirsch
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Honchel
Dr. Hirsch
Kozoker
Dr. Lilienthal erkr. mit
Dr. Seligsohn
Brasch
Fuchs
Fürst
Brennstein
Lyon
J. Heim
Karminski auf Dienstreise

- 1.) Dr. Hirsch berichtet über den derzeitigen Stand der von JOINT für Passgerüchte in Aussicht gestellten Beträge.
- 2.) Auf Bericht von Dr. Brennstein stimmt der Vorstand der Vernahme der Kosten für den Aufenthalt der Teilnehmer am Sondergruppen-Transport in Irak bis zur bräisich insoweit zu, als sie nicht von den Teilnehmern selbst getragen werden können.
- 3.) Kozoker berichtet über Besprechungen zur Abgeltung der Zinkaufszeit für Juden im Bezug auf die Anfänger und ITG Angestellte der jüdischen Organisationen.
- 4.) Der Vorstand nimmt Kenntnis von der Rückkehr der aus Bräisisch abtransportierten Juden, welche wieder in Irakisch untergekommen sind.
- 5.) Dr. Baeck ruft eine stärkere Bekämpfung der jüdischen Feiertage durch den Kulturbund und bei seinen Veranstaltungen an.
- 6.) Von der Notwendigkeit der Teilnahme einer größeren Anzahl von Mitarbeitern der jüdischen Organisationen in Berlin an einem Luftschutzkursus wird Kenntnis genommen.

Ges. Dr. Hirsch

I/Dr.Li/kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 10.4.1940

Anwesend:

Dr. Bauck als Vorsitzender

Dr. Cohn

Dr. Eppstein ~~unkenntlich~~ fehlt

Henschel

Dr. Hirsch

Kozover

Dr. Lillenthal

Dr. Seligsohn

Frisch

Fuchs, Carl

Fürst

Karminski

Leibenstein

Lyon

Lyman

Fuchs, Franz Eugen

- 1.) Dr. Hirsch berichtet über die von Dr. Eppstein folgenden Besprechungen und die mit dem Übernahme einer Vertretung durch ihn selbst in engster Zusammenarbeit mit der Stadt Berlin abt. Wanderung (Hilfsverein) und das Palästina-amt. Beide letzteren des Vorstandes bringen die Hoffnung ausdrück, daß Dr. Eppstein in der ster Zeit auf seinen Posten zurückkehren wird.
- 2.) Dr. Hirsch berichtet über die Entwicklung des Erziehungs-Clearings und die für seine Durchführung in Betracht gebrachte von Ländern in den letzten Wochen entstandenen Schwierigkeiten, insbesondere auch hinsichtlich der bisher vom JEWG gebenen Beizuschüsse für das Werk der Wieringen. Hinzu kommt und wegen der Unterstützung der in Holland befindlichen Teile unseres Erziehungs-Clearing soll zunächst mit dem holländischen同志 verhandelt werden.
- 3.) Kozover berichtet darüber, daß lt. mündlicher Mitteilung die Beschränkung der Zahl der zur Mitnahme durch Auswanderer gestatteten Textilien auf die seinerzeitige "Normalität" für Berlin zurückgenommen worden sei.
- 4.) Dr. Hirsch berichtet darüber, daß nunmehr sämtliche Teilnehmer am Sondergruppen-Transport aus dem Reich in Wien auf die Durchführung des Transportes, der im wesentlichen in der Regelung der Fluggenfrage für die Hochseeschifffahrt abhängt, warten.
- 5.) Der Vorstand nimmt davon Kenntnis, daß die zuletzt noch in einem Lager in Schneidemühl verbliebenen 29 Juden zunächst in 3 Räumen in Berlin und dann auch bei Vorständen, jedoch ohne jede Inanspruchnahme von Eigenwohnungen, untergebracht werden sollen.

gez. Dr. Hirsch

I/Dr.Bi/kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland,

Anwesend: Dr. Bleck (als Vorsitzender)
Dr. Cohn
Kienzle
Dr. Dirsch
Kozow R.
Dr. Lilienthal
Dr. Seligsohn
Dr. Epstein fehlt
Stern
Fuchs Carl
Fuchs Franz Eugen
Fürst
Karsinsky
Lorenstein
Lyon
Meyerstein

- 1.) Es werden Berichte entgegengenommen betreffend den Stand:
 - a) der Beförderungsmöglichkeiten für Auswanderer nach Nord- und Südamerika über den Fernen Osten und über Lissabon.
 - b) des Sondergruppen-Transports.
 - c) der Beihilfe von Ausnahmen von Kündigung der Fernsprechanschlüsse.
 - d) der Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen für Zahlungen aus Auswanderer-Sparkonten für Unterhalts- und Spendenzwecke.
 - e) der Regelung der Wiedereinstellung von Schuhwerk.
 - f) der Kohlenversorgung.
- 2.) Von einer Mitteilung des Roten Kreuzes, Auslands-Abteilung, über Anfragen wegen Rückführung nichtarischer Kinder aus Holland und Belgien wird Kenntnis gegeben.

gez. Dr. Hirsch

I/Dr. i.v.k.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, den 1.9.1940

Anwesende: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. John
Hirschel
Dr. Hirsch
Kosover
Dr. Lilienthal
Dr. Seligsohn
Dr. Eppstein fehlt
Dr. Berliner
Bräuer
Fuchs, Carl
Wachs, Franz Eugen
Fürst
Karmanski
Lichtenstein
Lyon
Meyerheim

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Vorsitzende die nach länger Krankheit vom Erholungspause zur Arbeit zurückgekehrte Frau Dr. Berliner.

- 1.) Auf Bericht von Dr. Lilienthal gibt der Vorstand die Ermächtigung zu Verhandlungen, um die bei dem Piddestig-Amt und weiteren jüdischen Organisationen, zum Teil auch der Reichsvereinigung selbst benutzten Räume in dem der Jüdischen Rundschau G.m.b.H. i.Liqu. gehörigen und von den Swingsversteigerung bedrohten Gebäude Leinestrasse 10 zur Deckung des Bedarfs in Räumen zu erhalten.
Der Vorstand ist, falls die Sicherung der Räume auf andern Wege nicht möglich ist, und unter der Voraussetzung, daß die virtschaftlichen Verhältnisse der G.m.b.H. im allgemeinen und des Hauses im besonderen dem nicht entgegenstehen, damit einverstanden, daß die Eingliederung der G.m.b.H. betrieben, sowie daß im Falle der Eingliederung die fällige Hypothek von R. pr. 100.000.-- durch die Reichsvereinigung zurückgezahlt wird.
- 2.) Dr. Lilienthal legt den dem Protokoll beigefügten Entwurf einer Abänderung der Auswandererabgabe-Ordnung vor, der im wesentlichen die Erhöhung des nach den zugelassenen Bögen verbleibenden Vermögens des Auswanderers zu 100% zweckt. Nach einer lebhaften Erörterung wird die Weiterberatung auf eine ~~später~~ Sitzung vertagt.
- 3.) Auf Bericht von Dr. Hirsch erklärt sich der Vorstand damit einverstanden, daß, falls Verhandlungen mit dem JOINT zur Bereitstellung von Mitteln für jüdische Wohlfahrtszwecke in Ost-Überschlesien und im Wartheland, insbesondere Litzmannstadt, führen, die Reichsvereinigung aus eigenen Mitteln bis zur Summe von monatlich R. pr. 60.000.-- für die genannten Zwecke abführt, um dagegen einen entsprechenden zusätzlichen Devisenbetrag für Auswanderungszwecke vom JOINT zu erhalten.

./.

Protokoll der Vorbereitung der
Judenverschickung nach Baden im Rahmen der Judenaktion 11.11.1940

Dr. Bisch als Vorsitzender

Dr. John

Dr. Schul

Herr Dr. Schmid

Herr Dr. Klemm

Herr Dr. Hirsch

Wohlend

Wohlend, Dr. Stein

Wohlend, Dr. Lederer

- 1.) Dr. Wirsching berichtet, dass die vorbereiteten Transporte nach Baden im Rahmen der Judenaktion nicht stattgefunden haben. Es ist eine Untersuchung in Baden eingeleitet worden.
- In der Statistik für die Judenaktion ist der Transport nach Baden als "Vorbereitung zum ersten Abschnitt" eingetragen und es wird erwartet, dass dieser Abschnitt bald beginnen wird.

Die Vorbereitung des ersten Abschnitts der Judenaktion ist am 11.11.1940 abgeschlossen und die Räume der Reichskanzlei sind für die Auswanderung von Juden aus dem Reich bereit. Die Vorbereitung des zweiten Abschnitts der Judenaktion ist am 11.11.1940 abgeschlossen und die Räume der Reichskanzlei sind für die Auswanderung von Juden aus dem Reich bereit.

Der Vorsitzende des Kulturbundes ist von Herrn Dr. Schmid ausdrücklich zur Unterbrechung der Darstellung im Kulturbund nicht gestattet worden. Herr Dr. Schmid, Herr Dr. Klemm, Herr Dr. Hirsch, Herr Dr. Lederer und Herr Dr. Klemm sind zuständigen Beamten im Badischen Innensenministerium bekannt worden, dass das gesamte Vermögen der aus Baden abtransportierten Juden zu Gunsten des Landes Baden beschlagnahmt und eingesetzt werden soll.

- 2.) Dr. Wirsching berichtet, dass die vorbereiteten Transporte durch das besetzte Frankreich über Spanien nach Italien zunächst durchgeführt werden sollen. Von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung ist Herr Kommerzialrat Störtebeker aus Wien mit für die Durchführung dieser Transporte sowohl für das Altreich wie für die Ostmark beauftragt worden. Herr Störtebeker ist zu diesem Zweck bereits in Berlin eingetroffen. Er wird die Verhandlungen gemeinsam mit der Wanderungsabteilung des Reichsverbandes führen.

- 3.) Weitere Anordnung über die Bildung von Personen für den Autobahnbau ist bisher im Altreich nicht ergangen. Dagegen nehmen die Aufrührungen durch die Arbeitshäuser zu.

In Ostoberösterreich sind zahlreiche Arbeitskräfte für den Autobahnbau angefordert worden. Der Deutsche Sozialfonds erwacht hieraus sehr erhebliche Kosten für die Ausrüstung dieser Arbeitskräfte. Sie hat geboten,

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvorarlirung der Juden in Deutschland, datiert 1.11.1940

Anwesende:

Dr. Rueck als Vorsitzender
Dr. Uohn
Hirsch
Dr. Lach
Loeser
Dr. Kellenthal
Dr. Willmann
Dr. Epstein

Fehlend:

Dr. Berliner
Bruse
Dr. Lachs
Rabbi
~~Levi Sklarek~~
Sternstein
Yon
Leyfer

- 1.) Für eine mündliche Besprechung mit mir zu verbindliche Richtlinien aufzustellen sein.

Die finanziellen Besprechungen werden sich sowohl auf die Vergangenheit als auf die Zukunft beziehen. Hinsichtlich der Vergangenheit handelt es sich um die Abrechnung seit der Verleihung des JOINT von Brüssel. Hinsichtlich der Zukunft ist von besonderer Bedeutung, in welcher Richtung wir neben den uns geschenkten Überlassungen auch solche, für die wir Reichsmark aufzubringen haben, aufnehmen können. An den bisherigen Leistungen für den Osten ist festzuhalten. Die Stützungs möglichkeit dieser Leistungen wird davon abhängig sein, wie weit es möglich ist, Dollarbeträgen auch zu anderen Zwecken als für Passagen (Drecks), Vorratsgeld etc. zu verwenden.

Vom ORT ist ein Angebot eingegangen, 2.2.1940 -- zu übernehmen und die entsprechenden Reichsmarkbeträge den behandelnden ORT im Osten zukommen zu lassen. Die Entscheidung über die Annahme dieses Angebots hängt von dem Ergebnis der Besprechungen mit dem JOINT ab. Im anderen politischer Hinsicht mit dem JOINT unter einem zu berechnen, die Fortführung des Weges über den Fornen Ost; insbesondere nach den Ländern, die über westliche Häfen nicht zu erreichen sind, bzw. neue Reisemöglichkeiten für diese Länder, die Befreiung der Durchwandrer durch Spanien und Portugal, die Fürsorge für die Internierten in Südfrankreich, insbesondere auch für ihre Weiterwanderung, die Erschließung neuer Einwanderungsmöglichkeiten auch für aus-en-Kolonisation.

- 2.) Die in der vorigen Sitzung beschlossene Eingabe über die Beschäftigung Jugendlicher im Arbeitseinsatz ist inzwischen eingerichtet worden. Die Eingabe zur Aufstellung von Richtlinien über das Verhältnis von Berufsausbildung und Arbeitseinsatz war noch einmal zurückgestellt worden, da es den Anschein hatte, daß eine Verständigung mit dem Arbeitsamt Berlin über die Umarbeitung der Praktikanten der Ausbildungsstätten erfolgen

In Berlin werden überall ähnliche Verhandlungen mit Praktikanten aus den Ausbildungsstätten zu Arbeitsamtsverwaltungen, Versicherungsamt und dem Arbeitsamt zu einem Vereinbarung über die Aussicht zu kommen, haben bisher nicht zu einem praktischen Ergebnis geführt.

Ein anderer militärischer Punkt ist die Beschäftigung von Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren unter 16-jährigen Schutzvorschriften für jugendliche Arbeitskräfte.

Es wird berichtet, in einer Sitzung besprach die Gewerbeaufsichtsbehörde für die Existenz bei der Beschäftigung der Kinder unter 16 Jahren hinzuwirken, und um Sicherung der Schutzvorschriften für diese Kinder nachzusuchen. Abschriften dieser Einigungsbeschlüsse der Stadtpolizeipräsidenten Berlin und dem Reichsgerichtsgericht zugeleitet werden.

Über den Kapitelschluß der Praktikanten der Berufsausbildungseinrichtungen soll in einer Sitzung im Reichssicherheitshauptamt Richtlinien vorge schlagen werden, in die Aufrechterhaltung der Ausmündungsverberufungsfähigkeit und Berufsausbildung zu gewährleisten.

Der Vorstand stimmt dem Vorschlag zu, ein Erstaat des im Jahre 1936 vom Wirtschaftsreferat erarbeiteten Buches "SOZIALE UND WIRTSCHAFTSRECHT" eine Zusammenstellung der für die jugendliche Arbeit maßgeblichen Rechtsvorschriften als Annotiert gedruckt und als solches für den Handgebrauch des jungen Stabesstimms herzugeben. Mit der Bearbeitung soll das Rechtswissen der jugendlichen Beamten am Reichsgericht Oskar Lücke Guttmann beauftragt werden.

Es wird berichtet über

- a) die Maßnahmen im Anfängige Unterbringung der Breslauer Schlesierer Platz,
- b) die Auflorderungen der Abteilung IV des Polizeipräsidiums in Berlin an jüdische Pensionsinhaber, ihren Gewerbebetrieb aufzugeben, und die Bemühungen, diese für die Unterbringung von Juden unerlässlichen Pensionären zu erhalten,
- c) entsprechende Vorgänge bei jüdischen Pflegestellen größerem Umfangs in Berlin.

ges. Dr. Berliner

Dr. Berlin-El.

Protokoll der Verstandesitzung
der Reichseinigung der Juden in Deutschland, Montag, 25.11.40

Anwesend:

Dr. Basch als Vorsitzender
 Dr. Gohn
 Henschel
 Dr. Hirsh
 Kastner
 Dr. Lilienthal
 Dr. Epstein
 Dr. Saligsohn
 Brisch
 Berliner
 Dr. Fuchs
 Fürst
 Karpinski
 Rosenstein
 Lyon
 Meyerstein

Fehlend:

- 1.) Kazauer berichtet über Gepäck, das bei Speditionen im Inland liegt, während die Inhaber des Gepäckes ausgewandert sind und weder die Möglichkeit haben, das Gepäck nachkommen zu lassen noch hier weiterhin die Lagerkosten zu bezahlen. Es droht daher die Gefahr, daß dieses Gepäck zur Versteigerung kommt und Gegenstände, wie für den Bedarf der jüdischen Allgemeinheit sehr benötigt werden, verloren gehen, ohne daß der Besitzer irgend einen Vorteil davon hat.

Es wird beschlossen, daß

- versucht werden soll, von den Angehörigen der Eigentümer des Gepäckes Vollmachten für den Erwerb desselben zu erhalten, gegebenenfalls gegen Zahlung der Spediteurkosten,
- in Einzelfällen das Gepäck freihandelsweise erworben werden kann,
- der Erwerb durch die Kleiderkammern erfolgen soll, die den Bedarf in Mitteln für den Rückkauf der Reichseinigung zu melden und die Revisengenehmigung einzuholen haben.

- 2.) Es wird berichtet, daß die Ausgleichsabgabe von Polen nach der Verordnung über die Erhebung einer Sozial-Ausgleichsabgabe vom 5.8.1940 (RGBl. I S.1077) gelegentlich auch von jüdischen Arbeitnehmern Themas polnischer Staatsangehörigkeit erhoben wird. Trotzdem ist zweifelhaft, ob diese Verordnung auf Juden anwendbar findet, soll die Angelegenheit nicht weiter verfolgt werden, da es sich nur um vereinzelte Fälle handelt.
- 3.) Das Arbeitsamt Berlin hat 3000 Arbeitskräfte für den Postpaketverkehr im Dezember angefordert. Bis den Ausbildungs- und Umsiedlungsstellen sollen durch Einlage von Ferien 1500 männliche und weibliche Jugendliche für diesen Zweck dadurch freigemacht werden. Außerdem sollen 1200 Männer aus den Jahrgängen 50 - 55 und aus den Arbeitskräften, die für Schwerarbeit als ungeeignet befunden werden, gestellt werden.

- 4.) Es wird die nicht für
a) Arbeitsmarkt in Berlin,
b) voraussichtliche Inforderung von 2 - 300 Arbeitern für die
Bildungsindustrie in Berlin,
c) die Erfüllung des Ausfuhrverbots an Polen aus.
d) Wohnungsmärkte in Stettin.
- Unterstützung der Eltern aus dem Krankenhaus-Gütingen
- 5.) Dr. Allentzki berichtet über seine Gesichtspunkte, unter denen die neue Beitragserhebung für Rentenrechte erörtert werden soll. Insbesondere erörtert er die nachfolgenden Punkte:
a) Eine erhebliche Erhöhung der vom Vermögen zu erhebenden Prozentsätze ist unumgänglich. In Aussicht genommen sei, bei vorliegender Behandlung der kleinen Vermögen, eine Renditaufstufung "bis-5%".
b) Nach der Mitteilung fast aller Erhebungsstellen sei die Freigrenze von RMk. 20.000-- die zur Zeit bei der Beitragserhebung nach dem Vermögen gelte, zu hoch.
3.) Es sei angeregt worden, anstelle der bisherigen Berechnung vom Vermögen bei der jedes Vermögen nach einem einheitlichen Prozentanteil herangezogen werde, eine Durchstufung nach Art des Einkommenssteuergesetzes treten zu lassen. Diese Bedenken drogen vorwiegend hauptsächlich deshalb, weil dann zur Vermeidung von Ausfällen mit den Höchstprozentsätzen noch über 5% hinausgegangen werden müsste. ①

Den vorgetragenen Gesichtspunkten wird allgemein zugestimmt.

gez. Dr. Berliner

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 153

I/Dr.Berl/M12

1. Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 20.12.1940

Anwesend Dr. Baack als Vorsitzender

Dr. Cohn

Dr. Eppstein

Henschel

Dr. Hirsch

Konover

Dr. Lilienthal

fehlend Dr. Seligsohn

Dr. Berliner

Brasch

Dr. Fuchs

Fürst

Karminski

Lowenstein

Lyen

fehlend Meyerheim

1. Dr. Baack dankt Frau Kathie Rosenheim, die sich vor ihrer Auswanderung nach USA vom Vorstand verabschiedet, für alle geleistete Arbeit und gibt der Überzeugung Ausdruck, daß Frau Rosenheim auch in Amerika mit dieser Arbeit verbunden bleiben wird.
2. Frau Fürst berichtet über die Auflösung von 25 Zwergschulen und schildert die Probleme, die dabei zu überwinden waren. Vor allem aus finanziellen Gründen wird es nicht möglich sein, alle Schulen, die weniger als 20 Kinder umfassen, aufzulösen. Die bisher aufgelösten Schulen sollen dem Reichssicherheitshauptamt genannt werden unter Darlegung der Gründe, aus denen zunächst weitere Auflösungen nicht in Aussicht genommen werden können.
3. Dr. Lilienthal legt Entwürfe von Rundschreiben an Bezirksstellen und Gemeinden vor, die als vorläufige Informierung bezüglich der sich aus der Sozialausgleichsabgabe ergebenden Härtefälle gedacht sind. Gleichzeitig wird die Abt. Fürsorge in einem Rundschreiben an die Bezirksstellen, Kultusvereinigungen, selbständigen jüdischen Organisationen und Institutionen darlegen, wie die Unterstützung von Personen, die infolge der Sozialausgleichsabgabe trotz eines Arbeitseinkommens hilfsbedürftige werden, zu regeln ist.
Die Entwürfe werden angenommen
4. Die Besoldung der Rabbiner soll folgendermaßen geregelt werden: für Rabbiner gilt eine Besoldung nach Gruppe II, soweit nicht das in Betracht kommende Höchstgehalt der betreffenden Gemeinde höher liegt. In diesem Fall ist das Rabbiner-Gehalt diesem Höchstgehalt anzugeleichen. In Gemeinden, in denen höhere Gehälter als Gruppe II vorgesehen sind, sollen die Rabbiner nach 15 Dienstjahren zur höheren Gehaltsstufe aufrücken.

- 5.) Anlässlich der Überleitung der offenen Försorge auf die jüdische Gemeinde Berlin ist bei der Gesundheitsverwaltung eine Prüfstelle für Rezepte eingerichtet worden, die nach der Bezahlung der Rezepte prüft, ob die Grundsätze einer sparsamen Rezeptur eingehalten worden sind. Es wird beschlossen, diese Stelle auch mit der Prüfung der Rezepte in den jüdischen Kultusvereinigungen außerhalb Berlins zu betrauen.
- 6.) Dr. Fuchs berichtet über die Motwendig gewordene Räumung der beiden Altersheime: Olga-Stern-Haus (54 Plätze) und Heinrich Stahl-Haus (170 Plätze); durch engere Belegung der anderen Altersheime, insbesondere auch Belegung von Gemeinschaftsräumen, sowie durch Bereitstellung eines Flügels im Jüdischen Krankenhaus, Irani-schestraße wird für den größten Teil der Inassen eine, wenn auch zum Teil sehr notdürftige Unterkunft geschaffen werden. Die Frage der Vergütung ist noch nicht endgültig geregelt.
- 7.) Das Polizeipräsidium hat die Einstellung des Gewerbetriebes (Inhaber Anowill) ungarischer Staatsangehöriger) zum 31. 12. 1941 angeordnet. Die Angelegenheit ist insoweit von allgemeiner Bedeutung, als die jüdischen Zahnbehandler bei dem wenigen noch in Betrieb befindlichen, in arischen Besitz befindlichen Laboratorien nicht unterkommen können. Ein Ausweg soll auf dem Wege erreicht werden, daß die Zahnbehandler gemeinsam versuchen, die Genehmigung zur Einrichtung eines eigenen Laboratoriums zu erhalten.
- 8.) Die Kriegssachschidenverordnung vom 30.11.40 sieht vor, daß ihre Bestimmungen nur nach Maßgabe besonderer Richtlinien, die der Innenminister erlassen wird, auf Juden Anwendung finden. Es soll über das Reichssicherheitsauptamt eine Eingabe an den Herrn Reichsfinanzminister vorgelegt werden.
- 9.) Über die Fortführung der Aufgaben, die bisher dem Büro Pfarrer Gruber oblagen soll erst nach der Rückkehr von Dr. Hirsch Beschluß gefaßt werden. Zunächst erfolgt die Beratung und Betreuung in den zuständigen Abteilungen der Reichsvereinigung, d.h. in der Abteilung Landwirtschaft, Abteilung Fürsorge und der Schuleabteilung.
- 10.) In einer Baracke des Umschulungslagers PADERBORN ist ein Brand ausgebrochen. Die Versicherungssumme reicht nicht aus, um den Wiederaufbau der Baracke zu finanzieren und den Insassen, deren Ausstattung verbrannt ist, die notwendigste Bekleidung zu beschaffen. Bezugscheine sind bewilligt worden. Der Fehlbetrag von RM 8.000.-- wird bewilligt.
- 11.) Für ein zweites Lernseminar der TSI, Berufsvorbereitung des Palästina-Amtes wird ein Zuschuß von RM 4.800.-- bewilligt.
- 12.) Es wird berichtet über:
 - a) eine Aussprache über die Durchführung der von der Reichsvereinigung herausgegebenen Erziehungsrichtlinien in der Berufserziehung, die am 23.1.41 stattfinden soll.
 - b) die Art, in der von der Konsularabteilung der amerikanischen Botschaft zur Zeit Einwanderungsgesuche bearbeitet werden.

gez. Dr. Berliner

REICHSVOLKSBUND DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN, 10.12.1933

Dr. Dr.

Reichsvorstand der Juden in Deutschland, 10.12.1933

Aussendung: Dr. Bräuer, Dr. Grünzweig,

Dr. Giese

Dr. Hirsch

Hauschild

Dr. Hirsch

Kroover

Dr. Lichtenberg

Dr. Slatkin

Fenland:

Dr. Berliner

Brasch

Dr. Juden

First

Kaminski

Leibstein

von

Weyhein

- 1.) Brasch berichtet über Verhandlungen im Bildungsamt Berlin über die Unterbringung von jüdischen Kindern; die ihre Wohnungen auf Verlangen der Zentralstelle für Judische Auswanderung aufgeben müssen. Es werden eine Reihe Möglichkeiten erörtert, die erforderlichen Voraussetzungen zu beschaffen. Von einer Erklärung an der zuständigen Stelle, daß die Beschaffung eines Zwangsauweisungsnachweises nicht möglich sei, soll Abstand genommen werden.
- 2.) Dr. Hirsch berichtet über die Besprechungen in der Biedlerschule und im Zusammenhang damit über die Notwendigkeit einer Festlegung der Grundsätze zur erzieherischen Vorbereitung der Gruppen- und Massensiedlung. Er schlägt dafür folgende Fassung eines insbesondere an die Erzieher zu richtenden Rundschreibens vor:

Der Rückzug der Einzel-Auswanderung hat es der Reichsaufteilung der Juden in Deutschland je länger desto mehr zur Pflicht gemacht, Gruppen- und Massensiedlung vorzubereiten. Als Grundlage für die in diesem Zusammenhang zu leistende Erzieherarbeit - in der Schule, in der Berufsausbildung und in der Erwachsenenbildung - ist eine erneute Besinnung auf das Wesen der jüdischen Gemeinschaft not. Für diese Erzieherarbeit gelten folgende Grundsätze:

- 1.) Träger der jüdischen Gemeinschaft ist das jüdische Volk. Das Bewußtsein der volksmäßigen Verbundenheit ist deshalb in jeder Weise, insbesondere durch die Aufzeigung des Zusammenhangs der jüdischen Geschichte, zu wecken und zu stärken.

- 2.) Die jüdische Gemeinschaft hat ihren Geist und ihre Prigung erhalten durch die jüdische Religion. Der Zugang zu ihr muss deshalb jedem Einzelnen und jeder Gruppe eröffnet werden.
- 3.) Das hebräische als die Sprache des jüdischen Volkes und seiner Religion ist wesentlicher Bestandteil jeder jüdischen Erziehung.
- 4.) Die Aufgaben der Massenbildung fören Erziehung zur sozialen Gemeinschaft in der Gemeinschaft.
- 5.) Ziel der Erziehung ist die Vorbereitung für das Leben in der jüdischen Siedlung. Der Ort ihrer Verwirklichung ist nach unserem Wunsch das Jüdische Land Palästina. Die Grundtze gelten aber für die erzieherische Vorbereitung jeder jüdischen Siedlung, wo immer sie ihren Platz finden möge.

ges. Dr. Berliner

1.) Die Verteilung der sozialen Belastungen auf die Bevölkerung ist der Ausgangspunkt für die soziale Politik. Es wird darüber diskutiert, obwohl die sozialen Belastungen nicht nur sozialen Diensten zugeschrieben werden.

2.) Die Verteilung der sozialen Belastungen auf die Bevölkerung ist der Ausgangspunkt für die soziale Politik.

3.) Die Verteilung der sozialen Belastungen auf die Bevölkerung ist der Ausgangspunkt für die soziale Politik.

Dr. ... schreibt, dass die soziale Verteilung und Durchführung der Verordnung über die Sozialausgleichsabgabe vom 21.12.1940 und über die sozialen Belastungen im Rahmen der Sozialversicherung, so wie sie die Verordnung als solche bestimmt, die sozialen Belastungen in der sozialen Sicherheit bezüglich der sozialen Belastungen in den sozialen Belastungen unter die Verordnung fallen oder nicht. Die Verordnung betriebe in erheblichem Maße Zweifel er-scheinend, unbedeutend, unzureichend und unzureichend. Für den 11.12.1940 die un-erwünschte Auswirkung auftrifft, sofern es nicht ... eine gewisse Erleichterung dadurch herbeigeführt, dass der demontage der Sozialausgleichsabgabe der Fälligkeitserlass der sozialen Belastungen, der jetzt bei der Berechnung der Einkommen von Bürgern berücksichtigt bleibt. Da Dr. ... erogen, ein erheblichen Reichsverordnungsabschaffung auf Kosten der Einkommensteuer zu senken, tritt nun ein solcher Betrag in einer Höhe von etwa Römer 600,- für die Reichsvereinigung bedeuten würde. Es wird weit rückwärts geplant, die beschlossene Herabsetzung der Gehälter um 5-10% wieder rückwärts zu machen und, bei der Heraufsetzung von Gehältern der untersten Gehaltsgruppen zur Anpassung an das Niveau der Gehälter-Feststellung auf die gleiche Beinstellung durch die Sozialausgleichs-abgabe Rücksicht zu nehmen. Schließlich soll für solche Angestellten, die infolge der Sozialausgleichsabgabe ihre Wohnung nicht mehr bezahlen können, ein Tag gesucht werden, ihnen den Zuzug zu anderen Angestellten zu ermöglichen, selbst wenn diese in privaten Häusern wohnen. Vor endgültiger Beschlussfassung und der Abfassung von Eingaben sollen die aufgetauchten Fragen bei der Auf-sichtsbehörde vorgetragen werden.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 159

7
I/Dr.Bi.EI.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland vom 16.1.1941

Anwesend

Dr. Lippmann Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. E. Stein
Hausch
Kosover
Dr. Lilienthal

fehlend

Dr. Hirsch
Dr. Schlesinger

Dr. Goldfarb
Brasch
Dr. Fuhrer
Fritz
Loewenstein
Lyom

fehlend

Kurminski
Meyerheim

- 1.) Dr. Cohn berichtet über die Verhandlungen des Jüdischen Gemeinschaftsgerichts mit dem Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin über die Verlegung von Siedlungen in öffentlichen Anstalten und aus dem Siedlungsgebiet der Jüdischen Gemeinde Berlin in die Schulstraße.
- 2.) Die vom Vorstand in der Sitzung vom 9.12.1940 beschlossene Besoldungsregelung wird in folgendem geändert:
 - a) Als Hochstabilität werden die Sätze des im Juli 1940 der Behörde vorliegenden Gehalt-Abrechnungs-Erlasses wieder hergestellt; der 1. bzw. 5. Zige Abrechnung von diesen Sätzen wird aufgehoben. Die sonstigen Höchststabilitäten der Besoldungsregelung vom 9.12.1940 sind dem anzupassen.
 - b) Ziffer 3 Satz 2 der Besoldungsregelung vom 9.12.40 wird durch folgende Regelung ersetzt:

~~Mindeste~~ Erhöhung n sollen insoweit, als möglichst wirtschaftlich unter den tatsächlichen Durchschnitt der betreffenden Beschäftigungsgruppe liegen, zur Anpassung an die tatsächliche durchschnittliche Besoldung der betreffenden Beschäftigungsgruppe vorgenommen werden. Insbesondere ist darauf zu achten, daß das Existenzminimum durch das Netto-Zinkommen nicht unterschritten wird.

gez. Dr. Lilienthal

65

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IM DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

Dr. Berlin

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 27. 1. 1941

Anwesend	Dr. Basch als Vorsitzender
	Dr. Cohn
	Dr. Eppstein
	Henssel
	Dr. Hirsch
	Kozower
	Dr. Lilienthal
fehlend	Dr. Seligsohn
	Dr. Berliner
	Brasch
	Dr. Fuchs
	Fürst
	Karninski
	Löwenstein
	Lyon
	Meyerheim

- 1.) Als stellvertretender Vorsitzender der Oberschiedsstelle wird Herr Krimmergerichtsrat a.D. Berthold Israel Lehmann, der bereits zu den Besitzern der Schiedsstelle gehört, bestimmt.
- 2.) Der Leiter der Hebräisch-Lehranstalt in Berlin, Herr Baum ist vom Gemeindevorstand veranlaßt worden, sein Amt niederzulegen, weil seine arische Ehefrau, die gelegentlich ihrer Heirat zum Judentum übergetreten war, jetzt aus dem Judentum ausgetreten ist.
Eine darüber von Baum an die Reichsvereinigung gerichtete Beschwerde wird zurückgewiesen.
- 3.) Dr. Eppstein entwickelt ein Erziehungsprogramm für die außerfachliche Erziehungsarbeit unter besonderer Berücksichtigung der Berufsausbildungs- und Umschichtungsstellen, die auf Grund der von Vorstand beschlossenen Richtlinien durchgeführt werden soll. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der sehr eingehenden Aussprache wird Dr. Eppstein beauftragt, dem Vorstand vormulierte Richtlinien vorzulegen.
- 4.) Der Jüdische Religionsverband HAMBURG ist aufgefordert worden, die noch im Hamburger Freihafen lagernden Lifts von 700 Personen, die sich noch in Deutschland befinden und etwa 5000 Lifts von bereits ausgewanderten Juden zu entfernen. Es wird beschlossen, zunächst mit dem Reichssicherheitshauptamt, Führung zu nehmen, um zu erwirken, daß die Reichsvereinigung von geplanten Veräußerungen Mitteilung bekommt und das Recht erhält, die in den Lifts befindlichen Textilien und Lederwaren freiwillig zu erwerben, um die jüdischen Kleiderkammern damit zu versorgen.

- 5.) Hinsichtlich der Betreuung der bisher von Büro Pfarrer Grüber erfassten evangelischen Mitglieder der Reichsvereinigung wird folgendes beschlossen:
- Die Auswanderungsberatung wird unmittelbar durch die Abt. Wanderung der Reichsvereinigung vorgenommen, wobei hier die Frage der Übernahme von Mitarbeitern des Büros Pfarrer Grüber noch verhandelt werden soll. Die Wohlfahrtsbetreuung wird durch die Wohlfahrtsstellen der Jüdischen Kultusvereinigungen erfolgen, doch sollen gegebenenfalls für Ermittlungen, sozialgerichtliche Betreuung, sowie für Sammlungen im Kreise der nichtjüdischen Christen geeignete Mitarbeiter dieses Personalkreises herangezogen werden.
- 6.) Es wird berichtet, über die Verlegung von jüdischen Geisteskranken in Sammelanstalten bzw. Anstalten des General-Gouvernements. Aufgrund des Erlasses vom 12. Dezember 1940 ist für jüdische Geisteskränke, die nach dem 1. Oktober 1940 in Heil- und Pflegeanstalten eingewiesen sind, bzw. jetzt neuerkrankten, lediglich die Jüdische Heil- und Pflegeanstalt S A F N zuständig.
- Eine Erweiterung der Jüdischen Heil- und Pflegeanstalt S A F N für jüdische Geisteskränke durch Aufstellung von Baracken ist in Aussicht genommen, ferner sollen Kränke, die vor dem 1. Oktober 1940 in Heil- und Pflegeanstalten untergebracht waren, nach Möglichkeit in Schwachsinnigen-, Siechen oder Altersheimen der Reichsvereinigung verlegt werden.

gez. Dr. Berliner

REICHSVEREINIGUNG DER JUDE IN DEUTSCHLAND, REICHSCHAFFTAFTSBERG 5
FANKT. ABTE 158

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Berlin, den 2. Februar 1931

Anwesend	Dr. Baack	Vorsteher
	Dr. Sch	
	Dr. Eppstein	
	Hochschel	
	Dr. Hirsch	
	Kozower	
	Dr. Lilienthal	
ehlend	Dr. Goldschmidt	
	Dr. Berliner	
	Brauch	
	Dr. Fuchs	
	Zarnitski	
	Brennstein	
	Lyon	
	Eyerheim	
fehlend	Müritz	

- 1) Der Polizeipräsident Berlin hat auf Veranlassung des Reichsministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten gelegentlich einer Antrittsrede der Jüdischen Gemeinde Berlin beanstandet, dass die Gemeinde nicht als "Jüdische Kultusvereinigung" firmiert. Es wird beschlossen, in Zukunft die Bezeichnung "Jüdische Kultusvereinigung", Jüdische Gemeinde zu Berlin" zu wählen und eine entsprechende Benachrichtigung an den Polizeipräsidenten zu richten.
- 2) Der Entwurf einer Schwestern-Ordnung wird mit unverzüglichen Einschränkungen genehmigt.
- 3) Die von Dr. Eppstein im Auftrag des Vorstandes formulierten Richtlinien für die ausserfachliche Erziehungsarbeit werden mit geringen Änderungen genehmigt. Die vom Vorstand der Reichsvereinigung aufgestellten Erziehungsrichtlinien sollen mit den Unterschriften von Dr. Baack und Dr. Hirsch, unter Hinweis auf den einstimmigen Vorstandserschluss allen Bezirks- und Zweiräumen, sowie den für Erziehungsarbeit zuständigen Stellen (Schulen, Ausbildungsstellen, Erziehungsheimen usw.) zugehen.
- 4) Der von der Reichsvereinigung eingerichtete "Jüdische Lehrkurs" soll am 9. Februar in Neuendorf eröffnet werden. Der Lehrgang wird von Herrn Durchinszky unter Leitung von Fräulein Dr. Unger geleitet und umfasst 49 Teilnehmer. Zur Bezahlung der Lehrkräfte, Bezahlung des Lehrmaterials, für Verpflegung und alle übrigen Spesen wird ein Betrag von RM 7.000,- bewilligt.
- 5) Da mit Kündigungen jüdischer Wohnungen in arischen Häusern in größerem Maße zu rechnen ist, muss der vorhandene Wohnraum noch stärker ausgenutzt werden. Ein Aufsatz im "Jüdischen Nachrichtenblatt" wird die

- jüdische Bevölkerung auf diese Notwendigkeit vorbereitet.
- 6) Es wird beschlossen, Pflegeteller für Hilfssiedlungen im Alter-Siechen- und Kinderheimen ab 11. April 1941 nicht mehr zu bezahlen, sondern nur rechnungsmässig zu erlassen.
- 7) Der Vorstand beschliesst, Schulkindern von 10 - 14 Jahren in den Monaten Februar, März, April und Mai ein Vitamin C-Präparat zu verabfolgen. Grundsätzlich sollen Alten, die auch zur Schulgeldzahlung verpflichtet sind, zur Abgeltung der Selbstkosten die angezogenen Wege zu gehen.
- 8) Der Vorstand nimmt Kenntnis von einem Abschiedsbrief des Herrn Oberstaatsgerichtsrat Dr. Neumeyer, welche, das noch Ärgerthieb angekündigt hat.

gez. Dr. Berliner

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-WAHLHEIMSTRASSE 186

/Dr. Berlin/Klemm/Ek.

Protokollblatt Von Treffen zwischen dem
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und dem R.A., 10.3.1941

Anwesend:

Dr. Cohn
Dr. Esterlin
Engelholz
Dr. Fisch
Graw
Dr. Klemm

Abwesend:

Dr. Seelmann
Dr. Stroh
Dr. von der Leyen
Dr. Fuchs
Kurat
Kremlitz

Ergebnis:

- 1.) Nachdem das Werbeamt Dienstmann aufgehoben wurde, ist ein Teil der Werber, so weit sie nicht vom Arbeitseinsatz beansprucht worden sind, in die Werbeabteilung der Abteilung Wirtschaft übernommen worden.
- 2.) Es wird berichtet, daß in naher Zeit voraussichtlich im größeren Umfang kurzfristige Einlagerungen von jüdischen Mietern in arischen Häusern erfolgen wird. Die Möglichkeit der Unterbringung in jüdischen Häusern wird erörtert. Beschlüsse werden nicht gefasst, da für den höchsten ^{Ort} eine Bewertung des ganzen Frauenkoplexes im Büro des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt ausgestellt worden ist.
- 3.) Im Januar sind insgesamt 700 Visen für USA, und zwar bei der Konsularabteilung Berlin 200, in Stuttgart 355, in Hamburg 25 - 30 erteilt worden. Der Fortgang der USA-Auswanderung wird davon abhängen, wieviel Quotennummern zur Verfügung in Deutschland verbleiben und wieviel Schiffsplätze zur Verfügung stehen werden.
- 4.) Im Arbeitseinsatz stehen bei einer einsatzfähigen jüdischen Bevölkerung von insgesamt 50.200 Personen zurzeit 24.500 Männer und 10.500 Frauen. In der Berufsumschichtung befinden sich rund 2.800 Männer und 1.200 Frauen, in zugelassenen selbständigen Berufen rund 1.500 Männer und 500 Frauen.
- 5.) Es wird berichtet über
 - a) Versteigerung von Lifts und anderem Spediteurgut in München und Hamburg,
 - b) Vorbereitungen zu einem Abtransport von 900 Juden aus Wien.

gep. Dr. Berliner

Anwesend:

Dr. Borchardt, Dr. Berliner

Dr. Borchardt

Dr. Berliner

Dr. Borchardt

Dr. Berliner

Dr. Borchardt

Dr. Berliner

fehlend

Dr. Borchardt

Dr. Berliner

Dr. Borchardt

Dr. Berliner

Dr. Borchardt

Dr. Berliner

Dr. Borchardt

Dr. Berliner

- 1.) Vom Generalsekretariat für die Rechtschafftheit ist vorgeschlagen, daß der Einzug von Juden aus sozialen Häusern für instanzienrechtlichen, die aus außervertraglichen und widervertraglichen Beziehungen entstanden sind, die jüdische Gemeinde zu bestimmt. Die Verantwortlichkeit von Richterinnen, insbesondere über die Kompetenz der Polizeiabteilung und des Sozialen Dienstes der Berlin soll im Wege eines Moratoriums erledigt.
- 2.) Für die berufliche Tätigkeit von Personaleinschränkungen werden auf dem Gebiet der Fürsorgeeinrichtungen für Heimjugendhilfe überprüft; für das Gebiet der Schule ist durch Aufstellung von Lehrerschulen, Zusammensetzung von Klassen und Vermehrung der Studentenschaft von bisher nicht vollbeschäftigten Lehrern ein weiterer Personalaufbau vorgesehen. Die Ausbildung von Lehren in der allgemeinen Verwaltung wird in Zusammenarbeit mit den jüdischen Kultusvereinigungen nochmals durchgeprüft. Es soll versucht werden, eine berufliche Genehmigung für die Einführung von Pflichtarbeit für Wohlfahrtsunterstitute zu erhalten.
- 3.) Für den Jugendlichen für vorgesehene Pflichtfortbildungskontakt soll der Mittwoch vormittag (die Zeit von 7-10 für 6 Kurstanlagen) festgesetzt werden. Der Sonntag Vormittag ist für den freiwilligen Besuch von Veranstaltungen, die der Fortbildung dienen, vorgesehen.
- 4.) In der Zeit vom 10.1. - 18.2. sind gegen 700 USA-Vissen erteilt worden.
- 5.) Die Infektionsabteilung im Jüdischen Krankenhaus Berlin, die in den letzten Jahren als Siechenheim diente, muß für den ursprünglich gedachten Zweck zum 15.3.40 freigemacht werden, da 60 jüdische Hospitalitäten, die noch im städtischen Heimen untergebracht waren sind, auf Anordnung des Hauptstaatsanwaltes bis Ende Februar in jüdische Heime verlegt werden müssen, werden gegebenenfalls auch auswärtige Siechenhäuser, die infolge von Zuzugbeschränkung zurzeit nicht voll belegt werden können, nach Eingeholung der behördlichen Einwilligung für die Unterbringung von jüdischen Siechen aus Berlin in Anspruch nehmen werden müssen.

gez. Dr. Berliner

W. Hirsch

41/27

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, den 13.3.

Anwesende:

Dr. Baeck - als Vorsitzender

Dr. Oppenheim

Dr. Lipstein

Hirschel

Kozower

Dr. Silenthal

Dr. Hirsch

Dr. Mandl

Brack

Dr. Fried

Reiss

Kurzinski

Löwenstein

Wolff

Meyerheim

- 1.) Ein monatliches Schulgeld von 10,- Mark sollen im Zukunft auch zu zahlen, durch Jahresbeitrag zur Reichsvereinigung weniger als 10,- Mark betragt; schulgeldfrei bleiben lediglich Wohlfahrtsheimflüchtige. Ein Schulgeldpflichtige, der für sein gleichen Zeitraum Schulgeld für mehr als ein Kind zu zahlen hat, erhält Bezahlung des Schulgeldes für das zweite Kind auf die Hälfte, für das dritte Kind auf ein Viertel, für das vierte und jedes weitere Kind Befreiung von der Schulgeldzahlung. Das Schulgeld für sehr reiche Eltern soll als Beitrag zur Reichsvereinigung nicht abgestiegen.
- 2.) Dr. Hirsch wird während seiner Abwesenheit in die Abteilung Wiederherstellung sowie bei Verhandlungen bei der Behörde durch Dr. Lipstein, im vorigen durch Dr. Silenthal vertreten.
- 3.) Die Ausstellung AWOBI wird mit einer musikalischen Feier, bei der Ansprachen von Dr. Baeck und Dr. Lipstein gehalten wurden, am Montag, den 21. April 1933 eröffnet.
- 4.) Nach Darlegungen von Herrn Meyerheim wird beschlossen, die Einnahmen der Reichsvereinigung zu bestreiten durch ein Zwangsmotopier durch Steuererhebung der freiwilligen Mittelaufbringung zu vermehren. Bei den Beitragserhebungsstellen sollen Anhaltpunkte über die Vermögenslage der Gemeindemitglieder erbeten werden; Messagenten und Vermögensverwalter sind für die Aufbringung von Spenden im Kreise ihrer Kunden verpflichtet. Eine zeitliche und gegebenenfalls auch personelle Abstimmung der verschiedenen Sammlungen muß erfolgen.

- 2 -
- 6.) Für eine Vorlage ist Anerkennung bzw. Neuerhebung von Leistungsbefreiungen seit der Aufsichtsbeschränkung (Besteuerungsverordnung) zu erwirken.
- 7.) Die für den Zugang der Wehrmacht eingetragenen leiteten Stellen sind einzeln überprüft und sollen fortgesetzt werden.
- 7.) Die Verteilung von Flüchtlingen zwischen Altmärkten, Ostmark und Protektorat soll nach folgenden Schritten erfolgen:

Altmärkte	5	1	1
Ostmark	1	1	1
Protektorat	10	5	5

Es wird berichtet über:

- a) Umsiedlung der jüdischen Bevölkerung in den Kreis Erkulin und die Kreise Rostock/Rügenland,
- b) die Heranziehung jüdischer Raum als Stützpunkte zum Straßenbau (Arbeitsseinsatz),
- c) eine Rücksprache im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Kinder von schwierigen höheren Schulen sollen nicht, wie geplant, die höhere Schule in Berlin besuchen, können jedoch in ihrem Heimatort inden privat für die Reifeprüfung durch besondere Vorbereitung vorbereitet werden. Die Prüfung selbst muß dann in Berlin erfolgen. Noch nicht geklärt ist die Frage, wie bei der gebotenen Personaleinschränkung der technische Unterricht hierfür (Turnen, Zeichnen, Handarbeit) fortgeführt werden kann.

Duz. Dr. Berliner

1/Dr. Berg/Karm/11.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Sonntag, 2. 3. 1941

Anwesend Dr. Bialik als Vorsitzender

Dr. Jenny
Dr. Goldstein
Lindner
Dr. Hirsch
Kossover
Dr. Willenthal
Dr. Bergmann
Dr. Berliner
Brusell
Dr. Fuchs
Birst
Karczinski
Leibenstein
Lyon
Meyerheim

fehlend:

- 1.) Eine neue Gehälter-Ordnung wird beschlossen und den Mitgliedern des Vorstandes überwandt werden. Über den Abbau der Gehälter hinaus sollen Einsparungen erzielt werden:
- a) Durch Abbau von 1.400 Angestellten (500 sind bereits im Sommer 1940 abgebaut, weitere 700 sollen zum Abbau kommen) = 2 - 2.500.000.--
 - b) Kürzung der Ausgaben der Abteilung Wunderung im Vergleich mit dem eingerätschten Vorschlag (durch Fortfall der Reichsmarkbeträge für den Ostweg) = 250.000.--
 - c) Durch Kürzung der Ausgaben in der Abteilung Berufsumschichtung durch Abbau von Angestellten in Umschichtungsbetrieben und Einstellen von Subventionen an sog. "unrechte" Kurse (Entflecken, Putz, Kosmetik usw.) = 40.000.--
 - d) Durch Kürzung der Ausgaben der Abteilung Fürsorge, und zwar durch Herabsetzung des Verpflegungssatzes von 90 Pf. auf 75 Pf. pro Tag in den Heimen und Anstalten in der Gesundheitsfürsorge = 360.000.--
durch Wegfall von Pflegekosten für nervenkranken Juden in allg. Heilstätten = 40.000.--
durch Wegfall von Pflegekosten für nervenkranken Juden in allg. Heilstätten = 100.000.--

- 2.) Von einer Tagung der Betriebsleiter-Konferenz soll Abstand genommen werden, hingegen sollen die Vorträge der Fortbildungsförderer seit vom 2. bis 4. März 1933 nach Berlin zu einer Fortbildungskonferenz kommen.
- 3.) In den Erziehungs-Richtlinien der Reichsversammlung soll das Wort "Missionsauswanderung" durch "GRUPPEN-MIGRATION" ersetzt werden.
- 4.) Im Pflichterbildungsunterricht für Jugendliche sind an außerfachlichen Unterricht sechs Wochen zu vergeben, und zwar:
 - 3 Stunden Judentumskunde incl. Hebräisch
 - 2 Stunden Geographie als Auslandskunde
 - 1 Stunde LebenskundeUnterricht in einer Freundsprache (Englisch, Spanisch) soll facultativ sein. Eine Fortbildung in den Förderaufgaben soll im Rahmen des Fachunterrichtes stattfinden. Als Unterrichtstage sind zunächst ein Schultag-Vorlesungstag in einem Monat und am darauffolgenden Schultag Seminar- und Lehrtag nicht der Verfügung gestellt werden, ebenso wie über die Fachlehrer eine Verkürzung der praktischen Ausbildung für amüslichen Zeitraum.
- 5.) Das Schriftdienstamt der Reichsversammlung ist in Zukunft von der Abteilungsleiterin, Frau F. F. S., übernommen zu sein.
Das Oberauftragsamt in der Sitzung der Kultusvereinigung Berlin hat das Sozialdezernat zu ernannt Dr. Conrad Israel C o n r a d - überführt worden.
- 6.) Der Beschluss, allen jüdischen Schulkindern zwischen 10 und 14 Jahren Gebion zu verweigern, wird revidiert. künftige Anträge der Jüdischen Kultusvereinigungen sollen daher abgelehnt werden.

zu Dr. Berliner

I/Dr.Berl/K1.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Mittwoch, 26.3.31

Anwesend:

Dr. Baeck als Vorsitzender

Dr. Cohn

Dr. Eppstein

Henschel

Dr. Hirsch

Kozover

Dr. Lilienthal

fehlend

Dr. Seligsohn

Dr. Berliner

Brasch

Dr. Fuchs

Fritz

Kirnitski

Lewenstein

Lyon

Syberheim

Es wird über die gelegentlich des Besuches der Vertreter des Reichssicherheitshauptamtes und der Stadtpolizeileitstelle Berlin in der
Wanderungsabteilung der Reichsvereinigung, Artilleriestr. 31
Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums, Artilleriestr. 14
Zentrale Kantstrasse 158

ergangenen Weisungen berichtet und deren Durchführung besprochen.

gez. Dr. Berliner

1/-/147

- 1.) Den zum 31. März 1941 aussortierten Juden der Reichsverwaltung soll zum Ausgleich entschädigt werden. Die Entschädigung ist in Abrechnungsbildern im Hause des Befehlshabers der Wehrmacht in Berlin-Schönholz und im jetzigen Arbeitszyndikat zu vertheilen.
- 2.) Die verfassungssichere Ausgabe einer späteren Verordnung bis einschließlich Propaganda vom 15. bis 31. April 1941 auszuführen.
- 3.) Von Reichssicherheitsministerium aufgefordert werden, die Reichskommissur für innen, insbesondere jüdische Juden, - so weit 17 kleine Städte die Verwaltung übernommen haben. Die Übertragung der Juden sind durch alle Bezirksstellen zu verwalten. Kostenverrechnungen für den Kommissar können nicht bis zum 10. jeden Monats, erst möglichst 10. April 1941, durch die Reichsverwaltung beim Reichssicherheitsministerium einzureichen. Die genannten Beträge sind den 17 Gemeinden und Bezirksstellen freizugeben. Die Verschreibung der 17 Gemeinden sollen zur Erörterung der mit dieser Umorganisation verbundenen Fragen nach Berlin bestellt werden; die Organisationsform dieser Gemeinden ist der der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin anzugeleichen.
- 4.) Die eingereichte Beitragserhebung ist endgültig abzulegen worden.
- 5.) Die Beliegung der jüdischen Heil- und Pflegestiftung SAYL mit Gesunden, im Orte Bendorf-Sayn wohnhaften Juden soll im Interesse der Ausnutzung aller Anstaltsplätze für die Unterbringung von Kriegsinvaliden und das erforderliche Personal abgelehnt werden.
- 6.) Es wird berichtet über den Auftrag, für die Reorganisation des Ghettos in Litzmannstadt 6 geeignete ledige Männer zu benennen. Unter den Vorgeschlagenen befindet sich neben wirtschaftlich und organisatorisch erfahrenen Persönlichkeiten ein Krankenbehälter.

gez. Dr. Berliner

I/Dr.Berl/Karm/Al.

Protokoll der Versammlung der
Reichsvereinigung der Juden in Berlin vom Montag, den 16.3.1941

Anwesend:

Dr. Bauer als Vorsitzender

Dr. Cahn

Dr. Estermann

Hirschfeld

Korngold

Dr. Lichtenstein

Rehrlend

Dr. Mischel

Dr. Neumann

Erlich

Dr. Pausch

Furth

Goldschmid

Leiberman

Lyon

Seydel

- 1.) Eine Übergangssozialhilfe für die ausgeschlossenen Mitarbeiter der Reichsvereinigung wird nicht genehmigt. Besondersen Berufsausbildung im Beihilfentrich für sozialrisiken Richtmaßnahmen erfolgen.
- 2.) Die Eingliederung der Arbeitnehmer beruht vorwiegend auf Palatin-Amt und der Jüdischen Jugendhilfe e.V. in der Berufsvorbereitung, Amt für Berufsausbildung wird innerer wie Dr. Estermann vorgeschlagen. Er ist mit. Die Sachbearbeiter beider Stellen werden im Rahmen der Reichsvereinigung und im Vereinigungsamt mit den allgemeinen Errichtungsrichtlinien der Reichsvereinigung die zionistische Erziehung und Schulung der jüdischen sozialen Fraktionen in den Ausbildungsstätten, die sich bisher ihrer Betreuung unterstanden, übernehmen.
- 3.) Am 16.3.41 fand für die Leiter der Lehrwerkstätten -7 während Berlins- und die dieses Gebiet betreuenden Sachbearbeiter der Jüdischen Kultusvereinigungen eine Arbeitsbesprechung in Berlin statt. Die Arbeitsbesprechung hat zur Annahme folgender Richtlinien geführt:
- Zur Umschichtung werden in Zukunft nur nichtarbeits-einsatzfähige Personen zugelassen.
 - Die bereits in Berufsumschichtung befindlichen Personen sollen nach einjähriger Dauer ihrer Umschichtung dem Arbeitseinsatz zugeführt werden.
 - Für die Erstausbildung soll die Ausbildung in Landwirtschaft 3 Jahre, die handwerkliche Ausbildung 2 Jahre betragen. Mädchen haben vor jeder handwerklichen Ausbildung ein Haus- bzw. landwirtschaftliches Jahr abzulegen. Die landwirtschaftliche Ausbildung wird vorrangigweise im Heimen erlernt. Mädchen mit guten hauswirtschaftlichen Vorkenntnissen können gegebenenfalls nach einem halben Jahr in die handwerkliche Ausbildung überführt werden. Die praktische Ausbildung auf landwirtschaftlichen, handwerklichen und hauswirtschaftlichen Gebiet wird durch theoretische Pflichtfortbildungsstunden (fachliche und ausserfachliche Fächer) ergänzt.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLottenburg, KANTSTRASSE

Dr. H. L. Kroll

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 21.3.1938

Anwesend:

Dr. Blaick als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Koroway
Dr. Lilienthal

Fehlende:

Dr. Fisch
Döllerlina
Brasch
Dr. Fuchs
Furst
Kirmiszi
Loewenstein
Lyon
Meyerheim

Die durch die Auflösung der Abteilung Wanderfürsorge der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin notwendige Abgrenzung zwischen Abteilung und und der Wohlfahrtsstelle der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin wird mit den Vorschlägen der Herrn Löwenstein und Dr. Umn angenommen.

- 2.) Auf den Kreisen der Wohlfahrtsunterstützten, die, soweit sie arbeitsfähig sind, bereits dem Arbeitseinsatz zur Verfügung gestellt werden sind, werden nur wenige für Wohlfahrts-Pflichtarbeit in Frage kommen. Es wird jedoch beschlossen, Jugendliche, die an Bildtagskursen (insbesondere Schneiderei und Putz) teilnehmen, auch soweit die Selbstzähler sind, halbtätig zur Wohlfahrts-Pflichtarbeit einzusetzen.
- 3.) Der Zusatz-Sich-Etat für die Unterabteilung "BERUFUNG IN DAS BERUFSAUSBILDUNG" (Eingliederung der Berufsvorbereitung des Palästina-Anteils und der Jugendhilfe e.V.) wird mit monatlich Mark 1.000,- abgelehnt.
- 4.) Die Abteilung Weizenberg, die sich bisher vorwiegend mit der Bearbeitung der Auswanderung von Ausweisungs- und H. tfällen befasst hat, soll aus Gründen verwaltungstechnischer Vereinigung künftig die Bearbeitung aller einschlägigen Fälle zusammenfassen und den entsprechenden Briefwechsel führen mit Ausnahme einer entsprechenden Anwendung der Arbeitsverteilung, die für die Regelung der Wanderfürsorge mit der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin (Siehe Punkt 1) getroffen ist. Umschulungsberechtigungen können nur noch ausnahmsweise erteilt werden, da die verfügbaren Ausbildungsplätze in erster Linie Schulentlassenen zur Verfügung gestellt werden müssen. Über die Ausstellung von Berechtigungen in diesen Ausnahmefällen entscheidet, wie bisher, die Abteilung Berufsausbildung.

In den Fällen, in denen eine Auswanderung in absehbarer Zeit nicht ermöglicht werden kann, soll versucht werden, die betreffenden Personen für den Arbeitseinsatz zu beantragen. Eine Entscheidung über die Bearbeitung von Arbeitseinsatzanträgen bleibt vorbehalten.

- 5.) Frau Dr. Schröder berichtet, dass die Gewerkschaften, insbesondere
Verteilung der festen Schiffslizenzen, auf die Befreiung von den
und den öffentlichen Ausläufen am April 1933 keinen Einfluss auf die Verteilung
der veränderten Ausläufe haben. Es kann daher keine Verantwortung für die Ausläufe folgen, solange nicht besondere Maßnahmen ergriffen werden, die Berücksichtigung der
Rücksicht unverzerrt. Ebenso ist die Gewerkschaften auf die Befreiung von den
Fällen abgesehen, bei dem Verteilung nach bestimmt werden, weil
die vorliegenden Angaben nicht eindeutig sind, um die Verteilung vor
Gewerkschaft zu sich trennen, die die Gewerkschaften in Anlegern Wahrnehmung
enthalten haben. Auch für die Gewerkschaften ist eine Verteilung möglich, wenn sie
können, trotzdem sie mit Rücksicht auf ihre Gewerkschaften nicht vorgenommen
sind, andere Richtlinien erstellt werden können, wenn mehr Säcke
platt zur Verfügung stehen.

6.) Unterschiede Auswirkungen sollen in Zukunft durchaus auch frühe Wer-
fahrtstraße darauf hinweisen werden, ob es Verhandlungsgegenstände
(insbesondere Kündigungssätze) zur Verfügung stehen kann.

7.) Es wird prinzipiell beschlossen, die Verträge mit Chipp-Arten und
einer Krankenkasse in der Weise anzupassen, dass die Familie eines
Pflege- oder die Einnahmen von privater Seite nach der jüdischen Kultus-
vereinigung zugute kommen. Eine endgültige Fassung dieser Verträge
bleibt vorbehalten.

8.) Es wird beschlossen, bei dem es sich lediglich bleibt nach jüdischen kultus-
vereinigungen und Bezirksstellen Schließungsstellen-einrichten, ohne
dass dadurch besoldete Stellen geschafft werden.

9.) Jugendliche, die in der Berufsausbildung stehen, sollen zunächst nur ein
Mit im Jahre Urlaub erhalten. Es ist zu untersagen einsetzen, das
dieser Urlaub in die Pessachzeit eindringt.

10.) Für den Ersatz von Kleidungsmaterial, das bei dem Brand in der Lippische
Paderborn vernichtet wurden, wobei eine Verwendung der erzielten Be-
zugsschäfte Rund 4.000,- bis 5.000,- Dm. Die Summe wird genugtigt.

11.) Es wird berichtet über

 - den Verlauf der Kündigungs-Aktion jüdischer Wohnungen in Berlin.
 - den Beschluss, die höheren Schulen mit Ausnahme der höheren
Schule in Berlin aufzulösen. Falls die Möglichkeit einer Unterbringung besteht, sollen je 10 der begabtesten Kinder aus
den höheren Schulen Breslau, Frankfurt/Main, Hamburg und Köln
zum Schulbesuch nach Berlin überführt werden.
 - den Bescheid, das Polizeipräsidenten Berlin im Einverständnis
mit dem Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten, dass
die Berliner Jüdische Gemeinde sich in Zukunft nur

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin

nennen darf.

I-/-173

gez. Dr. Berliner

Antrag auf Erlass eines Beschlusses

Dr. J. Schröder
Dr. L. Arndt
Dr. H. J. Kühn
Dr. H. W. Lüttich
Dr. H. Röder
Dr. H. Schmid
Dr. H. Stach
Dr. H. W. Tietz
Dr. H. W. Völker
Dr. H. W. Wiegand
Dr. H. W. Wiegand

1.) Der Jugendliche, der nach einer geistlichen Ausbildung eine Berufsausbildung erfordert, kann bei der Betreuung und Förderungseinrichtung in der Regel nicht beschäftigt werden.

2.) Im Zusammenhang mit den Einsparungsmaßnahmen wird nach Vortrag von Dr. Egon Böhm die folgende Maßnahme der Berufsausbildung vorgeschlagen. Der Jugendliche ist im Berufsleben vorgelehrte Fachlinien. Hierzu soll sich die Berufsschule auf die speziell auf Jugendliche ausgerichteten Ausbildungsgänge konzentrieren. In denen Kreisgruppen wird nur noch in einschlägigen Fächern gelehrt, in denen Kreisgruppen wird im Berufsleben vorgeschlagen. So während der Berufsausbildung, die in einem nachwirkenden Ausbildungswert besteht, soll der Erwerb erwünschter Arbeitsfertigkeiten leichter werden.

Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitseinsatz in den landwirtschaftlichen Ausbildungsstätten,

Produktivarbeit in den Umsektionierungswerkstätten,

praktische Mitarbeit der Heimschülerinnen während der wirtschaftlichen Ausbildung und der Ausbildung zu pflanzlichen Berufen in den jugendlichen Fürsorgeeinrichtungen.

Nach erfolgter Ausbildung sollen die Praktikantinnen Möglichkeit im Arbeitseinsatz zur Verfügung gestellt werden. Für die Jugendlichen im Arbeitseinsatz wird vor die bereits besprochene Berufsschule hingegen die unschichtige Freistellung der Jugendlichen zu einem ganzheitlichen Fortbildungsunterricht erwogen. Ein Beschluß hierüber wird jedoch hinausgeschoben.

gez. Dr. Böllner

V. KULTUSWESEN:

1.) Beerdigungsabgaben:

Widmungen bisher erlegten Beerdigungsgebühren sollen zunächst bis zu 1/3 des in der letzten Vermögensverteilung festgestellten Vermögens abgenommen werden.

b) Leichen sollten in denjenigen Orten, in denen die höheren Gebühren nicht die Durchschnittsgebühr überschreiten, deren entsprechende Erhöhung vermieden werden. Höhere Beerdigungsgebühren von Ausländern sollen in Zukunft nicht erhoben werden, wenn es sich um Personen handelt, die am Orte gestorben sind, oder bei denen der Wohnort keine Beisetzungsmöglichkeit besteht.

2.) Gottesdienstliche Funktionen:

Es soll vorausgesetzt werden, daß die Trauungsgebühren nicht weniger als RMark 75,-- bis 150,-- betragen.

VI. VERWALTUNG

1.) Für die Ausstellung von Unwesenheitsbescheinigungen vor Auswandererabgabe in denjenigen Fällen, in denen eine Auswandererabgabe nicht zu zahlen ist, soll eine Gebühr von RMark 1,-- neu erhoben werden. Für Bescheinigungen, durch die die Gültigkeit von Auswandererabgabebescheinigungen verlängert wird, ist vorgesehen, Gebühren von RMark 0,50 bis 10,-- zu erheben.

2.) Für die Ausstellung von Bescheinigungen über die Mitgliedschaft in der Reichsvereinigung oder der Kultusvereinigung soll eine Gebühr von RMark 1,-- erhoben werden.

3.) Wo Schlichtungsstellen bestehen, sollen bei deren Inanspruchnahme mindestens RMark 2,-- erhoben werden. Die Erhebung eines höheren Betrages in besonderen Fällen soll dabei vorbehalten bleiben.

4.) Für Inanspruchnahme der Wohnungserstattungsstelle sollen Gebühren von RMark 0,20 bis 2,-- erhoben werden.

Es wird in Aussicht genommen, von Nichtmitgliedern der Reichsvereinigung als Ausgleich dafür, daß sie keine ordentlichen Beiträge entrichten, höhere Gebühren zu fordern.

5.) Anträge auf Grundstücksverkäufe sollen künftig vor Abschluß des vorbereiteten Vertrages der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden.

6.) Von den Juden aus Baden und der Pfalz ist die nachträgliche Erhebung einer Auswandererabgabe nicht genehmigt worden.

III. PFLEGE

- 1.) Alters- und Siegenerhalt: Es soll eine Aufnahmegerühr von RMark 5.00.-- nach eingeholt und das laufende Pflegegeld auf RMark 150.-- bzw. 180.-- erhöht werden.
- 2.) Kinderheim: Das Pflegegeld soll auf RMark 75.-- monatlich erhöht werden.
- 3.) Sonderheime:
 - a) Das Pflegegeld in der Blindenanstalt soll auf RMark 180.-- monatlich erhöht werden.
 - b) Das Pflegegeld in dem Lungenheim für Schwerkranken in Berlin-Weddersdorf ebenfalls.
 - c) In dem Altenheim soll das Pflegegeld in der Abteilung für alte Leute auf RMark 180.--, in der Schulkinderabteilung auf RMark 70.-- (einschließlich Schulgeld) festgesetzt werden.
 - d) In dem Erziehungsheim für schwachsinnige Kinder in Berlin soll das Pflegegeld (einschließlich Schulgeld) auf RMark 90.-- erhöht werden.
- 4.) Krankenhäuser: Die Tagessätze für Patienten 1. und 2. Klasse sollen auf die von dem Oberfinanzpräsidenten feststellt erblich zugelassenen Höchstsätze heraufgesetzt werden.
- 5.) Einrichtungen der halboffenen Fürsorge: In den Kindergarten und Kindermotteln, in welche grundsätzlich nur Kinder aufgenommen werden, deren beide Elterntalle in Arbeit stehen, sollen auch dort, wo die Gebühren bisher niedriger waren, RMark 3.-- wesentlich erhoben werden. Wenn ausnahmsweise Plätze auch für Kinder verfügbar sind, die ihren Eltern nicht in Arbeit stehen, soll eine erhöhte Gebühr von RMark 5.-- wesentlich erhoben werden.
- 6.) Kleiderkammern: Für Anträge sollen künftig Gebühren zwischen RM 0.20 und 2.-- erheben werden.

IV. AUSWANDERUNG

- 1.) Für die Absendung von Telegrammen im Auswanderungsangelegenheiten soll eine Gebühr von RMark 5.-- erhoben werden.
- 2.) Bei Inanspruchnahme der Auswandererstellen der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin soll eine Gebühr von 3%o des Vermögens erhoben werden, mindestens aber RMark 3.--.
Sowit in anderen Kultusvereinigungen entsprechende Einrichtungen bestehen, soll die Erhebung derselben Gebühr verankert werden.

1. für die Weiterführung der Schule hier nichtmosaischen Juden soll zunächst eine Rücksprache im Erziehungministerium durch Frau Fürst stattfinden. Eine Weiterführung der Schule spricht dem Vorstand der Reichsvereinigung nur möglich, wenn der Reichsvereinigung dadurch keine Kosten entstehen, und wenn die Schule unmittelbar der Aufsicht des Reichserziehungsministers unterstellt wird.

2. behördlicher Anordnung ist das Pädagogium aufzulösen. Von den vier Lehrern noch verbliebenen steht Stern (3 J. Geschäftsräte, 1 Sekretärin) direkt von der Reichsvereinigung übernommen werden. Da ein besonderer Bedarf an technischen Kräften besteht, wird auf einen Buchhalter verzichtet werden müssen.

uz. Dr. Berliner

VEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, ANTSSTRASSE 158

I/Krm/Kl.-II/-233

Protokoll für Vorstandssitzung der
Jüdischen Kultusvereinigung Berlin, Montag, 5.5.1941

Anwesend: Dr. Block - als Vorsitzender
Dr. Ullmann
Dr. Egonmann
Hausfeld
Kosover
Dr. Hillebrand
Dr. Hirsch
Dr. Spiegelman
Fuchs
Lindner
Leibovici
Löwenstein
Meyer
Schiff
Schlesinger
Schwartz
Stern
Taubenberger
Vogel
Wolff

Fehlend:

Heiland

Brauch

1. Der infolge der Einlösung von jüdischen Wohnungen in der Wohnungsbau-
tungsgesellschaft der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin entstehende Personalbedarf
soll durch Möglichkeit durch die Jüdische Kultusvereinigung selbst gedeckt
werden. 10 Beschäftigte sind von der Arbeitsmarktänderung ("W") zur Verfü-
gung gestellt worden.
- Die vor der Abteilung erörterten geplanten Sammlaktionen sollen statt "Marie" -
"JUDISCHER KWV" genannt werden. Die vorgelagerte Richtlinien für die Be-
treuung der Spendenwerken sowie t. die Sammlung soll am 25. Mai 1941
mit einer Kundgebung eröffnet werden.
- Die laufenden Sammlungen und Würdeverträge sollen durch intensivere
Werbung im Nachrichtenblatt unterstützt werden.
- In den Statutarjüdischen Vereinigungen auf die beträchtlich vermehrte Anzahl Summe
zu berücksichtigen, müssen sowohl auf dem Gebiet der Berufsausbildung und Schule als
auch vor allem auf dem Gebiet der Fürsorge neue Einsparungen durchgeführt
werden. Der Anteil der Jüdischen Wirtschaft soll künftig teilweise auf den
ordentlichen Fürsorge-Etat übernommen werden.
- Die Eintragung der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin ist im Amtsregister
erfolgt.

ez. Dr. Berliner

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-SCHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 150

I/Dr.Karm./Kl.
41/-/304

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 12. 6. 1941

Anwesend:

Dr. Rueck als Vorsitzender
Dr. John
Dr. Epstein
Henschel
Kosover
Dr. Lilienthal

Fehlend:

Dr. Berliner
Erlich
Dr. Fuchs
Flinst
Koraminski
Lowenstein
Lyon
Meyerheim

- 1.) Hinsichtlich der Gewinnung von ehrenamtlichen Mitarbeitern wird die Jüdische Kultusvereinigung Berlin gebeten, zunächst einen Plan für die Werbung ehrenamtlicher Mitarbeiter aufzustellen, der dann mit entsprechenden Änderungen auch die Grundlage für gleiche Maßnahmen außerhalb Berlins sein soll.
- 2.) Die Gehalts-Ordnung ist genehmigt worden. Sie tritt am 1. Juni 1941 in Kraft. Den Kultusvereinigungen und Bezirksstellen ist mitgeteilt worden, daß die Einstufungsvorschläge für die Gruppen 1 - 4 der vorherigen Genehmigung der Reichsvereinigung bedürfen; die Sondler, die die Gruppen 5 - 7 betreffen, können zunächst ausgeschaut werden, bedürfen aber zur endgültigen Bestätigung ebenfalls der Genehmigung der Reichsvereinigung.
- 3.) Der für Juni eingereichte Ausgabenvorschlag der Reichsvereinigung ist um Rund 500.000.-- gekürzt worden, und zwar sind die Kürzungen, die in den verschiedenen Abteilungen der Reichsvereinigung erfolgen sollen, behördlich festgesetzt worden.

gez. Dr. Berliner

St

REICHSVEREINIGUNG DER JUDE, IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

I/Dr.Ei/Kl.
41/45

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland Montag, 16.3.41

Anwesend: Dr. Baack - als Vorsitzender

Dr. Cohn

Dr. Eggstein

Henschel

Kozover

Dr. Billmann

fehlend: Dr. Hirsch

Dr. Berliner

Frisch

Dr. Fuchs

Kurst

Juranski

Löwenstein

Lyon

Meyrheim

Mit Rücksicht hierauf, daß die starke Erhöhung der Kultusausgaben zur äußersten Einschränkung sowohl auf dem Gebiet des Beerdigungswesens wie bei der Veranstaltung von Gottesdiensten zwingt, wird folgendes beschlossen:

1.) Ausgaben der Reichsvereinigung und der Kultusvereinigungen für den Kultus können nur insoweit erfolgen, als das Beerdigungswesen von dem für die Gesamt-Kultus-Ausgaben festgesetzten Betrage etwas frei läßt. Im Beerdigungswesen ist auf äußerste Sparsamkeit hinzuwirken.

Soweit Beträge für den Gottesdienst nicht frei bleiben, soll im ersten Linie versucht werden, die Gottesdienste mit den anderen aufgabengebunden regulär beschäftigten Funktionären aufrecht zu erhalten. Sowit das nicht möglich ist, ist die Aufrichterhaltung der Gottesdienste nur dadurch möglich, daß die erforderlichen Mittel von Privaten aufgebracht werden.

Die Aufrichterhaltung der Mikwoth muß entsprechend ohne Verwendung von Mitteln der Reichsvereinigung oder der Kultusvereinigungen erfolgen.

2.) Hinsichtlich des Beerdigungswesens wird folgendes beschlossen:

a) Allgemein soll in der Pflege der Friedhöfe nur das zur ordnungsgemäßen Instandhaltung Notwendige geschehen. Auf Ausschmückungen durch die Kultusvereinigungen selbst muß, soweit keine vertraglichen Verpflichtungen vorliegen, verzichtet werden.

- c) In kleinen Landwirtschaften, in den wiedergängen nur noch selten stattfinden, deren Friedhofsmöglichkeiten nicht vorhanden sind. Sowohl diese als Gemeindemitglieder, -besonders in ländlichen Gegenden- als Friedhofswilige und Landhalter können, muß die Verwaltung aufgenommen werden.
- c) In kleineren und mittleren Siedlungsverbänden soll versucht werden, die Friedhofsfürsorge, gegebenenfalls auch das Beerdigungsrecht, auf privater oder öffentlicher Grundlage zu stellen, jedoch nur dann, wenn die Friedhofsverwaltung einen Zusatz erfordert ist.

Dr. Billonthal

REICHSVEREINIGUNG DER JÜDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-ZEHENBERG, GANTZSTRASSE 158

I/Burm/Zl.
41/-/ 340

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, 28. Mai 1941

Anwesend:

Dr. Baeck - als Vorsitzender
Dr. Conn ..
Dr. Eppstein ..
Hensel ..
Konoover ..
Dr. Liebenthal ..

Fehlend:

Dr. Berliner ..
Dr. Fuchs ..
Fürst ..
Karafuski ..
Loewenstein ..
Lyon ..
Meyerheim ..

- 1.) Der Werbeaufruf für ehrenamtliche Mitarbeiter im "Jüdischen Nachrichtenblatt" soll konkrete Angaben über die Gebiete, auf denen ehrenamtliche Mitarbeiter benötigt wird, enthalten.
- 2.) Es wird beschlossen, Zahlungen von Reichsvereinigungsstellen untereinander, d.h. also auch von Kultusvereinigungen untereinander in Zukunft nicht mehr vornehmen zu lassen.
- 3.) Die blauen Büchsen, die der RVD verwandt hat, sollen zwar nicht neu verteilt werden, aber im Rahmen der bisherigen Verteilung weiter benutzt werden. Besondere Feiertagszettel an den KVD sollen jedoch in Zukunft unterbleiben. Es soll versucht werden, die Ergebnisse der Büchsen am Anfang der Berufsausbildung einzuführen.
- 4.) Die Festsetzung der Mittel für Berufsausbildung auf R.Mk 18.100.-- im Monat Juni (anstatt 181.000.--) zwingt zu einer völligen Umstellung auf dieses Gebiet. Lehrwerkstätten können nur weitergeführt werden, wenn sie sich völlig ohne Zuschüsse durch Zahlungen der Selbstzahler und Übernahme von Aufträgen erhalten. Die landwirtschaftlichen Betriebe müssen aufgelöst, einige wenige können auf Einsatzbetriebe umgestellt werden. Für die Verwaltung dieser Einsatzbetriebe verbleiben in der Abteilung Berufsausbildung der Zentrale die Herren Dr. SCHONFELD, ALTMAN, SELIGER. Die weibliche Berufsausbildung kann nur zur Heranbildung eines Nachwuchses der für die Fürsorgeeinrichtungen benötigten pflegerischen und hauswirtschaftlichen Kräfte weitergeführt werden.

Das Arbeitsheim und die Kasse geht ab 1. Juli 1941 in die Verwaltung der Abteilung FÜRSTENBERG über.

- 5.) Die Übernahme des Herrn Kurt Israel ROSENBERG und der Frau KIRSCHBAUM vom Palastina-Amt ist genehmigt worden. Herr Rosenberg wird zunächst der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin zur Verfügung gestellt.
- 6.) Von den Mitarbeitern der Zentrale der Reichskultusvereinigung einschließlich der Abteilung Wanderrung sind eingestuft worden:

in Gehaltsgruppe 1	=	5 Personen
" " "	=	3 "
" " "	=	14 "
" " "	=	79 "
" " "	=	139 "
" " "	=	9 "
" " "	=	9 "

Die Jüdische Kultusvereinigung Berlin hat 3 Personen in Gruppe 1 und 92 Personen in Gruppe 2 eingestuft.

- 7.) Die für das Altrau-Passageverfahren eingesetzte neue Tabelle ist mit sofortiger Wirkung genehmigt worden. Die neue Regelung erstreckt sich jedoch nur auf Passagegelder, nicht auf Gepäckkosten und Vorzeigegelder.
- 8.) Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung der Bahntransporte nach LISSABON infolge des eingeschränkten Zugverkehrs ergeben hätten, konnten behoben werden. Neue Transporte werden nur unter der Voraussetzung genehmigt, daß jüdische Auswanderer aus LUXEMBURG gleichzeitig in einer Anzahl von 10% der jeweiligen Gesamtzahl der Transportteilnehmer zur Auswanderung gebracht werden.

Gez. Dr. Berliner

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND
Berlin-Charlottenburg, den 16. Mai 1.41
Kantstrasse 156
SI SI 42

An die:

- Jüdischen Kultusvereinigungen über 1000 Seelen,
- Bezirksstellen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.

Betr: Rückmeldepflicht - Entlassungsbefreiung

III C Dr.Ie./Ri. Nr. 41/175/275

Im Zuge der Reorganisationsmaßnahmen hatten wir durch Rundschreiben vom 25.4.1941 bei den jüdischen Kultusvereinigungen über 1000 Seelen die Durchführung der vorgesehenen Entlassungen angeordnet. Die gleiche Anordnung hatten wir für die Bezirksstellen durch Rundschreiben vom 12.5.41 und für die jüdischen Kultusvereinigungen unter 1000 Seelen durch Rundschreiben vom 14.5.41 erteilt. In aller Fällen war vorgesehen, dass die Entlassungslisten in der älteren Ausfertigung der zuständigen Staatspolizei(leit)stelle mit der Bitte zu übermitteln sind, die Liste an das zuständige Arbeitsamt weiterzuleiten. Es war ferner gesagt, dass die Gehaltszahlung endet, sobald das Arbeitamt die entlassenen Mitarbeiter ersterwirt vermittelt.

Damit wir einen Überblick darüber gewinnen, wie weit noch Gehaltszahlungspflichten laufen, bitten wir um Bericht, in welchen Fällen Vermittlungen der entlassenen Mitarbeiter durch das Arbeitsamt stattgefunden haben und in welchen Fällen und in welcher Höhe noch Gehaltszahlungspflichten weiterlaufen.

Dieser Bericht ist einzurichten:

- a) von den jüdischen Kultusvereinigungen über 1000 Seelen bis zum 5.6.1941,
- b) von den Bezirksstellen der Reichsvereinigung für ihr eigenes Personal bis zum 5.6.1941,
- c) von den Bezirksstellen über die Mitarbeiter der Kultusvereinigungen unter 1000 Seelen bis zum 13.6.1941.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Gemeinde - Abteilung

(Dr. Israel Arthur Lilienthal)

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

I/Karm/Kl.
21/-/339

Protokoll der Vorstandssitzung
der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, 9.6.1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender

Dr. Cohn

Dr. Eppstein

Henschel

Kozower

Dr. Lilienthal

Fehlend: Dr. Hirsch

Dr. Berliner

Dr. Fuchs

Furst

Karmi ski

Lewenstein

Lyon

Meyerheim

- 1.) Für Angestellte der Reichsvereinigung, die schwerkriegsbeschädigt sind, kann grundsätzlich nicht, wie es von der Abteilung KRIEGSPFÄFER beantragt war, eine Urlaubserlängerung gewährt werden. Eine solche Verlängerung ist grundsätzlich nur bei Vorliegen eines vertrauensärztlichen Zeugnisses möglich. Es wird beschlossen, bei Schwerkriegsbeschädigten auch ohne Vorliegen eines solchen Attestes eine Urlaubserlängerung um drei Arbeitstage zu genehmigen, da unterstellt werden kann, daß bei diesem Personalkreis gesundheitliche Gründe vorliegen.
- 2.) Es wird beschlossen, den Jüdischen Kultusvereinigungen und Bezirksstellen in Abänderung der Richtlinien vom Juli 1940 mitzuteilen, daß nach Einführung der neuen Gehalts-Ordnung Ersatzstellungen für Mitarbeiter der Gehaltsgruppen 1 - 5 in jedem Falle der Zustimmung der Zentrale der Reichsvereinigung bedürfen. Ersatzstellungen für Mitarbeiter der Gehaltsgruppen 5 - 7 können, wie bisher, nach sorgfältiger Prüfung der Neubesetzung einer Stelle durch die Jüdischen Kultusvereinigungen bzw. Bezirksstellen selbst erfolgen.
- 3.) Durch den vorgenommenen Personalabbau reichen zur Durchführung der Sammlungen (Fördererbeiträge der Reichsvereinigung) die besoldeten Werber nicht mehr aus. Da eine Einstellung neuer Kräfte ausgeschlossen ist, soll versucht werden, ehrenamtliche Kräfte gegen Ersatz der Spesen zu gewinnen.
- 4.) Die Annahme von letztwilligen Zuwendungen, an die bestimmte Bedingungen geknüpft sind, kann nur erfolgen, wenn die mit diesen Zuwendungen verbundene Auflagen von der betreffenden Jüdischen Kultusvereinigung bzw. der Reichsvereinigung ohne zu starke Belastung erfüllbar sind.

- 5.) Das Ausscheiden der arischen Angestellten innerhalb der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin ist bereits geregelt; auch außerhalb Berlins sollen in der Regel die arischen Angestellten, wenn möglich im gegenseitigen Einvernehmen, ausscheiden. Andernfalls muß eine fristgemäße Einholung der Genehmigung des Arbeitsamtes erfolgen. Nur wenige arische Angestellte werden weiter als Angehörige der Reichsvereinigung verbleiben. Auf diese Personen wird die Gehalts-Ordnung nicht angewandt werden können.
- 6.) Die "ORT"-Gesellschaft ist in die Reichsvereinigung eingegliedert, die Verwaltung der "ORT"-Schule Berlin der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin übertragen werden. Die Firma, S i e m a n s hat der "ORT"-Schule zunächst für 2-1/2 Monate Lieferungsaufträge übertragen.
- 7.) Für den Etat des Monats JUli wird die verschiedenen Abteilungen ihre Ausgaben nochmals senken und die Betriebe einsetzen, die sie als Mindestbetrags-sachlich verantworten können.
- 8.) Es wird berichtet über:
 - a) die Tätigkeit der Wohnungsbewilligungsstelle der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin. Im Mai sind 761 jüdische Wohnungen geräumt worden. Eine Räumungsliste für Juni ist noch nicht eingegangen.
 - b) den Auftrag, eine Mitgliederkartei der Reichsvereinigung anzufertigen. Das dafür notwendige Material soll durch eine Erhebung bei den Jüdischen Kultusvereinigungen und Bezirksstellen angefordert werden.

... gen. Dr. Berliner

I/Karm./Kl
41/-/329

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 16.6.1941

Anwesend:

Dr. Busch als Vertreter
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Dr. Lilienthal

Fehlend:

(Dr. Hirsch
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Furat
Guratzky
Gewens
Lyca
Meyerheim

- 1.) Frau Dr. Berliner und Herr Eisenstein berichten über den Stand der Auswanderung und die technischen Erfahrungen der Auswanderertransperte.
- 2.) Der unter Berücksichtigung der von der Asylbehörde gewünschten Änderung eingereichte Vorschlag für den Monat Juli 1941 ist genehmigt worden.
- 3.) Für den Urlaub der Lehrer gelten die gleichen Grundsätze wie für die übrigen Angestellten der Reichsvereinigung.

gez. Dr. Berliner

I/Kartei H.
41/ - - - 1

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, 24. Juni 1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender

Dr. Cohn

Dr. Eppstein

Henschel

Kozower

Dr. Lilienthal

fehlend:

Dr. Hirsch

Dr. Berliner

Dr. Fuhr's

Fürst

Karsinski

Löwenstern

Lyón

Meyerheim

Dr. Baeck eröffnet die Sitzung mit Worten des Gedenkens für Martin Brotzsch.
Beisetzung wird am 25. Juni 1941 erfolgen.

Es wird beschlossen, in allen denjenigen Fällen, in denen von der Reichsvereinigung und den Kultusvereinigungen Gebühren erhoben werden, die Gebühren von Personen, die weder Mitglieder der Reichsvereinigung noch der Kultusvereinigungen sind, in dreifacher Höhe zu erheben. Dieses gilt nicht für die vom Vermögen berechneten zusätzlichen Beerdigungsgebühren.

Für die Ausstellung der Bescheinigung, daß eine Auswandererabgabe nicht zu zahlen ist, weil der Auswanderer nicht der Reichsvereinigung als Mitglied angehört, wird eine Gebühr von 1 %o des Vermögens erhoben. Der Höchstbetrag der Gebühr ist RM 1.000.--.

Dr. Lilienthal berichtet über Beanstandungen in der Geschäftsführung in der Kultusvereinigung Düsseldorf. Der Vorstand ermächtigt Dr. Lilienthal, gegebenenfalls den Vorsitzenden der JKV Düsseldorf abzuberufen.

Da der jetzige Leiter der Bezirksstelle Baden i.L. seinem Posten nicht allein gewachsen ist, wird dem Vorschlag von Dr. Lilienthal, einen zweiten Sachbearbeiter dorthin zu entsenden, prinzipiell zugestimmt. Allerdings würde der bisherige Leiter der Bezirksstelle dann nicht mehr in Gruppe 3, sondern in Gruppe 4 der Gehalts-Ordnung einzustufen sein. Dem bisherigen Liquidator der Bezirksstelle Pfalz soll gekündigt werden.

I/Karr/Kl.
41/-/374

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 30.6.1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Furst
Kapminski
Lewenstein
Lyon
Meyerheim

Dr. Baeck eröffnet die Sitzung mit Worten des Gedenkens an Dr. Otto Hirsch, der am 10. Juni 1941 verstorben ist.

1.) Es wird beschlossen, in Ziffer 9 der Durchführungsanweisung der Auswandererabgabe-Ordnung den Abschnitt b) zu streichen. Ziffer 9 erhält folgende Fassung:

"Änderungen, die nach Festsetzung der Auswandererabgabe eingetreten sind, führen nur dann zu einem nachträglichen Erlass aus Billigkeitsgründen, wenn sich nachträglich eine Transfer-Möglichkeit ergeben hat. Anträge, die nach der Auswanderung gestellt werden, können nicht berücksichtigt werden."

Betrifft der Versorgung der jüdischen Bevölkerung in Berlin mit Kartoffeln und anderen Nahrungsmitteln soll zunächst eine Fühlungnahme mit dem Haupternährungsamt erfolgen.

2.) Der Rat a.D. Jacoby soll gebeten werden, einen Plan zur Schaffung einer Material-Ausgleichsstelle aufzustellen. Es soll dadurch erreicht werden, daß das jetzt frei werdende Inventar des Umschichtungsbüros sachgemäß verwertet wird.

3.) Es wird berichtet über:

- a) die Übernahme des Vertrages der Telefongesellschaft im Hause Leinestraße 10,
- b) die Ergebnisse der jüdischen Winterhilfe 1940/41
- c) die Vorgänge in der Jüdischen Kultusvereinigung DORTMUND, die zur Abberufung des Vorstandes führen.

gez. Dr. Berliner

I/Kars./Kl.
41/325

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 7.7.1941

Anwesend:

Dr. Baeck . als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Furst
Krynski
Lyson
Meyerheim

- Über die Unterbringung von Jugendlichen, die infolge der Einstellung der Berufsausbildung aus Hochschulen-Kursen und Umschichtungsstellen entlassen werden müssen, wird eine generelle Entscheidung nicht getroffen. Es soll versucht werden, einen Teil dieser Jugendlichen nochmals in die oberste Schulklassen einzureihen und für andere, die den Arbeitseinsatz zur Verfügung gestellt werden müssen, Kurzarbeit zu erreichen, um auch ihnen noch die Möglichkeit einer ergänzenden Fortbildung zu geben.
- Baurat a.D. Jacoby berichtet über die Unterbringungsmöglichkeiten der Reichsvereinigung bei einem Umzug aus der Kantstraße 158. Mit Ausnahme der Abteilungen Wanderung, Abwicklungsstelle und Statistik könnte die gesamte Reichsvereinigung im Verwaltungsgebäude der JKV Berlin Oranienburger Straße 31 Unterkunft finden, wenn die dort untergebrachte Wohnungsberatungsstelle in das Gebäude Artilleriestraße 31 verlegt wird. Der Vorstand schließt sich diesen Ausführungen an.
- Die Wohnungsberatungsstelle der JKV Berlin hat im Mai dieses Jahres 762 jüdische Wohnungen in arischen Häusern geräumt. Für den Juli 1941 sind bisher 51 derartige Wohnungen angegeben worden.
- Für Renovierungskosten in 100 Wohnungen sind rund RM 75.000-- zu erstatten.
- Es wird beschlossen, Spesen, die durch Inanspruchnahme von Konsulenten entstehen, generell nicht zu erstatten. In besonderen Fällen, die von Dr. Lilienthal zu entscheiden sind, kann gegebenenfalls der Dispositionsfonds, nicht aber Fürsorgemittel für derartige Zwecke herangezogen werden.
- Durch die Übernahme von Spinnstoffwaren aus Baden im Wert von ca. RM 96.500-- (ohne Nebenkosten) ist der Bedarf der jüdischen Kleiderkammern zurzeit annähernd gedeckt. Falls es gelingt, noch einige Artikel für die ein besonderer Bedarf besteht, zu erhalten, wird ein nochmaliger Betrag von höchstens RM 25.000-- genehmigt.
- Dr. Berliner berichtet über die neuen Vorschriften für USA-Visen.

gez. Dr. Berliner.

1/6
41/

Protokoll der Verstandesitzung der
Reichsvoreinigung der Juden in Deutschland, Montag, 16.7.41

Anwesend:

Dr. Basch als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Hentschel
Kozover
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karmelski
Lyman
Meyerheim

Die Dienststelle Arbeitsdienst der JKV Berlin hat der Staatspolizeidirektion
unterstellt alle weiblichen Personen bis zum 30. Jahren und alle männlichen Förder-
ten bis zu 60 Jahren zur Weiterleitung nach das Arbeitsamt, Dienststelle für
Juden, aufzugeben. Frauen, die Kinder oder andere Familienmitglieder zu ver-
tragen haben, können gegebenenfalls für Kur-arbeit vorgeschlagen werden.

Eine endgültige Entscheidung über die Unterbringung auswärtiger Jugendlicher
in Wohnheimen in Berlin soll in Gemeinschaft mit der JKV Berlin, Herrn Kozover,
getroffen werden. Bis zum 1. August 1941 soll geprüft werden, ob die Mieträume
des Wohnheimes 2 durch gemeindeeigene Räume zur Unterbringung der 30 Insassen die-
se rituell geführten Heimes ersetzt werden können. Die dann noch freien Plätze
im Wohnheim 1 werden durch die JKV Berlin mit auswärtigen Jugendlichen, die hier
im Arbeitseinsatz sind und bisher in möblierten Zimmern wohnen, besetzt werden.

Ausgehend von dem Einzelfall der jüdischen Siedlungsgemeinschaft BONN wird gesa-
stellt, dass derartige Siedlungsgemeinschaften auch in ihren aus der Siedlung
sich ergebenden Angelegenheiten selbstverständlich der Reichsvoreinigung bzw.
ihren Bezirksstellen unterstellt bleiben. In der Regel soll der Leiter derartiger
Gemeinschaften der Beauftragte der betreffenden Bezirksstelle sein.

gez. Dr. Berliner

48
47

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 27.7.1941

Anwesend Dr. Baeck als Vorsitzender

Dr. John

Dr. Eppstein

Henschel

Kozover

Dr. Lilienthal

Dr. Berliner

Dr. Fuchs

Fürst

Karminski

Lyon

fernabend

Löwenstein

Meyerheim

- 1.) Da behördlich genehmigt worden ist, die Kürzung des Schulkidtingentes um RM 25.000,- durch eine zusätzliche Sonderzummlung auszugleichen, soll eine Werbung für Schulkinderpatenschaften veranstaltet werden. Um die Kleinsammlungen der RV nicht zu gefährden, sollen nur Vollpatenschaften von RM 5,- bzw. Halb- oder Viertelpatenschaften entgegengenommen werden. Ein Werbeaufruf, der sich insbesondere um kostenlose Pflegestellen für Schulkinder bemüht, wird genehmigt.
- 2.) Eine behördliche Entscheidung über den Weiterbestand der Schule der nichtmosaischen Juden steht noch aus. Falls eine Genehmigung erteilt wird, soll die Finanzierung im Wesentlichen durch einen Beitrag der kirchlichen Kreise gedeckt werden.
- 3.) Es wird über die Lage der jüdischen Abwanderung berichtet. Die Abteilung Wanderung der Reichsvereinigung (Hilfverein) beschäftigt nach dem geforderten Abbau noch 91 Mitglieder in Berlin und 31 im Reich.
- 4.) Die Bilanz des Jüdischen Kulturbundes hat ergeben, daß diese Organisation noch über flüssige Mittel und Reserven verfügt. Eine Rücksprache der Vorstandsmitglieder des Kulturbundes im Propagandaministerium soll auch die Frage, ob ein Teil dieser Reserve nicht satzungsgemäß für Aufgaben der Reichsvereinigung verwendet werden darf, zur Erörterung stellen.
- 5.) Es wird berichtet über:
 - a) die Räumung des Altersheimes Pankow zum 15. August 1941,
 - b) Aussiedlungen von bisher 10 Familien aus BRESLAU nach der Anstalt Zoor in Thormersdorf, wo sich bereits das Beate-Guttmann-Heim aus Breslau befindet,
 - c) die Möglichkeit, jüdische Personen in Berlin, die dem Arbeits-einsatz zugeführt werden sollen, wieder durch Vertrauensärzte der Jüdischen Kultusvereinigung untersuchen zu lassen.

gez. Dr. Berliner

I, Dr. Berl/Bl.
41/ - / -

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 7.8.1941

Anwesend: Dr. Basch als Vorsitzender

Dr. Cahn

Dr. Eppstein

Hirschel

Kozower

Dr. Lilienthal

Dr. Berliner

Dr. Fuchs

Lyon

Meyerheim

entschuldigt: Fürst

Garminski

Lowenstein

- 1.) Es wird beschlossen, allen Angestellten der Reichsvereinigung und der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin einen Ausweis auszuhändigen, aus dem sich ergibt, daß und in welcher Stellung sie bei der Reichsvereinigung oder der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin beschäftigt sind.

Für einen ganz eng beschränkten Kreis von Mitarbeitern, die sehr häufig Abens länger beschäftigt sind, sollen darüber hinaus Ausweise ausgestellt werden, aus denen sich ergibt daß sie aus Arbeitsgründen nicht zur vorgeschriebenen Zeit zu Hause sein können. Die Zeit, bis zu der diese Mitarbeiter gegebenenfalls beschäftigt sein werden, soll angegeben werden.

Für solche Mitarbeiter, die an einzelnen Tagen zur Erledigung bestimmter Aufträge länger beschäftigt sind, sollen Ausweise für den bestimmten Tag gegeben werden.

Der Wortlaut aller Bescheinigungen soll zwischen den beteiligten Stellen noch vereinbart werden.

- 2.) Den Vorstandsmitgliedern der Reichsvereinigung und der Kultusvereinigung Berlin soll eine Abschrift des Briefes der Reichsvereinigung an die Abteilung arbeits-einsatz der Kultusvereinigung Berlin, den Arbeitseinsatz der Ehefrauen der Vorstandsmitglieder betreffend, übermittelt werden.

- 3.) Es ist zu befürchten, daß eine große Anzahl von Personen, die sich für die Auswanderung vorbereitet und die Auswandererabgabe bereits bezahlt hatten, jetzt nach Schließung der USA-Konsulate, die Auswandererabgabe zurückverlangen wird. Darauf könnten die Rückzahlungen in sehr erheblicher Höhe erforderlich werden.

Es wird beschlossen, mit einer generellen Anweisung über die Rückzahlung solcher Beträge noch einige Zeit zu warten, bis sich übersehen läßt, ob aufgrund der neuen Vorschriften für die Visa-Erteilung diese vielleicht in gewissem Umfang auch für in Deutschland lebende Personen wieder in Gang kommt.

- 4.) Die Fürsorgeabteilung kommt mit dem ihr für August zustehenden Kontingent nicht aus. Es wird ein Fehlbetrag von schätzungsweise RMark 150.000.-- entstehen.
Nach Erörterungen verschiedener Vorschläge wird beschlossen, die Deckung dieses Fehlbetrages durch die Verwendung von RMark 100.000.-- des Überschusses der abgelaufenen Winterhilfe und von RMark 50.000.-- aus den Überschüssen des Kulturbundes vorzuschlagen.
- 5.) Bezücher von Pensionen der Reichsvereinigungen und der Kultusvereinigungen sind zum Arbeitseinsatz zu melden, sofern sie arbeitseinsatzfähig sind und das Alter von 60 Jahren bei Männern und 55 Jahren bei Frauen nicht überschritten habe. Der Arbeitsverdienst ist auf die Pension anzurechnen.
Bei Berechnung der Pension ist ferner zu berücksichtigen, daß die Versicherungsrenten, die ebenfalls anzugeben sind, erhöht sind.
Bei den Fürsorgelleistungen tritt eine Anrechnung der Erhöhungsbeträge aufgrund allgemeiner Bestimmungen nicht ein.
- 6.) Den früheren Angestellten der Abt. Fördererbeiträge, Herrn Drucker, der ausschieden ist, weil er vom Arbeitseinsatz beansprucht worden ist, war zum Ausgleich von entgangenen Provisionen eine Abfindung von RMark 975.-- angeboten worden. Herr Drucker berechnete demgegenüber den ihm zustehenden Betrag auf mindestens RMark 2.500.--. Die Schlichtungsstelle hat einen Vergleich von RMark 1.400.-- vorgeschlagen. Dieser Vergleichsvorschlag ist zunächst gescheitert.
Es soll versucht werden, in einer persönlichen Verhandlung mit dem Konsulenten Schlesinger, der Herrn Drucker vor der Schlichtungsstelle vertreten hat, zu einem Ausgleich zu kommen.
- 7.) Es wird beschlossen, zum Vorstand der Jüdischen Kultusvereinigung DORTMUND die Herren Wolf, Meyer und Rosenbaum zu bestellen.
- 8.) Der Leiter der Anlernwerkstätte MÜNCHEN, Herr Sanger, hat beantragt, daß ihm neben seinem Gehalt aus Gehaltsstufe 3 für die von ihm abgehaltenen Abendkurse eine besondere Vergütung gewährt wird.
Dieser Antrag wird abgelehnt, da die Einstufung nach Gehaltsgruppe 3 bereits unter Berücksichtigung seiner gesamten Beschäftigung erfolgt ist.

gez. Dr. Berliner

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 11.9.1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Henschel
Kozower

Auf Dienstreise Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
~~Kaminski~~
Lyon
Meyerheim

fehlend Löwenstein

Es wird folgendes berichtet:

Die Aufsichtsbehörde hat gestattet, in Zukunft die Einnahmen und Ausgaben von Ertragsgrundstücken zu saldieren. Eine Saldierung darf auch nach Antrag der Abt. Fürsorge für die Siechenheime und das Dauerheim für Schwachsinnige stattfinden. Durch diese Maßnahme wird das Fürsorgekontingent entlastet. Zur Deckung des dann noch vorhandenen Fehlbetrages ist die Verwendung von RMark 100.000,-- aus dem Überschub der Jüdischen Winterhilfe 1940/41 gestattet worden. Ein Bericht über die jüdischen Organisationen, die noch außerhalb der Reichsvvereinigung bestehen, ist angefordert worden.

Für die Aussiedlung der Juden aus Köln in Baracken sind von der Reichsvvereinigung RMark 800.000,-- vorzulegen. RMark 50.000,-- sollen monatlich durch Erhebung von Mieten zurückgestattet werden.

Eine Besichtigung der Synagoge Haiderothgasse und des Verwaltungsgebäudes der Jüdischen Kultusvereinigung Rosenthalstraße 2/4 hat durch die Polizeileitstelle Berlin der Geheimen Staatspolizei stattgefunden. Im Anschluß daran wurden die Wohnungsbewertungsstelle Oranienburger Straße und die Abteilung Wanderung der Reichsvvereinigung (Hilfsverein) Artilleriestraße besucht.

Die Haupttreuhandstelle Ost hat die Reichsvvereinigung beauftragt, Unterstützungen an diejenigen Personen ehemaliger polnischer Staatsangehörigkeit zu zahlen, deren Vermögen durch die Haupttreuhandstelle Ost beschlagnahmt ist. Die Haupttreuhandstelle Ost wird der Reichsvvereinigung zu diesem Zweck monatlich die Summe von RMark 12.500,-- überweisen.

Personen, deren Visen für USA verfallen sind, werden nach einer Mitteilung des JOINT, falls keine anderen Angehörigen in Deutschland zurückbleiben, bei einem amerikanischen Konsulat in Spanien Visen erhalten. Die Abteilung Wanderung der Reichsvvereinigung wird daher für Personen, bei denen diese Voraussetzungen zu treffen, einen Transport nach Spanien vorbereiten.

gez. Dr. Berliner

I/Krm/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Jüden in Deutschland, Montag, 18.8.1941

Anwesend:

Dr. Basch als Vorsitzender

Dr. Cohn

Dr. Eppstein

Henschel

Kozower

Dr. Lilienthal

Dr. Berliner

Dr. Fuchs

Fürst

Karminski

Lyon

Meyerheim

krank:

Löwenstein

- 1.) Es wird beschlossen, für den Transport und die Aufbewahrung von persönlichen Urkunden, Familienbildern etc., die der Jüdischen Kultusvereinigung HAMBURG aus den Liffs ausgewanderte Personen zur Verfügung gestellt werden, künftig nicht mehr zu genehmigen.
- 2.) Es wird beschlossen, daß in Zukunft auch Friedhofsgrundstücke nicht ohne angemessene Bezahlung verkauft werden sollen. Sowohl eine solche nicht erzielbar ist, soll der Verkauf zurückgestellt werden.
- 3.) Es soll beantragt werden, von den Einnahmen aus der Vermietung von Synagogenplätzen die Hälfte für die Erhaltung des Kultus bereitzustellen. Jedoch soll die Jüdische Kultusvereinigung Berlin nicht mehr als monatlich 2.000,- für Kultuszwecke verwenden.
- 4.) Es wird mitgeteilt, daß die Bibliothek der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums provisorisch in der Artilleriestraße 31 aufgestellt werden soll.
- 5.) Es wird ein Plan erörtert, Bücher bei Privaten zu sammeln und sie bei der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin zu einer Leihbibliothek zusammenzustellen. Da auch beim Jüdischen Kulturbund Pläne zur Errichtung einer Leihbibliothek schwaben, soll vor weiteren Verhandlungen der Frage mit dem Kulturbund Führung genommen werden.
- 6.) Es wird über die Umbeisetzung des Vorstandes in FRANKFURT-MAIN berichtet. Der Vorstand setzt sich jetzt wie folgt zusammen:
 1. Vorsitzender Simon-Wolfskehl, Stellvertretender Vorsitzender Weil, Kauffmann, Marxheimer.
- 7.) Es wird über die Notwendigkeit eines weiteren Personalaufbaus berichtet. Bis Ende September sollen 100 Angestellte, etwa 10 bei der Reichsvereinigung und etwa 90 bei der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin gekündigt werden.

8.) In der Angelegenheit DRÜCKER ist es zu einer Einigung auf folgender Grundlage gekommen:

Die beim Ausscheiden des Herrn Drucker in Aussicht genommene Abfindung von RM 975.-- soll gewahrt werden. Außerdem soll Herr Drucker zusätzlich zur Abfindung an Provisionszahlungen 10% der aus den Spenden Veilchenfeld und Jalowicz eingehenden Beträgen erhalten. Vorweg wird zusätzlich zu den genannten RM 975.-- eine A-Conto-Zahlung von RM 125.-- geleistet.

9.) Es wird geplant, die Bezirksstelle Baden/Pfalz zur Entlastung von Herrn Eisemann durch Herrn WÖLHEIM zu verstärken. Die Zulassungserneuerung für Herrn Wöhlheim ist auch erteilt worden, nicht aber die Genehmigung für seine Familie. Es soll zunächst versucht werden, ihn zu bestimmen, die Stelle auch ohne seine Familie anzutreten; anderenfalls soll eine andere zusätzliche Besetzung erfolgen.

Bezüglich des Herrn PINKUS verbleibt es bei dem Entlassungsbeschluß.

10.) Dem bisherigen Leiter der bisherigen Umschichtungsstelle ELLGUTH, Herrn Speer soll mitgeteilt werden, daß es bei den durch die Abteilung Berufsausbildung getroffenen Maßnahmen bleibt.

11.) Im Zusammenhang mit dem Altrau-Transfer seines Bruders hat Herr Dr. Elsass, Ludwigsburg, wie durch die Bezirksstelle München mitgeteilt wird, in Briefen die Reichsvereinigung in bezug auf ihr Finanzgefahren und die Begründung der Spinnungen verdächtigt. Es wird beschlossen, Dr. Elsass binnen einer kurzen Frist zur Rücknahme seiner Behauptungen gegenüber der Reichsvereinigung und gegenüber denjenigen Personen, die seine Briefe empfangen haben, aufgefordert, anderenfalls weiter Schritte unternommen werden sollen.

ges. Dr. Berliner

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 25.8.41

Anwesend:

Dr. Blaick als Vorsitzender

Dr. Cohn

Dr. Eppstein

Henschel

Kozower

Dr. Lilenthal

Dr. Ruchs

Fürst

Karminski

Lyon

Meyerheim

erkrankt:

Dr. Beilner

Loewenstein.

- 1.) Es wird beschlossen, künftig auch für Rechtesauskünfte, die im Rahmen der Kultusvereinigung erteilt werden, eine Gebühr von Mark 2.-- für jede Rechtesauskunft zu erheben; ebenso für Bearbeitung von Telefonanträgen.
- 2.) Da die Bezahlung der Kultusfunktionäre jetzt in der Regel durch private Sammlungen ermöglicht wird, so daß die Funktionäre weder steuer- noch beitragspflichtig sind, soll ein Weg gefunden werden, den Beiträgen entsprechende Beiträge für die Reichsvereinigung in Abhängigkeit rechtliche Verpflichtung von den Kultusfunktionären zu erhalten.
- 3.) Das September-Kontingent ist insbesondere in den Posten Verwaltung, Schule und Fürsorge wieder erheblich gekürzt worden.
- 4.) Es wird beschlossen, die Ehefrauen der Herren Dr. Levy und Friedrich Meyer, die durch häufige Nachterarbeit ihrer Männer in der Haushaltswahrung besonders beansprucht sind, durch die jüdische Kultusvereinigung Berlin nicht zum Arbeitseinsatz zu melden.
- 5.) Die neue Fassung des § 11 u der Auswandererabgabe-Ordnung ist in folgender Fassung angenommen:
 "Die Auswandererabgabe ist fällig, sobald der Auswanderer zwecks Durchführung seiner Auswanderung, insbesondere zwecks Erlangung seines Passes die Unbedenklichkeitsbescheinigung haben muß.
 Die Auswandererabgabe wird zurückbezahlt, wenn eine Auswanderungsmöglichkeit für das Mitglied nicht mehr besteht. Bei der Zurückzahlung wird ein Betrag von 25% der geleisteten Auswandererabgabe als Gebühr einbehoben. Auf diesen Betrag werden 4% jährliche Zinsen für jeden abgelaufenen vollen Monat seit Leistung der Auswandererabgabe angerechnet. Die einzubehaltende Gebühr von 25% kann bis zu 10% ermäßigt werden, wenn dies nach der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage des Mitgliedes angemessen erscheint."

Es soll hinzugefügt werden, daß der bei den Kurzberatungen der Auslandseratung bei einigen Betrieben der heutigen Philippstädter Amtshauptmannschaft der Anrechnung kommen soll.

c) Es werden folgende Vorschläge:

- a) Bedingungen für Arbeit, die über das arbeits Einsatzpflichtige Maß hinaus sind, Heimarbeit-Auftrag zu erhalten. Ein größerer Auftrag einer Wäscherei-Firma in Berlin steht bereits in Aussicht.
- b) Die Einrichtungen, in der Filiale für jüdische Lungentranke in Nordhausen, die Aufnahme jüdischer Patienten zu erreichen, nachdem es nicht eine Genehmigung des badischen Landesministeriums vorliegt. Diese Genehmigung ist jetzt infolge einer Anhörung des Reichsministers von Patienten zurückgezogen worden.
- c) die Genehmigung zur Verwendung von 500 der bei der Vermietung von Synagogenräumen erzielten Einnahmen für Kultursachen.
- d) die Entscheidung der Aufsichtsbehörde, daß bei Arbeits Einsatzpflichtigen, die im Ruhestand befinden, die Rücksicht des Verdienstes im Arbeits eingesatz auf das Entgelt nicht angesetzt werden soll.

zu Dr. Hilleman

- 1) Da eine Minderung der Richtsätze in der offenen Fürsorge nicht noch einmal erfolgen kann, findet eine Erörterung darüber statt, ob eine Lösung durch Bildung der Alterskasse angezeigt ist.

I/Dr.Li/Kl.
41 / - /515

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 8.9.1941

Anwesend: Dr. Baeck Als Vorsitzender

Dr. Cohn

Dr. Eppstein

Menschen

Kozower

Dr. Lilienthal

Dr. Fuchs

Fürst

Kamiński

Lyon

Meyerbaum

Dr. Löwenthal zu L

fehlend: Dr. Berliner

Lüwenstein

- 1.) Es wird beschlossen, die Richtlinien für die einheitliche Bewertung der Sachbezüge auch für die Angestellten der Reichsvereinigung anzuwenden.
 - 2.) Für einen Lesezirkel der Reichsvereinigungs-Angestellten des Hauses Kantstr. 158 sind aus Privatbesitz Bücher zur Verfügung gestellt werden.
 - 3.) Der Beschluß, auch für Rechtsauskünfte, die im Rahmen der Reichsvereinigung erteilt werden, eine Gebühr zu erheben, wird aufgehoben. Die Zweig- und Bezirksstellen der Reichsvereinigung sollen im übrigen darauf hingewiesen werden, daß auch an sich zulässige Rechtsauskünfte nur an Unbenannte erteilt werden sollen. Bemittelte sind an die Konsulanten zu verweisen.
- In den Kleiderkammern soll künftig für Umtausch von Kleidungsstücken eine Gebühr von RMark 1.-- erhoben werden.
- 4.) Der Abbau von 100 Angestellten, der bis Ende September durchgeführt werden kann, soll so verteilt werden, daß die Abt. Wanderung zunächst nur 5 Angestellte entläßt, etwa 15 weitere Personen werden von der Zentrale der Reichsvereinigung abgebaut, so daß bei der JKV Berlin nur 80 Angestellte zu entlassen sind.
 - 5.) Über die Durchführung der Verordnung über die Kennzeichnung der Juden, die am 19. September 1941 in Kraft tritt, wird berichtet.
 - 6.) Es wird berichtet über:
 - a) einen Besuch im Erziehungministerium, das anerkennt, daß auch im Zukunft Dienstreisen der Schulabteilung notwendig sind, und daß Kinder, die nicht an ihrem Wohnort zur Schule gehen, für die tägliche Fahrt zur Schule Ausweise erhalten müssen,
 - b) die Auflösung der Schule der nichtmosaischen Juden
 - c) die Einsetzung von Dr. Schönfeld als Leiter der Abt. Fördererbeiträge.

gez.Dr.Lilienthal

I/Dr. Lb
41/-/547

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Dienstag 10.9.41

Anwesend: Dr. Buseck als Vorsitzender

Dr. Conn

Dr. Eppstein

Henschen

Kozover

Dr. Lilienthal

Fürst

Farinakis

Levi

Meyerheim

fallend

Dr. Berliner

Dr. Fuchs

Löwenthal

- 1.) Es findet eine Aussprache darüber statt, ob nicht all jene der Schule der nichtmosaischen Juden die Kinder, die bisher diese Schule besucht haben, in Sondergruppen innerhalb der jüdischen Schule und in Richtung werden sollen. Die Beschußfassung wird dem Vorstand der JKV Berlin überlassen.
- 2.) Die Büros der Reichsvereinigung und der JKV Berlin sollen in den beiden Neujahrstage und am Versöhnungsfest geschlossen bleiben, unter Ausnutzung eines verstärkten Notdienstes. In den Feiertagen des Laubblattfestes soll je die Hälfte der Mitarbeiter beurlaubt werden.
- 3.) Es wird berichtet über:
 - a) die Ausführungsbestimmungen der Polizeivorordnung über die Kennzeichnung der Juden,
 - b) die Auflösung des jüdischen Kulturbundes,
 - c) das bisherige Sammlungsergebnis der Sammlung "JÜDISCHE PFLICHT" bis zum 31. August 1941 RMark 675.000,-.

ges. Dr. Lilienthal

I/Dr. Busch/Kl.
41/-/359

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Berlin, 29.9.1941

Anwesend: Dr. Baek als Vorsitzender

Dr. Cohn

Dr. Eppstein

Henschel

Kozover

Dr. Lilienthal

Dr. Berliner

Dr. Fuchs

Furst

Karminski

Lyon

Meyerheim

fehlend: Löwenstein

- 1.) Es wird beschlossen, die Sammlung des Keren Kajemet in der Form fortzusetzen, daß die vorhandenen Büchsen blieben und weiterhin regelmäßig geleert werden sollen. Von einer Neuauflistung von Büchsen soll Abstand genommen werden. Die Ertragsisse der Sammlung sollen dem Schulwesen, insbesondere zur Förderung von hebräischen Unterricht, zufließen.
- Die Büchseninhaber sollen in einem einmaligen Schreiben von der Fortsetzung der Sammlung und der neuen Zweckbestimmung der Ertragsisse in Kenntnis gesetzt werden.
- 2.) Zum Zwecke der Ersparnis im Schuletat soll der Etat der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums auf die Möglichkeit weiterer Einsparungen nochmals überprüft werden.
- Es soll vorher geprüft werden, ob zusätzliche Mittel außerhalb des Etats für die Lehranstalt gewonnen werden können.
- Im Übrigen soll zunächst abgewartet werden, welche statthaften Ersparnisse die Saldierung der Kinderheime aufweisen.
- 3.) Herr Dr. B I a a s s , Ludwigsburg, hat durch den Konsulanten Dessaauer, Stuttgart, mitteilen lassen, daß er bereit sei, der Aufforderung der Reichsvereinigung, die gegen diese ausgesprochenen Verdächtigungen ausdrücklich zurückzunehmen, nachzukommen, sofern seine Erklärung weder veröffentlicht noch einer Behörde vorgelegt würde. Es soll ihm mitgeteilt werden, daß eine Veröffentlichung nicht beabsichtigt sei, das aber hinsichtlich der Vorlage eine Bindung nicht eingegangen werden könne.
- 4.) Das Angestelltenverhältnis mit Angestellten in privilegierten Mischchen wird erörtert. Beschaffung wird vertagt.

gez. Dr. Berliner

86

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 7.10.1941

Anwesend:

Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Lyon
Meyerheim

fehlend (krank)

Löwenstein.

1.) Es wird beschlossen, die Mitarbeiter bei der Sammlung FÖRDERERBEITRÄGE in bezug auf Gehälter oder Personalangelegenheiten nicht mehr bei der Abteilung Wanderung, sondern unmittelbar bei der Personalverwaltung in der Zentrale Kantstraße zu führen.

2.) Es wird berichtet über

- a) Wohnungskündigungen in Berlin,
- b) die Beschäftigung von jüdischen Bibliothekaren,
- c) die Notwendigkeit der Verstärkung der Hauspflege in Berlin.

gez. Dr. Berliner

I/Dr. Berlin 11.
42/- / 79

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 3.11.1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender

Dr. Cohn

Dr. Eppstein

Henschel..

Kozower

Dr. Lilienthal

Dr. Berliner

Dr. Fuchs

Fürst

Karminskij

Lyon

Meyerheim

fehlend (krank) Löwenstein

1.) Die Änderung der Auswandererabgabe-Ordnung wird gemäß Vorlage beschlossen.

2.) Es wird beschlossen, für die Jüdische Wingerhilfe, deren Genehmigung in Aussicht gestellt ist, als Richtsatz 10% der Einkommensteuer bzw. 8% der Vermögenssteuer monatlich für 6 Monate zu erheben.

3.) Es wird berichtet über

a) die Abwanderungsmaßnahmen in Berlin und die Betreuung der betroffenen Personen durch die Gemeinde,

b) die entsprechenden Maßnahmen im Reich,

gez. Dr. Berliner

I/Dr.Berl/R1.
42/- / 40

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 24.11.1941

Anwesend:

Dr. Baeck	als Vorsitzender
Dr. Cohn	
Dr. Eppstein	
Henschel	
Kozower	
Dr. Lilienthal	
Dr. Berliner	
Dr. Fuchs	
Fürst	
Lyon	
Meyerheim	
fehlend (kran)	Löwenstein
	Karminski

- 1.) Es wird über Bemühungen berichtet, die Umwandlung von JOINT-Devisen für die Fortsetzung der Zahlungen in das Generalgouvernement in der Form durchzuführen, daß Personen über 60 Jahre gegen Hergabe entsprechender Reichsmarkmittel (die in gewissem Umfang auch für Personen, die selbst über Mittel nicht verfügen, Verwendung finden sollen), die Auswanderung ermöglicht wird.
- 2.) Es wird beschlossen, zur Deckung der Auswanderungskosten sowie darüber hinaus für die allgemeinen Zwecke der Reichsvereinigung von den Teilnehmern an den Abwanderungstransporten freiwillige Spenden in Höhe von mindestens 25% der flüssigen Mittel (ohne Wertpapiere) zu erheben.

gez. Dr. Berliner

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 6.1.1941

Anwesend: Dr. Baetz als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kozover
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Lyon
Meyerheim

- 1.) Es wird beschlossen, die für das Jahr 1941 beschlossene Beitrags-Ordnung unverändert für 1942 beizubehalten.
- 2.) Es wird für erforderlich gehalten, das Gehalt von Herrn Victor Israel Löwensatz ein mit Rücksicht auf die lange Dauer seiner Erkrankung und die Unbeständigkeit des Zeitpunktes seiner Wiederherstellung herabzusetzen, und zwar etwa darum, daß im Januar und Februar Einkommen unter Abzug seines Rentenanteils dem Gehaltsgruppe (Gruppe II) entspricht, ab Februar er Rück 150.-- brutto zusätzlich zur Pension von der Reichsvereinigung bekommt.
- 3.) Die Entscheidung von Anträgen, die an die Antrag-Prüfungsstelle gelangen, weil die örtliche Antragsstelle ihre Befürwortung und Weitergabe abgelehnt hat, soll vom Prüfungsausschuß getroffen werden. Diesem Prüfungsausschuß sollen die Herren Kozover, Conrad Cohn, Dr. Eppstein und Dr. Lilienthal angehören; sofern sich im Berliner Falle handelt, tritt an die Stelle von Herrn Kozover dann Herr Henschel.
Die vom Prüfungsausschuß gefällten Entscheidungen sollen dem Vorstand zur Kenntnis gebracht werden.
Über eine Reihe von Zweifelsfragen der Anordnung über Verfügungsbegrenkungen soll eine Klärung herbeigeführt werden.
- 4.) Die Richtsätze für die Jüdische Winterhilfe werden mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Winterhilfperiode frühestens im Dezember beginnen kann, in folgenden Punkten abgesondert:

Bei der Berechnung des Richtsatzes vom Einkommen werden statt $6 \times 10\%$ jetzt $5 \times 12\%$ der Lohnsteuer erhoben.

Bei Berechnung des Richtsatzes vom Vermögen werden statt $6 \times 3\%$ jetzt $5 \times 10\%$ des Reichsvermögensteuerbetrages erhoben.

- 5.) Es wird darüber berichtet, daß die jüdischen Friedhöfe vielfach zur Bestattung von russischen Kriegsgefangenen in Anspruch genommen werden. Gegen diese Inanspruchnahme bestehen keine Bedenken. gez. Dr. Berliner.

I/Serl/Kl.
42/-/41

Protokoll der Vorstandssitzung
der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 22.12.1941

Anwesend:

Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Mjrat
Lyon
Meyerheim

- 1.) Es wird beschlossen, die Sammlung FÖRDERERBEITRÄGE zum 1.1.1942 aufzulösen.
- 2.) Die zentrale Sammlung der Reichsvereinigung soll durch einen Teil der Sammlungen der Fördererbeiträge verstärkt werden.
- 2.) Es wird berichtet über
 - a) die Schließung des JOINT-Büros in Krakau,
 - b) die Betreuung jenerigen Personen, deren Vermögen durch die Haupttreuhändstelle Ost eingezogen worden ist,
 - c) die Verhandlungen über die Räumung der Wohnungen von Abgewanderten in Berlin.

gez. Berliner

I/Dr. Berlin
42-1/53

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 8.1.1942

Anwesend: Dr. Fleck als Vorsitzender

Dr. Kippstein

Hirschberg

Kodower

Kreindler

fehlend (krank) Dr. Cahn

Dr. Berliner

Dr. Fuchs

Furst

Karminski

Kayserheim

- 1.) Die Zusage von Herrn Leo Formel Kreindler als Leiter des in die Reichsvereinigung als Abteilung einzugliedernden Rest-Kulturbundes (Nachrichtenblatt und Buchvertrieb) in den Vorstand der Reichsvereinigung wird vollzogen.

Die Vorberehrungen für die Eingliederung des Rest-Kulturbundes sollen nunmehr getroffen werden, und zwar in der Weise, daß - wie bei allen anderen Abteilungen - die Finanzverwaltung der Finanzabteilung, die Personalien der Personalabteilung eingegliedert werden, während die sachliche Leitung der Abteilung in den Händen des Herrn Kreindler verbleibt. Die kulturelle Aufsicht über diese Abteilung wird weiterhin durch das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda geführt werden.

- 2.) Da zu erwarten ist, daß mit dem 1. Februar 1942 die Postzustellung von Zeitungen und Zeitschriften an Juden - mit Ausnahme des Jüdischen Nachrichtenblattes - eingestellt wird, soll versucht werden, der Aufsichtsbehörde Vorschläge zu unterbreiten, durch die die Versorgung der jüdischen Bevölkerung mit den für sie notwendigen Nachrichten so weit als möglich sichergestellt wird. Diese Vorschläge sollen sich beziehen auf die Zustellung von

- a) zentralen amtlichen Publikationsorganen (Reichsgesetzblatt, Reichsanzeiger, Reichsarbeitsblatt usw.) an die Reichsvereinigung, die selbständigen Kultusvereinigungen und Bezirksstellen sowie die größeren Verwaltungsstellen.
- b) örtlichen oder Bezirksamtlichen Publikationsorganen (z.B. Kreisblättern) an die örtlichen Verwaltungsstellen der Reichsvereinigung.

- c) Fachblättern an die Jüdischen Konsulanten und jüdischen Kranken- und Zahnbehandler.
 - d) allgemeinen Nachrichten an die jüdische Bevölkerung durch Freigabe einer Tageszeitung zur Lieferung an die jüdische Bevölkerung oder -falls dieses nicht möglich sein sollte- durch Aufnahme solcher Nachrichten in das Jüdische Nachrichtenblatt, ferner durch Verbreitung von Nachrichten durch eine besondere Nachrichtenorganisation (in Großstädten: Blocksystem), schließlich durch Einrichtung von Lesestuben usw.
- 3.) Aus Anlaß eines Einzelfalles wird vorgeschlagen, die Form der Todesanzeigen im Jüdischen Nachrichtenblatt nach Möglichkeit zu vereinfachen.
- 4.) Über das statistische Ergebnis der Meldungen von Verfügungen seit dem 15. Oktober 1941 wird berichtet sowie ein Überblick über die Tätigkeit der Antragsstelle bei der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin gegeben. Der Vorstand nimmt von einer Entscheidung der Antrag-Prüfungsstelle Kenntnis.
- 5.) Nachdem die Zahlungen des JOINT-Lissabon an die Gemeinden in Ostoberschlesien, Warthegebirge und Sudostpreußen in Fortfall gekommen sind und diese Gemeinden um weitere finanzielle Unterstützung dringend gebeten haben, soll geprüft werden, ob und wieweit die Ghettoverwaltung in Litzmannstadt in der Lage ist, eine Fürsorge für diese Gemeinden zu übernehmen.
- 6.) Es wird berichtet über:
 - a) das Gesamtergebnis der Abgabe von Pelz-, Ski- und Wollsachen,
 - b) den Absatz des Abnahmevertrages vom 25.1.1942 aus Berlin.

gez. Berliner

I/Eurm/Kl.
42/-/37

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 9.2.1942

Anwesend: Dr. Becker als Vorsitzender

Dr. Cohn

Dr. Epstein

Hirschholz

Kosover

Kreindler

Dr. Lilienthal

Dr. Fuchs

Fürst

Karminski

fehlend: Dr. Berliner
Meyerheim.

- 1.) Der Vorschlag zwecks einer kürzeren Mittelaufbringung eine einmalige Abgabe, die in einem bestimmten Prozentsatz zum Vermögen steht, zu erheben, wird grundsätzlich erörtert. Ein detaillierter Plan soll dem Vorstand vorgelegt werden,
- 2.) Es wird berichtet über:
 - a) die Herabsetzung der Freigrenze für Inhaber mit beschränkt verfügbarem Sicherungskonto.
 - b) die behördliche Ablehnung der Inbetriebnahme der Mazzoth-Büchereien in Frankfurt/Main und Hamburg,
 - c) die Übernahme des Zeitungsverlages und Buchvertriebes des ehemaligen jüdischen Kulturtuntes in die Buchhaltung und Personalverwaltung der Reichsvereinigung zum 1. März 1942.
 - d) die Anordnung betreffend Auflösung der Paltreu und Eingliederung der Altret. Es soll dafür eingetreten werden, daß die FWI (Gesellschaft zur Förderung wirtschaftlicher Interessen von in Deutschland lebenden oder wohnhaft gewesenen Juden) zunächst erhalten bleibt.

gez. Dr. Lilienthal

I/Dr.Berliner.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 23.2.1942

Anwesend: Dr. Haek als Vorsitzender

Dr. Cohn

Dr. Eppstein

Henschel

Kozover

Kreindler

Dr. Lilienthal

Dr. Berliner

Dr. Fuchs

Fürst

Karminski

Meyerheim

- 1.) Es wird darüber berichtet, daß die Balastina-Fonds eine Reihe von Rentenverpflichtungen eingegangen sind, die nach Eingliederung der Fonds die Reichsvereinigung stark belasten. In einem Einzelfall (Frau Jenny Joseph geb. Langer, früher Köln, jetzt Berlin), soll versucht werden, die Rente der Frau Joseph durch Aufnahme in ein Altersheim abzulösen.
- 2.) Die Rente von Frau Maria Seeligsberger geb. Grundmann in Schöne (Sachs. Schweiz) in Höhe von monatlich RMark 300.--, die aus einer Verpflichtung der eingegliederten Simon und Maria Seeligsberger Zustiftung herrührt, soll nach Möglichkeit durch eine Kapitalabzulözung in Höhe von RMark 35.000.-- bis 40.000.-- abgelöst werden.
- 3.) Herr Kreindler referiert über die Arbeit der Reichsvereinigung. Er regt die Erörterung allgemeiner jüdischer Fragen im Vorstand an, insbesondere die Erweckung des Verständnisses für das Ostjudentum in der jüdischen Erziehung. Er empfiehlt ferner die Besprechung der laufenden Angelegenheiten in regelmäßigen Dezernentenbesprechungen.
- 4.) Es wird über die Notwendigkeit eines weiteren Abbaus im März berichtet.
Als allgemeine Richtlinien für die Durchführung wird beschlossen, die Verteilung auf die Zentrale der Reichsvereinigung, Berlin und Reich etwa im Verhältnis 1 : 9 : 10, die Verteilung zwischen der Abteilung FÜR SORGE und den VERWALTUNGSAbteilungen etwa im Verhältnis 5 : 3 vorzunehmen.

gez. Dr. Berliner

101

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

I/Dr.Berl/K1.
42A/191

Protokoll der Vorstandssitzung
der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 9.3.42

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender

Dr. Cohn

Dr. Eppstein

Henschel

Kotower

Kreindler

Dr. Lilienthal

Dr. Berliner

Dr. Fuchs

Fürst

Karpinski

Meyerheim

- 1.) Die Änderung des § 10 der Satzung der Reichsvereinigung und die Ordnung über die Erhebung eines außerordentlichen Beitrages 1942 wird der Vorlage entsprechend beschlossen.
- 2.) Der Etat der Lehranstalt soll künftig 1 1/6 des Schul-Etats nicht übersteigen.

gez. Dr. Berliner

804

I/Dr.Berl/Kl.
42/-/191

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 26.3.1942

Anwesend: Dr. Faeck als Vorsitzender

Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Kreindler
Dr. Lilienthal

fehlend: Dr. Cohn

Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Furst
Karminski
Meyerheim

1. Die Bilanz per 31. Dezember 1940 wird vorgelegt und genehmigt.
2. Mit Rücksicht auf den Rückgang der jüdischen Bevölkerung durch Abwanderung soll die Zahl der selbständigen Jüdischen Kultusvereinigungen und Bezirksstellen verringert werden. Dabei sollen je nach Lage des Einzelfalles entweder bisherige Gemeindemitgliedschaften eingegliedert oder die Arbeit von Bezirksstellen von einer selbständigen Kultusvereinigung mit übernommen werden.
3. Der außerordentliche Beitrag soll von Kultusvereinigungsmitgliedern nicht erhoben werden.
4. Mit Rücksicht auf die vielfältigen Behördenerarbeiten wird beschlossen, von einer Schließung der Büros an den Peßach-Festtagen — mit Ausnahme des zweiten Tages, der mit Karfreitag zusammenfällt — Abstand genommen werden.
5. Es wird berichtet über
 - a) die Kennzeichnung der jüdischen Wohnungen, die bis zum 15. April 1942 durchgeführt werden soll,
 - b) das Verbot der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln ab 1. Mai 1942.
 - c) Durchführung des nächsten Abwanderungstransports aus Berlin.

gez. Dr. Berliner

REICHSVEREINIGUNG DEUTSCHE

der Judenvereinigung der Stadt Berlin

Anwesend: Dr. Baumgärtel Vorsitzender

Dr. Eppstein

Hauschuh

Insbesondere

Wetzler

Dr. Lipshizki

fehlend: (Dr. Cohen)

Dr. Berliner

Dr. Friedl

Fürst

Gurinski

Meyerheim

16. M.

1. Es wird beschlossen, während der Sommermonate die Sammlung ABLICHT PFLICHT wie im vorigen Jahre wieder durchzuführen, und zwar vier Monate hindurch, wobei vorbehalten bleibt, sie um einen Monat zu verlängern, falls der Bezug in der WINTERHILFE sich verzögert. Die Rücksitze bleiben die gleichen wie bei der Winterhilfe; die Sammlung soll in der letzten Mai-Woche eröffnet werden.
2. Es wird berichtet über:
 - a) die technische Regelung hinsichtlich der Anträge auf Fahrerlaubnis - insbesondere in Berlin - für diejenigen Personen, die nach dem Rundschreiben Nr. 42/107/181 vom 30.3.1942 zur Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel berechtigt sind,
 - b) die Durchführung der drei letzten Abwanderungstransporte aus bzw. über Berlin,
 - c) die finanzielle Entwicklung der Reichsvereinigung in den letzten Monaten.

gez. Dr. Berliner

044

Protokoll der Vorstandssitzung
der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 11.5.1942

Anwesende:

Dr. Bieck als Vorsitzender
Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Kreindler
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Meyerheim

1. Aufgrund eines Berichtes über das bisherige Verfahren beim Abschluß von Heimeinkauf- und Heimaufnahmeverträgen wird beschlossen, in Zukunft grundsätzlich Heimeinkaufverträge zu bevorzugen, auch wenn das Vermögen der Heimanwärter für die dem Vertrage zugrundeliegende Kostenberechnung nicht voll ausreicht. Werden Heimaufnahmeverträge abgeschlossen (in Fällen, in denen nur laufende Einnahmen oder kleine Vermögen zur Verfügung stehen), so sollen nach Möglichkeit Vorauszahlungen vereinbart werden, die beim Ablegen oder Ausscheiden des Heiminsassen der Reichsvereinigung verbleiben; es sei denn, daß das Ausscheiden im gegenseitigen Einvernehmen erfolgt.
Die Heimverträge sind aufrecht zu erhalten, auch wenn die Leistungen z.B. durch Verlegung in Wohngemeinschaften herabgesetzt werden müssen.
2. Es wird beschlossen, die Heime der JKV Berlin durch Mitarbeiter sowohl der RV wie der JKV kontrollieren zu lassen. Für die RV werden neben den bereits früher beauftragten Herren EYER und SELBGER Frau Dr. Berliner und Frau Fürst benannt, für die JKV außer den ständigen Revisoren die Herren ABRAHMSOHN und Herbert LEVY, und zwar mit der Maßgabe, daß die Kontrollbesuche jeweils gemeinsam von einem männlichen und einem weiblichen Mitarbeiter durchgeführt werden sollen. Unabhängig von diesen Kontrollen soll die hygienische Überwachung der Heime durch die Gesundheitsverwaltung der JKV fortgeführt werden.
Die Federführung soll bei der Abt. Fürsorge der RV liegen; diese wird die beauftragten Mitarbeiter der RV und JKV zu einer gemeinsamen Besprechung zusammen bitten. Es wird in Aussicht genommen, auch die Heimkontrollen außerhalb Berlin, die durch die Bestellung der bisherigen Heimrevisorin zur Leiterin des Kinderheims Berlin, Schönhauser Allee 162 in Fortfall gekommen sind, wieder aufzunehmen und hierfür gleichfalls sowohl Mitarbeiter der RV wie der JKV heranzuziehen.
3. Im Ergänzung des Merkblattes "Gesundheitsschutz - Gemeinschaftsschutz" sollen die verantwortlichen Leiter von Gemeinschaftsunterkünften noch ausführliche Anweisungen bezüglich der Durchführung erhalten.

Die Kosten für die Durchführung von Arbeiten der Reparatur- und Wartungsbereiche werden in der Zentrale der RV (z.B. D-1) auf Basis der vom zuständigen Verteilungsamt erforderten Einrichtungsgegenstände (z.B. Materialien) voraus festgelegt, daß die Kosten zwischen den einzelnen Verteilungsämtern für RV kontenzfähig aufgerekchnet werden, um die Kosten zu vermeiden.

ges. Dr. Berliner

I/Dr. Berl/Kl.
42/-/295

772

23

der Vorstandssitzung vom 29.Juni 1942, 19 Uhr

Anwesend: Baetz, Eppstein, Menschel, Kosower, Kaminer
Karminski, Levy, Meyerheim, Simonis

1. Wohnungseräumung in Berlin

KOZOWER berichtet über Umfang und Verfahren der Wohnungseräumung in Berlin, insbesondere über die Arbeit der Wohnungsberatungsstellen in Zusammenhang mit der anderweitigen Unterbringung von Mietern oder Untermietern. Bisher sind rund 6.000 Wohnungen geräumt worden. Der Personalbedarf, der durch die seitens der JGW Berlin zu stellen den Hilfsarbeiter für die Wohnungseräumungen entstanden ist, soll im Zusammenhang mit den weiteren Abschaffungsmaßnahmen erörtert.

2. Abwanderung

a) Heimeinkaufverträge für Theresienstadt

EPPSTEIN berichtet über den Entwurf des der Aufsichtsbehörde vorgelegten Rundschriften über den Abschluss von Heimeinkaufverträgen für Theresienstadt und über die verfügbaren Ränderungen. Zweck Überweisung der erforderlichen Mittel nach Theresienstadt ist stetig monatlich über die Zahl der dorthin abgewanderten Personen sonders zu berichten.

b) Altersheim-Transporte aus Berlin

KOZOWER berichtet über die eröffnete Verzehrung der Anzahl der Transporte nach Theresienstadt von wöchentlich drei auf fünf, unter gleichzeitiger Erhöhung der Teilnehmerzahl von 50 auf je Transport. Die hierdurch bedingten Personaldispositionen werden erörtert. Angeichte des vermehrten Personalbedarfs soll die Entscheidung der Aufsichtsbehörde darüber eingeholt werden, ob und in welcher Weise hierauf bei dem angeordneten Personalabbau Rücksicht genommen werden kann.

3. Schulkinder-Betreuung

KARMINSKI berichtet über die vorgesehenen Massnahmen zur Betreuung von Schulkindern nach Schließung der jüdischen Schulen. Die Fragebogen-Aufnahme in Berlin hat ergeben, dass von rund 1400 Volksschülern die zusätzliche Unterbringung für 625 Volksschüler in Kindertagesheimen, davon 372 ganztägig, erforderlich werden wird. Die Möglichkeiten des Einsatzes älterer Schüler für Arbeiten in jüdischen Einrichtungen werden besprochen und festgelegt. Entwurf eines Rundschriften soll der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden.

4. Abrechnung der Jüdischen Winterhilfe
1941/42

KARMINSKI berichtet über das Ergebnis der Jüdischen Winterhilfe 1941/42. Das Spendenaufkommen beließ sich trotz der Verringerung der Anzahl der Juden auf RM 1.537.214,26. Der Endbestand von RM 1.269.173,31 soll derart verwandt werden, dass ein Betrag von 1,2 Millionen Reichsmark für die satzungsmäßigen Zwecke der JV verwandt wird, während der Spitzensatz von rund RM 69.000,- dem Ausgleichsfonds zugeführt werden soll.

5. Ablieferung von Schreibmaschinen,
Fahrrädern, optischen Geräten, usw.

Über die zur Durchführung der Ablieferung von elektrischen Geräten, von Plattenspielern und Schallplatten, von Schreibmaschinen, Fahrrädern und optischen Geräten ergangenen Anweisungen wird berichtet. Die Organisation der Ablieferung in Berlin (1. bis 5.7.1942) wird besprochen. Für die Voraussetzungen, unter denen eine Weiterleitung von Anträgen von Mitarbeitern der JV und JKV Berlin gemäß Ziffer 4 der Anordnung auf Belassung von Schreibmaschinen zum Dienstlichen Gebrauch an die zuständige Stadtpolizeileitstelle erfolgen kann, werden Richtlinien aufgestellt.

6. Organisation

Über die aufsichtsbehördlich genehmigten Organisationspläne der Zentrale der JV und der JKV Berlin wird berichtet und genehmigt beschlossen. Mit der räumlichen Zusammenlegung der Zentrale der JV in zwei Stockwerke des Hause Kantstrasse 158 sowie mit der damit verbundenen Zuordnung des Personals zu den einzelnen Abteilungen erklärt sich der Vorstand einverstanden.

ges. Paul Israel Appstein

1941/42 Jüdische Winterhilfe nach Erfahrungsergebnissen
der jüdischen Arbeitnehmer ist gesetzlichen Regel bestimmt und
durch Gesetz vom 20. August 1940, § 20 Absatz 1, und
die Verordnung vom 1. Januar 1941, § 1, bestimmt.
Die jüdische Arbeitnehmer sind nach dem Gesetz und der Verordnung
eine Sondergruppe, welche die gesetzliche Pflichten erfüllt
und die gesetzlichen Pflichten erfüllt hat, ebenso wie die anderen
Arbeitnehmer, aber nicht die gleichen Pflichten erfüllt hat.

111

3.
Protokoll

der Vorstands- und Ausschuss-Sitzung
am 6.Juli 1942, 19.30 Uhr

Anwesend: BaecK, Eppstein, Henschel, Konower, Kreindler,
Kaminski, Meyerheim

1. Finanzfragen

a) Steuererklärung der RV

EPPSTEIN berichtet über das Ergebnis der vorläufigen Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der RV im Jahr 1941, die mit einem Ausgaben-Überschuss von rund 3 Millionen RMark, bei Einnahmen von rund 39,7 Millionen RMark abschliesst. Aus der Aufstellung ergibt sich, dass der Körperschaftsteuer Einnahmen im Betrag von RM 1.478.000,- unterliegen. Die Körperschaftsteuer wird sich daher voraussichtlich auf RM 642.600,- belaufen, wovon RM 559.500,- durch Vorauszahlungen gedeckt sind. Die Umsatzsteuer-Vorausberechnung ergibt eine Steuersumme von RM 356.285,-, wovon durch Vorauszahlungen rund RM 149.000,- gedeckt sind. Nach Eingang der Steuerveranlagungen muss daher mit Körperschafts- und Umsatzsteuer-Abschlusszahlungen für 1941 von rund RM 291.000,- gerechnet werden.

b) Liquidität der Zentrale
der RV

MEYERHEIM berichtet über die bei der Zentrale der RV verwalteten liquiden Mittel, die sich per 30.6.42 auf rund 57 Millionen RMark belaufen, hiervon Effekten im Buchwert von rund 27 Millionen RMark, Bankkonten im Betrag von rund 30 Millionen RMark. Festangelegt sind rund 28 Millionen RMark. In diesen Beständen ist das zentrale Sonderkonto W mit rund 2,9 Millionen RMark, davon fest angelegt 2,4 Millionen RMark, enthalten.

2. Personalfragen

Für den Jüdischen Buchvertrieb wird nach einem Bericht von KREINDLER die Entlassung von drei der bisher nur Mitarbeitern nach Durchführung des Umzugs von der Wilnackerstrasse 3 in die Artilleriestrasse 31 beschlossen, außerdem die Einstellung des bisherigen Abteilungsleiters Pless als Sachbearbeiter in Gehaltsgruppe IV statt bisher III.

3. Fürsorge

a) Einzelbeihilfen

Es wird nach Berichten von BAECK und HENSCHEL beschlossen, Einzelbeihilfen grundsätzlich nur noch im Rahmen der Fürsorge und nach Kenntgabe der Fürsorge-Richtlinien

zu gewähren. Soweit noch für Unterstützungen Sonderkonten, Dispositionen- oder ähnliche Fonds bestehen, sollen sie mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden. Dies gilt auch für bisher zweckgebundene Stiftungsvermögen, wie z.B. der Mendelsohn- und Salinger-Stiftung, die Vermögen der RV vereinbart und deren Zinsenträger bis nicht mehr gesondert ausgewiesen und verwandt werden soll. Zuwendungen an Stiftungen, die in die RV eingegliedert sind oder werden, müssen daher auf Übergangsbeihilfen nach Massgabe der hierzu erlassenen aufsichtsbehördlichen Richtlinien beschränkt werden. Über Sonderbeihilfen (z.B. für Wohnungsräumungskosten) entscheidet die Abteilung Fürsorge, im Zweifelsfällen der Vorstand.

b) Armenrechtekosten

KOZOWER berichtet über Fälle, in denen, z.B. bei Scheidungen, angeforderte Gerichtskosten-Vorschläge infolge Hilfesbedürftigkeit nicht gezahlt werden konnten. Da Juden das Armenrecht nicht mehr zugestellt wird, wird, vorbehaltlich der aufsichtsbehördlichen Genehmigung, im Aussicht genommen, sofern der Einzelfall es vertretbar erscheinen lässt, Gerichtskosten, jedoch keine Rechtshilfe-Gebühren, aus Fürsorgemitteln zu bewilligen. Um einen Überblick über in Betracht kommende Fälle zu erhalten, behält sich der Vorstand bis auf weiteres die Entscheidung hierüber vor.

4. Abwanderung

KOZOWER berichtet über den am 11.-12. Mts. vorgenommenen Abwanderungstransport mit etwa 200 Teilnehmern aus Berlin sowie über die Durchführung der Transporte nach Theresienstadt mit wöchentlich 500 Teilnehmern. EPPSTEIN über die Abwanderungstransporte aus den anderen Bezirken.

ges. Paul Israel Eppstein

40

Protokoll

der Vorstands-Ausschusssitzung
am 9.Juli 1942, 19 Uhr

Anwesend: Babek, Eppstein, Henneke, Kosower, Kreindler,
Meyerheim

zu Ziffer 2: Karainski; Simonis
zu Ziffer 3: ~~Wunneheim~~ (Kataster)

1. Finanzen

a) Steuerzahlungen der
NV

~~WUNNEHEIM~~ berichtet im Zusammenhang mit den durch die NV abgegebenen Körperschafts- und Umsatzsteuer-erklärungen über den Gesamtbetrag, auf dem sich voraussichtlich die Gesamtsteuerzahlungen der NV in 1942 belaufen werden. Körperschafts-, Umsatz-, Vermögens- und Schenkungssteuer werden unter Einbeziehung der entsprechenden Verpflichtungen der eingegliederten Organisationen sich auf rund 2,3 Millionen RMARK belaufen. Hiervon dürften durch Vorauszahlungen gedeckt sein rund RM 900.000,-, sodass noch zu zahlen sein werden rund 1,4 Millionen Rmark, und zwar einschließlich der Vorauszahlungen für 1942.

b) Inventarerlöse

~~WUNNEHEIM~~ berichtet über die Entwicklung des Kontos Inventarerlöse, dass sich bei der Zentrale auf rund RM 110.000,- beläuft. Um einen Überblick über das Ergebnis der Inventar-Verwertung zu erlangen, soll künftig bei der Zentrale ein Inventarerlöse-Kontokonto geführt werden, das eine Übersicht über die Inventarverwertungen, besonders auch der Schulen und Heime, ermöglicht.

2. Fürsorge

a) Heineinkaufverträge

~~WUNNEHEIM~~ berichtet über Zweifelsfragen im Zusammenhang mit der Durchführung der Anweisung über den Abschluss von Heineinkaufverträgen z. B. Es wird klargestellt, dass die Heineinkaufsummen nach Kenntnis des Rundschreibens vom 30.V.Mts. nach der Lebenserwartung zu berechnen und den Sonderkonto H einzuführen sind. Auf das darüber hinaus etwa noch vorhandene Barvermögen sollen die Spendenzurichtsätze für das Sonderkonto E in Anwendung gebracht werden. Sofern noch Aufnahmen im Heine im Altreich stattfinden, sollen Heineverträge nach dem bisherigen Muster abgeschlossen werden mit der Aussage, dass ausser dem Einkaufsgeld der

monatliche Pflegekostensatz von der Heimeinkaufssumme abgeschrieben, der verbleibende Betrag im Zeitpunkt der Abwanderung nach einer anderen Stadt jedoch auf Kontokonto H überwiesen wird. Bei den Heimeinkaufverträgen soll grundsätzlich von einer Übereignung von Hausrat Abstand genommen werden. Bei Heimeinkaufverträgen für Heime im Altreich kann sie bisher eine Übereignung von Einrichtungsgegenständen und Hausrat zwecks Verwertung stattfinden; es ist jedoch im Vertragsformblatt klarzustellen, dass, soweit Hausrat übereignet wird, dessen Schätzungs Wert Bestandteil der Heimeinkaufssumme, also des für die Heimaufnahmen zu entrichtenden Leistungsentgelts, ist.

b) Kriegsopferbeihilfen

KARWINSKI berichtet über die Zahlung von wiederruflichen Beihilfen in halber Höhe der bis zum 20.6.1940 gewährten staatlichen Kann-Leistungen für Eltern von Kriegsopfern, also RM 7,50 im Monat für einen Alternteil oder RM 10,- im Monat für beide Eltern. Nach dem Erlass des Oberkommandos der Wehrmacht, Abteilung Reichsversorgung vom 20.6.1940 sind Kann-Leistungen für jüdische Kriegsopfer in Fortfall gekommen. Ob derartige Kann-Leistungen künftig durch die jüdische Fürsorge zur Auszahlung gebracht werden können, soll der Aufsichtsbehörde vorgefragt werden.

c. Feststellung von Judenwohnungen in Berlin an Eisenbahnstrecken

EPPSTEIN berichtet unter Verpflichtung zur Geheimhaltung über den am 9.6.1940 von der Aufsichtsbehörde erzielten Auftrag, ein Verzeichnis der Juden in Berlin aufzustellen, die an Eisenbahnstrecken wohnen oder von ihren Wohnungen Aussicht auf Eisenbahnstrecken haben. Das Kataster der JKV Berlin wird mit der Durchführung beauftragt mit der Massgabe, dass anhand einer Karte von Berlin sämtliche Straßen ermittelt werden, die an Eisenbahnstrecken liegen und alsdann ein Verzeichnis der Wohnungsverhältnisse in Wohnungen in diesen Straßen aufgestellt wird unter Berücksichtigung der Lage der Wohnung zur Eisenbahnlinie im Vordach oder Hinterhaus, ferner dass anhand der Karte ein Verzeichnis derjenigen Straßen aufgestellt wird, die Eisenbahnlinien schneiden um die an den Eisenbahnstrecken liegenden Wohnhäuser und die darin wohnhaften Juden zu ermitteln.

4. Abwanderung

KOZOWSKI berichtet über die Vorbereitung der Absammlungstransporte aus Berlin am 11.6.1940 unter Berücksichtigung der Anschlusstransporte aus den Bezirken der Stadtpolizeistationen Hamburg, Magdeburg und Stettin.

ges. Dr. Paul Israel Eppstein

5.

Protokoll

der Vorstands-Tunschuss-Sitzung
am 16. Juli 1942, 20 Uhr

Anwesende: Bosak, Eppstein, Henschel, Kozower, Kreindler
Kayserlein
zu Ziffer 1: Karnitski, Levy, Imonis

1. Fürsorge

a) Heimeinkaufverträge

EPPSTEIN berichtet über den Plan einer Bemessung der Heimeinkaufssummen für die Heimeinkaufverträge. Er nicht, wie bisher, nur nach Aussage eines Pauschaltzinses für die Unterhaltskosten, vervielfacht mit der Anzahl der Jahre der Lebenserwartung, sondern nach Aussage einer Staffel unter Berücksichtigung der Vermögensgrößenklassen und des Eintrittsalters. Zweck der Staffel ist, die größeren Verluste für das Sonderkonto II zu erkennen, bei denen auch das bisherige Verfahren gleicher Pauschalzinses erhebliche Spitzenbeträge freiließen. Gegenüber einem nach Hunderttausenden zu staffelnden Zuschlag zu den Pauschaltzinsen für Unterhaltskosten bei Verlusten, die die Einkaufssumme übersteigen, wird eine Staffelung des Pauschaltzinses für die Unterhaltskosten für zweckmäßiger gehalten, weil sie die Aufstellung einer Tabelle ermöglicht, von der die jeweils zu zahlende Einkaufssumme abgelesen werden kann. Wenn dasbare bzw. liquidierbares Vermögen geringer ist als die nach der Tabelle errechnete Einkaufssumme, soll eine Anwendung des Spitzenfallbetrags nach der Abwanderung unterbleiben. Es kann damit gerechnet werden, dass dieser Fall dadurch ausgeschlossen werden kann, dass EPPSTEIN bei den höheren Staffeln größere Vermögensbestandteile im Sonderkonto II vereinnehmen werden. Der Vorstand beschließt, der Aufsichtsbehörde einen entsprechenden Vorschlag zur Genehmigung einzurichten.

b) Heierkunungen

EPPSTEIN berichtet über die Durchführung von Heierkunungen in Berlin, insbesondere der Grundstücke, Altonaerstrasse 4, Dorflingerstrasse 17, Grabenstrasse 12, Iraniestraße 5 und Lützowstrasse 67 sowie über weitere in Zusammenhang mit der Abwanderung nach Theresienstadt bevorstehende Heierkunungen.

c) Kriegsopfer-Beihilfen

EPPSTEIN berichtet darüber, dass nach Vertrag bei der Aufsichtsbehörde Sonderbeihilfen am Kriegshinterbliebenen und Schwerkriegsbeschädigte, soweit sie Kann-Leistungen darstellen, häufig nicht mehr ausgemahlt werden dürfen, dass vielmehr auch in diesen Fällen ausschließlich eine Unterstützung nach Fürsorge-Nichtlinien zu erfolgen hat.

2. Finanzen

a) Juniabrechnung-Augustvorschlag

Juni-Abrechnung und über den August-Vorschlag, insbesondere über das Ergebnis der den Einnahmedberschöpfung in Juni, über die Entwicklung des Aufkommens aus dem außerordentlichen Beitrag und aus Leistungsentgelten, über die Senkung der Urbergs- und Verwaltungsausgaben, ferner über die Anweisung, die Steuerausgaben künftig nicht mehr innerhalb der Sachausgaben, sondern in einer Summe gesondert anzusehen. Bezüglich die Besitzte der Mitarbeiter, die für behördliche Sonderarbeiten im Zusammenhang mit der Abwehrung eingesetzt worden sind, in einem besonderen Titel im Rahmen der Verwaltungsausgaben zusammengefasst wurden. Die Aufrechterhaltung dieses Titels wird solange erforderlich sein, als die taatspolizeileitstelle Berlin-diese Mitarbeiter für die Durchführung von Sonderaufträgen (wie z.B. Wohnungs- und Heimrausungen) benötigt. Wie JAY Berlin hat daher jeweils für die Art der zu erledigenden Sonderarbeiten und für die Anzahl der hierbei einsatzenden Mitarbeiter die Genehmigung der örtlichen Aufsichtsbehörde einzuholen.

b) Einziehung von Aussonständen

Reihen von Fällen zur Einziehung von Aussonständen an Mitgliederbeiträgen/ die Leistungsentgelten Zahlungsbefehle erlassen, Klageabredungen ergangen bzw. Klagen eingereicht worden sind. In welchen Fällen diese Verfahren bei einzigen Zählern beibehalten werden soll bei der Aufsichtsbehörde geklärt werden.

602. Dr. Paul Israel Eppstein

6.

Protokoll
der Vorstandsausschusssitzung am 2. Juli 1942, 19.5 Uhr
Anwesende: Appstein, Menschel, Sonzower, Kreitler
Zu Ziffer 1: Levy

- - - - -

1. Finanzen

a) Kurzungen des August-Voranschlags

KEMSCHE berichtet über das Ergebnis der Vorbereitung einer Kurzung des Verwaltungsvoranschlags für August nach Eingabe der aufsichtsbehördlichen Entscheidung um RM 12.911,84 auf ca. 280.000,-. Darauf folgen sollen bei der Zentrale der JKVs Einsparungen von rund RM 3.000,-, bei der JKV Berlin von rund RM 4.500,-, der Rest bei den übrigen BStAs und JKVs vorgenommen werden. Der Vorstand beschließt nach Eingabe dieses Vorschlags (vgl. auch Ziffer 2).

b) Liquidität der JKV Berlin

KEMSCHE berichtet über die Liquidität der JKV Berlin, deren flüssige Mittel sich auf RM 5.996.461,85 belaufen, hiervon rund 3,6 Millionen RM Festanlagen. Das Ergebnis des Aufkommens an ordentlichen Beitrag im ersten Halbjahr 1942 beläuft sich auf rund 2,2 Millionen RM gegenüber 2,0 Millionen RM im Vorjahr. Das Aufkommen des außerordentlichen Beitrags im gleichen Zeitraum beläuft sich auf RM 2.250.000,-. Ein Bericht über Einzelheiten der finanziellen Entwicklung der JKV Berlin wird demnächst erstattet werden.

2. Fürsorge: Widerrufliche Beihilfen

Im Zusammenhang mit der Kurzung des August-Voranschlags wird beschlossen, die Zahlung von freiwillig gewährten widerruflichen Beihilfen an frühere Funktionäre mit Eintritt von 1.8.1942 an einzustellen. Dies soll den BStA und JKVs durch Rundschreiben bekanntgegeben werden.

gen. Dr. Paul Israel Appstein

Protokoll Nr. 8

Verwaltungsausschuss-Sitzung vom 3. Juli 1942, 10 Uhr
Leopold Zippel, Max, Lutzow, Reinhard
Witkowski, Schleswig-Holstein

1. Organisation: Inzug der V-Zentrale

Über die Verwaltungsausschusssitzung vom 3. Juli 1942, 10 Uhr, die bisher für den Inzug der Zentrale der V aus den Räumen im Haus Kantstrasse 158 in ein V-Grundstück getroffenen Feststellungen. Es wird beschlossen, eine gesetzliche Ausserung des Baussachverständigen zu veranlassen, ob die Möglichkeit einer Unterbringung von hierfür in Betracht kommenden Abteilungen der JKV Berlin aus den Grundstücken Oranienburgerstrasse 29 und 31 in dem Verwaltungsgebäude Joachimstalerstrasse 2/4 und in dem Neigrundstück Artilleriestrasse 31 derart, dass für die Zentrale der V das erste Stockwerk des Grundstücks Oranienburgerstrasse 31 sowie entsprechende Räume in der Oranienburgerstrasse 29 freigemacht werden können, notfalls unter Unterbringung solcher Abteilungen der V, deren Arbeitsgebiet dies ermöglicht, in dem Neigrundstück Artilleriestrasse 31. Hierauf soll zunächst der Verwaltungsräum-Bedarf in der Artilleriestrasse 31, um den die Neinverwendung des Grundstücks eingeschränkt werden könnte, ermittelt werden; Selbstverständlich unter Durchführung weiterer Verwaltungsvereinfachungen. Der Baussachverständige hält auch eine Unterbringung der Zentrale der V im Vorderhaus des V-Grundstücks Joachimstalerstrasse 13 für möglich, was zwar eine Verlegung der Telefonanlage erforderlich machen würde, aber im Interesse der Erreichbarkeit für die Aufsichtsbehörde in der Kurfürstenstrasse zweckmäßig erscheine. Zu dem Ergebnis der Feststellungen soll die Entscheidung der Aufsichtsbehörde eingeholt werden.

2. Fürsorge: Jüdisches Krankenhaus Berlin

Mit derahrnehmung der Aufgaben des abgewanderten Chefärztes tritt nun auf Vorschlag von Lustig dessen bisheriger Assistent, Helmut Israel Cohen, beauftragt.

Über die Entwicklung der Einnahmen des Jüdischen Krankenhauses wird berichtet und beschlossen, Kosten für die Schifffahrtspatienten des Krankenhauses nicht zu Lasten der Fürsorge, sondern zu Lasten des Krankenhauses zu buchen.

3. Besonderung

KOZERK BERICHTET über die eröffneten Termine für drei weitere Abwanderungstransporte zum Berlin, die im August außer den fünf je Woche stattfindenden Transporten nach Theresienstadt mit je 100 Teilnehmern durchzuführen sind, und zwar ein Transport nach Theresienstadt, zwei Ost-Transporte. Für diese Mitteilung besteht Schweigepflicht. Für den Transport, der Mitte August mit 1000 Teilnehmern nach Theresienstadt abgeht, wird die technische Durchführung erörtert im Hinblick darauf, dass die Sammlung und Durchschleusung in den Altersheimen erfolgen soll.

ges. Dr. Paul Israel Epstein

M. Kornowski

Protokoll Nr. 9

der Vorstandsausschusss-Sitzung vom 6.8.1942, 19 Uhr

Anwesend: Eppstein, Menschel, Kosover, Kreindler
Meyerheim

1. Finanzen

a) Liquidität und Festenlage

EPPSTEIN und MEYERHEIM berichten über den Umfang des liquiden RV-Vermögens unter besonderer Berücksichtigung seiner Anlage auf Bankkonten und in Wertpapieren. Von den rund 62 Millionen Reichsmark zentral verwalteter Mittel sind rund 20 Millionen in Wertpapieren angelegt. Zu der Frage, ob ein größerer Teil der Vermittel, die bisher mit einem Zinsertrag von 2 1/2% als Dreimonatsgeld angelegt sind, in Wertpapieren (z.B. 5%ige Reichsschatzanweisungen oder Industrieobligationen) angelegt werden sollen, ist die Entscheidung der Aufsichtsbehörde vorauszusehen.

b) Lehrtauslagen der Sammler

Menschel nimmt Bezug auf den Vorstandsbeschluss, wonach den Sammlern von ihm und ihren Sammlungsstellen nicht mehr zu gewähren ist. Menschel erläutert mit einer Rechnung für die Erstattung der tatsächlich geleisteten Tätigkeit, wie von der Finanzabteilung unter Fortsetzung eines möglichen Rückbetrags veranlaßt werden kann, zunächst durch den Revisor eine Prüfung der Erstattungsunterlagen vorgenommen und hierüber im Vorstand berichtet werden ist.

2. Finanze

c) Heineinkaufsverträge

EPPSTEIN schlägt vor, für Siechenheim-Einkaufsverträge das alte Heineinkaufsverfahren (Fragebogen von monatlich RM 150,- mal 12 mal Lebenserwartung möglich RM 2.000,- Eintrittsgeld) anzunehmen zu legen, jedoch bei Verdienst, die die so errechnete Einkaufsumme übersteigen, die Richtsätze des Heineinkaufs nach dem Muster II für Spenden zu verwenden. Die so eingehenden Spenden sollen örtlich einen Sonderkonto 31 eingeführt werden. In Falle der Abwanderung von Siechenheim-Inhabern hätte eine Umlaufung auf Sonderkonto 2 zu erfolgen. Infolgedessen bleiben die Einkaufsummen auf Sonderkonto 31 im Unterschied von den Einkaufsummen und den Eintrittsgaldern von der Solidierung ungenommen, es sei denn, dass die Siechenheime nunmehr bedarflos wären. In diesem Falle könnte der Zusatzbedarf aus dem Sonderkonto 31 abgedeckt werden, indem auf diese Weise ein überfälliger Angleich ermöglicht würde. Der Vorstand erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Entwurf eines Kontobeschreibens soll der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden.

Über die Genehmigung des Kontobeschreibens betreffend Abschaffung von Heineinkaufsverträgen für eine Gemeinschaftsentbringung (Theresienstadt) wird berichtet.

b) Beschäftigung von Schülern/-innen

Im Zusammenhang mit einem Bericht über die Beschäftigung von Schulkindern teilt KÜHNEN mit, dass in den Gartengrundstück Wörthstrasse 20, wie gewünscht, frühere Schulkinder zu Gartenarbeiten eingesetzt worden sind. Der Bezirksbürgermeister Weissensee erhält gegen Erterstattung den Ertrag an Obst und Gemüse. Der Ortsbauernführer in Niedinkendorf hat etwa 25 Jugendliche zum Kartoffelernte-einsatz angefordert. Ob diese bereitgestellt werden können, soll der Aufsichtsbehörde zur Entscheidung vorgebracht werden.

3. Abwandlung

KONG-DR. berichtet über die im August vorgesehenen Abwanderungs-transporte aus Berlin und deren technische Verarbeitung.

4. Organisations Umfang der Zentrale der IV

FEDERIK berichtet, dass nach Vortrag über die bisher getroffenen Umzugsvorbereitungen die Aufsichtsbehörde, zuletzt anlässlich des Kontrollbesuchs in Hause Kantstrasse 158 am 5. des. ta. entschieden habe, dass bis auf weiteres von einem Umzug Abstand zu nehmen ist und dass daher die Zentrale der NV zunächst in Hause Kantstrasse 15 verbleiben soll.

KPPSTLDE und KZGMLR berichten über das 17 anlässlich des Kontrollbesuchs bei der Zentrale der PV im 5. d.h. 1.1. zur Abwanderung bestimmten Konsulenten. Weisungsgrund soll die Abwicklung der von ihnen bearbeiteten Akten, damit sie nicht mit einer Vertretung vor Gericht verhandelt ist, durch die Zentrale der PV im Rahmen der PVL-Abwicklung erfolgen. Dass die zweckmäßigste Form der Übertragung der Abwicklung soll mit den Obmann der Konsulenten erörtert und dann hierüber erneut berichtet werden.

Gen. Dr. Paul Loyal Eppstein

Protokoll Nr. 10

der Vorstandssitzung am 10.8.1942, 19.30 Uhr

Anwesende: Baeck, Appstein, Kauschel, Konower,
Kowalski, Levy, Meyerheim

1. Finanzen

a) Einnahmen und Ausgaben
im ersten Halbjahr 1942

KLEINBLER berichtet über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in den einzelnen Haftpositionen im ersten Halbjahr 1942 anhand des Haftberichts. Daraus ergibt sich, dass die Einnahmen sich auf RM 10.620.400,-¹⁹ und die Ausgaben auf RM 8.299.436,26 belaufen.
Der Einnahmenüberschuss beträgt daher in diesem Zeitraum
RM 2.321.145,93.

b) Sammlungen in Berlin

KLEINBLER und REYHNER berichten über die Durchführung der jüdischen Pflicht in Berlin. Zur Vermeidung einer Beeinträchtigung der Sammlung größerer Spenden soll die Sammlung Jüdische Pflicht Spenden vor nach Aussage der Richteräte einzischen.

2. Fürsorge

a) Verpflegungskosten in Altersheimen
bei Abwanderungstransporten

KLEINBLER berichtet, dass eine Reihe von Altersheimen in Berlin nunmehr ebenso wie das Altersheim Gruppe Hamburgerstrasse 26 zur Sammlung der zur Abwanderung nach Theresienstadt bestimmten Personen benutzt wird. Nach dem Abtransport der Altersheim-Inassen erfolgt eine vorübergehende Beibehaltung dieser Heime mit den Abwanderern aus Privatschulungen. Sowohl mit diesen Heimeinkaufverträgen abgeschlossen werden konnten, erfolgt die Kostenabfertigung für die kurzfristige Unterbringung und Verpflegung in Altersheim aus dem monetären Pflegesatz. Hieraus wird sich auch ein Überschuss gegenüber den Selbstkosten ergeben, aus dem die gleichen Kosten für Hilfsbedürftige, mit denen keine Heimeinkaufverträge abgeschlossen werden konnten, gedeckt werden können. Soweit hierbei ein Fehlbetrag entsteht, wird beschlossen, ihn aus den Sonderkonten I zu decken.

b) Ziechenheim-Einkaufvertrag Bernheim

KLEINBLER berichtet über einen Einzelfall, in dem ein Jude, 95 Jahre alt, einen Ziechenheim-Einkaufvertrag abgeschlossen hat, aber vor Aufnahme in das Ziechenheim verstorben ist. Die Einkaufsumme belief sich auf RM 42.000,- und war bereits gewahlt worden. Es wird mit Rücksicht darauf, dass der Vertrag vor dem Ableben von dem Kreislaender unterschrieben war, beschlossen, mit Annahme eines Betrags von RM 5.000,- zur Erfüllung eines Verpflichtungen die Einkaufsumme nicht vorbehuzahlen.

1/2 Personen 1 kg rotes

2) mit einer Kurvenzeichnung

Die Interesse der Übersichtlichkeit der Personalverteilung bei der Zentrale der HV und der JKV Berlin wird beschlossen, mit sofortiger Wirkung in der gesetzlichen Personalestatistik die Angestellten bei der jeweiligen Stelle zu zählen, bei der sie tatsächlich arbeiten, ungenutzt dessen, ob im Arbeitsbuch Zentrale der HV oder JKV Berlin als Beschäftigungsgeber eingetragen ist. Für die Zentrale der HV ergibt sich daraus folgendes: Von den 168 ihr bisher zugerechneten Angestellten arbeiten bei der Zentrale nur rund 120, während die restlichen bei der JKV Berlin beschäftigt sind. Dies soll in der Personalestatistik, die nach dem Stand vom 1.8.1942 der Aufsichtsbehörde eingesrieben ist, klar gestellt werden.

b) Verwendung von "titeln"

In Zusammenhang mit den handschriftlichen von Zts.-Ms., betreffende Anrufe von Titeln in Liegabien an Dienststellen, wird beschlossen, die Dienststellen der IV anzugeben, nach, in dienstlichen Bereichen die Verwendung von führenden Titeln oder Berufsbezeichnungen zu unterlassen.

40 Kultus

In Zusammenhang mit einem Bericht über die Abwanderungswelle von früheren Rabbinern gibt EPPSTEIN davon Kenntnis, dass aufgrund einer Erörterung bei der Aufgabekomitee in diesem Jahre Gotlandseminare mit den hohen Feiertagen nicht zu veranstalten sind. Dies soll durch ein Kundschreibchen bekanntgegeben werden.

that he, who was not financially able, had obtained \$10,000
now made, and never once before had he been able to make \$10,
000.00, and now he has \$10,000.00. He has no
idea where he got the money, and he has not
told anyone, and he has not written to his wife, though he has
now married again since this conversation. The telephone
company will soon have to write him a bill for \$10,000.00.

Zum Bericht
Von Wiss.

der Festnahmssitzung vom 10. August 1940, 15 Uhr

in der Zelle des Untersuchungsgefängnisses der Stadt Berlin

1. Finanzen

Haushalt und Vermögen

Es ist nicht möglich die tatsächliche Höhe der Erhebung der Gewerbesteuern festzustellen. Für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Juli 1940 kann gesagt werden, dass die Betriebe im Durchschnitt 100000 Reichsmark betrafen.

Personalfragen

a) Personen und Gehalts

Es ist nicht möglich das Ergebnis einer ernsthaften Nachprüfung desstellenspiels der zentrale der Polizei zu erläutern. Es ist jedoch anzunehmen, dass es sich um eine noch schärfere Zusammensetzung der einschätzungsweise einheitlichen Arbeitsgruppe von 100 Arbeitern vor, was vorstehend als zahlenmäßig übereinstimmend.

b) Der Haushalt und seine Einnahmen

Mensch und Kosten berichten über den Kontrollbesuch der Stadtpolizeileitstelle liegen Ihnen vor. Es liegt vor, dass der hierbei aufgezeigte Abbau von 15 % (100000 und mehr) nicht mehr als 100000 Reichsmark arbeiten, ebenfalls 100000 Reichsmark ausgewiesen. Die hierbei wahrgenommenen Ausgangsmöglichkeiten werden erörtert.

3. Versorgung

Kuzma berichtet über die Durchführung des Rett-Transports am 15.8.40, und der kurzen Verhältnis-Transport am 17.8.40, sowie über die Vorbereitung der weiteren Transporte aus Berlin.

Ergebnisse der Untersuchung

Protokoll Nr. 12
der Vorstandssitzung am 24.8.1942, 14.3 Uhr.

Anwesend: Baeck, Epstein, Henschel, Kozower, Reinhard,
Karminski, Meyerheim, Levy, Imonis.

1. Finanzen

a) Aufhebung der Gebäudeentschuldungssteuer

HENSCHEL berichtet über die Auswirkungen der Aufhebung der Gebäudeentschuldungssteuer auf die Grundstücksverkäufe der RV. In den Fällen, in denen seitens der RV der Abgeltungsbetrag gezahlt wird, ergibt sich ein Wertzuwachs der bei Verkäufen an private Käufer im Kaufpreis Berücksichtigung finden sollte. Die Zahlung des Abgeltungsbetrags könnte bei der RV in den Fällen erspart werden, in denen Grundstücke, besonders in Berlin, an Behörden, vor allem an die Reichshauptstadt, vor der Fälligkeit des Abgeltungsbetrags verhängert werden. Meyerheim wird beauftragt, eine gutachtliche Ausserung zu veranlassen. Über das bei der Kaufpreisfestsetzung von Grundstücken, bei denen die Hauszinssteuer abzulösen ist, anzuwendende Verfahren soll die Aufsichtsbehörde eingeholt werden.

b) Sammlungen: Fahrtauslagen der Sammler

MEYERHEIM berichtet im Vollzug des Beschlusses vom 6. ds. Mts. über eine Revision der Erstattungsunterlagen der Sammler. Zur Intensivierung der Sammlung hält der Revisor die Erstattung der tatsächlichen Auslagen bis zu einem Monatshöchstbetrag von RM70,- bei genauer Tagesabrechnung für vertretbar. Die Finanzabteilung wird grundsätzlich zu einer Erstattung bis zu diesem Betrag ermächtigt mit der Massgabe, dass die Sammler zu allen in Betracht kommenden Einsparungsmöglichkeiten verpflichtet werden.

2. Fürsorge: Heimeinkaufverträge

EPSTEIN berichtet über den Entwurf einer Neuregelung, derzufolge als Einkaufsbetrag das gesamte bewegliche Vermögen der nach Gheresienstadt abwandernden Personen auf die RV übertragen werden soll. Insbesondere werden folgende Fragen erörtert: Umfang des zu erfassenden beweglichen Vermögens, Schuldenhaftung nach Massgabe des übernommenen Vermögens gemäß § 419 BGB, Verfahren und Übergangsregelung, Formulierung der Vermögenserklärung und des Vertragsformblatts.

In zuge der Neuregelung sämtliche im Betracht kommende Mittel der Abwanderer auf Sonderkonto E einzuzahlen sind, also Spenden auf Sonderkonten entfallen, soll der Wissensbestand vorgehoben werden, dem Spendenertrag für das Sonderkonto I von mindestens 25 auf mindestens 5% des Barvermögens (ohne Wertpapiere) zu erhöhen bzw. die tatsächlichen mit der Durchführung der Schwarztransporte nach Theresienstadt verbundenen Kosten aus dem Sonderkonto I zu entnehmen.

Anmängelung

berichtet über das Ergebnis einer statistischen Umfrage bei den BfFn und JKVn über die in der Zeit vom 1.10.1941, in Berlin vom Februar 1941 bis 1.8.1942 erfolgten Abwanderungen. Danach sind in dieser Zeit gekommen worden 15.792 von Juden innegelübtem Abwanderungen, und zwar 9.291 aus arischen und 6.501 aus jüdischen Haushalten, im Zusammenhang mit der Abwanderung 9.380 Personen, aus anderen Gründen 6.454.

4. Personalfragen: Abb u bei der Zentrale der JAV

Im Anschluss an die Erörterung am 18. des Mts. berichtet JAV/PRIN über das Ergebnis einer weiteren Nachprüfung des Personaleabbaus. Unter Beauftragung von Mitarbeitern mit der Sachbearbeitung in mehreren Abteilungen und unter entsprechender Verlängerung der Arbeitszeit sollen insgesamt 26 Mitarbeiter ausscheiden, und zwar 14 besoldete, 10 unbesoldete Mitarbeiter, ein Sozialfahrtspflichtarbeiter und eine Feineracherfrau. Nach diesem Abbau verbleiben bei der Zentrale 105 besoldete, 10 unbesoldete Mitarbeiter, 5 Reinigungspersonal und 2 Sozialfahrtspflichtarbeiter. Von den zur Entlassung gelangenden Mitarbeitern sind der Staatssicherheitsstelle Berlin 13 für den nächsten Osttransport gemeldet worden, 9 kommen zur Abwanderung nach Theresienstadt, ein Mitarbeiter, der schon jetzt an drei Wochen tagen bei der Abwanderungshilfe JAV Berlin eingesetzt war, soll der JKV für diesen und wohl zur Verfügung gestellt werden, bei zwei Mitarbeitern in Ehe, die nach den Richtlinien für eine Abwanderung nicht in Betracht kommen, soll eine Entscheidung darüber herbeigeführt werden, ob sie dem Auswanderungsamt zu melden sind. Dem vorgelegten Entwurf eines neuen Stellenplans stimmt der Vorstand zu.

gen. Dr. Paul Israel Eppstein

b7b

Protokoll Nr. 14

der Vorstands-Ausschuss-Sitzung am 7.9.1942, 20 Uhr

Anwesend: Basch, Pippstein, Henschel, Kosower, Kreindler,
Bayerlein, Karminski

1. Finanzen

a) Mitwirkung der Zentrale der JV

MEYERHEIM berichtet über die Bar- und die Effektenbestände bei der Zentrale der JV. Daraus ergibt sich, dass für Überweisungen nach Theresienstadt auf den Sonderkonten H zurzeit rund 9,5 Millionen RM zur sofortigen Verfügung stehen.

KIPPSTEIN gibt Kenntnis von deraufsichtsbehördlichen Entscheidung, wonach Übertragungen von Pfandbriefen und Industrie-Obligationen bei Zahlungen von Mitgliedern an die JV wie bisher auf die Depots der JV übertragen werden können. Inwieweit darüber hinaus weitere Mittel der JV, die sich zurzeit auf rund RM 46 Millionen belaufen, in diesen Wertpapieren angelegt werden sollen bleibt weiterer aufsichtsbehördlicher Prüfung vorbehalten.

b) Sammlungen

MEYERHEIM berichtet über das Sammlungsergebnis in den letzten Monaten. Es wird beschlossen, mit Rücksicht auf den Abschluss von Heimeinkaufsverträgen H mit Personen, die für eine Abwanderung nach Theresienstadt in Betracht kommen, von Sammlungen bei diesen Personen abzusehen, im übrigen jedoch die Sammlungen zu intensivieren mit der Aussage, dass Anfang Oktober über das September-Aufkommen zu berichten ist. Außerdem wird entschieden werden, in welchem Umfang die Sammlungstätigkeit fortgesetzt werden soll.

Da die Genehmigung zur Sammlung der Jüdischen Winterhälfte noch nicht eingegangen ist, wird nach Vortrag von KARMINSKI beschlossen, die Sammlung Jüdische Pflicht, die in ~~den~~ Monaten einen Aufkommen von rund RM 770.000,- erbracht hat, im September fortzusetzen.

c) Inventarerlöse

KIPPSTEIN berichtet über den Entwurf einer neuen Anweisung betreffend Erzung sowie Be- und Verwertung von Inventarien, ferner über die Abrechnung von Inventarerlösen.

In Hinblick auf den bevorstehenden Abschluss der Schulinventarverwertung sollen die Schulinventarerlöse bei der Zentrale der JV zusammengezogen und abgerechnet werden. Die übrigen Inventarerlöse sind zunächst grundsätzlich in den Beständen zu vereinnahmen und in den Monatsberichten unter Standesangaben anzugeben. Sie sind allerdings jeweils bis zum 15. des Folgejahrabschlusses der Zentrale der JV mit besonderer Anzeige zu überweisen.

2. tatistik der Juden in Berlin

Zur Vereinigung des Katasters der JKV Berlin wird beschlossen, bei der Aufzeichnungsbehörde die Genehmigung zur Durchführung einer Urhebung zu erbitten. Für deren technische Durchführung wird nach Berichten von EPPSTEIN und KREINDLER eine entsprechende Veröffentlichung im "Jüdischen Nachrichtenblatt" und die Beilage der Fragebögen bei der Berliner Ausgabe des "Jüdischen Nachrichtenblatts" in Aussicht genommen mit der Massgabe, dass innerhalb einer bestimmten Frist etwa bis 1.10.1942 jeder Jude im Sinne des § 3 der Kreisgr.VO z. KMG einem solchen Fragebogen ausgefüllt und bei einer Dienststelle der BV oder JKV Berlin abgegeben werden muss. Zur Vereinfachung soll die Aufnahme einer Person nicht in Form einer Personal-, sondern einer Haushaltstatistik vorgenommen werden derart, dass der Haushaltsoberstand einen Fragebogen für sich und für die mit ihm in der gleichen Wohnung zusammenwohnenden Personen auszufüllen hat.

ges. Paul Israel Eppstein

Protokoll Nr. 16

der Vorlesungssitzung am 15. September 1942, 19 Uhr

Anwesend: Baetz, Eppstein, Henneke, Konower, Krindler
Krasinski, Meyerheim
Löwy, Lustig

1. Finanzen: Wertpapierüberweisungen an die HV

EPPSTEIN berichtet über den Entwurf eines Rundschreibens, das auf Einweis der Wirtschaftsgruppe Private Bankgewerbe der Aufsichtsbehörde vorbereitet worden ist. Nach der allgemeinen Genehmigung des Reichswirtschaftsministers können Zahlungen an die HV in Wertpapieren ohne Mindestdauer einer Sondergenehmigung erfolgen, indem deutsche Reichsanleihen auf die Depots der HV umgelegt werden, während alle übrigen Wertpapiere unter Überweisung des Gegenwerts an die HV durch den Zahlungsverpflichteten bzw. durch die depothaltende Bank zu vermassern sind.

2. Fürsorge: Besoldung der Krankenhausbehandler

LUSTIG berichtet über die bisherige Regelung der Besoldung der Krankenhausbeandler, die, soweit sie in einem freien Vertragverhältnis zum Krankenhaus stehen, für die Behandlung von Kranken der ersten und zweiten Klasse von diesen unmittelbar Gebühren erheben konnten. Statt dessen schlägt er die Einführung einer Neuregelung vor, die den finanziellen Forderungen des Krankenhauses unter Aufrechterhaltung der Staffelung der Krankenhausgebühren nach drei Klassen Rechnung zu tragen versucht. Danach sollen die leitenden Krankenbeandler der grösseren Abteilungen in Gruppe 3 der Gehaltsordnung eingestuft werden mit der Aussage, dass sie für die ordnungsgemäss Arztliche Versorgung sämtlicher Kranken ihrer Abteilung verantwortlich und verpflichtet sind, die Kranken der dritten Verpflegungsklasse unentgeltlich zu behandeln. Da diese Tätigkeit mit der Genehmigung zur Ausübung von Privatpraxis ausserhalb des Krankenhauses verbunden ist, sollen diese Behandler für ihre Krankenhaustätigkeit nur den Bruchteil der Gruppe 3 als Fixum erhalten, der zeitlich ihrer Beschäftigung im Krankenhaus entspricht. Dieser Bruchteil soll 30% bei der Augenklinik sowie bei der Hals-, Nasen- und Ohrenstation, 40% bei der Kinder-, Frauen- und Tuberkulosestation, 50% bei der Inneren und bei der Chirurgischen Abteilung betragen. Die Behandler sollen verpflichtet werden, für Kranken der ersten und zweiten Verpflegungsklasse eine Gebührenberechnung aufzustellen nach besonderen Bestimmungen, über die Vergütung der Krankenbeandlerstätigkeit im Krankenhaus. Jede Rechnung ist zu spezifizieren und zwar unter Erwähnung der entsprechenden Nummer der Preise. Den Behandlern ist untersagt, den Kranken für ihre Tätigkeit im Krankenhaus eine Rechnung unmittelbar zu überreichen. Vielmehr soll die Einsichtnahme der Rechnungen durch die Krankenhausverwaltung erfolgen, zusammen mit der Mindestsumme der Krankenhausgebühren. Von dem eingehenden Betragen für seine Leistungen als Krankenbeandler soll der Behandler den Unterschiedsbetrag zwischen dem Bruchteil des Gruppen Gehalts als Fixum und dem Gehalt der Gruppe 3 der Gehaltsermittlung in voller Höhe, darüber hinaus 50% des Restbetrags der durch das Krankenhaus für ihn eingesetzten Gebühren erhalten.

Bei dieser Verteilung ist die Aufteilung eines einzelnen Vergütungssatzes auf Krankenhausärzteschaft und auf die drei ersten und zweiten Verpflegungsklassen erheblich, während der Betrag des aus dem Krankenhausbehandler zu verhandelnden Sitzes, der erstmals 625,- übersteigt, nur halb soviel erreicht wie bei einer Verhandlung mit den Krankenhausverwaltungsbüros, die die Möglichkeit aus Krankenhaus zur Ausübung der Privatärzteschaft zugelassen sind, will eine entsprechende Regelung mit der Gruppe zeitigen werden, das das Krankenhaus nach den Grundsätzen sogenannten "Offenen Hauses" mit den vom Ärzten behandelten Kranken belegen können.

Als entscheidender Kriterium dieses Vorschlags, auch unter Berücksichtigung der Frage, ob statt der drei Verpflegungsklassen eine Einheitsklasse eingeführt werden soll, nachdem die tatsächlich geleistete Verpflegeung ohnehin in den drei Klassen keinen erheblichen Unterschied aufweisen kann, wird beschlossen, den vorgelegten Vorschlag einer Neuregelung zuzurunde zu legen. Dabei soll nachgeprüft werden, inwieweit eine Beschränkung der Bezüge der Krankenhausbehandler auf das Gehalt der Gruppe I möglich ist in Vergleich zu der für die Bezahlernermöglichkeit der freien Krankenbehandler geltenden Richtsätze. Bei Belegung des Krankenhauses mit Kranken nach den Grundsätzen des "Offenen Hauses" muss sich der privat behandelnde Krankenbehandler selbstverständlich der Krankenhausordnung unterwerfen, was auch für die Entscheidung über die Aufnahme des Kranken im Krankenhaus durch die Krankenhausverwaltung gilt.

ges. Dr. Paul Israel Eppstein

Protokoll Nr. 17

der Vorstandsausschuss-Sitzung am 17. September 1942, 19 Uhr

Anwesend: Beck, Epstein, Henschel, Konower, Kreindler,
Karinskaja Meyerheim
zu Ziffer 41 Metz

1. Finanzen

a) Grundstücksveräußerungen

HENSCHEL berichtet über die Auswirkungen der Verordnung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnungen vom 14.8.1942 (RGBl. I S 545) auf die Grundstücksveräußerungen und -vermietungen in Berlin. Es soll eine Klärung darüber herbeigeführt werden, ob die Verordnung auch auf Zweckgrundstücke, wie Heime, Anwendung findet; die zwar Wohnzwecken dienen, in denen aber keine Einzelwohnungen vorhanden sind.

b) Kingliederung der FSI

MEYERHEIM berichtet anlässlich der Kingliederung der FSI gemäß § 5 der Zehnten VO z.BG in die KV über deren derzeitige Tätigkeit. Die FSI verwaltet in 138 Fällen Vermögen einschließlich jenigen, deren Verwaltung sie von abgewanderten Konsulanten übernommen hat. Bezüglich der Übernahme weiterer Vermögensverwaltungen auf Antrag von Privatpersonen soll die Finanzsetzung von Fall zu Fall entscheiden.

2. Personalfragen/Organisation

a) Ruhrgeld für Nichtpensionsberechtigte

EPSTEIN berichtet darüber, dass im Zusammenhang mit der Durchführung der Anweisung die Zahlung widerrieflicher Beihilfen einzustellen, der aufrechtebehörde die Forderung zur Entziehung von getragen worden ist, ob sich diese Anweisung auch auf Ruhrgeld und Hinterbliebenen-Versorgung für Nichtpensionsberechtigte bezieht. Nach der entsprechenden Prämierung von 1919 wurden bei der JKV Berlin noch in 33 Fällen Ruhrgeld oder Ruhrgeldzahlungen im Gesamtwert von wesentlich rund RM 2.600,- geleistet. Bei dem Vertrag ist, unbeschadet der Praxis der Arbeitsgerichte, Ruhrgeldzahlungen nach wertsprechenden Entnahmen auch dann anzuerkennen, wenn ein Rechtsanspruch nicht besteht, eine Weisung in Aussicht gestellt wurde, derwegen die Zahlung von Beihilfen in Form von widerrieflichen Ruhrgeldern einzustellen ist.

b) Zusage eines Mitarbeiters im Behörden Einsatz

Es wird darüber berichtet, dass bei dem Hauptamt VII des RSHA nach den vorstehenden Titeln 17 Mitarbeiter (hier die Bauarbeiter) beschäftigt werden, die durch die KV zu besolden sind. Diese Mitarbeiter haben bisher die Posten erhalten die sie nach Absage ihrer Einstellung in die Geschäftsführung erhielt und ihrer letzten Tätigkeit bei der Zentrale der KV bzw. bei der JKV Berlin erhielten, nämlich drei die

- 2 -

Besetzung der Gehaltsgruppe 3, sieben diejenigen der Gehaltsgruppe 4, zwei diejenigen der Gehaltsgruppe 5, zwei erhalten Funktionstitel, diese unter ihnen zwei frühere Lehrer - Führungsgutunterstützung. Zur Vereinheitlichung der Bezahlung wird beschlossen, der Aufsichtsbehörde vorzuschlagen, die Mitarbeiter im Rahmen einer Anpassung des Hauptabganges einzustufen, nämlich die zuerst verpflichteten fünf Mitarbeiter in die Gehaltsgruppe 3, während zwölf Mitarbeiter in die Gehaltsgruppe 5.

c) Klauspruch gegen eine Gehaltsenkung

Der bei der Leitung der JKV beschäftigte Beleger hat in einem Bericht an den Vorstand unter Berücksichtigung seiner gesetzlichen Verpflichtungen darauf geheißen, die vom Vorstand verfügte Rückstufung in die Gehaltsgruppe 5 rückgängig zu machen. Es wird beschlossen, den Klauspruch abzulehnen und die verfügte Gehaltsenkung aufrecht zu erhalten. Nachprüfung der Steuerverpflichtungen im Hinblick auf deren Besteuerung bei der Sammlung der Beiträge an die JKV.

d) Gesamtarchiv

Mit Rücksicht auf die überörtlichen Aufgaben des Gesamtarchivs, das bisher als Abteilung der JKV Berlin geführt worden ist, insbesondere auch mit Rücksicht auf die dort erfolgende Verwahrung von Urkunden abgewanderter, wird beschlossen, das Gesamtarchiv unmittelbar dem Vorstand der JKV zu unterstellen. Im Hinblick auf die Erfordernisse des Reichssippenamts verbleibt das Gesamtarchiv in seinem bisherigen Raum Granienburgerstrasse 26.

e) Abwanderung

KOZAKA berichtet über die weiteren Abwanderungstransporte aus Berlin sowie über die Vorbereitung des nächsten Ost-Transports, ferner über den dritten grossen Alterstransport mit 1000 Teilnehmern nach Breslau. EPPSTEIN berichtet über die inzwischen eingegangenen Anordnungen der RSHA für Abwanderungstransporte aus deren Zuständigkeitsbereich.

4. Fürsorge: Belegung des Krankenhauses der JKV Berlin nach dem Grundsatz des "Offenen Hauses"

Zur Klärung von Richtlinien über die Belegung des Krankenhauses der JKV Berlin nach dem Grundsatz des "Offenen Hauses" wird Ketz als Obmann der zugelassenen Krankenbehandler, soweit sie nicht im Krankenhaus angestellt sind, zum Bericht veranlasst. Aus dem Bericht ergibt sich, dass für die Belegung neben der noch in Berlin vorhandenen Privatklinik etwa bis zu 30 Betten im Krankenhaus benötigt werden. Bei der Belegung sollen die freien Krankenbehandler der Krankenhausordnung unterstehen. Eine Abgabe der freien Krankenbehandler an das Krankenhaus wird von ihnen nicht für zweckmäßig und erforderlich gehalten da die von ihnen behandelten Kranken ohnehin Gebühren nach dem Satz für die erste und zweite Verpflegungsklasse an das Krankenhaus zu entrichten haben. Eine Belegung der dritten Verpflegungsklasse nach dem Satz des "Offenen Hauses" soll außer Betracht bleiben. -- Es wird schliesslich die Gesundheitsverwaltung (Lustig) aufgrund der Ergebnisse der Erörterungen mit der Aufstellung eines endgültigen Entwurfs für eine Neuregelung der Krankenhausaufnahmevereinstimmungen und der Berechtigung der Krankenhausbehandler zu beantragen.

Protokoll Nr. 16

der Vorstandssitzung vom 5.5.1942, 19.5.

Anwesend: Eppstein, Henschel, Kosover, Kreindler

1. Finanzen

a) Oktober-Voranschlag

EPPSTEIN berichtet über den Oktober-Voranschlag mit rund 1.615.000,- (ohne Steuern), wovon rund 1.349.000,- auf Fürsorge und 266.000,- auf Verwaltung entfallen. Der Voranschlag ist um 33.600,- auf 1.641.529,19 erhöht worden, hiervon NL 334.705,- für Fürsorge und NL 220.346,25 für Verwaltung. Auf die JKV Berlin entfallen ronit 1.215.000,-

b) Zusammenziehung der liquiden Bestände
bei der Zentrale der JV

EPPSTEIN berichtet über das Ergebnis der Buchprüfung der liquiden Bestände bei der JVZ und JKVn. Diese Bestände belaufen sich (ohne Sonderkontos) per 31.8.1942 auf rund 22,8 Millionen Mark, von denen rund 16 Millionen Mark fest angelegt sind. Es wird, vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, beschlossen, diejenigen Bestände, die etwa das Dreifache eines Monatsvoranschlags zuzüglich Steuerabzugswert und Wiederkäuflichkeitsermittlung, bei der Zentrale der JV zusammenzutragen und notfalls für besondere Ausgaben dem Betriebe, die hierfür erforderlichen Mittel zu überweisen. Die Zusammenziehung soll jeweils nach Fälligkeit der Entnahmen vorgenommen werden, damit ein Zinseverlust bei vorzeitiger Abwendung der Festanlagen vermieden werden kann. Entsprechend sollen von den Beständen der JKV Berlin, die sich ohne Sonderkonto auf rund 5,3 Millionen Mark belaufen, weisungsgebundne 3 Millionen Mark auf die Zentrale der JV überstehen werden.

2. Fürsorge

a) Heim-Inventarverwertung

HENTSCHEL und KREINDLER berichten über die Inventarverwertung bei der JKV Berlin. Zwecks Arbeitvereinfachung wird geschlossen, die JKV Berlin zu beauftragen, die Inventarverwertung nach den Richtlinien der Zentrale in eigener Verantwortlichkeit vornehmen zu lassen mit der Fassung, dass das Inventarverzeichnis für die Einrichtungen der JV Berlin bei dieser geführt wird.

b) Verrechnungsstelle für jüdische Krankenbehandler in Berlin

EPPSTEIN und KOSOVER berichten über die dem Obmann der jüdischen Krankenbeandler in Berlin seitens der Ärztekammer Berlin gemachte Eröffnung, wonach mit Wirkung vom 1.10.1942 an die Kassenärztliche Vereinigung Deutschland die Auszahlung der Krankenkasseentziffern nicht mehr unmittelbar an die jüdischen Krankenbeandler in Berlin, sondern über eine von den jüdischen Krankenbeandlern selbst einzurichtende Stelle vorzunehmen ist.

die auch die Verprüfung und Einreichung der Kassenscheine zu übernehmen hat. Es wird, vorbehaltlich der Aufsichtsbehörlichen Genehmigung beschlossen, den Beamten der jüdischen Krankenbehandler (Jeku) zu beauftragen, bei einer Zentrale der JKV unter Kontrolle der Finanzabteilung, jedoch in eigener Verantwortlichkeit, eine solche Stelle einzurichten mit der Maßgabe, dass deren Kosten auf die jüdischen Krankenbehandler auf die Übertragungen der Kassenärztlichen Vereinigung umgelegt werden.

3. Personalfragen/Organisation

a) Finanzabteilung

RENTEN-IV berichtet anhand einer Kartendoktrine über die derzeitigen RENTEN-Kinteilung mit zwölf KIEN weiter der JKV Berlin. Es wird eine Zusammenlegung in sieben RENTEN außer der JKV Berlin vorgeschlagen, und zwar I. Bayern, II. Südniedersachsen, III. Mitteldeutschland einschl. Westenland, IV. Nordwestdeutschland, V. Rheinland-Westfalen, VI. Schlesien, VII. Südwestdeutschland einschl. Baden-Württemberg.

b) JKV Berlin: Gehaltsreduzierungen

RENTEN-IV berichtet über das Ergebnis einer Nachprüfung der Gehaltsreduzierungen bei der JKV Berlin und wird beauftragt, in sieben KIEN Zurückstufungen in die nächst niedrigere Gehaltsstufe vorzulehnen.

Ges. Dr. Max Israel - gest. in

der Vorstandssitzung am 28. September 1942, 19 Uhr

Anwesend: Baeck, Pfeiffer, Henschel, Kosower, Kremmler
Karminski, Levy, Meyerheim

Finanzen

a) Beitragserordnung

Die Frage, ob eine Änderung der Beitragsordnung in Bezug auf die Bezeichnungsgrundlage des Beitrags erforderlich erscheint, wird erörtert. Levy berichtet über das Aufkommen des ordentlichen Beitrags (rund 8,6 Millionen) und des außerordentlichen Beitrags (rund 4,6 Millionen) in 1942. Eine Änderung der Bezeichnungsgrundlage des ordentlichen Beitrags (30% der Einkommenssteuer nach den Fällen für Nichtjuden bzw. in Staffeln 4 bis 5 des Vermögens nach dem letzten Vermögenssteuerbescheid) und des außerordentlichen Beitrags (dann einseinhalbfache des ordentlichen Beitrags, der im Vorjahr nach dem Vermögen erhoben worden ist) erscheint nicht notwendig. Es wird daher beschlossen, der Aufsichtsbehörde, falls ein satzungsmässiger Beschluss für eine Beitragsordnung 1943 für erforderlich gehalten werden sollte, die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der derzeitigen Beitragsordnung für die Erhebung des ordentlichen Beitrags und eines außerordentlichen Beitrags, letzterer unter Zugrundelegung des ordentlichen Beitrags für 1942, vorzuschlagen.

b) Zusätzliche Beerdigungsgebühr

Bei der Erhebung einer zusätzlichen Beerdigungsgebühr hat sich die Zweifelsfrage ergeben, welche Gebühr bei dem gleichzeitigen oder unmittelbar nacheinander erfolgenden Ableben von Ehegatten fällig wird. In der Ordnung, betreffend Zusatzgebühr für das Beerdigungswesen, die mit Fundschreiben vom 21.5.1941 erlassen worden ist, wird die Hälfte des Vermögens der Berechnung zugrunde gelegt, wenn Ehegatten mit oder ohne Kinder zur Vermögenssteuer gemeinsam veranlagt sind. Die BST Bayern hat, wie sich bei einer Revision ergab, die zusätzliche Beerdigungsgebühr bei gleichzeitigem oder unmittelbar nacheinander erfolgenden Ableben von Ehegatten, jeweils nach der Hälfte des Vermögens, nicht nach dem ganzen Vermögen, berechnet. Nach Vortrag von Levy wird beschlossen, diese Bestimmung der Gebührenordnung dahin auszuwalten, dass beim gleichzeitigen Ableben von Ehegatten, die gemeinsam zur Vermögenssteuer veranlagt sind, die Beerdigungsgebühr vom gesamten Vermögen zu berechnen ist. Bei nacheinander verstorbenden Ehegatten ist beim Ableben des ersten die Hälfte des Vermögens der Gebührenberechnung zugrunde zu legen, beim Ableben des zweiten ist, wenn seit dem Ableben des ersten ein neuer Vermögenssteuerbescheid nicht ergangen ist, der Unterschiedsbetrag zwischen der bereits erhobenen Gebühr und derjenigen, die sich bei Zugrundelegung des Gesamtvermögens der beiden Ehegatten ergeben würde, zu erheben. Von einer Nachherhebung in den Fällen, die durch die Revision der BST Bayern zu dieser Entscheidung rückwärts gegeben haben, soll Abstand genommen werden.

- 2 -
2. Fürsorge

a) Fürsorge-ankündigungen

Kerminski berichtet über das Ergebnis der Ankündigungsfahrt, die in vier Monaten 1.459.77,42 erreicht hat, gesammt 905.40,- in gleicher Zeitraum des Vorjahrs und darüber einen verschlagten Betrag von 7.000,-.

Kempinski berichtet über die Vorbereitung der politischen Hilfe. Die Geschäftsräume werden von der SS abgeschlossen.

3. Orthopädisches Krankenhaus Berlin

Appstein berichtet über die Verhandlungen mit dem Auftraggeber des Jugendführungsverbandes über den Ankauf des Orthopädischen Krankenhauses Berlin, Irnischestrasse 1-4.

Mit Rücksicht darauf, dass der Zeitpunkt der Bezahlung unbestimmt ist, soll die Einnahme der Aufsichtsbehörde darüber abgewartet werden, ob im Vorstand erörterte Änderung in der Besoldung des Krankenhausbeamter noch durchgeführt oder ob mit Rücksicht auf die Verkaufsoberhöhung das freie Vertragsverhältnis aufrecht erhalten werden soll.

4. Abwanderung

Zosowar berichtet über die Durchführung des am 26.9.1942 aus Berlin abgegangenen Osttransports mit rund 800 Teilnehmern aus Berlin, 250 aus Frankfurt/M. und 8 aus Braunschweig. Darin wird über die Vorbereitung des für den Jan. vorgesehenen grossen Theresienstadt-Transports, auch in Hinblick auf die Einberufung der Inhaber des Verwundetenabzeichens sowie von weiteren Konsulenten berichtet. Appstein berichtet über die Abwanderungsergebnisse der EVA. Unter Berücksichtigung der September-Verringerungen durch Abwanderung und Sterbeüberschuss beläuft sich die Zahl der Juden im Altreich per 1.10. auf 60.400.

5. Personalfragen: Besoldung der Mitarbeiter im Behördeneinsatz des RSHA, Amt VII

Über die Vorlage des Obmanns der für das Hauptamt VII abgestellten Mitarbeiter wird unter Benutzung auf die Erörterung am 17. da. Ws. berichtet. Darin wird vorgeschlagen, die Besoldung der Mitarbeiter nicht nur nach der bisherigen Dauer ihres Behördeneinsatzes, sondern auch nach der Art ihrer Tätigkeit vorzunehmen, also außer den vier unbesetzten Mitarbeitern zwei in Gruppe 7, vier in Gruppe 5, acht in Gruppe 4, den Obmann in Gruppe 3 einzustufen. Diese Regelung soll der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgetragen werden.

ges. Dr. Paul Israel Appstein

654

3-
F. Karauki:

Protokoll Nr. 21

der Vorstandssitzung am 12. Oktober 1942, 19 Uhr

Anwesend: Baack, Eppstein, Henschel, Kosover, Freindler
Weyerheim

E 12
10

1. Finanzen

a) Überweisungen für Theresienstadt

EPSTEIN berichtet über die Leistungen der Aufsichtsbehörde bezüglich der Aufstellung eines Plans für die Überweisung des flüssigen Vermögens der RV auf das Konto der jüdischen Selbstverwaltung in Theresienstadt bei der Böhmisches Unionbank in Prag mit der Aussage, dass außer dem Bestand des Sonderkontos E 70 Millionen RM in monatlichen Beträgen von acht Millionen RM zur Überweisung gelangten und dass nach der Zusammensetzung der Geldbestände der BfM bei der Zentrale der RV weitere Überweisungen vorzunehmen sind. Überwiesen sind bereits 19 Millionen RM. Bankfreigabebrief zur Überweisung von weiteren acht Millionen RM als Oktober-Mate ist zur Abstempelung vorgelegt.

b) Durchführung der Heimeinkaufverträge

EPSTEIN berichtet über das bisherige Gesamtaufkommen des Sonderkontos E. Es beträgt ohne Berücksichtigung der bisherigen Überweisungen per 12. okt. 1942 RM 36.182.316,92.

Es wird über die Erlassen berichtet, die die bisher aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Durchführung von Heimeinkaufverträgen im wesentlichen beseitigen werden, nämlich den Erlass des RfM vom 25.9.1942, dessen Folge Reichsfluchtsteuer bei der Sohnsitzverlegung nach Theresienstadt nicht zu erheben oder sicherzustellen ist, über den Erlass des RfM vom 5.8.1942, dessen Folge die Zahlung des Heimeinkaufbetrags aus BfS-Konten ohne Sondergenehmigung der OFFm erfolgen kann und über den Erlass des RfM vom 5.10.1942, betreffend Umliegung bzw. Verkauf von Wertpapieren. Ferner wird über das Rundschreiben Nr. 141 der Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe, mit dem die Erteilung von Bankaufträgen im Zusammenhang mit der Abwanderung geregelt wird, berichtet.

c) Einheitliche Erhebung der zusätzlichen Beerdigungsgebühr

Den JKVn ist mit Rundschreiben vom 21.5.1941 aufgegeben worden, die aufsichtsbehörlich genehmigte Erhebung der zusätzlichen Beerdigungsgebühr durch Vorstandsbeschluss der JKV einzuführen. Mit Rücksicht darauf, dass die JKVn in die RV eingegliedert werden und dass in einer Reihe von Fällen Rückfragen von OFFm über die Rechtsgrundlage der zusätzlichen Beerdigungsgebühr, insbesondere in Zusammenhang mit entsprechenden Forderungen der RV gegenüber Nachlässen, eingegangen sind, erscheint eine Vereinheitlichung derart erforderlich, dass die Ordnung für die Erhebung der Gebühr für die RV als solche durch Beschluss der RV-Vorstands eingeführt wird, dadurch die Gebühr unabhängig von der

Beschluss des örtlichen JKV-Vorstands zu erheben. Darauf folge wird beschlossen, die Ordnung betreffend Zuganggebühr für das Beerdigungswochen genaues Rundschreiben vom 21.5.1942 einheitlich für die RV einzuführen.

Über die Zahl der Beerdigungen bei der JKV Berlin berichtet KOZOWER, dass in September 347 Beerdigungen stattgefunden haben gegenüber 172 im gleichen Monat des Vorjahrs. Die Zahl der Beerdigungen im ganzen Jahr 1941 betrug 2.556, während in den ersten neun Monaten des Jahres 1942 allein bereits 2.532 Beerdigungen stattgefunden haben. Bei einer Verringerung der Anzahl der Juden in Berlin um etwa die Hälfte ist der Monatsdurchschnitt der Beerdigungen von 213 auf 201 gesunken.

d) Gebührenerhebung bei Vermögensverwaltungen

LEPPOLDIN berichtet, dass seitens der Aufsichtsbehörde grundsätzlich die Erhebung von Gebühren für Vermögensverwaltungen der RV im Zusammenhang mit der Eingliederung der FBI und mit der Übernahme vom Vermögensverwaltungsamt bzw. von Abwicklungen abgewandelter Konsulatengeschäfte werden ist, MEYERHEIM schlägt vor, bei unbeschränkt eingesetzten Generalvollmachten halbjährlich 0,5 v.H. von dem Wert des verwalteten Vermögens, bei beschränkt erteilten Vollmachten Gebühren nach Maßgabe der Preußischen Gebühresordnung für Rechtsanwälte, wie sie auch vom Konsulanten erhoben werden sind, zu erheben. Deutgemäße wird vorbehaltlich der aufsichtsbehördlichen Genehmigung, beschlossen.

2. Versorgungswesen

a) Lebensmittelzuteilung

KOZOWER berichtet über die Linderung der Lebensmittelzuteilung für Juden, darauf folgt Juden Fleisch und Fleischwaren, Feinseifenzeugnisse, Eier und Frischmilch nicht mehr erhalten. Von Gastron können nach Maßgabe einer Regelung, die den örtlichen Ernährungsämtern verhahlt ist, Kohlrüben und einfache Kohlkartoffeln abgegeben werden. Ausnahmen hiervon bestehen nur für Kriegsbeschädigte und anerkannte Lang-, Schwer-, und Nachtarbeiter, die die entsprechenden Zulagen erhalten. Kinder bis zu 6 Jahren erhalten entzehrte Frischmilch.

b) Kohlenzuteilung

KOZOWER berichtet über die Regelung der Kohlenzuteilung für Juden, darauf folgt ein örtlich festgesetzter Bruchteil der letztjährigen Menge zur Ausgabe gelangt.

3. Personalwesen

a) Abschaffung von Ausstellten

Über die zur Abschaffung vorgesehenen Angestellten wird berichtet. So weit dieses Institutum noch für die Arbeit dringend benötigt werden, soll der Aufsichtsbeamte vorschreiben werden, die gegen andere zur Abschaffung zu bestimmten Angestellte abzuweichen.

b) Schaltungszuteilung

Es wird beschlossen, die Leiterin der Zentrale von Schaltungszuppe 5 in Schaltungszuppe 6 (RM 130,-) zu versetzen.

c) Anwendung der Ruhegeldordnung für Nichtpensionsberechtigte
auf deutschtüchtige Ruhegeldempfänger

WIRTSCHAFT nimmt Bezug auf die anlässlich eines Einzelfalles (Apotheker Kantelberg, Berlin) getroffene aufsichtsbehörliche Entscheidung, wonach künftig die Ruhegeldordnung für Nichtpensionsberechtigte, die für Juden bereits mit Wirkung von 1. da. Mts. außer Kraft gesetzt worden ist, auch auf deutschtüchtige Angestellte keine Anwendung mehr findet und berichtet, dass in einer Reihe von Fällen bei der JEV Berlin aufgrund der Ruhegeldordnung für Nichtpensionsberechtigte zurzeit noch Ruhe-, Witwen- oder Eheengelde und deutschtüchtige Empfänger ausbezahlt werden. Es soll durch Vertrag bei der Aufsichtsbehörde geklärt werden, ob auch die Auszahlung dieser Beträge einzustellen ist.

ges. Paul Israel Oppstein.

VEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BUNDESVERBUNDENES, KARLSHAUSEN 158

Protokoll
der Vorstandssitzung der Leichavereinigung
am 21.10.1942, 19 Uhr

Anwesend: Neack, Eppstein, Herschel, Kosower, Kreindler
Meyerheim

pl. Kamienski

Organisation der JKV Berlin

Es wird über den unliebsamlich dem Kontrollbesuch der Aufsichtsbehörde bei der JKV Berlin verfügten Abbau von 927 der 1580 Mitarbeiter berichtet. Die hierdurch bedingten organisatorischen und personellen Änderungen werden erörtert. HERSCHEL übernimmt es, einen neuen Organisationsplan unter Berücksichtigung der Zusammenschlussmöglichkeiten von bisher selbständigen Abteilungen zu entwerfen.

ges. Paul Israel Eppstein

Protokoll Nr. 23
der Vorstandssitzung am 29. Oktober 1942, 19 Uhr

Anwesend: Baack, Eggstein, Henschel, Kozower Freindler,
Kernicki, Meyerheim
ferner zu Ziffer 1 b und c: Levy, Werzbach
zu Ziffer 2: Rosenthal, Simons.

1. Finanzen

a) November-voranschlag

RIPPSTEIN berichtet über den November-Voranschlag, der von rund RM 535.000 auf RM 514.000,- gekürzt worden ist. Die Durchführung der Kürzung der Verwaltungskosten bei der JVV Berlin von RM 44.000,- auf RM 35.000,- wird erörtert.

b) Revision der JVV Berlin

Über die Revision der JVV Berlin, die zurzeit durchgeführt wird, berichtet der Revisor WERZBACH. Er weist insbesondere auf die erforderlichen Umstellungen der Buchhaltung hin, um eine in allen Teilen übereinstimmende Belegung der Abrechnung und der Bestandsmeldungen aus den buchhalterischen Unterlagen zu gewährleisten. HENSCHEL übernimmt es, die erforderlichen Umstellungen durchzuführen.

c) Vereinheitlichung der Gebühren

Levy berichtet über die Zweckmäßigkeit der Vereinheitlichung der von den JVVn und früherer Anweisungen der IV eingeführten Gebührenordnungen im Hinblick auf die Eingliederung der JVVn, falls über die Gebührenerhebung der Bearbeitung von Anträgen auf Verfügungserlaubnis nach dem Bundesgesetz vom 1.12.1941 sowie bei der Bearbeitung von Eingaben an Behörden. Die einheitliche Gebührenerhebung wird beschlossen. Entwurf eines Funkschreibens soll der Aufsichtsbührde zur Genehmigung vorgelegt werden.

2. Verorgungswesen

KOZOWER berichtet über Mitteilungen der BSTn über die Lebensmittelszuteilung sowie über die Regelung der Kohlenguteilung in Berlin.

3. Personalfragen

HENSCHEL berichtet über die organisatorischen Umstellungen, die durch das Ausscheiden der anlässlich des aufsichtsbehördlichen Kontrollbesuchs am 20.10.1942 zum Abbau bestimmten Mitarbeiter der JVV Berlin erforderlich geworden sind. Bezuglich derjenigen Personen, die zum Abbau bestimmt wurden, aber noch nicht abgewandert sind, wird in Aussicht genommen, sie bis zum Zeitpunkt ihrer Abwanderung, jedoch ohne Entgelt, zu beschäftigen. Eine Aushändigung des Arbeitsbuches in diesen Fällen soll unterbleiben.

EPPSTEIN berichtet, dass im Oktober bei der Zentrale der 13 Mitarbeiter ausgeschieden sind. Für die verstorbene Sachbearbeiterin des Archivs wird mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde die bisherige Leiterin der BST Brandenburg-Ostpreussen unter Zurücksetzung von Gehaltsgruppe 3 in Gehaltsgruppe 4 eingesetzt.

EPPSTEIN berichtet ferner über die genehmigte Neuregelung der Arbeitszeit bei der Zentrale der BV.

gez. Paul Israel Eppstein

561

